Beiträge
zur Geschichte des Parlamentarismus
und der politischen Parteien

Band 21

Ekkehart Krippendorff

Die Liberal-Demokratische Partei Deutschlands in der Sowjetischen Besatzungszone 1945/48

Entstehung, Struktur, Politik

Herausgegeben von der Kommission für Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien

DROSTE VERLAG · DÜSSELDORF

Buchausstattung: JOHANNES MÜHLE

© Kommission für Geschichte des Parlamentarismus
und der politischen Parteien in Bonn
Gesamtherstellung:
Droste Verlag und Druckerei GmbH, Düsseldorf
Printed in Germany

Vorbemerkung

Die wissenschaftliche Analyse der Probleme, die mit der Entwicklung Mitteldeutschlands unter sowjetischer Besatzung zusammenhängen, sieht sich in besonderem Maße einer schwierigen Quellenlage gegenüber. Nicht nur das Betreten der DDR wird bis zur Unmöglichkeit erschwert, sondern deren offizielle Stellen bemühen sich darüber hinaus, jeden Einblick in die tatsächlichen Verhältnisse zu verwehren und entsprechend auch die jüngste Vergangenheit der kritischen Forschung zu entziehen. Jeder dennoch unternommene ernsthafte Versuch einer Erhellung dieser Zusammenhänge muß darum vor allem über seine Quellen Auskunft geben.

In der vorliegenden Untersuchung wurden an gedruckten Unterlagen Zeitungen, Landtagsprotokolle, Informationsblätter der Partei und ihre Broschüren ausgewertet. Sie bilden den Grundstock der Untersuchung und mußten, da nirgends zentral gesammelt, mühsam im Besitz von Beteiligten, in Instituten, Archiven und Bibliotheken ausfindig gemacht werden. Professor Dr. Waldemar Koch, der führende Gründer und erste Vorsitzende der LDP, stellte mir bereitwillig seine Aktennotizen und Unterlagen zur Verfügung, ebenso Arthur Lieutenant, der langjährige Geschäftsführer und 2. Vorsitzende. Beiden Herren bin ich dafür zu besonderem Dank verpflichtet. Unentbehrlich, wenn auch nicht in gleichem Maße ergiebig, waren die persönlichen Aufzeichnungen und der Nachlaß von Dr. Wilhelm Külz, die mir mit freundlicher Genehmigung seines Sohnes, des Senatspräsidenten Helmut Külz, im Bundesarchiv Koblenz zugänglich gemacht worden sind.

Alle diese schriftlichen Unterlagen hätten jedoch zu einer schlüssigen Darstellung nicht ausgereicht: erst die zahlreichen mündlichen und schriftlichen Auskünfte, die Unterhaltungen und gezielten Nachfragen ließen den politischen Prozeß selbst deutlich werden. Die hilfsbereite Unterstützung durch Herrn Greifenhagen vom Referat Wiedervereinigung bei der FDP-Bundesparteileitung in Bonn ermöglichte es, an rd. 200 heute in der Bundesrepublik wohnende ehemalige LDP-Mitglieder einen Fragebogen zu schicken.

Wertvolle Ergänzungen verdanke ich der Einsichtnahme in das Archiv des CDU-Landesverbandes Berlin. Auch die Abteilung „Sowjetzone" im Institut für Politische Wissenschaft, Berlin, und Herr Dipl.-Pol. Zimmermann, haben meine Bemühungen bereitwillig unterstützt, wofür ich sehr zu Dank verpflichtet bin.

Der größte Dank aber gebührt der Geduld der Interviewten und der Mühe derer, die schriftlich antworteten — ich kann sie an dieser Stelle nicht namentlich aufzählen. Ihre lebhafte Anteilnahme mag mein Unternehmen selbst rechtfertigen: da kaum damit zu rechnen ist, daß die Archive der LDP in absehbarer

Zeit zugänglich sein werden, und da es darüber hinaus bezweifelt werden muß, ob dort ergiebiges Material überhaupt noch vorhanden ist, würden Darstellung und Analyse der hier behandelten Vorgänge zu einem späteren Zeitpunkt auf erheblich größere Schwierigkeiten stoßen.

Es soll schließlich nicht unerwähnt bleiben, daß ich auch bei der LDP-Parteileitung in Ost-Berlin selbst versuchte, Unterlagen zu erhalten. Ich hatte keinen Erfolg. Der Herr, mit dem ich sprach, zweifelte an der Möglichkeit, diese Dinge von Westdeutschland aus richtig sehen und darstellen zu können. Auf meinen Einwand, ich würde mich als Wissenschaftler um Objektivität bemühen, reagierte er ablehnend: mit dem „Objektivismus" sei das so eine Sache ... Darin hatte er recht: Ich kann nicht verhehlen, die Arbeit nicht ohne das Maß von Engagement geschrieben zu haben, ohne das Wissenschaft überhaupt und in gesteigertem Maße Zeitgeschichte und die Wissenschaft von der Politik nicht sinnvoll betrieben werden können.

Ekkehart Krippendorff

Einleitung

Die Liberal-Demokratische Partei Deutschlands ist heute eine im politischen System der Deutschen Demokratischen Republik nahezu bedeutungslose Größe, die ihrer völligen Liquidierung entgegensieht, wenn die „sozialistische Revolution", von der SED als „führende Kraft" systematisch durchgeführt, vollendet sein wird. An diesem Ziel gemessen ist die LDP bereits jetzt — genauso wie die dortige CDU und die schon als „Satellitenparteien" gegründeten beiden anderen Parteien DBD und NDPD — ein Anachronismus. Er findet seine Erklärung aus der planmäßig betriebenen Transformation einer „bürgerlichen" in eine „sozialistische" Gesellschaft, welche Transformation die Existenz bürgerlicher Parteien für eine gewisse Zeit — auch noch in der jetzt durchlaufenen Phase der „Volksdemokratie" — erforderlich macht. Eine Untersuchung der LDP in den Jahren 1945 bis 1948 kann nicht von dem Tatbestand dieser gegenwärtigen Situation der Partei absehen, sie wird vielmehr wesentliche Fragestellungen dem späteren Gang der Entwicklung entnehmen müssen und erhält von daher ihre Aktualität.

Das aktuelle Interesse besteht einmal in der *Teilung Deutschlands*. Die Geschichte dieser Teilung, wiewohl Gegenstand einiger gründlicher Darstellungen, ist noch keineswegs abschließend geklärt, und die zeitgeschichtliche Forschung wird hier möglicherweise noch zu Ergebnissen kommen, die die bisherigen Resultate in wesentlichen Punkten korrigieren. Während die diplomatischen Auseinandersetzungen zwischen den Siegermächten einigermaßen befriedigend untersucht worden sind, ist doch von den Vorbereitungen und Motiven der jeweiligen Regierungen und besonders der Besatzungsbehörden nur sehr wenig bekannt geworden. Die Bedeutung der von den letzteren getroffenen oder unterlassenen Maßnahmen für die Entscheidungen auf diplomatischer Ebene ist eigentlich in keiner der vorliegenden Arbeiten genügend gewürdigt worden, vor allem was die westlichen Besatzungszonen angeht. Die Teilung Deutschlands, zu deren Geschichte diese Untersuchung einen Beitrag liefern will, ist aus den Maßnahmen lediglich der sowjetischen Politik nicht zu erklären. Es muß dabei ernsthaft in Frage gestellt werden, ob diese tatsächlich, wie es die Mehrheit der „westlichen" Untersuchungen nahelegt, von vornherein die rasche und gewaltsame Durchsetzung einer sozialistisch-kommunistischen Gesellschaftsordnung für Deutschland und als Alternative wenigstens für ihre eigene Besatzungszone planmäßig anstrebte — von den darin übereinstimmenden DDR-Publikationen ganz zu schweigen, die, von dem Postulat der „historischen Notwendigkeit" ausgehend, andere Möglichkeiten gar nicht zulassen können. Demgegenüber ergeben sich von der Untersuchung der Politik einer ausgesprochen bürgerlichen Partei aus ge-

wisse Aspekte, die einer derartigen Determination der Entwicklung in den ersten beiden Nachkriegsjahren widersprechen.

Neben diesem zeitgeschichtlichen will die vorliegende Arbeit aber auch einen Beitrag zur *Parteiengeschichte* liefern, zu einem Forschungsbereich, der sich erst in jüngster Zeit in Deutschland besonderer Aufmerksamkeit erfreut. Es geht dabei einmal um die Frage der Entstehung einer liberalen Partei nach dem Zusammenbruch eines totalitären, parteilosen Systems im Jahre 1945, der Herkunft der Kräfte, die sie schufen, und den Vorstellungen und Möglichkeiten, die dem unter den Bedingungen der Besetzung durch die Armee einer revolutionären Macht zugrunde lagen. Zum anderen ist diese Partei zu sehen in ihrem Verhältnis zur Entwicklung des westdeutschen Parteiwesens, das sie über mehr als zwei Jahre entscheidend beeinflußte; das Ende dieser Beziehungen um die Jahreswende 1947/48 und die gleichzeitig beginnende Liquidierung der „antifaschistisch-demokratischen Periode" bezeichnen auch das Ende der LDP als einer parlamentarisch-demokratischen Partei, so daß ihre Geschichte mit diesem Zeitpunkt — äußerlich durch den Tod ihres Vorsitzenden Wilhelm Külz im April 1948 markiert — als abgeschlossen gelten kann.

Schließlich liegt die Aktualität des Interesses in einem dritten Aspekt, im *Liberalismus*. Ohne hier ausführlich darauf abzuheben, ist es doch von zentraler Bedeutung, daß es sich bei der LDP um eine Partei handelt, die sich ausdrücklich als in der langen Tradition des deutschen politischen Liberalismus stehend empfand und sowohl in ihrer Programmatik als auch soziologisch auf dessen Kräfte zurückgriff und sie zu reaktivieren suchte. Es wurde von ihr und ihrer vorwiegend der Demokratischen Partei der Weimarer Republik entstammenden Führungsschicht der Versuch gemacht, die politische Lebensfähigkeit des Liberalismus und des ihn tragenden Bürgertums unter Beweis zu stellen und beide auszusöhnen mit der Linken, mit Sozialismus und Kommunismus. Dabei zeigte es sich, daß dieses Bürgertum zwar politisch eine erstaunliche Vitalität an den Tag legte, diese aber — deutlich vor allem im Ideologischen — überwiegend reaktiv war und das schließliche Erliegen dem kommunistisch-sowjetischen Druck und seinen gefährlichen Kompromissen auch in gewissen konstitutionellen Schwächen des „erneuerten Liberalismus" selbst begründet war.

Besteht zwar keine völlige Einigkeit darüber, wie die erste Phase der sowjetischen Deutschland-Politik und der Entwicklung in der sowjetischen Besatzungszone zu bewerten ist im Hinblick auf die spätere Entwicklung, so darf es doch als sicher gelten, daß das Jahr 1948 das Ende des ersten Abschnittes deutscher und darüber hinaus internationaler Nachkriegsgeschichte bedeutet: das Ende des Kontrollrats und der Beginn der Blockade Berlins im März, der Staatsstreich in der Tschechoslowakei und die Tito-Krise im Sommer bezeichnen eine Neuorientierung der sowjetischen Politik. Diese deutliche Zäsur läßt es als berechtigt erscheinen, den Zeitraum vom Frühjahr 1945 bis zum Frühjahr 1948, den die Untersuchung umspannt, als Einheit zu begreifen und ermöglicht es, den Stoff

in einzelne Sachbereiche — Programmatik, Sozialstruktur, Blockarbeit u.a.m. — zu zerlegen und die chronologische Darstellung lediglich für Entstehung und Ende der Partei zu wählen; eine Zeittafel im Anhang dient zur ergänzenden Orientierung.

Die Schwierigkeiten, denen sich Darstellung, Analyse und Urteil im vorliegenden Falle gegenübersehen, sind vor allem methodischer Art; das Geschehen in der SBZ, die in dieser ersten Phase durch eine langsam erst überwundene institutionelle Strukturlosigkeit gekennzeichnet ist, entzieht sich in einem Punkt auch der politikwissenschaftlichen Untersuchung: in dem ganz spezifischen politischen „Klima" der sowjetischen Besetzung, ohne das die Entscheidungen, Äußerungen und Handlungen dieser Jahre nicht gesehen werden können. Dieses „Klima" wurde wesentlich bestimmt durch die zahlreichen Spielarten sowjetischen Druckes auf die nicht-kommunistischen Kräfte — vom erzwungenen Wodka-Gelage beim Ortskommandanten bis zur Verhaftung unliebsamer Personen — und bildet ein wichtiges Element des Geschehens, ohne doch selbst greifbar zu sein in der Form aktenkundiger Dokumente. Hier mußten das persönliche Gespräch und der Fragebogen eine empfindliche Lücke schließen. Wenn wir davon ausgehen, daß trotz gewisser Differenzen eine prinzipielle Übereinstimmung zwischen sowjetischer Besatzungsmacht und KPD/SED bestand, letztere nur als politische Partei notwendig anders vorzugehen gehalten war, so können wir zwei Formen kommunistischen Druckes unterscheiden: den durch die Sowjetische Militäradministration und alle ihre Untergliederungen ausgeübten direkten, und den von der KPD/SED praktizierten indirekten Druck.

Direkter Druck wurde vor allem in folgenden Formen angewandt:

— durch die Anwesenheit sowjetischer Offiziere bei nahezu allen Partei- und Fraktionssitzungen und das Verlangen, genaue Sitzungsprotokolle auszuhändigen;

— durch die Auflage an die Orts- und Kreiskommandanten, den nicht-kommunistischen Parteien Schwierigkeiten verschiedenster Art zu bereiten — erfolgreich praktiziert vor allem bei den Wahlvorbereitungen — bei Androhung ihrer Strafversetzung;

— durch Nichtregistrierung bestehender Ortsgruppen mit dem Ziel ihrer Ausschaltung bei den Gemeindewahlen;

— durch Eingriffe in die Parteipresse, insbesondere durch den erzwungenen Abdruck von Artikeln;

— durch das Ausspielen einzelner Politiker gegeneinander, besonders untergeordneter Funktionäre gegen höhere derselben Partei;

— durch Korrumpierung einzelner Persönlichkeiten, die mittels materieller Hilfeleistungen oder der Eröffnung beruflicher Karrieren in Abhängigkeit gerieten;

— durch Verhaftung von politisch mißliebigen Personen. Da man dieses Mittel anfangs nur zögernd anwandte und dann meist nicht bei besonders exponierten Politikern, hatte es vor allem die psychologische Wirkung der Einschüchterung.

Indirekter Druck wurde vorwiegend ausgeübt:

— durch Benachteiligung in materiellen Hilfeleistungen (Papierzuteilungen, Versorgungsgüter) auf dem Verwaltungswege;

— durch erschwerte Einstellung bürgerlicher Parteimitglieder im öffentlichen Dienst, wo ihnen häufig der Übertritt zur SED zur Bedingung der Aufnahme oder des weiteren Verbleibens im Amt gemacht wurde;

— durch gezielte Diffamierung einzelner Persönlichkeiten, etwa auf Grund irgendwelcher Beziehungen zur NSDAP, oder der gesamten Partei;

— durch außerparlamentarische Aktionen gegen unliebsame Parlamentsbeschlüsse oder Fraktionsanträge oder einzelne führende Parteimitglieder;

— durch die „Abwerbung" von Abgeordneten.

Gleichwohl dürfen diese Dinge nicht als ausschlaggebend für das Geschehen in der SBZ überbewertet bzw. als bloße „terroristische Akte" einer feindlichen Besatzungsmacht interpretiert werden: politische Auseinandersetzungen sind immer Kämpfe um staatliche ebenso wie um gesellschaftliche Macht, deren jeweilige konkreten Formen bedingt sind durch die jeweilige konkrete Situation. Der sowjetisch-kommunistische Druck war eine spezifische Form des politischen Kampfes, begründet in einer von den bisherigen Ordnungsvorstellungen unterschiedenen Ideologie und durchgesetzt mit den Mitteln, die einer Besatzungsmacht im Deutschland der bedingungslosen Kapitulation zur Verfügung standen. Die besondere Schwierigkeit politischer Auseinandersetzung mit dem Kommunismus bestand weniger in der hier situationsbedingten Ohnmacht nichtkommunistischer Kräfte gegenüber der allmächtigen Besatzungsmacht, sie ist vielmehr grundsätzlicher Natur. Es ging und geht noch heute um die Frage, ob und wie es möglich ist, Methoden politischen Umganges mit Kräften zu entwickeln, die beanspruchen, alleinige Vollstrecker einer historisch-gesellschaftlichen Gesetzmäßigkeit zu sein — ob und wie es möglich ist, so konträre politische Ordnungen, wie sie sich gegenwärtig in „Ost" und „West" gegenüberstehen, zu einem politischen Ausgleich zu bringen, und zwar nicht nur international, sondern, wie im vorliegenden Falle, innerstaatlich. Insofern gewinnt diese Untersuchung eine gewisse exemplarische Bedeutung, denn das Problem ist durch die Teilung Deutschlands — die oktroyierte Revolution einerseits, die Unterlassung jeder gesellschaftlichen Neustrukturierung andererseits — nur aufgeschoben, nicht gelöst.

I. Deutschland zwischen den Siegermächten 1945/46

Am 5. Juni 1945 proklamierten in Berlin die Oberbefehlshaber der vier in Deutschland stehenden Armeen als Vertreter ihrer Regierungen die Übernahme der obersten Regierungsgewalt in Deutschland[1]). Sie stellten dabei fest:

„Es gibt in Deutschland keine zentrale Regierung oder Behörde, die fähig wäre, die Verantwortung für die Aufrechterhaltung der Ordnung, für die Verwaltung des Landes und für die Ausführung der Forderungen der siegreichen Mächte zu übernehmen[2])."

In Deutschland war mit dem Zusammenbruch des Nationalsozialismus und nach der Gefangensetzung der Regierung Dönitz am 23. Mai 1945 ein „Herrschaftsvakuum[3])" entstanden, das auszufüllen die kriegführenden Mächte jetzt als ihre Aufgabe sahen: ihr Krieg hatte nicht so sehr dem deutschen Volke als solchem gegolten, sondern vielmehr dem Nationalsozialismus als einem bestimmten politischen System[4]). Die Forderung nach bedingungsloser Kapitulation[5]) unterstrich ihre Absicht, die Neuordnung der politischen Verhältnisse Deutschlands selbst in die Hand zu nehmen und sie nicht, wie 1918, den Deutschen zu überlassen. Dazu diente die militärische Besetzung und die Einrichtung des Alliierten Kontrollrats in Berlin, der die Koordination des Vorgehens der vier Besatzungsmächte in ihren Zonen wie die Entscheidung aller Deutschland als ganzes betreffenden Fragen zur Aufgabe hatte[6]).

Die militärische Besetzung eines Landes nach einem Krieg ist als solche auch völkerrechtlich nichts Neues; das Besondere dieser Besetzung Deutschlands jedoch bestand in einem Doppelten:

1. Während die militärische Okkupation im klassischen Sinn dem vorangegangenen wie dem nachfolgenden Regime indifferent gegenübersteht, war „das Hauptziel der deutschen Okkupation von 1945 die Vernichtung des vorangegangenen Regimes bis in seine psychologischen Wurzeln und die Schaffung aller notwendigen Voraussetzungen für die Errichtung eines demokratischen Regimes".

[1]) Klaus Altmeyer, Die Dokumente vom 5. Juni 1945 und die politische Einheit Deutschlands; in: Europa-Archiv 1955, S. 7365 bis 7378.

[2]) Zit. bei Ernst Deuerlein, Die Einheit Deutschlands; Frankfurt/M. und Berlin 1957, S. 242.

[3]) Theodor Eschenburg, Das Problem der deutschen Einheit nach den beiden Weltkriegen; in: Vierteljahreshefte für Zeitgeschichte 2/1957, S. 118.

[4]) Michel Virally, Die internationale Verwaltung Deutschlands; Baden-Baden 1948, S. 2 f.

[5]) Vgl. Ulrich Meister, Zur deutschen Kapitulation 1945; in: Ztschr. für ausländ. öff. Recht und Völkerrecht, Bd. XIII 1950/51, S. 393 bis 410. — Deuerlein a.a.O., S. 51 f. — Günter Moltmann, Die frühe amerikanische Deutschlandplanung im zweiten Weltkrieg; in: Vjh.Z. 3/1957; S. 259.

[6]) Vgl. Richard Thilenius, Die Teilung Deutschlands; Hamburg 1957, S. 106. — Virally a.a.O., S. 63 ff.

Sie war damit „grundverschieden von jedem anderen, bisher bekannten Okkupationsregime[1])".

2. Deutschland wurde nicht nur von mehreren Staaten zugleich besetzt, was in der europäischen Geschichte nicht einmalig ist, sondern es handelte sich dabei um Staaten mit einander entgegengesetzten gesellschaftspolitischen Ordnungsprinzipien: die „bürgerlich-demokratischen" Westmächte England, Frankreich, USA auf der einen, die „sozialistisch-kommunistische" UdSSR auf der anderen Seite.

Während es für die Westmächte mit Beginn des Krieges feststand, daß mit dem nationalsozialistischen Deutschland kein Friedensschluß und damit auch keine Okkupation im klassischen Sinn möglich war, war es Hitler selbst, der durch den Angriff auf die Sowjetunion ihnen eine Koalition aufzwang, die sie in dieser Form gar nicht gewollt hatten: die antideutsche Kriegskoalition war, da von den militärischen Handlungen der Gegenseite diktiert, „kein echtes Bündnis", fehlte ihr doch sowohl ein konstruktives Kriegsziel als auch die genaue Festlegung von Friedensbedingungen. Die Bündnispartner waren in den Krieg gezwungen worden, „ohne daß es eine planmäßige diplomatische Vorarbeit oder praktische Ziele für diesen gemeinsamen Krieg gegeben hatte[2])". Ihre Kooperation während des Krieges, ihre Abmachungen über die besiegten oder befreiten Staaten auf den kleinen Besprechungen wie auf den großen Konferenzen bis hin zu Potsdam wurden getroffen bei beiderseitiger und bewußter Ausklammerung der Gegensätzlichkeit der Gesellschaftsordnungen und Ideologien[3]).

Das war möglich, solange sich die praktische Zusammenarbeit auf militärische Aufgaben, die Niederwerfung Deutschlands insbesondere, beschränkte — wenngleich es auch hier zu wirklichen Kontakten nie gekommen war, da diese von sowjetischer wie von amerikanischer Seite strikt auf die Stabschefs beschränkt worden waren und auch dort den Rahmen des unbedingt Nötigen nie überschritten hatten[4]). Die Gegensätzlichkeiten kamen aber in dem Moment zum Ausbruch, als es um die politische Neuordnung jener Staaten ging, beginnend mit der Frage der beiden polnischen Regierungen[5]). Während die Westmächte, besonders Roosevelt, auf der Konferenz von Jalta (Februar 1945) hier zu einem Kompromiß zugunsten der sowjetischen Forderungen sich bereitfanden, um dagegen Stalins Bereitschaft zur Mitarbeit an den Vereinten Nationen einzuhan-

[1]) Virally a.a.O., S. 17.

[2]) Fritz Hesse, Weltpolitik 1945 bis 1954; in: Geschichte und Politik, Heft 11; Laupheim 1954, S. 5.

[3]) Hans Rothfels, Gesellschaftsordnung und Koexistenz; in: Vjh.Z. 4/1956, S. 340.

[4]) Vgl. Bedell Smith, General Eisenhowers sechs große Entscheidungen (Europa 1944 bis 1945); Bern 1956, S. 286 ff. — William D. Leahy, I was there; London 1950, S. 10. — Dwight D. Eisenhower, Kreuzzeug in Europa; Amsterdam 1948, S. 515. - Frank Howley, Berlin Command; New York 1950, S. 11: „We went to Berlin in 1945, thinking only of the Russians as big, jolly, balalaika-playing fellows, who drank prodigious quantities of vodka and liked to wrestle in the drawing room. We know now . . ., that we were hopelessly naive."

[5]) Vgl. Winston S. Churchill, Der 2. Weltkrieg, Bd. VI/2; Stuttgart 1954, S. 29 ff.

deln[1]), mußte es in der Behandlung Deutschlands, zu dessen gemeinsamer Regierung und Verwaltung sich die drei Großmächte schließlich entschlossen, zum Austrag dieser Gegensätze kommen. Hier mußte es sich zeigen, inwieweit die gesellschaftspolitischen und ideologischen Unterschiede zwischen „West" und „Ost" antagonistischer, d. h. auf gleichem Raum einander ausschließender Art waren, oder ob zwischen ihnen ein Ausgleich möglich sein würde.

Auf der Potsdamer Konferenz (Juli/August 1945) ging man noch von letzterer Hypothese aus und kam zu einer — der letzten — gemeinsamen Erklärung der Siegermächte über die Behandlung Deutschlands.

Diese zeichnet sich, was die Maßnahmen zur inneren Neuordnung betrifft, durch auffallend allgemein gehaltene, vage und dehnbare Formulierungen aus: die „endgültige Umgestaltung des deutschen politischen Lebens auf demokratischer Grundlage" war vorzubereiten; Überwachung des Erziehungssystems zur Entfernung aller nazistischen und militaristischen Lehren und zur Ermöglichung einer „erfolgreichen Entwicklung der demokratischen Ideen"; „Dezentralisation der politischen Struktur" und „Entwicklung einer örtlichen Selbstverwaltung"; Zulassung und Förderung aller demokratischen politischen Parteien und Gewerkschaften in ganz Deutschland; Freiheit für Presse und Religion; Dezentralisation des deutschen Wirtschaftslebens mit dem Ziel der Vernichtung von Kartellen, Syndikaten und Trusts[2]).

Es muß dabei allerdings in Betracht gezogen werden, daß im Rahmen eines derartigen Abkommens eine weitergehende Präzisierung kaum möglich war, sollten doch hier auch nur die allgemeinen Richtlinien festgelegt werden für die Arbeit des Alliierten Kontrollrates, dessen Aufgabe in ihrer einheitlichen Realisierung in allen Zonen bestand. Dennoch muß betont werden, daß derartige von allen Partnern akzeptierte Grundsätze und die Erwartung ihrer Durchführung in einem als Einheit betrachteten Deutschland nur möglich waren unter Ignorierung der bestehenden gesellschafts- und machtpolitischen Unterschiede. D. h. es wurde in Potsdam kein Kompromiß geschlossen hinsichtlich der einzuschlagenden Besatzungspolitik, sondern die entscheidenden Fragen wurden übergangen, indem man von „Demokratisierung", „Entnazifizierung" etc. sprach. Dabei behielten sich alle Beteiligten stillschweigend vor, diese Bestimmungen jeweils nach ihren eigenen Vorstellungen anzuwenden — nicht nur die Sowjetunion[3]). Dieser Vorbehalt fand auch in der institutionellen Regelung der Re-

[1]) Vgl. Jalta-Dokumente; Fricks Bücher der Weltpolitik, Bd. 2; Wien/München/Stuttgart/Zürich 1955, S. 131 ff., S. 140 ff., S. 157 ff.

[2]) Dieses kritisierend W. Friedmann, The Allied Military Government of Germany; London 1947, S. 135. — Desgl. Boris Meissner, Rußland, die Westmächte und Deutschland; 2. Aufl. Hamburg 1954, S. 71.

[3]) In Trumans Vorschlägen für Potsdam hieß es u. a.:

„a) The restoration throughout Germany of local selfgovernment through elective councils. (And to put this proposal into effect in United States zone, whether or not it was accepted for the other zones.)

b) That throughout Germany non-Nazi political parties would have the rights of assembly an public discussion. (Put this proposal into effect in the United States zone.)" W. Leahy a.a.O., S. 455.

gierungsausübung seinen Ausdruck: „... wird die höchste Regierungsgewalt in Deutschland durch die Oberbefehlshaber der Streitkräfte ... nach den Weisungen ihrer entsprechenden Regierungen ausgeübt, und zwar von jedem in seiner Besatzungszone, sowie gemeinsam in ihrer Eigenschaft als Mitglieder des Kontrollrates in den Deutschland als Ganzes betreffenden Fragen."

Als die Konferenz begann, befand sich Deutschland seit drei Monaten unter alliierter Besetzung und in den vier Zonen waren bereits Maßnahmen von unterschiedlicher, z. T. einschneidender Bedeutung hinsichtlich der politischen und sozialen Neustrukturierung getroffen worden. Das war nicht zuletzt deswegen möglich, weil der Kontrollrat, obwohl schon am 14. November 1944 beschlossen, erst am 30. Juli, also während der Potsdamer Konferenz, erstmalig zusammentrat[1]), die Oberbefehlshaber der vier Armeen somit zumindest bis zu diesem Zeitpunkt in den von ihnen besetzten Gebieten volle Handlungsfreiheit bezüglich der Behandlung Deutschlands hatten bzw. ausschließlich an die jeweiligen Instruktionen ihrer Regierungen gebunden waren. Durch die Beschlüsse von Potsdam wurde dieser Zustand faktisch legitimiert: „Aus dem Deutschen Reich war ein Kondominium, ein Zonenbund geworden[2])", seine Einheit beruhte auf dem Funktionieren des Kontrollrates, dem durch die Vorschrift der Einstimmigkeit eine wirkliche Regierungsgewalt von vornherein wieder genommen war.

1. Zu Deutschlands innerer Lage 1945

Hannah Arendt hat auf den unlösbaren Zusammenhang von Ideologie, Propaganda und Organisation im totalitären Staat hingewiesen[3]) und gezeigt, daß die nazistische Ideologie in der Organisation des Dritten Reiches so vollständig „realisiert" worden war, daß dessen Zerstörung „buchstäblich nichts, nicht einmal den Fanatismus des Aberglaubens[4])" übrigließ. — In der Tat war, ganz entgegen den Erwartungen der Alliierten, aber auch deutscher Politiker[5]), an eine nationalsozialistische Aktivität mit dem Augenblick des Zusammenbruches überhaupt nicht zu denken. Der „Werwolf" blieb, mit ganz geringen Ausnahmen[6]),

[1]) Lucius D. Clay, Entscheidung in Deutschland; Frankfurt/Main 1950, S. 61.

[2]) Eschenburg, Das Problem der deutschen Einheit a.a.O., S. 117.

[3]) Hannah Arendt, Elemente und Ursprünge totaler Herrschaft; Frankfurt/M. 1955, S. 560 ff.

[4]) a.a.O., S. 577.

[5]) Ludwig Bergsträßer, Zeugnisse zur Entstehungsgeschichte des Landes Hessen; in: Vjh.Z. 4/1957, S. 400. — Desgl. die Gruppe der deutschen Exil-Kommunisten bei Wolfgang Leonhard, Die Revolution entläßt ihre Kinder; Köln und Berlin 1955. — Dieses Buch, das im folgenden noch öfter zitiert wird, bietet die bislang einzige Darstellung der sowjetischen Deutschlandpläne und der ersten kommunistischen Maßnahmen in der SBZ aus der Sicht der Führungsgruppe der deutschen Kommunisten. Soweit seine Angaben nachprüfbar waren, konnten sie im wesentlichen bestätigt werden.

[6]) Der kommunistische Jugendsekretär in Sachsen, Robert Bialek, berichtet von ehemaligen Hitlerjugendführern in Dresden, die den Versuch gemacht haben, auch nach der Kapitulation im „Werwolf" Widerstand zu leisten. Stewart Thomson, The Bialek Affair; London 1955, S. 74 und S. 82.

eine Wunschvorstellung der Machthaber; die Bevölkerung war ganz im Gegenteil jedem dankbar, der ihr in ihrer materiellen und geistigen Not helfend entgegenkam.

Wenn auch die große Mehrheit des deutschen Volkes von der Notwendigkeit eines gründlichen politischen Neubeginns überzeugt gewesen sein dürfte, so hatte sie doch weder klare Vorstellungen über das Was und Wie, noch die physische und geistige Kraft zu deren Durchsetzung. Derartige Vorstellungen hatten überhaupt nur sehr wenige antifaschistische Kreise — allerdings nicht nur die aktiven Widerstandskämpfer aus Zuchthäusern und Konzentrationslagern[1]), sondern in quantitativ kaum meßbarer Weise auch bürgerliche und linke Demokraten bis hin zu den Kommunisten.

Jedoch die Bereitschaft allein zum Neubeginn genügt nicht, wenn sie nicht inhaltlich mit klaren programmatischen Forderungen und Vorschlägen verbunden ist[2]); dazu aber hätte es mehr Zeit und politischer Bewegungsfreiheit in allen Besatzungszonen bedurft, als anfangs vorhanden war. — Im Augenblick des Zusammenbruches hatten sich spontan und örtlich sehr unterschiedlich die verschiedensten antifaschistischen Komitees, Ausschüsse, Räte usw. gebildet, die den ersten Nachkriegswochen stellenweise so etwas wie ein „revolutionäres" Gepräge gaben[3]). Geboren in einer Situation völliger Führungslosigkeit, setzten sie sich zusammen aus den verschiedensten Personenkreisen, geeint durch die gemeinsame Gegnerschaft zum Nationalsozialismus und die Bereitschaft zur Übernahme politischer Verantwortung. Je nach den örtlichen Umständen handelte es sich dabei um Gewerkschaftler, Kommunisten, Sozialdemokraten und Bürgerliche — viele politische Häftlinge —, jedoch waren nicht überall alle Richtungen vertreten[4]). Zwar war die Notwendigkeit, der unmittelbaren Notlage abzuhelfen, Nahziel aller dieser politischen Betätigungen und schuf auch die rascheste gemeinsame Plattform[5]), jedoch dürfen diese Vorgänge mit aller Vorsicht auch als

[1]) So Carola Stern, Porträt einer bolschewistischen Partei; Köln 1957, S. 12. — Desgl. J. Peter Nettl, Die deutsche Sowjetzone bis heute; Frankfurt/M. 1953, S. 36; N. glaubt nur drei politische Gruppen unterscheiden zu können: die aktiven, aber zahlenmäßig schwachen Kommunisten — die stärkeren, aber schwerfälligen Sozialdemokraten — die Mehrheit der Deutschen als politisch träge Masse.

[2]) Beispielhaft für diese „Inhaltlosigkeit" Erik Reger im „Tagesspiegel", 1945: „Glück im Unglück: wo all und jedes vertan und verspielt ist, ist neben dem Guten auch das Böse vertan und verspielt. Wir haben einen klaren Anfang." „Niemals ist, so betrachtet, die Situation für jeden einzelnen Deutschen so günstig gewesen —: er steht wie Gottvater am Anbeginn der Schöpfung ... Es muß möglich sein, die achtbaren Individuen zu einer achtbaren Nation zu summieren." Erik Reger, Vom künftigen Deutschland — Aufsätze zur Zeitgeschichte; Berlin 1947, S. 15.

[3]) Sehr anschaulich bei Leonhard, Die Revolution, a.a.O., S. 381 ff. — James P. Warburg, Deutschland — Brücke oder Schlachtfeld; Stuttgart 1949, S. 95 f. — Eigene Informationen.

[4]) In Erfurt beispielsweise bildeten nur Gewerkschaftler, Kommunisten und KZ-Häftlinge den Antifa-Ausschuß; die Sozialdemokraten hielten sich völlig zurück und nur ein Bürgerlicher, dessen antifaschistische Haltung bekannt war, wurde aufgenommen. Eigene Information.

[5]) Vgl. auch Hans Georg Wieck, Die Entstehung der CDU und die Wiedergründung des Zentrums im Jahre 1945; Düsseldorf 1953, S. 12.

Versuche angesprochen werden, der zu schaffenden gesellschaftlichen Neuordnung Deutschlands die ersten politischen Strukturen zu geben im Sinne einer spontanen Demokratisierung und selbstverantwortlichen, d. h. nicht von den Besatzungsmächten durchgeführten Entnazifizierung. So berichtet Leonhard[1]) von derartigen Gründungen mit regelrechter Mitgliedschaft durch gedruckte Mitgliedsbücher und mit programmatischen Forderungen, die den Charakter dieser Komitees als bloßer Notorganisationen bereits deutlich überschritten und von ihm als „Ansätze einer vielleicht machtvollen selbständigen antifaschistischen und sozialistischen Bewegung" interpretiert werden. Welcher Art die Vorstellungen und Ziele dieser Gruppen im einzelnen waren, wie sie sich zusammensetzten und wo sie überall arbeiteten, läßt sich heute wohl kaum mehr im einzelnen erfassen.

Aber auch alte parteipolitische Kreise fanden sich z. T. bereits im April/Mai 1945 zusammen zur Besprechung der politischen Möglichkeiten im Nachkriegsdeutschland und um von vornherein die durch die Entwicklung überholten Gegensätze zu überwinden[2]). Man wird sagen dürfen, daß es zu einem guten Teil von der entgegenkommenden oder zurückweisenden Haltung der Besatzungsmächte abhing, inwieweit vorhandene deutsche politische Energien geweckt oder verschüttet wurden: sie waren stärker, als man es nach all dem Vorangegangenen hätte erwarten können. —

2. Sowjetische Besatzungspolitik

a) *Deutschland in der strategischen Gesamtkonzeption*

Die Pläne der Sowjetunion hinsichtlich der Behandlung Deutschlands nach dem Kriege und ihre Deutschlandpolitik in dem hier zur Untersuchung stehenden Zeitraum 1945—1948 sind wegen des Fehlens von publiziertem Aktenmaterial und von Memoiren ihrer führenden Politiker bislang nicht befriedigend zu erhellen[3]).

In unserem Zusammenhang ist es nicht erforderlich, auf die Wandlungen der sowjetischen Pläne vom Kriegseintritt 1941 bis zur Potsdamer Konferenz 1945 im einzelnen einzugehen. Es darf wohl als gesichert gelten, daß die Sowjetunion, obwohl Stalin als erster bereits im Dezember 1941 gegenüber Eden den Vorschlag einer Zerstückelung Deutschlands machte[4]), bei Kriegsende an der

[1]) Leonhard, Die Revolution, a.a.O., S. 387 f.

[2]) Vgl. Wieck, Die Entstehung der CDU, a.a.O.; ders.: Christliche und Freie Demokraten in Hessen, Rheinland-Pfalz, Baden und Württemberg 1945/46; Düsseldorf 1958.

[3]) Es liegen nur zwei größere Publikationen vor:
W. M. Molotow, Fragen der Außenpolitik — Reden und Erklärungen April 1945 bis Juni 1948; Moskau 1949. — Dokumente zur Deutschland-Politik der Sowjetunion, Bd. I, Vom Potsdamer Abkommen am 2. August 1945 bis zur Erklärung über die Herstellung der Souveränität der Deutschen Demokratischen Republik am 25. März 1957; hrsg. vom Deutschen Institut für Zeitgeschichte Berlin; Berlin 1957.

[4]) Meißner, Rußland, die Westmächte ... a.a.O., S. 23.

Erhaltung der Einheit Deutschlands interessiert war, und daß diese Zäsur in der sowjetischen Deutschlandpolitik im Frühjahr 1945 zwischen März und Mai eintrat[1]). Damit hatte sich gegenüber der aus Furcht und Haß geborenen „traditionellen Sicherheitskonzeption[2])" — militärische, wirtschaftliche und politische Zerstörung Deutschlands — die andere Linie einer mehr offensiven Politik durchgesetzt, für die die Behandlung Deutschlands als Einheit Grundlage weiterreichender Ziele war. Diese Zweigleisigkeit findet sich von Anfang an in den Äußerungen Stalins, der neben den Zerstückelungsplänen gleichzeitig offiziell proklamierte: „Die Hitler kommen und gehen, aber das deutsche Volk, der deutsche Staat bleibt[3])" — eine Äußerung, die sicher nicht nur taktisch, etwa hinsichtlich der Möglichkeit eines Sonderfriedens mit einer deutschen Regierung ohne Hitler, zu verstehen ist.

Die Motive jener Kursänderung sind nicht eindeutig zu bestimmen, jedoch muß man sie auf dem Hintergrund der machtpolitischen Konstellation des April/Mai sehen, welche Interpretation vor allem Castellan durchführt[4]):

Der Tod Roosevelts am 12. April bot der Sowjetunion bzw. Stalin die Chance, nunmehr die Rolle des Koalitionsführers der Alliierten zu übernehmen; die Einsetzung des rußlandhörigen Lubliner Komitees als polnischer Regierung und der Abschluß eines Freundschaftsvertrages mit dieser am 21. April befriedigte fürs erste das sowjetische Sicherheitsbedürfnis, ebenso wie die faktisch vollzogene Abtrennung der deutschen Ostgebiete; am 13. April war Wien von der Roten Armee genommen, am 1. Mai Berlin und am 9. Mai Prag besetzt worden; die Amerikaner begannen sofort mit der deutschen Kapitulation die Demobilisierung ihrer Armee bzw. die Verlegung aller kampfkräftigen Einheiten in den Pazifik; Roosevelt hatte in Jalta erklärt, daß die amerikanischen Truppen keinesfalls länger als zwei Jahre in Deutschland bleiben würden[5]), so daß die Sowjetunion in kürzester Zeit die unbestreitbar stärkste kontinentale Militärmacht sein würde; England schien mit der Auflösung der Regierung am 23. Mai und der Ausschreibung von Wahlen zum 5. Juli sofort auf den Friedenszustand loszusteuern; die starken, aktiven und rußlandfreundlichen kommunistischen Parteien Frankreichs und Italiens boten schließlich die Möglichkeit, den sowjetischen Einfluß weit nach Westeuropa hinein entscheidend zur Geltung zu bringen; in einem unter diesen Umständen viermächtekontrollierten Deutschland würde die Sowjetunion, im Bunde mit der erwartungsgemäß starken KPD, die in den letzten freien Reichstagswahlen 16,9% der Stimmen erhalten hatte, ein so entscheidendes Übergewicht haben, daß es sich bald gänzlich unter sowjetischer Kontrolle befände — eine

[1]) a.a.O., S. 53 ff. — G. Castellan, La politique allemande de l'U.R.S.S.; in: Revue d'histoire de la deuxième guerre mondiale; Janvier 1956, S. 38—54 und Avril 1956, S. 31—46. — Am 2. April hatte Ilja Ehrenburg im „Roten Stern", der sowjetischen Armeezeitung, unter der Überschrift „Genug" von den Deutschen als einer „kolossalen Bande" gesprochen. Mitte Mai erschien ein sich darauf beziehender Artikel von Alexandrow in der „Prawda": „Genosse Ehrenburg vereinfacht." E.s Meinung sei nicht die öffentliche Sowjetmeinung, Hitlerdeutschland und Deutschland seien nicht gleichzusetzen. Tägliche Rundschau, 16. Mai 1945.

[2]) Castellan, La politique allemande . . . a.a.O., Aprilheft S. 44.

[3]) Im Februar 1942. J. W. Stalin, Über den großen vaterländischen Krieg der Sowjetunion; 3. Aufl. Berlin 1952, S. 50.

[4]) Zum Folgenden vgl. Castellan, La politique allemande . . . a.a.O., Aprilheft S. 45 f.

[5]) Edward R. Stettinius, Roosevelt and the Russians; New York 1949, S. 127.

Aufteilung dagegen würde die Erreichung dieses Zieles entscheidend beeinträchtigen. Zu diesen weitzielenden strategischen Möglichkeiten, die gegen eine Aufteilung sprechen konnten, kam noch die Leistung von Reparationen, die aus einem ungeteilten Deutschland erheblich leichter zu erhalten waren, sowie die Ruhrkontrolle, von der die Sowjetunion bei einer Teilung ausgeschlossen gewesen wäre; Stalin weigerte sich auch lange, einer französischen Beteiligung an dieser zuzustimmen.

Diese sehr schlüssig konstruierte Deutschlandkonzeption der Sowjetunion seit April/Mai 1945 — Erhaltung der Einheit Deutschlands, um es, durch langsames Hinausdrängen der mit ihren eigenen Angelegenheiten beschäftigten Westmächte, mittels der KPD und ihrer Trabantenorganisationen unter kommunistische Kontrolle zu bringen — läßt sich jedoch in dieser Eindeutigkeit nicht halten. Zwar ist der Hinweis insbesondere von Cornides[1]) auf die traditionelle Schlüsselposition eines kommunistischen Deutschland im sowjetischen Weltrevolutionskonzept nicht unwichtig, doch muß demgegenüber die später von Stalin vollzogene Wendung zur national-russischen Interessenpolitik und die daraus resultierende Änderung der Kominternpolitik stärkeres Gewicht erhalten[2]). Stalins sehr skeptischen Äußerungen über die Chancen des Kommunismus in Deutschland sind mehrfach belegt[3]), und er scheint die Gefahr einer deutschen Wiedererstarkung in 15 bis 20 Jahren recht hoch eingeschätzt zu haben — wenn dieses nicht von den Großmächten gemeinsam niedergehalten würde[4]). Im April 1945, unmittelbar nach dem Tode Roosevelts, versicherte er sich beim amerikanischen Botschafter Harriman, ob die USA auch weiterhin zu einer engen Zusammenarbeit bereit sein würden[5]), und noch im Mai forderte er Hopkins gegenüber die USA regelrecht auf, sich an ihre Rolle als Weltmacht und die Wahrnehmung weltweiter Interessen zu gewöhnen[6]) — was ja auch die gemeinsame Besetzung Deutschlands einschloß.

Allerdings wurde diese Stalinsche Konzeption — gemeinsames hartes Kontrollregime bei gleichzeitig intensiver Ausbeutung insbesondere der eigenen Zone zur Stärkung der Sowjetunion — wohl nicht von allen sowjetischen Führungsgruppen geteilt[7]): es scheint sich ihr widersetzt zu haben einmal die Gruppe

[1]) Wilhelm Cornides, Die Weltmächte und Deutschland — Geschichte der jüngsten Vergangenheit 1945 bis 1955; Stuttgart und Tübingen 1957, S. 16 ff.

[2]) Vgl. dazu Ruth Fischer, Stalin und der deutsche Kommunismus; Frankfurt/Main o. J.

[3]) So die Äußerung zu Mikolaiczyk, der Kommunismus passe für Deutschland wie ein Sattel auf die Kuh; Isaac Deutscher, Stalin — Die Geschichte des modernen Rußland; Stuttgart 1951, S. 557. — Vgl. Sherwood, Roosevelt und Hopkins; Hamburg 1950, S. 639. — Balfour berichtet die glaubwürdige Äußerung eines sowjetischen Offiziers gegenüber einem Amerikaner im Mai 1945: „We certainly don't intend to bring a noble ideal like Communism to such a people"; Michael Balfour and John Mair, Four Power Control in Germany and Austria 1945—1946; London 1956, S. 42.

[4]) So in Teheran 1943; bei Sherwood, Roosevelt . . . a.a.O., S. 643. — Churchill, Der 2. Weltkrieg a.a.O., Bd. V/1, S. 47.

[5]) Sherwood, Roosevelt . . . a.a.O., S. 725.

[6]) a.a.O., S. 741.

[7]) So schon Eden 1943; a.a.O., S. 583.

der KPdSU um Shdanow — dessen Vertreter für die SBZ später Tulpanow war —, die für eine nach Westen offensive Politik eintrat, in der die eigene Zone die Rolle eines Brückenkopfes des Kommunismus übernehmen sollte[1]).

Semjonow, von der Auslandsabteilung des Staatssicherheitsministeriums, dürfte als Vertreter einer dritten Gruppe anzusprechen sein, die, Berija nahestehend, mehr westlich orientiert und damit nachgiebiger war. Gemeinsam mit der Shdanow-Gruppe scheint sie gegen die Beutekonzeption Stalins wie auch Sokolowskis und für ein ungeteiltes Deutschland eingetreten zu sein, aber dieses sollte nun im Unterschied zu Shdanows Plänen nicht unbedingt kommunistisch sein, sondern in der Fortsetzung der Dreikaiserbund-Rapallo-Linie auf lange Sicht zu einem freiwilligen und damit treueren Verbündeten werden, als wenn es dazu gezwungen würde. Dieser mittleren Gruppe dürfte zeitweise auch Molotow zugehört haben[2]).

Hatte sich zwar, wie also gesagt werden kann, die sowjetische Politik zum Kriegsende für eine Aufrechterhaltung der Einheit Deutschlands entschieden, so war dies doch nicht gleichzusetzen mit dem Vorhandensein einer verbindlichen strategischen Gesamtkonzeption, wie es rückschauend zunächst der Fall gewesen zu sein scheint: Als die erste Gruppe der nach Moskau emigrierten deutschen Kommunisten am 30. April in Deutschland eintraf — die „Gruppe Ulbricht" —, gehörte es zu ihren Direktiven, eine politische Betätigung zunächst nur im Rahmen eines „Blocks der kämpferischen Demokratie" zu fördern, sowie nur überparteiliche antifaschistische Zeitungen zu gründen. Anfang Juni dagegen hieß es plötzlich, daß politische Parteien zu gründen seien — ein, was die Wahl des Zeitpunktes anbetrifft, offensichtlicher Kurswechsel, der das Schwanken der sowjetischen Politik in dieser Zeit deutlich macht[3]).

b) *Besatzungspolitische Maßnahmen*

Als die sowjetischen Truppen Deutschland besetzten, stießen sie bei der deutschen Bevölkerung auf eine nicht zuletzt von der intensiven Greuelpropaganda des Dritten Reiches genährte Stimmung der Furcht und Ablehnung. Diese wurde in vielen Fällen durch die Brutalität und Disziplinlosigkeit der Soldaten bestätigt und vermehrt, da sich entgegen der „Ehrenburg-Linie" die neuen Anweisungen einer der nicht-nazistischen Bevölkerung gegenüber freundlichen Haltung nicht sofort durchsetzen konnten[4]). Dennoch waren — im Unterschied insbesondere zu den ersten amerikanischen Besatzungsmaßnahmen — die sowjetischen Offiziere gegenüber den zur Mitarbeit bereiten deutschen

[1]) Balfour and Mair, Four Power Control a.a.O., S. 44 f. — Vgl. Meißner, Rußland, die Westmächte ... a.a.O., S. 81 f.

[2]) Beide ebd.

[3]) Leonhard, Die Revolution ... a.a.O., S. 389 ff. — Auch Clay, Entscheidung ... a.a.O., S. 145, meint, daß die Sowjetunion „keinen festen, auf lange Sicht berechneten Plan hatte".

[4]) Leonhard, Die Revolution ... a.a.O., S. 344 ff.

Persönlichkeiten sowie den verschiedenartigen spontanen antifaschistischen Komitees zumeist sehr aufgeschlossen und ließen sie gewähren, wie es ja auch auf der Linie der für die rückkehrenden deutschen Kommunisten geltenden Direktiven lag. Die ersten sowjetischen Kommandanten zeigten in vielen Fällen großes Geschick, wirklich fähige deutsche Persönlichkeiten für öffentliche Ämter in Städten und Gemeinden zu gewinnen[1]).

Es wurde bereits erwähnt, und darin liegt einer der wichtigsten Unterschiede zur ersten Besatzungspolitik der westlichen Alliierten, daß im Gefolge der siegreichen sowjetischen Truppen Moskau-Emigranten der KPD nach Deutschland zurückkehrten und, beginnend mit Berlin Anfang Mai, sehr rasch den Aufbau der Verwaltungen betrieben — selbstverständlich durch Besetzung der Schlüsselpositionen mit alten KPD-Mitgliedern[2]). Eine entschlossen und zielstrebig handelnde Gruppe, wie es die Kommunisten um Ulbricht im Berlin jener Tage waren, konnte in einer Situation völliger Desintegration, des Fehlens aller Zuständigkeiten, mit voller Rückendeckung seitens der allmächtigen Besatzungsmacht relativ leicht erfolgreich sein. Der Zustand des Machtvakuums bestand ja auf allen Gebieten, und es mußte einer derartigen auf lange Sicht politisch planenden Gruppe alles daran gelegen sein, hier die ersten Strukturen neuen politischen Lebens nicht sich spontan bilden zu lassen, sondern sie von vornherein auf die eigenen revolutionären Ziele hin anzulegen. Eine wichtige Maßnahme in diesen ersten Wochen war es, jene zahlreichen spontanen Komitees und Aktionsausschüsse nicht nur in Berlin, sondern überall auch in der SBZ aufzulösen[3]) und damit von vornherein die Ausbildung von nicht der Exil-KPD verpflichteten kommunistischen Führungskräften, wie überhaupt Ansätze zu einer „freien Volksbewegung" zu vernichten, die sich später wahrscheinlich nur schwer hätten „einfangen" lassen. Es scheint dies eine ausschließlich auf Ulbricht zurückgehende, zumindest aber nicht von der Besatzungsmacht initiierte Aktion gewesen zu sein.

---

[1]) Nettl, Die deutsche Sowjetzone ... a.a.O., S. 12 f. und S. 18.

[2]) Zu diesen Vorgängen ausführlich Leonhard, Die Revolution ... a.a.O., S. 334 ff. — Bei Ulbricht, der denselben Sachverhalt verschlüsselt wiedergibt, ist von „Initiativgruppen" die Rede; Walter Ulbricht, Zur Geschichte der neuesten Zeit, Bd. I, 1. Hbd.; Berlin 1955, S. 62 und S. 82. — Von den 18 Mitgliedern des zwischen 7. und 12. Mai gebildeten Magistrats von Berlin waren 9 Mitglieder der KPD; „Berlin" — Kampf um Freiheit und Selbstverwaltung, Schriftenreihe zur Berliner Zeitgeschichte Bd. 1; Berlin 1957. — SBZ von 1945 bis 1954; hrsg. vom Bundesministerium für Gesamtdeutsche Fragen, Bonn 1956, S. 8. — Tägliche Rundschau, 18. Mai 1945.

[3]) Leonhard, Die Revolution ... a.a.O., S. 381 ff. — Voll bestätigt durch Ulbricht, Zur Geschichte der neuesten Zeit a.a.O., S. 62 f.: „Es kam jedoch nicht darauf an, Volksausschüsse, Komitees der Bewegung ‚Freies Deutschland', Ausschüsse des ‚20. Juli' zu schaffen, wie sie vielfach spontan entstanden waren ... (Sie) hinderten die Antifaschisten daran, schnell neue, demokratische Staatsorgane zu organisieren und von der festen beständigen Position der Macht her die Leitung der Dinge in die Hand zu nehmen." — Desgl. Johannes R. Becher, Walter Ulbricht — ein deutscher Arbeitersohn; Berlin 1958, S. 191; B. spricht von „sektiererischen Komitees", die sich „vom Leben abgeschlossen" hätten.

Der erste einschneidende offizielle Schritt sowjetischer Besatzungspolitik bestand in der Zulassung „antifaschistisch-demokratischer" Parteien und Gewerkschaften durch den Befehl Nr. 2 der SMAD am 10. Juni 1945[1]). Er leitete die bis zur Jahreswende 1947/48 dauernde Periode der „antifaschistisch-demokratischen Ordnung" ein[2]), deren Ausgangspositionen und Rahmen abgesteckt wurden durch den bereits am 11. Juni veröffentlichten KPD-Gründungsaufruf[3]). Dort heißt es:

„Wir sind der Auffassung, daß der Weg, Deutschland das Sowjetsystem aufzuzwingen, falsch wäre, denn dieser Weg entspricht nicht den gegenwärtigen Entwicklungsbedingungen. Wir sind vielmehr der Auffassung, daß die entscheidenden Interessen des deutschen Volkes in der gegenwärtigen Lage für Deutschland einen anderen Weg vorschreiben, und zwar den Weg der Aufrichtung eines antifaschistischen, demokratischen Regimes, einer parlamentarisch-demokratischen Republik mit allen Rechten und Freiheiten für das Volk."

Diese Formulierung trägt deutlich Kompromißcharakter: „Aufrichtung der parlamentarisch-demokratischen Republik" bedeutet die Bereitschaft zur Zusammenarbeit auch mit nichtkommunistischen Gruppen und insbesondere Parteien — der Hinweis auf die „gegenwärtigen Entwicklungsbedingungen" und die „gegenwärtige Lage" zeigt dagegen, daß dieses Regime bewußt nur vorläufiger Natur, Übergang zur „sozialistischen" Gesellschaftsordnung war[4]). Die bis zur Tito-Krise im Sommer 1948 gültige Theorie der KPD/SED-Führung vom „besonderen deutschen Weg zum Sozialismus" gehört in diesen Zusammenhang[5]). Allerdings sollte das neue Staatswesen nicht einfach aus einer Restauration von „Weimar" bestehen, sondern das Programm forderte,

„die Sache der Demokratisierung Deutschlands, die Sache der bürgerlich-demokratischen Umbildung, die 1848 begonnen wurde, zu Ende zu führen, die feudalen Überreste völlig zu beseitigen und den reaktionären altpreußischen Militarismus mit allen seinen ökonomischen und politischen Ablegern zu vernichten."

Das bedeutete, wie dann im einzelnen ausgeführt, u. a. die „Enteignung des gesamten Vermögens der Nazibonzen und Kriegsverbrecher", sowie die „Liqui-

---

[1]) Befehle des Obersten Chefs der Sowjetischen Militärverwaltung in Deutschland — Aus dem Stabe der Sowjetischen Militärverwaltung in Deutschland. Sammelheft 1, 1945; Berlin 1946, S. 9 f.

[2]) Gründliche zusammenfassende Begriffsbestimmung bei Ernst Richert, Agitation und Propaganda; Schriften des Instituts für Politische Wissenschaft, Bd. 10; Berlin und Frankfurt/Main 1958, S. 37 ff.

[3]) u. a. bei Ulbricht, Zur Geschichte der neuesten Zeit, a.a.O., S. 370 ff.

[4]) Vgl. Richert, Agitation a.a.O., S. 39. — Bereits in der gemeinsamen Entschließung von SPD und KPD zur Vorbereitung der Vereinigung vom Dezember 1945 hieß es deutlicher, daß die antifaschistisch-demokratische Republik nur Minimalforderung sei: „im Maximum soll das Programm (der zukünftigen SED; d. Verf.) die Verwirklichung des Sozialismus auf dem Wege der Ausübung der politischen Herrschaft der Arbeiterklasse im Sinne der Lehren des konsequenten Marxismus sein . . ." bei Ulbricht, Zur Geschichte der neuesten Zeit a.a.O., S. 437.

[5]) Anton Ackermann in der Ztschr. „Einheit" 1/1946. — Offizielle Absage durch Rudolf Herrnstadt, Einige Lehren aus den Fehlern der KPJ; „Einheit" 9/1948.

dierung des Großgrundbesitzes". Gleichzeitig aber — und darin zeigt sich wieder der Kompromißcharakter des Programms — war gefordert: „Völlig ungehinderte Entfaltung des freien Handels und der privaten Unternehmerinitiative auf der Grundlage des Privateigentums". Daß es ein Zurück zu Weimar nicht geben sollte, wurde schließlich auch im Schlußabsatz des Aufrufes deutlich, wo es hieß:

„Das Zentralkomitee der Kommunistischen Partei Deutschlands ist der Auffassung, daß das vorstehende Aktionsprogramm als Grundlage zur Schaffung eines Blocks der antifaschistischen demokratischen Parteien (der Kommunistischen Partei, der Sozialdemokratischen Partei, der Zentrumspartei und anderer) dienen kann. Wir sind der Auffassung, daß ein solcher Block die feste Grundlage im Kampf für die völlige Liquidierung der Überreste des Hitlerregimes und für die Aufrichtung eines demokratischen Regimes bilden kann."

Der Einheitsblock bedeutete einerseits Verzicht auf die sofortige Errichtung der „Diktatur des Proletariats" in der bolschewistischen Form der Einparteienherrschaft — aber zugleich die Verhinderung der Parteienrivalität und damit eines möglichen Bündnisses der nicht-kommunistischen Parteien gegen die KPD, wie es Beispiele aus jüngster Zeit die Fülle gegeben hatte; der „Block" war nicht nur ein „Vorschlag" der KPD, sondern er war conditio sine qua non der neuen Parteienbetätigung.

Auf diesem Hintergrund sowjetischer Deutschlandpolitik und kommunistischer Programmatik können die Gründe für die überraschende Zulassung von Parteien und Gewerkschaften bereits einen Monat nach der Kapitulation und fünf Wochen vor Beginn der Potsdamer Konferenz deutlich werden, wenngleich eine wirklich befriedigende Klärung bislang nicht möglich ist[1]).

1. Die ursprünglich der Parteienbildung vorzuschaltende Phase eines allgemeinen Blocks ohne Parteien wurde überflüssig, als es sich herausstellte, daß die Gefahr einer nazistischen Aktivität im besetzten Deutschland nicht bestand, sondern vielmehr eine allgemeine Bereitschaft zur Zusammenarbeit mit der Besatzungsmacht. Davon dürfte sich vor allem Mikojan überzeugt haben, der, Vertreter des Außenhandelsministeriums und der mittleren Linie Semjonows, am 9. Mai zu einer Informationsreise in Berlin eintraf und dabei auch mit bürgerlichen Demokraten wie Andreas Hermes sprach.

2. Die Zulassung noch vor der Potsdamer Konferenz — auf der eine derart weittragende Entscheidung eigentlich erst hätte gefällt werden können — hatte den Vorteil, daß ein möglicher Einspruch der Westmächte nicht mehr geltend gemacht werden konnte, zumindest aber hätte bei einer gemeinsamen Entscheidung die Sowjetzone ihren Vorsprung nicht gehabt.

3. Dieser Vorsprung bestand einmal darin, daß das sich in der SBZ bildende Parteiensystem wie überhaupt die sowjetische Bereitschaft zur Zusammenarbeit mit den Deutschen vorbildlich nach dem Westen wirken konnte.

4. Diese Einwirkung konnte zum anderen noch gefördert werden dadurch, daß die Gründungen in der sowjetisch besetzten Reichshauptstadt Berlin erfolgten, von wo

[1]) C. Stern, Porträt a.a.O., S. 14 f. — Richert, Agitation a.a.O., S. 18 f. — Horst Duhnke, Stalinismus in Deutschland — Die Geschichte der sowjetischen Besatzungszone; Köln 1955, S. 41 f.

sie einen Führungsanspruch für ganz Deutschland anmeldeten; später konnte die sowjetische Besatzungsmacht darüber hinaus dafür Sorge tragen, die Parteizentralen in ihrem Sektor fest unterzubringen — was für die LDP dann auch der Fall war.

5. Schließlich konnte eine organisierte, sowjetfreundliche deutsche Öffentlichkeit der Sowjetunion auf der Potsdamer Konferenz u. U. von gewissem Nutzen sein bzw. ihren Vorschlägen dort Gewicht verleihen[1]).

Von allen diesen möglichen Gründen erscheinen die außenpolitischen bzw. die auf die Westzonen und damit auf die Erhaltung der deutschen Einheit gerichteten Motive als die ausschlaggebenden. Das kann auf den Einfluß der gemäßigten Semjonow-Gruppe schließen lassen: Semjonow gehörte in der Tat zum engsten Stabe Marschall Shukows und nahm an den Besprechungen mit den deutschen Parteivertretern aktiven Anteil[2]). —

Im Gefolge der Parteienzulassung stand die Bildung von „antifaschistisch-demokratischen Massenorganisationen", deren wichtigste, der Freie Deutsche Gewerkschaftsbund, bereits am 15. Juni mit einem Aufruf an die Öffentlichkeit getreten war[3]), nachdem seitens der „Gruppe Ulbricht" die ersten unteren Zellen bereits Anfang Mai gebildet worden waren[4]).

Johannes R. Becher, Mitglied der Gruppe Ulbricht, gelang es ebenfalls im Juni, Persönlichkeiten des Berliner kulturellen Lebens — u. a. B. Kellermann, E. Spranger, P. Wegener — zur Gründung eines „Kulturbundes zur demokratischen Erneuerung Deutschlands" zu veranlassen. In einer öffentlichen Kundgebung stellte dieser sich am 4. Juli der Öffentlichkeit vor, um am 8. August sich fest zu konstituieren. Präsident wurde Becher selbst, dem Präsidium gehörten u. a. Renée Sintenis und Karl Hofer an, Gerhart Hauptmann hatte das Ehrenpräsidium angenommen und Ricarda Huch war Ehrenvorsitzende in Thüringen[5]).

Die Gründung eines Jugendverbandes, der Freien Deutschen Jugend, fand zwar erst im März 1946 statt, wurde jedoch durch die SMAD-Verordnung vom 31. Juli 1945 zur Bildung von antifaschistischen Jugend-Komitees bei den Gemeinden — was einem Verbot der Bildung selbständiger Vereinigungen gleichkam — eingeleitet; diese Komitees standen von Anbeginn unter Leitung kommunistischer Funktionäre, insbesondere des KJVD der Weimarer Republik[6]).

Im Oktober entstanden Kreis- und Landesverbände der „Vereinigung der gegenseitigen Bauernhilfe" auf dem Verordnungswege über die Provinzial- bzw. Landesverwaltungen[7]), die rasch über den Charakter eines begrenzten Interessenverbandes hinaus zur politischen Massenbewegung gemacht wurden. Hier sollte das durch die gleichzeitig durchgeführte Bodenreform neu entstandene Kleinbauerntum seine

---

[1]) Tatsächlich faßte der Block der vier Parteien eine seiner ersten Resolutionen zur Potsdamer Konferenz; Keesing 1945, S. 323 G.

[2]) Vgl. die Dokumentation d. Verf. in: Vjh. Z. 3/1960, S. 290 ff.

[3]) Bei Ulbricht, Zur Geschichte der neuesten Zeit, a.a.O., S. 149 f.

[4]) Becher, Walter Ulbricht, a.a.O., S. 188.

[5]) Gerd Friedrich, Der Kulturbund zur demokratischen Erneuerung Deutschlands — Geschichte und Funktion; Köln 1952, S. 14 ff.

[6]) Gerd Friedrich, Die Freie Deutsche Jugend — Auftrag und Entwicklung; Köln 1953, S. 20 ff. — Hanns-Peter Herz, Freie Deutsche Jugend; München 1957, S. 9 ff. — Als Erlebnisbericht: Thomson, Bialek-Affair, a.a.O.

[7]) SBZ 1945 bis 1954 a.a.O., S. 22.

politisch-organisatorische Stütze und Struktur erhalten. Die neue Organisation unterstand faktisch der Zentralverwaltung für Land- und Forstwirtschaft, deren Präsident, der Kommunist Hörnle, dann auch im Mai 1946 den Zonenausschuß des VdgB ins Leben rief[1]).

Neben diesen die politischen Strukturen betreffenden Entscheidungen liefen die Maßnahmen zur gesellschaftlichen Umwandlung des Besatzungsgebietes. Die Zielstrebigkeit und Systematik, mit der hier vorgegangen wurde, rechtfertigt es, insofern von einer „bis in Einzelheiten durchdachten ‚strategischen' Gesamtkonzeption, die lediglich — den jeweiligen Gegebenheiten entsprechend — ‚taktisch' modifiziert wurde", zu sprechen[2]).

Nach der Errichtung von Landesverwaltungen Anfang bis Mitte Juli und der Errichtung von Dienststellen der SMAD bei diesen Verwaltungen (Befehl Nr. 5 vom 9. Juli), war es die wichtigste Besatzungsmaßnahme dieser Zeit, bereits am 27. Juli die Bildung von „Deutschen Zentralverwaltungen" „zwecks Entwicklung der Wirtschaft und Wiederherstellung des Verkehrs- und Nachrichtenwesens, der Gesundheitsfürsorge und Volkserziehung" durchzusetzen[3]). Diese Maßnahme hatte mehrere Motive: Einmal waren die neuen Zentralen gedacht als „verlängerter Arm" der SMAD, deren direkter Anleitung und Kontrolle sie unterstanden; sodann bot die Zentralisierung den kommunistischen Kadern die Möglichkeit, durch Besetzung relativ weniger Schlüsselpositionen ein Maximum an Einfluß auf das gesellschaftspolitische Geschehen zu bekommen; da die Zentralverwaltungen ausschließlich der Besatzungsmacht unterstanden, war eine Kritik an ihrer Personalpolitik nicht möglich[4]); Eigenständigkeiten der später aus Wahlen zu bildenden Länder konnten von hier aus leicht unterbunden bzw. ihre Selbständigkeit zunehmend ausgehöhlt werden; schließlich konnten sie — nicht zufällig *Deutsche* Zentralverwaltungen genannt — als Kern einer künftigen gesamtdeutschen Verwaltung betrachtet werden, wie sie ja in Potsdam als ausführendes Organ des Kontrollrates beschlossen wurde[5]) und wozu ein ähnlicher Ansatz in den Westzonen nicht vorhanden war. —

Waren mit den Landes- und Zentralverwaltungen die staatlichen, mit den im Block vereinigten Parteien und den Massenorganisationen die politischen

---

[1]) a.a.O., S. 35.

[2]) C. Stern, Porträt a.a.O., S. 15; hier allerdings auf die gesamte Deutschlandpolitik bezogen. — Wie Hopkins von einer Unterredung im Mai 1945 berichtet, hatte Stalin persönlich sehr detaillierte Vorstellungen über die Neuordnung von Verwaltung und Industrie in Deutschland; Sherwood, Roosevelt a.a.O., S. 746.

[3]) Befehl Nr. 17; erstmals bei Ulbricht, Zur Geschichte der neuesten Zeit a.a.O., S. 417 bis 419. — Erst am 12. September wurde die Öffentlichkeit von dieser Maßnahme in Kenntnis gesetzt.

[4]) Von den 12 Präsidenten gehörten 5 zur SPD, 3 zur KPD, je einer zu CDU und LDP. Von den 17 Vizepräsidenten dagegen, die die Personalpolitik machten, gehörten 10 zur KPD, je 3 zu SPD und CDU, einer war parteilos; Nettl, Die deutsche Sowjetzone . . . a.a.O., S. 84 f.

[5]) Es ist bezeichnend, daß der Befehl zur Bildung der ZV noch während der Konferenz erging!

Voraussetzungen geschaffen, so waren nun für die schwerwiegenden Einzelanordnungen keine bedeutenden Widerstände zu erwarten. Diese waren:

1. Die Schließung sämtlicher Privatbanken und ihre Ersetzung durch Provinzial- bzw. Landesbanken, mit Filialen in den Bezirken und Städten, durch Verordnung der SMAD vom 4. August 1945.

2. Die Enteignung aller landwirtschaftlichen Betriebe von mehr als 100 ha im September, durch Verordnung der Landes- bzw. Provinzialverwaltungen, deren erste — in Sachsen-Anhalt — formal auf einen Blockbeschluß zurückging.

3. Die unter der Devise gleichen Bildungsrechtes für alle und demokratischer Umerziehung der Jugend bei Auswechselung des größten Teiles der bisherigen Lehrerschaft im September 1945 eingeleitete Schulreform[1]).

4. Die unter dem Deckmantel der Bestrafung bedeutender Nazis und der Verwendung herrenlos gewordenen Nazi-Eigentums erfolgte „Beschlagnahme und provisorische Übernahme einiger Eigentumskategorien in Deutschland", die zur Enteignung der Mehrzahl der großen Industriebetriebe führte. Diese wurden dann entweder den Ländern, Gewerkschaften oder Genossenschaften treuhandlich übergeben oder als sowjetische Aktiengesellschaften von der Besatzungsmacht selbst geführt.

Alle diese Maßnahmen, die man durchaus als revolutionär bezeichnen muß, da sie die bisherige politische und soziale Struktur dieses Teiles von Deutschland entscheidend veränderten, wurden durchgängig formal als rein administrative Akte vollzogen. Die erst kurz zuvor organisierten deutschen politischen Kräfte waren außerhalb dieser Entscheidungen geblieben und mußten sie nachträglich akzeptieren; allein der frühe Zeitpunkt dieser „Revolution von oben" machte es ihnen, die noch keineswegs aktionsfähig waren, unmöglich, die Geschehnisse zu beeinflussen. Alle vorsichtigen Versuche in dieser Richtung wurden von der Besatzungsmacht, dem Träger der revolutionären Maßnahmen, zurückgewiesen. So wird man die zwischen November 1945 und April 1946 erzwungene Vereinigung von SPD und KPD[2]) als den politischen Abschluß der Schaffung der Ausgangspositionen für die „antifaschistisch-demokratische Ordnung" bezeichnen können. Für die tiefgreifende soziale Umstrukturierung hätte die Besatzungsmacht trotz einer starken antikapitalistischen Gefühlslage möglicherweise keine klare demokratische Zustimmung der Bevölkerungsmehrheit erhalten. Nachdem sie aber im wesentlichen durchgeführt war, konnte eine breite, kommunistisch geführte Sozialistische Partei sowohl bei den 1946 abzuhaltenden Wahlen und der sich daran anschließenden Verteilung der Machtpositionen in den Ländern als auch in den politisch wesentlich weniger entwickelten West-

[1]) VO der SMAD vom 13. September 1945: Personen „aus demokratisch-antifaschistischen Schichten des Volkes", die den Wunsch und „die erforderliche Allgemeinbildung besitzen", müssen zur pädagogischen Arbeit herangezogen werden; „Befehle" a.a.O., S. 35 f. — 75% aller Lehrer wurden 1945 nicht wieder eingestellt und weitere 3 bis 5% 1946 als untragbar entfernt; Emil Wendt, Die Entwicklung der Lehrerbildung in der Sowjetischen Besatzungszone seit 1945, hrsg. vom Bundesministerium für Gesamtdeutsche Fragen; Bonn 1957, S. 6. — Vgl. Max Gustav Lange, Totalitäre Erziehung — Das Erziehungssystem der Sowjetzone Deutschlands; Schriften des Instituts für Politische Wissenschaft, Bd. 3; Frankfurt/Main 1954, S. 34 ff.

[2]) Zusammenfassend: C. Stern, Porträt a.a.O., S. 27 ff.

zonen echte Chancen einer nach parlamentarisch-demokratischen Grundsätzen geführten Politik der Mehrheit haben[1]).

Daß die tatsächliche Entwicklung dann wesentlich schneller als erwartet zur Liquidation der antifaschistisch-demokratischen Periode führte, hatte primär weltpolitische Ursachen. Sie wurde aber erleichtert durch den Charakter der Neukonstrukturierung selbst: die „Revolution von oben" war eben nicht nur ohne die Beteiligung der nicht-sozialistischen Kräfte erfolgt, sondern sie hatte diesen auch zugleich ihre Positionen in Wirtschaft und Verwaltung entzogen. Sie wurden zunehmend in die Rolle von Kritikern gedrängt an Vorgängen, die sie einerseits nach außen (im Block) mit zu verantworten hatten, auf die sie aber andererseits keinen oder nur wenig Einfluß nehmen konnten. Nicht zuletzt darum setzten sie große Hoffnungen auf die Wahlen im Herbst 1946, die durch Parlamentarisierung der Länder die Machtanteile festlegen und ihre aktive Mitwirkung sicherstellen sollten. —

c) *Zum Problem kommunistischer „Machtergreifung"*

Die Besetzung eines Teiles von Deutschland durch die Sowjetunion bedeutete für diese praktisch zum erstenmal seit dreißig Jahren eine größere Teilnahme am internationalen Leben und Verkehr; zum erstenmal mußte sie darüber hinaus „als militärische Siegermacht — also unter ganz anderen Bedingungen als nach der Oktoberrevolution 1917 — in einem wirtschaftlich und kulturell hochentwickelten Land eine neue politische Ordnung aufbauen[2])". Dies war, wie oben ausgeführt, die „antifaschistisch-demokratische Ordnung", die den Verzicht auf die „Errichtung des Sowjetsystems" bedeuten sollte. Die Schnelligkeit und Präzision, mit der die Besatzungsmacht Maßnahmen zur inneren Neuordnung Deutschlands ergriffen hatte, läßt auf eine durchdachte Strategie schließen, was durch ähnliches Vorgehen in den besetzten osteuropäischen Ländern vielfach bestätigt wird[3]). Nicht beantwortet ist jedoch damit die Frage, ob die völlige Umwandlung der SBZ in ein kommunistisches System sowjetischer Prägung, ob also ihre totale „Bolschewisierung" auch in jenem strategischen Konzept beschlossen war oder nicht. Die im programmatischen Ansatz deutliche Vorläufigkeit der antifaschistisch-demokratischen Ordnung ist kein ausreichendes Indiz einer Klärung: es ist dabei zu beachten, daß für den orthodoxen Kommunismus grundsätzlich die Möglichkeit des Dauerbestandes einer nicht-kommunistischen Gesellschaftsordnung undenkbar ist, daß das kapitalistische System für ihn vielmehr in sich selbst den Charakter des unausweichlichen Überganges zur „klassenlosen Gesellschaft" und das heißt hier zum Sowjet-

[1]) a.a.O., S. 52.

[2]) a.a.O., S. 11.

[3]) Vgl. Hugh Seton-Watson, Von Lenin bis Malenkov — Bolschewistische Strategie; München 1955.

system als deren erster und einziger historischer Realisierung hat[1]). Insofern ist die Tatsache, daß nach dem Einmarsch der Roten Armee dieses nicht sofort errichtet wurde, als ein Kompromiß zu betrachten zwischen dem unverrückbaren „Endziel" und den „gegenwärtigen Bedingungen". Die Entscheidung darüber, ob dieser Kompromiß ein „ehrlicher" war, d. h. ein solcher, der den nicht-kommunistischen Partnern einen Spielraum echter politischer Tätigkeit einräumte auf der Basis dauerhafter loyaler Zusammenarbeit, ist nicht eindeutig zu fällen. Prinzipiell gibt es für die marxistische Gesellschaftslehre aus ihrem Wesensmerkmal als Revolutionslehre[2]) einen derartigen Kompromiß nicht — die „gegenwärtigen Bedingungen" implizierten jedoch 1945 keinen Zeitpunkt für den Übergang zum „Aufbau des Sozialismus", wie es insbesondere die offizielle kommunistische Interpretation heute darstellt, um die „Gesetzmäßigkeit" der Entwicklung zu betonen[3]).

Die aus der solchermaßen als „offen" zu bezeichnenden politischen Konstellation führende tatsächliche Entwicklung der ersten Besatzungszeit ist nicht unwesentlich auch durch jene Faktoren mitbestimmt worden, die der Besatzungsmacht und den mit ihr liierten kommunistischen „Initiativgruppen" die in jedem Fall durchzuführende gesellschaftliche Umformung und Neuordnung der Machtverhältnisse ermöglichten bzw. erleichterten.

Zu diesen gehörte eine zwar nicht gänzlich zerstörte, aber durch den „totalen Krieg" strukturell wesentlich veränderte bürgerlich-kapitalistische Gesellschaftsformation mit traditionalen Restbeständen wirtschaftlicher und politischer Formen; die Bevölkerung der SBZ bestand in ihrer überwiegenden Mehrheit aus Arbeitern und Angestellten[4]), was einer sozialistischen Massenpartei, die die SED zu werden strebte, reelle Chancen gab.

Weiterhin: Während die Mehrheit der Bevölkerung politisch passiv war und es weitgehend blieb — was eine zielbewußte Politik wesentlich erleichterte —, waren es doch nicht nur Kommunisten, sondern auch zahlreiche Bürgerliche, die zur ehrlichen Zusammenarbeit mit der Besatzungsmacht bereit waren und von ihr die Erreichung lange gehegter Ziele erhofften. Das galt für Lehrer, Künstler, überhaupt für Intellektuelle[5]) gleichermaßen wie für Studenten[6]) und Jugendliche[7]). Tatsächlich wurde

[1]) Formal entspricht dem im übrigen die weitverbreitete „westliche" Auffassung, daß das kommunistische System als solches sich nicht halten könne und entweder durch Umsturz oder durch Evolution auf lange Sicht sich „demokratisieren" müsse.

[2]) Martin Drath, Die sowjetische Gesellschaftslehre unter Berücksichtigung ihrer Revolutionstheorie; in: Schicksalsfragen der Gegenwart Bd. I., hrsg. vom Bundesministerium für Verteidigung; Tübingen 1957, S. 158.

[3]) Matthäus Klein/Alfred Kosing, Marxistische Philosophie und sozialistische Politik; „Einheit" 3/1958, S. 308 f.

[4]) Otto Stammer, Sozialstruktur und System der Werthaltungen der sowjetischen Besatzungszone Deutschlands; in: Schmollers Jb. 76. Jg. 1956, 1. Hbd., S. 59. St. nennt diese erste Phase der Besatzung eine „Gesellschaft der Resteverwertung", ebd.

[5]) Lange, Erziehung a.a.O., S. 42 f. — Becher, Walter Ulbricht a.a.O., S. 190. — Friedrich, Kulturbund a.a.O., S. 15 f.

[6]) Marianne und Egon Erwin Müller, „... stürmt die Festung Wissenschaft!"; Berlin 1953, S. 14.

[7]) Friedrich, FDJ a.a.O., S. 18 f.

ja dann auch manches, was Liberale, Demokraten und Sozialisten während der Weimarer Republik entschieden bekämpft hatten — beispielsweise in der Pädagogik —, 1945/46 weggeräumt und dadurch der Weg für die Mitarbeit politisch Andersdenkender freigemacht. Nicht nur zwölf Jahre brachliegende Energien drängten sie zur Entfaltung, das lange Abgeschnittensein von der Umwelt brachte zugleich die Unwissenheit über die inneren Verhältnisse der Sowjetunion mit sich. Diese Kreise stellten einen politisch ernstzunehmenden, gegenüber den Kommunisten bündnisbereiten Faktor dar.

Sodann bedeutete die Tatsache, daß zahlreiche leitende Angestellte und Beamte die sowjetische Zone durch Flucht vor der Roten Armee verlassen hatten, für die Besatzungsmacht zwar einerseits eine Erschwerung der Verwaltungsarbeit, andererseits war aber damit ein Vakuum geschaffen, das unschwer aufgefüllt werden konnte mit Personen, die jener genehm waren bzw. kommunistischerseits vorgeschlagen wurden[1]). Dieser Vorgang wurde gefördert durch die sowjetischen Entnazifizierungsmaßnahmen, die in der SBZ bewußt als Anwendung politischer Mittel gegen eine politische Krankheit verstanden wurden, d. h. die Ausschaltung ehemaliger Nationalsozialisten war hier weniger eine Frage tatsächlich erwiesener Schuld, sondern mehr ein Mittel ihrer Ersetzung durch zuverlässige „demokratische" Personen. —

Man wird somit in dem durch Nationalsozialismus und Zusammenbruch geschaffenen Zustand Deutschlands als einer desintegrierten Gesellschaft ohne Staatsverband die wichtigste strukturelle wie psychologische Voraussetzung für die kommunistische Neugestaltung sehen müssen. Die zweite lag in der Anwesenheit einer disziplinierten, zielbewußt arbeitenden revolutionären Gruppe, die, durch den Rückhalt bei der Besatzungsmacht gedeckt, alle politischen Fragen der inneren Neuordnung aus bester Kenntnis der Zusammenhänge in ihrem Sinne entscheiden konnte.

So gesehen mußte die allgemeine Zulassung politischer Parteien zu einem derart frühen Zeitpunkt eher eine Hemmung denn eine Begünstigung für die Machtdurchsetzung der kommunistischen Kader sein, deren ungebundene Monopolstellung dadurch beendet wurde. Wäre es der sowjetischen Besatzungsmacht primär um die „Bolschewisierung" ihrer Zone gegangen, so hätte sie sehr wahrscheinlich mit dieser Maßnahme so lange wie möglich gezögert[2]). Die der Parteienzulassung korrespondierende Blockbildung trägt in diesem Zusammenhang einen zweideutigen Charakter. Gewiß sollte durch den Block u. a. eine für die Kommunisten möglicherweise schädliche Konkurrenz der anderen Parteien ausgeschaltet werden, andererseits verfügte er doch über keinerlei Apparat oder Exekutive noch über klare Über- und Unterordnungsregelungen, so daß der Block — generell gesprochen — von seinem Ansatz her kaum ausschließlich als Stufe zur „Machtergreifung"[3]) charakterisiert werden kann. Das

[1]) Ulbricht, Zur Geschichte der neuesten Zeit a.a.O., S. 82.

[2]) Sternberger dagegen sieht in der Zulassung anderer antifaschistischer Parteien — „Satellitenparteien" — lediglich den zweiten von vier charakteristischen Schritten der Vorbereitung bolschewistischer Machtergreifung; Dolf Sternberger, Lebende Verfassung; Parteien — Fraktionen — Regierungen Bd. I; Meisenheim am Glan 1956, S. 53.

[3]) Bei Sternberger als 3. Schritt; ebd.

gilt gleichermaßen auch für die Fusion der Arbeiterparteien[1]), welche beide Möglichkeiten in sich barg: die Entwicklung zur bolschewistischen Kaderpartei, die den Weg zur sozialistischen Demokratie über die Diktatur zu gehen bereit war, und eine schwerfälliger operierende, auch in der Methode demokratisch-sozialistische Massenpartei[2]). Letzteres schien 1946/47 realisiert zu werden als Schlußstein der antifaschistisch-demokratischen Ordnung. —

Von besonderer Bedeutung ist die schon erwähnte systematische kommunistische Personalpolitik, durch die die Schlüsselstellungen der Verwaltung sehr rasch besetzt wurden[3]). Wenn auch die Zentralverwaltungen vorwiegend nach fachlichen Gesichtspunkten zusammengestellt wurden[4]), so waren doch die Kommunisten tonangebend[5]). An ihrer uneingeschränkten Machtausübung wurden sie aber gehindert einmal durch das Vorhandensein der beiden bürgerlichen Parteien — CDU und LDP —, die in der Verwaltung sich einige Positionen trotz allem hatten schaffen können und für die SED einen echten Widerpart darstellten[6]); auf diese Kräfte war wegen der noch offenen, d. h. noch die Möglichkeit der Gewinnung des ganzen Deutschland nicht ausschließenden Pläne Rücksicht zu nehmen. — Die andere Machtbeschränkung der KPD/SED bestand in den Kontrollinstanzen der SMAD, deren Richtlinien durch Abstimmung auf die sowjetische Gesamtpolitik bestimmt wurden.

Schließlich ist darauf hinzuweisen, daß die relativ kleinen kommunistischen Führungskader in dieser ersten Phase kaum die gesamte KPD/SED so fest in der Hand hatten, daß es nur der Anweisung von der Spitze bedurft hätte, um jede beliebige Maßnahme durchzuführen. Nicht nur die vielen Sozialdemokraten seit April 1946, sondern auch zahlreiche Kommunisten insbesondere auf örtlicher Ebene arbeiteten mit den politisch Andersdenkenden, sofern sie sich zur antifaschistischen Demokratie bekannten, aufrichtig zusammen und mußten bisweilen — oft dann durch Ortsfremde — ausgewechselt werden[7]).

---

[1]) Bei Sternberger als 4. Schritt; ebd.

[2]) Man geht vielfach fehl darin, „die" Kommunisten als monolithischen Block zu sehen; vielmehr dauerte es in der KPD/SED viele Jahre, bis sich die Ulbricht-Gruppe nicht nur gegenüber den Sozialdemokraten, sondern ebenso gegen „Abweichung" in den eigenen Reihen durchsetzte.

[3]) Es ist bezeichnend, daß nach der Übernahme der anfangs amerikanisch besetzten Gebiete der SBZ durch die SMAD Ulbricht sofort die meisten der von den Amerikanern eingesetzten Stadt- und Landesverwaltungen auswechselte; Becher, Walter Ulbricht, a.a.O., S. 210 ff.

[4]) Nettl, Die deutsche Sowjetzone, a.a.O., S. 86.

[5]) Ulbricht, Zur Geschichte der neuesten Zeit, a.a.O., S. 132: „An ihrer Seite arbeiteten Kommunisten und Parteilose als Stellvertreter. Kommunisten ... trugen den Geist und die Tatkraft des revolutionären Kämpfertums in die Landesverwaltungen und gaben ihren Maßnahmen Schwung und Konsequenz."

[6]) Stefan Doernberg, Die Geburt eines neuen Deutschland 1945—1949; Berlin 1959; S. 83 ff. u. a. m.

[7]) Eigene Information.

Aus alledem darf wohl zusammenfassend der Schluß gezogen werden, daß von einer systematischen kommunistisch-bolschewistischen „Machtergreifung" mit dem Beginn der sowjetischen Besetzung Deutschlands in der Art eines klaren Planes kaum gesprochen werden kann[1]). Die gesellschaftlichen Veränderungen bedeuteten zwar eine entscheidende Machtminderung der bürgerlichen Kräfte, aber doch nicht ihre Ausschaltung. Die ersten politischen Veränderungen ließen es als durchaus im Bereiche des Möglichen liegend erscheinen, jene Übergangsordnung zu einem Regime relativer Dauer werden zu lassen — was allerdings wohl ausschließlich davon abhing, ob die Möglichkeit einer Übertragung auf Gesamtdeutschland noch offen schien bei gemeinsamer Kontrolle durch alle vier Alliierten.

3. Besatzungspolitik und Deutschlandverhandlungen 1945/46

Das erste Jahr alliierter Besetzung ist gekennzeichnet durch: zunehmende Eigenentwicklung der einzelnen Zonen; wachsende wirtschaftliche Schwierigkeiten — besonders in den Westzonen; Drängen der Sowjetunion auf ein einheitliches Deutschland mit Zentralregierung; Ablehnung dieser Pläne insbesondere durch Frankreich; gesteigerte Spannungen im Verhältnis zwischen „Ost" und „West".

Im Januar 1947 erklärte der Vorsitzende der SPD, Kurt Schumacher, auf einer Versammlung in München:

„Die Sieger kamen ohne einen Plan in dieses Land, ohne zu wissen, was sie von Deutschland wollten oder mit Deutschland anfangen wollten. Totaler Sieg heißt totale Verantwortung. Deutschland kann heute nicht durch eigene Kraft gefährlich werden, sondern nur als Instrument einer siegreichen Macht gegen eine andere[2])."

In der Tat hatte nur die Sowjetunion relativ klare Vorstellungen in der Behandlung Deutschlands und darüber hinaus in der europäischen Politik, deren Dynamik gegenüber die Westmächte sich durchweg reaktiv verhielten. Diese Reaktivität, erst gegen Ende des Jahres 1946 sich langsam zu einer Konzeption verdichtend, war aber in sich durchaus nicht einheitlich, sondern schwankte zwischen Nachgiebigkeit und Beharrung auf dem Status quo. Das äußerte sich, wie gezeigt wurde, in der unsicher experimentierenden Besatzungspolitik, die für das deutsche politische Denken dieser Zeit „einen latenten Spannungszu-

[1]) Die verschiedenen Versuche, ein Schema kommunistischer Machtergreifung zu entwickeln, vermitteln zwar durch die theoretische Durchdringung der politischen Praxis in den kommunistischen Ländern eine Reihe von wesentlichen Einsichten, müssen aber doch letztlich im Ansatz verfehlt bleiben, weil sie die aus vielfältigen Ursachen tatsächlich erfolgte, aber in den einzelnen Ländern dennoch unterschiedliche Sowjetisierung zu einem planvollen Vorgang vereinheitlichen, der gar keine Alternativen zugelassen habe; vgl. Stefan Possony, Jahrhundert des Aufruhrs — Die kommunistische Technik der Weltrevolution; München 1956, S. 305. — Hugh Seton-Watson, Die osteuropäische Revolution; München 1956, S. 158 ff. — Carl J. Friedrich, Totalitäre Diktatur; Stuttgart 1957, S. 260 ff.

[2]) Keesing 1946/47, S. 974 K.

stand der ohnmächtigen und lustlosen Ungeduld" schuf[1]) und somit der sowjetischen Aktivität einen günstigen Boden bereitete. Das zeigte sich weiterhin etwa in der unsicheren Haltung gegenüber den sowjetischen Vorstößen im Kontrollrat zur Errichtung gesamtdeutscher Verwaltungen und Zulassung gesamtdeutscher Parteien und Gewerkschaften; zwar scheiterten diese formal am französischen Veto[2]), doch haben Engländer und Amerikaner praktisch keine ernsthaften Anstrengungen gemacht, dieses zu überwinden. Hinter der französischen Haltung stand denn auch die einzige relativ klare westliche Konzeption, die nicht nur Saarabtrennung und Ruhrkontrolle forderte und die Gefahr eines wiedererstarkten Deutschland vermeiden wollte, sondern die auch von der Sorge getragen war, bei einer Wiederherstellung der Einheit Deutschlands könne dieses wegen seiner anfänglichen Schwäche sehr leicht unter den Einfluß des „mächtigen slawischen Blockes im Osten" kommen und von diesem zu einem politischen Druckmittel gemacht werden[3]). Das Drängen auf die Errichtung einer deutschen „Zentralregierung" durch Molotow auf allen Außenministerkonferenzen der Jahre 1945/46 zusammen mit den machtpolitischen Veränderungen in der SBZ machte es den Westmächten erst langsam bewußt, welche weltpolitische Funktion Deutschland für sie bis 1933 ausgeübt hatte[4]).

Mit den wirtschaftlichen Schwierigkeiten des Jahres 1946 wuchs für die Westzonen die „Gefahr, daß die Deutschen einfach aus Verzweiflung auf die Dauer einer kommunistischen Infektion erliegen würden[5])", welche sowjetischerseits durch die populäre Einheitsforderung einerseits, durch hartnäckiges Bestehen auf Reparationen andererseits gesteigert wurde. Daraus wird in Umrissen eine politische Konzeption der Sowjetunion für 1946 deutlich, die Clay im planmäßigen Ausbeuten der westeuropäischen Wirtschaft zugunsten eines raschen Aufbaues der sowjetischen sah:

„Sollte dies im Chaos enden, dann würde der wirtschaftliche Zusammenbruch Deutschlands dieses Land für die kommunistische Lehre nur um so anfälliger machen. Die sowjetischen Vertreter unterstützten zwar einerseits die Forderungen nach Errichtung zentraler Verwaltungsstellen, wollten andererseits aber nicht zugeben, daß solche Stellen die Zonenschranken aus dem Weg räumten oder dafür sorgten, daß die Wirtschaftskräfte jeder einzelnen Zone einem gemeinsamen Reservoire zugeführt würden . . .[6])."

Die amerikanischen Antworten auf diese Politik, denen sich sehr bald die Engländer und zögernd schließlich auch die Franzosen anschlossen, waren die

---

[1]) Cornides, Die Weltmächte, a.a.O., S. 102.

[2]) Dieses französische Veto wird vielfach überbewertet. So bei Thilenius, Die Teilung, a.a.O., S. 137. — Vorsichtiger bei Deuerlein, Die Einheit . . . a.a.O., S. 168. — Meißner, Rußland, die Westmächte . . . . a.a.O., S. 89.

[3]) de Gaulle; zit. J. F. Byrnes, In aller Offenheit; Frankfurt/Main o. J., S. 227.

[4]) Eschenburg, Das Problem der deutschen Einheit . . . a.a.O., S. 123.

[5]) a.a.O., S. 124.

[6]) Clay, Entscheidung . . . a.a.O., S. 144. — Vgl. Cornides, Die Weltmächte, a.a.O., S. 168 f.

Einstellung der Reparationslieferungen aus den Westzonen im Mai 1946, der gleichzeitige Vorschlag Clays, u. U. nur die englische und amerikanische Zone wirtschaftlich zusammenzufassen, die programmatische Rede des Außenministers Byrnes im September 1946 in Stuttgart, und der um die Jahreswende 1946/47 geborene Marshall-Plan. Diese Vorgänge fanden ihr Präludium in der aufsehenerregenden Rede Churchills in Fulton (USA) am 5. März 1946, wo dieser von dem „Eisernen Vorhang" sprach, der zwischen Ost und West heruntergegangen sei. —

Damit hatten sich im Verlaufe eines Jahres aus der offenen Situation des Sommers 1945 heraus erstmals die politischen Frontstellungen geklärt, die in der Folge zunehmend erstarren sollten.

II. Gründung und Formierung der LDP

1. Situationsbedingte Möglichkeiten

Am 10. Juni 1945 gestattete der Befehl Nr. 2 der SMAD für die sowjetische Besatzungszone

„die Bildung und Tätigkeit aller antifaschistischen Parteien ..., die sich die endgültige Ausrottung der Überreste des Faschismus und die Festigung der Grundlage der Demokratie und der bürgerlichen Freiheiten in Deutschland und die Entwicklung der Initiative und Selbstbetätigung der breiten Massen der Bevölkerung in dieser Richtung zum Ziel setzen[1])".

Der frühe Zeitpunkt, von der Besatzungsmacht primär nach weiterreichenden politischen Zielsetzungen gewählt, hatte auf die politischen Gruppierungen selbst großen Einfluß: neue Frontstellungen, die — möglicherweise aus den ersten Antifa-Ausschüssen heraus — notwendig eine längere Reifezeit erfordert hätten, waren nahezu unmöglich gemacht worden. Das soll nicht etwa heißen, daß CDU und LDP keine „neuen" Parteien gewesen wären, aber ihre Bildung erfolgte doch ausschließlich auf der Grundlage ihrer historischen Voraussetzungen, insbesondere der Erfahrungen der Weimarer Republik. Eine längere Zusammenarbeit der verschiedenen politischen Kräfte im „Demokratischen Block", der ursprünglichen sowjetischen Deutschlandkonzeption, läßt es als denkbar erscheinen, daß sich andere Formationen herausgebildet hätten. Das gilt nicht nur für eine große sozialistische Partei im Zusammenschluß von KPD und SPD, sondern auch für eine gemeinsame bürgerliche Partei, wenn diese Kräfte genügend Zeit gehabt hätten, die plötzlich auftretenden Probleme von Sozialisierung, Bodenreform, Erziehungsreform etc. in Ruhe auszudiskutieren; ein Zweiparteiensystem wäre möglicherweise das Ergebnis gewesen, wie es besonders von Jakob Kaiser angestrebt[2]) und in der Tat teilweise andernorts auch kurzfristig realisiert wurde. Eine solche Entwicklung wäre vor allem zu erwarten gewesen, wenn man die Absichten der Besatzungsmacht und die Methoden ihres Vorgehens hätte vorher kennenlernen können; als sich die bürgerlichen Parteien der Situation des Sitzens im selben Boot bewußt wurden, war an eine Zusammenlegung beider Parteien nicht mehr zu denken.

H. G. Wieck sieht in seiner Untersuchung über die Entstehung von CDU und Zentrum in der britischen Besatzungszone acht Möglichkeiten für die Parteibildungen der Nachkriegszeit[3]), die jedoch ohne Rücksicht auf die Wünsche

[1]) „Befehle", a.a.O., S. 9 f.

[2]) Wieck, Die Entstehung der CDU ..., a.a.O., S. 210 ff.

[3]) a.a.O., S. 13 f.

und die Politik der Besatzungsmächte gesehen sind, insbesondere ohne Rücksicht auf die sowjetischen Vorstellungen in dieser Frage. Die zunächst gänzlich undiskutable Zulassung einer Rechtspartei — unter welcher Firmierung auch immer — entzog allen den politischen Kräften die Möglichkeit ihres Wiedererstehens, die sich bis 1933 in der DNVP, der Konservativen Volkspartei, der Landvolkpartei oder etwa dem Christlich-Sozialen Volksdienst gesammelt und 1930, bei der letzten Wahl vor dem großen nationalsozialistischen Einbruch, rund 20% der Stimmen erhalten hatten. Die DVP Stresemanns, die in der Zahl ihrer Wähler kein bedeutendes Gewicht darstellte, in der sich aber zahlreiche fähige Politiker gesammelt hatten, lag dabei auf der Grenzscheide; wenn auch Volksparteiler später in zahlreichen führenden Positionen tätig wurden, so dürfte doch ein mögliches Wiedererstehen als Partei kaum die Genehmigung der sowjetischen Besatzungsmacht gefunden haben — das bestätigen die Angriffe gegen den ersten LDP-Gründungsaufruf[1]). Ihren Vorstellungen hingegen entsprach die Wiedergründung des Zentrums und zumindest einer weiteren bürgerlichen Partei; ob eventuell zwei Partein neben dem Zentrum gewünscht waren, läßt sich nicht mit Sicherheit ausmachen, erscheint aber als durchaus möglich[2]). Keinesfalls aber durfte zu diesem Zeitpunkt eine Partei entstehen, die ideologisch noch rechts von der LDP stand, wie der ständige Vorwurf und Verdacht gegen diese, eine kapitalistische Partei der Junker und Industriellen zu sein, deutlich werden läßt. Die Sorge, zu weit nach „rechts" zu geraten, war auch bei den Gründern der CDU lebendig, was Ernst Lemmer mit dem Gedanken spielen ließ, eine fünfte Partei gründen zu lassen, eine „ehrliche Rechtspartei"[3]). Wenn aber daran unter den gegebenen Umständen nicht gedacht werden konnte, so wäre es für zwei liberal-bürgerliche Parteien kaum möglich gewesen, eine sinnvolle, gegenseitige ideologische wie soziologische Abgrenzung zu vollziehen. Außerdem gehörte es zu den wichtigsten Erkenntnissen nach den Erfahrungen von „Weimar", daß eine erneute Parteienzersplitterung keinesfalls eintreten dürfe. Wie die führenden ehemaligen Zentrumspolitiker fast überall die Chance von 1945 sofort ergriffen, endlich aus dem „Turm" der konfessionellen Selbstbegrenzung herauszukommen zu einer großen, beide christlichen Konfessionen umfassenden Sammelpartei, so auch die bürgerlich-liberalen Kreise: die deutsche liberale politische Bewegung, deren Geschichte von ihren Repräsentanten selbst

[1]) s. u. S. 86 — Ulbricht bezeichnete Deutschnationale und Volkspartei als die Hauptkräfte, die das Wiedererstehen des deutschen Imperialismus betrieben haben; Ulbricht, Die Entwicklung, a.a.O., S. 31.f.

[2]) Der programmatische KPD-Gründungsaufruf spricht von „der Kommunistischen Partei, der Sozialdemokratischen Partei, der Zentrumspartei und anderer".

[3]) „Schon bei der Gründung unserer CDU sagte ich zu Hermes, können wir nicht noch eine fünfte Partei gründen lassen, nicht eine, die mit uns, wie die LDP in einen Konkurrenzkampf der Demokratie eintreten will — eine fünfte Partei, die wirklich eine ehrliche Rechtspartei ist, als solche anerkannt wird und die uns davor schützt, nun die verlängerten Deutschnationalen zu sein." Prot. d. Sitzung d. Kreisverbandsvorstandes, Berlin, 8. Jan. 1946; Archiv des LV Berlin der CDU, Akte Aktionsausschuß 1945/46.

als eine „Tragödie" der Zersplitterung und Machtlosigkeit empfunden worden war[1]), stand 1945 vor der großen Gelegenheit, ihrer Zusammenfassung und Sammlung zu einer möglicherweise bedeutsamen Kraft im deutschen Parteileben. Daß sie ohne längere Auseinandersetzungen ergriffen wurde, zeigen die Vorgänge nicht nur in der sowjetischen Besatzungszone, sondern auch in West- und Süddeutschland[2]).

Es ist allerdings bezeichnend, daß einige prominente Demokraten sich bewußt der liberalen Neugründung aus Resignation entzogen: das gilt beispielsweise für Walter Schreiber[3]), der nach den Erfahrungen von Weimar im Liberalismus „keine parteibildende Kraft mehr" sah — besonders bei Arbeitern und Bauern[4]); es gilt ebenso für Ernst Lemmer[5]), der seine Entscheidung für die CDU damit begründete, endlich einmal einer wirklich großen Partei angehören zu wollen: die Chance, eine solche zu werden, habe allein die erstmals beide christlichen Konfessionen vereinigende CDU[6]); Otto Nuschke[7]), mit dessen Beitritt der Kreis um Koch und Külz fest gerechnet hatte, entschied sich für die CDU, da man die außenpolitische Hilfestellung der Kirchen bei der gegenwärtigen Isolierung Deutschlands nicht entbehren könne[8]).

Im ganzen aber war die bürgerlich-liberale Tradition mit einem Schuß aufklärerischer Kirchenfeindlichkeit stark genug, ein Einschwenken auf eine große christliche Parteilinie abzulehnen — der andere ideologische Gegensatz zwischen LDP und CDU, der „christliche Sozialismus" Jakob Kaisers und seiner Gruppe, ist erst späteren Datums und spielt für die Gründungsvorgänge keine Rolle. —

Zusammenfassend kann gesagt werden: Die Zulassung von Parteien durch die sowjetische Besatzungsmacht erfolgte so rasch nach dem Zusammenbruch, daß ihre Neubildung sich ausschließlich an den Erfahrungen der jüngsten Vergangenheit orientieren mußte und eine mögliche andersartige Gruppierung durch eine längere Zusammenarbeit in nicht nach Parteigesichtspunkten gebildeten Gremien unterblieb. Da darüber hinaus KPD und SPD sofort wiedererstanden,

---

[1]) Friedrich C. Sell, Die Tragödie des deutschen Liberalismus; Stuttgart 1953. — Zur Geschichte des Liberalismus in Deutschland vgl. den kurzen Abriß bei Max Gustav Lange, Die FDP — Versuch einer Erneuerung des Liberalismus; in: Parteien in der Bundesrepublik; Schriften des Instituts für Politische Wissenschaft, Bd. 6; Stuttgart und Düsseldorf 1955, S. 275 bis 281. — Daselbst weitere Literaturangaben.

[2]) Vgl. Hans-Georg Wieck, Christliche und Freie Demokraten in Hessen, Rheinland-Pfalz, Baden und Württemberg, 1945/46; Beiträge zur Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien, Bd. 10; Düsseldorf 1958.

[3]) Walter Schreiber, Abg. der Demokratischen Partei im Preußischen Landtag 1919—1933 und 1925—1932 preußischer Minister für Handel und Gewerbe.

[4]) Eigene Information.

[5]) Ernst Lemmer, 1924 bis 1933 MdR der Demokratischen Partei.

[6]) Eigene Information.

[7]) Otto Nuschke, Fraktionskollege von W. Schreiber, 1930 bis 1933 Hauptgeschäftsführer der Staatspartei.

[8]) Eigene Information.

sahen sich auch die anderen Gruppen der Notwendigkeit gegenüber, schnellstmöglich und ohne verzögernde Verhandlungen miteinander an die Öffentlichkeit zu treten, um nicht „den Anschluß zu verpassen"; unter dem Gesichtspunkt der Zeit war die Parteiengenehmigung zugleich ein Gründungszwang. Die Nichtzulassung von Rechtsparteien schränkte den nach links abgegrenzten Spielraum der bürgerlichen Gruppen ein auf eine Formulierung zwischen Zentrum, Demokratischer Partei und Volkspartei, wofür sich im wesentlichen nur die Alternative zwischen einer großen, umfassenden bürgerlichen Sammelpartei und einer Trennung in christliche und liberale Demokraten ergab. Wohl nicht zuletzt unter dem Zeitdruck trat diese Trennung dann ein. Das somit herausgebildete Vier-Parteien-Schema, das dann auch für die Westzonen vorbildlich wurde — KPD, SPD, CDU, LDP —, lag durchaus in der Linie der deutschen Parteiengeschichte. —

2. Die Bildung des Zonenverbandes

Es kann an dieser Stelle auf die Darstellung der Berliner Gründungsvorgänge sowie autonomer liberaler Parteibildungen im Gebiete der SBZ verzichtet werden, da diese vom Verf. an anderer Stelle gegeben wurde[1]). Der Gründungsaufruf der LDP wurde in seiner endgültigen Fassung[2]) am 5. Juli 1945 unterzeichnet, ohne jedoch gleich der Öffentlichkeit durch die Presse bekannt zu werden[3]). Zu diesem Zeitpunkt bestand die ganze Partei noch aus einem höchst willkürlich zusammengesetzten Kreis von zwölf Personen; Erster Vorsitzender war Waldemar Koch, Schwiegersohn des bekannteren ehem. Reichsjustizministers Eugen Schiffer, der sich stärker im Hintergrund hielt, Zweiter Vorsitzender war Wilhelm Külz, Geschäftsführer Artur Lieutenant.

Die Bildung eines organisierten LDP-Zonenverbandes war ein Prozeß, der sich bis zum Februar 1946, der 1. Delegiertenkonferenz in Weimar, hinzog. Dort traten erstmals die Landesverbände zusammen und konstituierten die Partei; die Formierung der Landesverbände selbst geschah in unterschiedlichem Tempo und aus je verschiedenen Voraussetzungen[4]).

Berlin: Verständlicherweise ging die Entwicklung hier besonders rasch voran; nicht nur, weil sich mit dem Zonenvorstand sofort ein Zentrum fand, an das man sich anschließen konnte, sondern auch, weil hier die Konkurrenz der CDU besonders deutlich spürbar war und man ihr im Wettlauf um dieselben Schichten potentieller Sympathisierender zuvorkommen wollte. So heißt es in einer vertraulichen „Instruktion für die Ortsgruppenbildung" vom 24. Juli:

---

[1]) Ekkehart Krippendorff, Die Gründung der Liberal-Demokratischen Partei in der Sowjetischen Besatzungszone; in: Vj.-Z. 3/1960, S. 290 bis 309.

[2]) Die erste Fassung, die Gegenstand der unten (s. S. 86) geschilderten Auseinandersetzung mit KPD und SPD war, s. Anhang Dokument 2.

[3]) Erstmals in Berliner Zeitung, 18. Juli 1945.

[4]) Über den Landesverband Brandenburg gelang es nicht, entspr. Angaben zu erhalten.

„Der rasche Aufbau (von Ortsgruppen) ist um so wichtiger, als gerade bei den bürgerlich Eingestellten sich der Einzelne in Berlin für die LDP oder die CDU entscheiden kann. Je rascher wir aufbauen, um so größer ist die Wahrscheinlichkeit, daß der Einzelne sich für uns entscheidet[1])."

Dabei konnte man nicht wählerisch sein hinsichtlich derer, die sich zur Mitarbeit bereit erklärten: sobald der Gründungsaufruf veröffentlicht war, meldeten sich zahlreiche Persönlichkeiten — wiederum oft alte DDP-Mitglieder —, die von Koch ohne weiteres die schriftliche Ermächtigung zum Aufbau von LDP-Gruppen erhielten[2]). Die ab 3. August erscheinende parteieigene Zeitung „Der Morgen" tat, da sie wegen der Papierbeschränkung fast nur in Berlin erhältlich war, ein übriges, die LDP bekannt zu machen. Bereits Anfang August konnte die Parteileitung für alle Bezirke der Stadt „Meldestellen" bekanntgeben[3]) und bald einen großen Werbefeldzug starten. Hierbei wandte man sich in erster Linie an eben jene Schichten des Bürgertums, deren Schwanken zwischen LDP und CDU man vermuten konnte. So erging etwa ein besonderer Appell an die Volksschullehrer und Studienräte, die dank ihrer besonderen beruflichen Lage leichter als andere in der Lage waren, sich aktiv für Parteibelange einzusetzen.

„Alle Studienräte und Lehrer, die weltanschaulich auf liberalem Boden stehen, und die sich für einen demokratischen Aufbau Deutschlands einsetzen wollen, werden gebeten, ihre Anschrift der Geschäftsstelle . . . bekanntzugeben[4])."

Am 21. September 1945 wurde durch die Vorsitzenden der Bezirksgruppen der Landesverband Berlin gegründet, zu dessen 1. Vorsitzenden der Bürgermeister a. D. Stritte und als Stellvertreter der Ingenieur Hausberg gewählt wurden. In einer großen Werbe- und Versammlungswoche vom 15. bis 20. Oktober wurden unter dem Motto „Was wir wollen" vierunddreißig öffentliche Kundgebungen abgehalten, bei denen alle führenden Sprecher der Partei auftraten. So konnte Berlin im April 1946 (frühere Zahlen liegen nicht vor) 10 000 Mitglieder melden. — Es ist wichtig festzuhalten, daß der Berliner Landesverband weitgehend selbständig bzw. mit eigenen Berliner Kräften aufgebaut wurde, denen Koch völlig freie Hand ließ und die nach Kochs Ablösung durch Külz sehr bald in Gegensatz zu diesem gerieten — nicht nur wegen dessen politischer Linie, sondern auch wegen seines Versuches, die Landesverbände stärker der Zentrale unterzuordnen. —

Thüringen: Die Gründung der DDP in Weimar am 9. Juli 1945 war zugleich die Gründung des Landesverbandes Thüringen der Partei und erfolgte gänzlich unabhängig von Berlin. Innerhalb kurzer Zeit hatte Thüringen bereits mehr als 100 Ortsgruppen[5]) und wurde dann auch einer der rührigsten Landesverbände

[1]) Külz-Nachlaß 74.

[2]) Brief Kochs an den Landesverband Berlin der LDP vom 5. Juli 1948; Akten Koch.

[3]) Der Morgen, 4. August 1945.

[4]) Der Morgen, 20. September 1945.

[5]) Eigene Information.

— nicht zufällig fanden bis 1951 alle Parteitage in Thüringen statt. Im April 1946 zählte man 34700 Mitglieder, nachdem es im Oktober 1945 mehr als 7000 gewesen waren[1]). Eine feste Verbindung zu Berlin wurde erst im August 1945 hergestellt, und man beschloß auf Wunsch von Külz, sich in LDP umzutaufen. Unter der konstanten Leitung von Moog, Gaertner und Becker, der später Fraktionsvorsitzender im Landtag wurde, bewahrte der Landesverband bis 1948 sein eigenes Gesicht innerhalb der Partei, was sich ebenso in der Landtags- und Regierungsarbeit wie in der politischen Linie der LDP selbst auswirkte. —

Sachsen: Dies war der neben Thüringen wichtigste Landesverband. Auch die eigenständigen Dresdner Gründungsvorgänge hatten die Keimzelle für den besonderen Charakter des Landesverbandes gelegt. Der Wettlauf gegen die CDU um die bürgerliche Mittelschicht wurde hier von der LDP gewonnen: im April 1946 standen den 70 000 Mitgliedern nur 33 200 in der CDU gegenüber. Der rasche Zeitpunkt des öffentlichen Auftretens dürfte dabei eine große Rolle gespielt haben.

Da Leipzig als der mögliche sächsische Konkurrent Dresdens erst spät unter sowjetische Besetzung kam und dann auch noch vier Wochen des Experimentierens mit einer Sammelpartei durchmachte, geriet es der Landeshauptstadt gegenüber ins Hintertreffen, was durch die anfängliche Führungslosigkeit der Leipziger Gruppe nach der Spaltung noch verstärkt wurde. So konnte dieser Ortsverband leicht unter die Dresdner Führung gebracht werden, zumal auch die sowjetische Besatzungsmacht auf eine Zentralisierung großen Wert legte[2]). Von Dresden aus schufen sich ehrgeizige Persönlichkeiten wie Prof. Kastner und J. Dieckmann im Landesverband eine starke Hausmachtposition, die sie mit Unterstützung der Besatzungsmacht leicht politisch innerhalb der Partei aktivieren konnten; dies taten sie dann auch. Dem kam entgegen, daß für die SMAD Sachsen einen natürlichen Schwerpunkt ihrer Politik in der SBZ darstellte: es war das am stärksten industrialisierte Land der SBZ, die alte Hochburg der Arbeiterbewegung, hier wurde auch die erste Volksbefragung zur Enteignung von Kriegsverbrechern durchgeführt. — Das Gewicht des LDP-Landesverbandes lag aber nicht zuletzt in seiner starken Mitgliedschaft, die im April 1946 mehr als das Doppelte von Thüringen, dem zweitgrößten Landesverband, betrug — ein Erfolg des besonders rührigen Werbefeldzuges von Dresden aus. Im allgemeinen vollzog sich das so, daß man einfach aufs Land fuhr und, sofern keine alten Verbindungen wieder anzuknüpfen waren, in Gaststätten nach bereitwilligen Leuten suchte. Eine Schwierigkeit bestand wie überall darin, fähige Leute zu finden, die nichts mit dem Nationalsozialismus zu tun gehabt hatten: die sowjetischen Kommandanten, denen zur Registrierung einer Orts-

[1]) Der Morgen, 27. Oktober 1945.

[2]) Ganz ähnlich bei der CDU: nach der Trennung wurde die Leipziger Ortsgruppe erst anerkannt, nachdem der Dresdner Vorsitzende, Prof. Hickmann, persönlich in Leipzig versichert hatte, daß diese Gruppe ihm und darüber hinaus Berlin unterstellt sei; eigene Information.

gruppe eine genaue Mitgliederliste vorgelegt werden mußte, prüften diese sehr gründlich und lehnten die Registrierung sofort ab, wenn auch nur ein „Belasteter" darunter war. Die darum zunächst sehr zurückhaltende Bevölkerung verstand jedoch das Argument der LDP-Werber besonders gut, daß den Kommunisten gegenüber ein Gegengewicht geschaffen werden müsse.

Sachsen-Anhalt: Mit der Hallenser Gründung von Carl Delius hatte man, da Halle Hauptstadt der Provinz und des späteren Landes Sachsen-Anhalt wurde, praktisch den Kern eines Landesverbandes. Delius wurde dann auch Landesverbandsvorsitzender, Walter Leuschel und Albrecht Pickert, auch aus der Gründungsgruppe hervorgegangen, seine Stellvertreter. Obwohl — im April 1946 — mit 25 000 Mitgliedern drittstärkster Landesverband, ist Sachsen-Anhalt innerhalb der Partei nie besonders stark oder einflußreich geworden; die erste Gründungsinitiative hatte nicht über Halle hinaus gewirkt und vergleichsweise starke Persönlichkeiten anzuziehen vermocht wie Sachsen oder Thüringen.

Mecklenburg-Vorpommern: Am 4. Januar 1946 konstituierte sich Mecklenburg-Vorpommern als sechster und letzter Landesverband der LDP — der einzige, den man eine ausgesprochene Schöpfung der Berliner Zentrale nennen kann. Lieutenant und Külz waren selbst mehrfach nach Schwerin, Stralsund und Rostock gefahren, um auch im nördlichsten Land der SBZ Fuß zu fassen. Mit 4000 Mitgliedern im April 1946 war und blieb Mecklenburg zwar der weitaus kleinste Landesverband, besaß jedoch innerhalb der Partei Gewicht und Einfluß, nicht zuletzt dank der profilierten „Norddeutschen Zeitung". Erster Vorsitzender war Harzmann, Schwerin, sein Stellvertreter Dr. Hustaedt, Neustrelitz[1]). —

Wenn auch die Bildung der Landesverbände bis auf Mecklenburg im wesentlichen selbständig erfolgte, so darf doch nicht übersehen werden, daß die Länder selbst als Verwaltungseinheiten zu diesem Zeitpunkt[2]) für die Parteien noch keinerlei politisches Gewicht besaßen bzw. keinen Aktionsraum darstellten und also deren Landesverbände außer der sofort einsetzenden Arbeit auf Gemeindeebene, die aber von den örtlichen Kräften allein getragen werden konnte, noch keine eigene Funktion zu erfüllen hatten. Eine solche hätte nur darin bestehen können, geplante Maßnahmen der Besatzungsmacht mit dieser zu besprechen und so auf sie Einfluß zu gewinnen. Diese aber, selbst an einem möglichst zentralisierten Verwaltungsaufbau interessiert, legte großen Wert darauf, den Vorstand in Berlin stark zu sehen und mit diesem — wenn überhaupt — ihre politischen Vorhaben abzusprechen. Darum war es von Anfang an Berlin, das allein richtungweisend für die Parteiarbeit war und größere Zusammenhänge

[1]) Der Morgen, 12. Januar 1946.

[2]) Durch SMAD-Befehl vom 22. Oktober 1945 erhielten die Provinzial- und Länderverwaltungen zwar den Charakter von Regierungen mit dem Recht, Gesetze und Verordnungen zu erlassen, waren aber bis zu den Wahlen politisch überhaupt nicht kontrollierbar; Alexander Kohn-Brandenburg, Das System der Provisorien — Die Zentralverwaltungen der sowjetischen Besatzungszone und die Verwaltung Berlins; in: Europa-Archiv, Dezember 1947, S. 1017 bis 1022.

zu sehen vermochte. Durch die Zusammenarbeit mit den Führern der anderen Parteien im Block wie durch Külz' besondere Fähigkeit des Umgangs mit den sowjetischen Offizieren wurde diese starke Position der Parteiführung noch unterstützt. Wichtiger aber ist die permanente Abwehrstellung der Partei nicht nur in der Abgrenzung von der CDU, sondern mehr noch gegen die Angriffe von KPD und SPD, aus der sich ein besonders straffer Aufbau und eine Geschlossenheit des Auftretens geradezu aufdrängten. Es ist wichtig, festzuhalten, daß diese Einheit der Partei durchaus echt war, entsprang sie doch einmal dem Bewußtsein des Aufeinanderangewiesenseins, einer Art „Schicksalsgemeinschaft", zum anderen der integrierenden Wirkung der Persönlichkeit von Wilhelm Külz. An seiner Führungsrolle wurde nie ernsthaft gezweifelt (auch die späteren Differenzen mit Berlin berührten diese nicht), ebensowenig wie an der des von ihm beherrschten Vorstandes. Darum gab es in der Parteiführung kaum Streitigkeiten oder Machtkämpfe um Führungspositionen: die am 29. November 1945 erfolgte Ablösung Kochs durch Külz als 1. Vorsitzenden war eine der Lage durchaus angemessene Entscheidung.

Waldemar Koch war mehr durch seinen Schwiegervater Schiffer denn durch eigenen Drang Vorsitzender geworden; Külz war von Anfang an die stärkere Persönlichkeit, auch war er bekannter. An ihn gingen fast alle Nachrichten von Gründungen außerhalb Berlins bzw. auch alle Wünsche nach Kontakten, von ihm stammte im wesentlichen der Gründungsaufruf, und auch „Der Morgen" wurde von ihm herausgegeben und geleitet. Diese Position anerkannte Koch durchaus, indem er vor schwierigen Entscheidungen immer die Meinung von Külz einholte. Auch hatte, wie schon erwähnt, Külz dank seiner umgänglich-diplomatischen Art, bald die so entscheidend wichtigen guten Beziehungen zur Besatzungsmacht, während sich Koch durch seine hartnäckigere Haltung besonders in Wirtschaftsfragen bald unbeliebt machte. Hinzu kam, daß sich für ihn gegen Jahresende wieder die Möglichkeit ergab, in seinen 1934 gewaltsam unterbrochenen Beruf als Hochschullehrer zurückzukehren, wofür er die ungewohnte und undankbare Parteiarbeit gar nicht ungern aufgab. — Allerdings hat die Besatzungsmacht dem etwas nachgeholfen, indem sie die sofortige Erteilung von Lizenzen für eine Reihe von Tageszeitungen in den einzelnen Ländern anbot, sofern Koch den Vorsitz niederlegte. „Diesen Vorteil glaubte ich der Partei nicht entziehen zu dürfen[1])." Es wäre also völlig falsch, diesen Wechsel in der Parteiführung in Parallele zu setzen zur regelrechten Absetzung der CDU-Führer Hermes und Schreiber.

Külz nahm die Zügel der Parteileitung sofort straff in die Hand; er verlegte die Geschäftsstelle vom Kurfürstendamm in die Taubenstraße (Ostsektor), wo sich das Verlagsgebäude des „Morgen" befand, setzte die Abführung von 50% der Mitgliedsbeiträge an die Leitung durch und machte zahlreiche Reisen in die Zone, um den Aufbau der Partei zu beschleunigen. Ebenso systematisch aber baute er die Beziehungen zu den Westzonen aus, denen er sich nach der Gründung des letzten Landesverbandes der LDP ganz betont zuwandte.

[1]) Brief Kochs vom 5. Juli, a.a.O.

Zum 3./4. Februar wurde nach Weimar eine Delegiertenkonferenz einberufen, die erstmals alle führenden LDP-Politiker der SBZ zusammenführte und die eigentliche Konstituierung der Partei bedeutete, wenn auch der 1. Parteitag erst im Juli abgehalten wurde. —

In einer Vorbesprechung vor Beginn der eigentlichen Tagung[1]), deren Zweck es war, ernsthafte Auseinandersetzungen nicht zum Gegenstand der offiziellen Diskussionsbeiträge werden zu lassen, erklärte Külz — und das war charakteristisch für die gesamte politische Linie der LDP in der nächsten Zeit —: es komme in erster Linie darauf an, die Geschlossenheit der Partei in Grundauffassung und Zielsetzung zum Ausdruck zu bringen, nicht aber sei es Aufgabe dieser Tagung, für die mannigfaltigen Probleme Patentlösungen zu finden und Versprechungen zu machen, die man später nicht werde halten können; die Verhältnisse in Deutschland unter der Herrschaft der Besatzungsmächte seien noch so unübersehbar, daß es unmöglich sei, sich in Einzelfragen festzulegen; einzig und allein auf die große Linie komme es an. — Der vom Landesverband Brandenburg gleich zur Eröffnung der Aussprache eingebrachte Mißtrauensantrag gegen den Vorstand wegen mangelnder Aktivität wurde um der Einheit der Partei willen nach außen und innen sowie auf Grund des überzeugenden Auftretens von Külz wieder zurückgezogen. Der weiteren Aussprache fehlte es an jeder Schärfe oder ernsthafteren Differenz: es wurde unter Hinweis auf die nachteiligen Folgen für die Ernährungswirtschaft Kritik an der überstürzten Durchführung der Bodenreform geübt, gegen die man nichts Grundsätzliches einwandte, sofern die rechtsstaatlichen Formen gewahrt würden. Der spätere sächsische Landwirtschaftsminister Dr. Uhle wandte sich gegen Külz' Stellungnahme zur bevorstehenden Vereinigung von KPD und SPD, die dieser als eine „weltanschaulich absolut verständliche Maßnahme" bezeichnet hatte, die der LDP nur recht sein könne, wenn man den damit Unzufriedenen den Übertritt ermöglichte. Dem hielt Uhle entgegen, daß es im gesamtdeutschen Interesse besser wäre, wenn die Arbeiterschaft sich unter der Obhut der SPD zu einer deutschen Labour-Party entwickele, während unter der Führung der KPD eine bedauerliche Radikalisierung zu erwarten sei. Külz blieb jedoch auch später bei seiner Ansicht.

Die Delegiertentagung brachte auch in ihrem öffentlichen Teil keine größeren Auseinandersetzungen; es wurden Grundsatzreferate gehalten zur politischen Lage (Külz), zur wirtschaftlichen Programmatik (Gaertner), zur Liquidierung der inneren Kriegsfolgen (Kastner) und zur Kulturpolitik (Menke-Glückert). Es herrschte eine friedliche Atmosphäre. Man war überzeugt von der Notwendigkeit, die Einheit und Einigkeit der Partei fest zu bewahren und vertraute im übrigen dem mit großer innerer Beteiligung vorgebrachten Bekenntnis von Wilhelm Külz zu Liberalismus und Demokratie — ein Programm, durch das

[1]) Das Folgende nach dem vervielfältigten Kurz-Protokoll; Külz-Nachlaß 68.

er es bei aller Unklarheit im Konkreten verstand, Optimismus in der Sache und Vertrauen zu seiner Person zu wecken. Daß er daraufhin einstimmig zum Ersten Vorsitzenden wiedergewählt wurde, war eine unangefochtene Selbstverständlichkeit: neben ihm gab es in der Partei niemanden von der gleichen Autorität und persönlichen Integrität — sowohl gegenüber den Delegierten wie in der Öffentlichkeit.

Gestützt auf dieses Vertrauen konnte sich Külz dann seinen neuen Vorstand, der das aus dem Zufall geborene Provisorium von Berlin ablösen sollte, nach eigenem Wunsch und ohne Berücksichtigung der Satzungsregeln zusammenstellen: die Gründungsgruppe vom 16. Juni hatte sich als Hauptausschuß konstituiert und eine Amtszeit von zwei Jahren zuerkannt, wählbar war er nur durch die Hauptversammlung, den Parteitag. Gewiß war der erste Hauptausschuß kein „Spiegelbild der verschiedenen deutschen Landesteile, Wirtschaftsgebiete und Strömungen innerhalb der Partei" gewesen, wie es die Satzung vorschrieb, jedoch wirft die Methode, mit der Külz vorging, indem er von der zu dieser Wahl gar nicht legitimierten Delegiertenkonferenz einen neuen Vorstand nach seinen Vorschlägen wählen ließ, ein bezeichnendes Licht auf seine autoritäre Führung — daß die Delegierten sich dem ohne Widerspruch fügten, ist nicht auf die Anwesenheit der sowjetischen Kontrolloffiziere zurückzuführen. Von den zwölf Unterzeichnern des Gründungsaufrufs befanden sich jetzt nur noch fünf in der Parteiführung[1]).

Mit der Delegiertenkonferenz von Weimar war die Aufbauphase der Liberal-Demokratischen Partei in der SBZ zu einem ersten Abschluß gelangt; die LDP hatte sich als Partei formiert und vor der Öffentlichkeit manifestiert — mehr als 1200 Personen nahmen an der öffentlichen Großkundgebung teil. Die Delegierten konnten mit einem Gefühl des Vertrauens und Selbstbewußtseins nach Hause zurückkehren, das zwar die vorhandenen Schwierigkeiten und Zweifel an der politischen Entwicklung nicht beseitigte, aber doch stark genug war, an den Sinn der eigenen politischen Aufgabe glauben zu lassen. Man vertraute, wenn auch mit Skepsis, den sowjetischen Äußerungen über den Aufbau einer antifaschistisch-demokratischen Republik, in der die nun erreichte Vereinigung aller liberalen Kräfte einen nicht unbedeutenden Machtfaktor darstellen würde. Die Partei hatte einen ganz unerwarteten Zulauf von Mitgliedern, unter denen besonders viele Jugendliche waren — zur Zeit der Konferenz dürften es etwa 100 000 gewesen sein. Wahlen hatten zwar noch nicht stattgefunden, jedoch sah man im Rahmen des Blocks, an dessen Arbeit gewiß vieles als mangelhaft

[1]) Neuer Vorstand (* bedeutet ehem. DDP) und die sechs Landesverbandsvorsitzenden:

Külz*	Hausberg (Bln.)
Lieutenant	Grundey (Brdbg.)
Schiffer*	Kastner (Sa.)*
Eich	Delius (Sa.-Anh.)*
Markewitz	Moog (Thür.)*
Schirmer-Pröscher*	Harzmann (Meckl.)

empfunden wurde, durchaus die Möglichkeit der Einflußnahme. Durch die Wahlen selbst, die noch im Laufe des Jahres 1946 zu erwarten waren, erhoffte man sich eine entschiedene Stärkung sowohl der Partei selbst als auch ihrer Position in dem zu demokratisierenden Machtgefüge der Zone. Eine gewisse Garantie und Rückendeckung sah man dabei in der Person des Parteivorsitzenden, der nicht nur bei der Besatzungsmacht Persona grata, sondern zugleich auch untadelig-aufrechter Demokrat war. Seine Absicherung fand dieser vorsichtige Optimismus durch die Beziehungen zu den Westzonen, wo Külz und die Berliner Reichsleitung an Ansehen und Einfluß zu gewinnen schienen — man war stolz auf den Vorsprung, den man in Sachsen und Thüringen gegenüber Niedersachsen oder Württemberg hatte und nahm Grußtelegramme aus Hagen[1]) und vom Landesverband Westfalen[2]) als Bestätigungen für die von Külz verkündete Aussicht, bald zu einem Zusammenschluß der Parteifreunde aller Zonen zu kommen — ja, der Anschluß des Zonenverbandes der britischen Zone sei „bereits erfolgt" und „nur aus verkehrstechnischen Gründen" hätten die Freunde aus dem Westen nicht nach Weimar kommen können — kurz: es schien vieles zugunsten eines berechtigten Selbstbewußtseins der sowjetzonalen liberalen Partei zu sprechen. —

[1]) Hagen, 25. Januar 1946: „Die Freie Demokratische Partei wird in ihrer politischen Zielsetzung mit der Liberal-Demokratischen Partei in engster politischer Arbeit zusammenarbeiten. Herzliche Grüße und vollen Erfolg für Volk und Vaterland."

[2]) „Die Freie Demokratische Partei wünscht der Liberal-Demokratischen Partei vollen Erfolg."

III. Wilhelm Külz

Die Delegiertenkonferenz von Weimar bestätigte mit Wilhelm Külz einen Mann an der Spitze der Partei, der bis zu seinem Tode nahezu unangefochten ihr Führer blieb. Was Kurt Schumacher für die SPD bedeutete und Konrad Adenauer für die westdeutsche CDU, das war Külz für die LDP, der er durch seine persönliche Haltung wie durch seine politische Konzeption seinen Stempel aufdrückte — eine Komponente, ohne die die Entwicklung in der SBZ bis 1947/48 nicht gedacht werden kann. Das läßt es als gerechtfertigt erscheinen, der Biographie dieses umstrittenen Mannes einen etwas breiteren Raum zu gewähren[1]).

1. Biographische Skizze

Als Sohn eines Pfarrers wurde Wilhelm Külz 1875 in Borna/Sachsen geboren. Seine Jugend verlief ohne Störungen und bedeutsame Ereignisse in einem wohlbehüteten Elternhause und in der Atmosphäre einer idyllischen Kleinstadt. Im Haus Külz war man bürgerlich-liberal und zugleich monarchisch-konservativ, jene spezifisch deutsche Erscheinungsform des politischen und ideologischen Bündnisses von Bürgertum und Nationalstaat; dieses nationalliberale Erbe blieb für Wilhelm Külz sein Leben lang bestimmend. Nach Jura-Studium und Referendarausbildung wurde er Stadtschreiber in Leipzig, um 1904 mit der Berufung zum Oberbürgermeister von Bückeburg, womit er zugleich Sprecher des Miniatur-Landtages von Schaumburg-Lippe wurde, seine öffentliche Laufbahn zu beginnen. Seine besondere Stärke lag in der Verwaltungsarbeit — die erste Schaumburg-Lippesche Gemeindeordnung stammt von ihm. Bei seinen Besuchen hatte Kaiser Wilhelm II. an Külz Gefallen gefunden, was 1910 zu seiner Entsendung als Verwaltungsspezialist nach Südwestafrika führte, wo er eine Gemeindeverwaltung aufbaute, die auch von den Engländern 1915 im wesentlichen beibehalten wurde. Doch schon 1912 kehrte er nach Deutschland zurück, um sich jetzt aktiv am politischen Leben zu beteiligen, was aber mit einem Mißerfolg begann: als nationalliberaler Kandidat fiel er in Freiberg/Sachsen durch. Im selben Jahre wurde er Oberbürgermeister von Zittau.

Seine eigentlich politische Tätigkeit begann erst nach dem 1. Weltkrieg, den er als Kommandeur eines Infanteriebataillons mitmachte. 1919 schloß er sich

[1]) Das Manuskript der „Lebenserinnerungen" wurde freundlicherweise von Dr. Helmut Külz, seinem Sohn, zur Verfügung gestellt, der mir auch durch zahlreiche Auskünfte behilflich war. Die Lebenserinnerungen sind allerdings für politische Fragestellungen wenig ergiebig und behandeln vorwiegend die romantisch verklärte Geschichte seiner Jugend. — Vgl. auch Joachim Joesten, Germany: What now?; Chicago 1948, S. 106 ff.

der Demokratischen Partei an, die ihn in die Nationalversammlung delegierte und der er bis 1932 als Reichstagsabgeordneter angehörte. 1923 wurde Külz 2. Bürgermeister von Dresden, von Januar bis Mai 1926 gehörte er dem 2. Kabinett Luther und bis Mai 1927 dem 3. Kabinett Marx als Innenminister an. Als solcher zeichnete er für das im Dezember 1926 verabschiedete Schund- und Schmutzgesetz verantwortlich — unterstützt u. a. von Gertrud Bäumer und Theodor Heuß. Bis zu seiner Bestellung zum Oberbürgermeister von Dresden 1931 übernahm er verschiedene allgemeinere Aufgaben. So wurde er 1928 auf Betreiben Stresemanns, der ihn wegen seiner diplomatischen Fähigkeiten gern mehr im Auswärtigen Dienst einsetzen wollte, Vorsitzender einer internationalen Organisation zur Hilfeleistung bei Naturkatastrophen (Union Internationale de Secours aux Populations frappés), im selben Jahr Reichskommissar bei der PRESSA in Köln. Zu späteren Amtskollegen wie Adenauer in Köln, Lehr in Düsseldorf und Goerdeler in Leipzig unterhielt er schon frühzeitig enge Beziehungen.

Die nationalsozialistische „Machtübernahme" erlebte er nicht mehr als Abgeordneter und verurteilte die Zustimmung der Staatspartei zum Ermächtigungsgesetz schärfstens — was zwischen ihm und Theodor Heuß ein nie überwundenes Moment der Unstimmigkeit blieb. Er selbst bewies in Dresden, als ihn ein Trupp bewaffneter SA-Leute zum Setzen der Hakenkreuzflagge auf dem Rathaus zwingen wollte, persönlichen Mut und Zivilcourage, indem er den Sturmführer Schreiter beim Arm nahm und hinausdrängte. Am folgenden Tage wurde ihm das Betreten der Amtsräume untersagt . . .

Es ist charakteristisch für Külz, daß er Konrad Adenauers Überredungsversuch, zu ihm nach Rhöndorf zu ziehen, da er in Dresden nicht mehr sicher sei, ablehnte: er sehe die Lage optimistischer und es könne ihm niemand „an den Wagen fahren", da er sich beruflich nicht das Geringste zuschulden kommen lasse. — Später übersiedelte er nach Berlin, wo er im Rahmen des Möglichen einen regen gesellschaftlichen Verkehr pflegte, aus dem dann mit die Berliner LDP-Gründung hervorging.

Wie schon angedeutet, war und blieb Külz im Grunde seines Wesens ein konservativer Liberaler, eigentlich mehr national-liberal denn liberal-demokratisch. Das äußerte sich nicht nur in einer gewissen Anhänglichkeit an militärische Traditionen seiner Kriegszeit — auf dem Dresdner Kavallerietag 1931 hielt er eine betont nationale Rede, die er schloß mit „Aufgesessen und angetrabt!" —, sondern auch beispielsweise in einem romantisch-pathetischen Schwärmen für Hindenburg, den er 1927 als den „getreuen Eckart deutscher Sendung und Zukunft" feierte, als „Statue gewordene Pflicht"[1]). Auch nach

[1]) „. . . Verkörperung derjenigen Epoche der deutschen Geschichte, die bei aller Tragik doch dereinst . . . im Urteil der Welt weiterleben wird als die größte nationale Erhebung, deren je ein Volk fähig war." „Wenn ein Granitblock mit Leben beseelt werden könnte, er würde gleich Hindenburg sein." Dresdener Neueste Nachrichten, 2. Oktober 1927.

dem Zusammenbruch bestimmte dieses emphatische Denken seine politischen Äußerungen. Daß wir „in einer Zeitenwende von globalem Ausmaß“[1]) leben, war für ihn ein Glaubenssatz, der ihm aber zugleich den Antrieb verlieh, diese entscheidende Wende im Schicksal Deutschlands und der Welt mitzuvollziehen und mitzugestalten. Dabei galt für ihn der unbedingte Primat der geistigen Entscheidung, der Idee: „Die meisten Mißerscheinungen in unserem früheren politischen Leben entsprangen dem Umstand, daß das deutsche Volk nicht fähig und nicht willens war, in der Politik die Materie der Idee unterzuordnen[2]).“ „Das deutsche Volk wieder zum Träger des Idealismus und wahrer Kultur zu machen“[3]), war ihm, ruhend in einer umfassenden und beinahe religiös verstandenen humanistischen Bildung, wichtigstes Anliegen — fast keine seiner Reden und seiner Leitartikel ist ohne ein klassisches Zitat, besonders häufig Goethe[4]).

„Er war“, wie Theodor Heuß in einem Nachruf sagte[5]), „im Elementaren eine optimistische Natur, die irgendwie und irgendwo im Hintergrund der Dinge eine vernünftige Einsicht als Siegerin über die Wirrnis der Fragen sah. Das lieh seiner Aussage bei den Hörern eine gewisse suggestive Kraft.“ — In der für viele so trostlosen Nachkriegszeit entwickelte er die fruchtbare Gabe, „zu Herzen gehend“ zu sprechen und die Besucher seiner zahlreichen Kundgebungen immer wieder aufzumuntern und ihnen Vertrauen zur Zukunft einzuflößen. Er selbst steigerte sich dabei fast in die Rolle eines politischen Missionars; er hatte ein unbedingtes Vertrauen auf sich selbst, die Richtigkeit seiner politischen Linie und seine Verhandlungsfähigkeit, diese auch durchzusetzen — woraus die von ihm taktisch verstandenen Kompromisse mit dem Kommunismus, den er, soweit er ihn verstehen konnte, zutiefst ablehnte, bruchlos hervorgingen. In seinen persönlichen Aufzeichnungen[6]) finden sich bei Berichten über glücklich verlaufene Kundgebungen und Vortragsveranstaltungen — in seinen Augen verliefen sie fast immer erfolgreich und über mangelnde Beteiligung hatte er nie zu klagen — ständig Bemerkungen, daß es „wie kirchliche Andacht“ gewesen sei, „wie in einem Feldgottesdienst“, wenn es sich um eine Außenveranstaltung handelte, „die Leute hingen an meinen Lippen“. „Es hat immer etwas Rührendes an sich, wie weite Schichten des Volkes mutspendende Worte geradezu gierig in sich aufnehmen“, notierte er ein andermal, und das Gefühl, für viele Menschen Hoffnung zu sein, ließ ihn den Gedanken einer politischen Resignation bis kurz

[1]) Külz-Nachlaß 65.

[2]) Der Morgen, 13. Januar 1946.

[3]) Külz-Nachlaß 65.

[4]) So bereits im Gründungsaufruf: „Schwerer Arbeit tägliche Bewahrung, sonst bedarf es keiner Offenbarung.“

[5]) In: Das neue Vaterland; Halbmonatsschrift der Demokratischen Volkspartei, Stuttgart; 8/1948, S. 3.

[6]) Zum Folgenden alles Külz-Nachlaß 65.

vor seinem Tode nie ernsthaft fassen. Mitmachen, um nicht alles den anderen, den Kommunisten zu überlassen — diese Haltung ist für ihn und zugleich für zahlreiche verantwortliche LDP-Politiker bestimmend gewesen.

Es war das zutiefst Unzeitgemäße, Anachronistische seiner Grundüberzeugungen, aus dem ihm doch zugleich Selbstsicherheit und Überzeugungskraft erwuchsen; so, wenn er zum Sinnbild „wertvollerer, tieferer Romantik" gegenüber der Hitlerzeit ein Bild Max Klingers erhebt:

„Da steht auf nächtiger Erde eine von Not und Leid abgezehrte Menschengestalt. Der Blick ist klar und fest nach vorn gerichtet. Schlangen spielen im nächtlichen Dunkel der Welt, aber um Haupt und Brust dieser leidverzehrten Gestalt spielen auch die ersten Schimmer des nahenden Morgen, und über dem Bild steht das schlichte und doch gewaltige Wort: Und doch! Das ist die Romantik für die Jugend von heute[1])."

Eine „Erneuerung der deutschen Art" forderte er bereits im August 1945, wo doch alles Nationale diskreditiert zu sein schien, mutig seine Auffassungen vertretend: Die deutsche Mutter und die deutsche Frau „sollen uns Priesterin am Altar des neuen Deutschlands werden"[2]). „Am Himmel und am Vaterland darf man nie verzweifeln" — darin lassen sich Külz' Grundauffassungen am kürzesten zusammenfassen, und er hat denn diesen Ausspruch wiederholt an hervorragender Stelle gebracht, nicht zuletzt in seiner Rede auf dem so umstrittenen 1. Volkskongreß. —

Persönlichkeit und Wirken von Wilhelm Külz werden nicht deutlich ohne die Erwähnung von zwei für ihn wesentliche Eigenschaften: gesellschaftlicher Ehrgeiz und diplomatische Geschicklichkeit. Seinen Aufstieg aus dem bürgerlichen Elternhaus der Kleinstadt Borna verdankte er vor allem seinem gewandten gesellschaftlichen Auftreten, seinen guten Umgangsformen, seiner Fähigkeit, bei Empfängen wie bei Parties gebildet-geistreich zu plaudern und sich so überall Freunde zu verschaffen. Seine Beteiligung an dem erwähnten Kavallerietreffen in Dresden, einem in erster Linie gesellschaftlichen Ereignis, entsprang ganz entscheidend solchem Ehrgeiz und Geltungsbedürfnis. Er liebte es, „gute Figur" zu machen, aber er konnte es auch. So verstand er es, es mit niemandem zu verderben, ohne daß man ihn deswegen einen Opportunisten nennen dürfte. Mit den Russen konnte er trinken — und er trank sehr gern, was seine Partner oftmals sich bemühten, auszunützen — und zugleich Amerikaner und Engländer von seiner Ehrlichkeit zu überzeugen, was im Frühjahr 1947 zu dem möglicherweise sowjetisch lancierten, aber von mehreren Seiten aufgegriffenen Gerücht führte, Külz sei als künftiger Reichskanzler ins Auge gefaßt worden[3]). Die westlichen Alliierten reagierten jedoch kühl, besonders die Franzosen, da Külz

[1]) „Zweiter Parteitag der LDP vom 4.—7. Juli 1947 in Eisenach"; hrsg. von der Parteileitung der Liberal-Demokratischen Partei Deutschlands; Berlin o. J. (1947), S. 27.

[2]) Der Morgen, 3. August 1945.

[3]) Joesten, Germany ... a.a.O., S. 107.

von einem französischen Gericht 1923 wegen angeblicher Kriegsverbrechen in Abwesenheit zum Tode verurteilt worden war[1]).

Wilhelm Külz war ein Mann des Ausgleichs, des Kompromisses, charakterlich von höchster Integrität — aber er war bei aller Begeisterungsfähigkeit kein kämpferischer Politiker. Er wurde 1945 vor eine Aufgabe gestellt, die wohl seinem Geltungsbedürfnis und seinem Sinn für Macht entsprach, aber er brachte nicht die in dieser Situation notwendige Stärke und Robustheit mit, wie sie etwa Jakob Kaiser und Ernst Lemmer in der CDU besaßen. Auch fehlten ihm kräftige Gegenspieler, Persönlichkeiten, die ihm gewachsen waren; das machte ihn politisch einsam. Zugleich liebte er die Diskussion, die scharfe Auseinandersetzung nicht: „Persönlich bin ich in solchen Dingen ganz hilflos, denn ich bin vollkommen ungeeignet, sogenannten Stunk zu bereinigen", notierte er anläßlich einer heftigen Vorstandssitzung[2]) — seine vielfach kritisierten zu selbständigen Entschlüsse entsprangen eben seiner so gar nicht kämpferischen Natur. Das Bemühen, nirgends anzustoßen, ging auf Kosten der Klarheit in den täglichen Fragen der praktischen Politik, wo er seine Partei meist im unklaren ließ. „Vom Wesen demokratischer Presse", „Echte und unechte Demokratie", „Deutsche Selbstverwaltung", „Die deutsche Frau" — so lauten einige Artikel seiner wöchentlichen Leitartikel, in denen man vergeblich aktuelle Stellungnahmen suchen würde. Das „Grundsätzliche" aber bedeutete hier Ausweichen — so, wenn etwa ein Artikel zur Bodenreform beginnt: „Die Urquelle alles irdischen Schaffens und Werdens ist die Natur. Die drei Grundwerkzeuge der Natur in ihrem Verkehr mit dem Menschen sind Luft, Licht und Erde . . .[3])."

Doch gab dieses Ausweichen ihm zugleich wieder die Stärke nicht nur der persönlichen Überzeugungskraft, sondern — wie im folgenden zu erörtern ist — auch auf längere Sicht politisch konstruktiv zu denken, weitgesteckte Ziele anzusteuern und sei es auf Umwegen, kurz: die Partei tatsächlich zu führen. Was Külz für die LDP bedeutet hatte, nach innen sie integrierend, nach außen ihr ein gewisses Maß politischen Entscheidungsraumes sichernd, wurde erst nach seinem Tode ganz deutlich. —

2. Politische Konzeption

Külz' Beharren auf der nationalliberalen Tradition äußerte sich bereits im Gründungsaufruf, wo er, was dann auf Drängen von KPD und SPD gestrichen wurde, an die ehemaligen Volksparteiler und Deutschnationalen appellierte: er war der Meinung, daß der Neubeginn nur mit den bewährten Kräften der Vergangenheit zu machen sei, wobei er unter „bewährt" diejenigen verstand, die

[1]) Ein deutsches Gericht hatte ihn später rehabilitiert und von der Verantwortung der ihm zur Last gelegten Verbrechen freigesprochen.

[2]) Am 14. Mai 1947; Külz-Nachlaß 65.

[3]) Der Morgen, 9. Dezember 1945.

dem Nationalsozialismus widerstanden, deren „verkörpertes Gegenteil" für ihn der Liberalismus war[1]), ein zum Humanismus klassischer Prägung sich bekennendes Bürgertum in nationaler und demokratischer Verantwortung. Dabei ging es ihm um die Demokratie nicht zuletzt darum, weil sie die einzige Staatsform zu sein schien, in der dem deutschen Volke sein guter Wille abgenommen würde; wie Deutschland sich vor der Welt wieder glaubhaft machen könne, bewegte ihn ständig.

So wird es verständlich, daß er sich besonders intensiv um ein gutes Verhältnis zur Sowjetunion und um ein wirkliches Verständnis der Russen bemühte. Das schien nicht zuletzt vonnöten, um die jahrelange nationalsozialistische Hetzpropaganda zu entkräften, und verband sich mit seinem liberalistischen Fortschrittsglauben zu Aussagen wie dieser, die keineswegs als Opportunismus der Besatzungsmacht gegenüber verstanden werden dürfen:

„Die Liquidierung des Zarismus und seiner Ausläufer vertrug keine schonungsvollen äußeren Formen, verlangte vielmehr hartes und z. T. rücksichtsloses Zugreifen, aber das Bestreben geknechteter Menschen, sich von Fesseln zu befreien und emporzukommen, behält in sich die Ethik einer Menschheitsbewegung, auch wenn der Weg ins Freie durch Blut und Tränen führen muß[2])."

Nachdrücklich warnte er davor, die erste Begegnung mit der Sowjetunion in Form von Soldaten mit dieser selbst gleichzusetzen; daß die Besatzung eine schwere innere Belastung war, gestand er offen ein, dennoch sei Verstehen und freundnachbarliches Verhältnis eine dringende Erfordernis — das im November 1945 in einem Leitartikel bedeutete viel.

Aber auch dem Westen und insbesondere seinen westlichen Parteifreunden gegenüber verstand er sich als ein solcher Mittler, als Werber um Verständnis. Immer wieder warf er ihnen vor, die Dinge einseitig und damit falsch zu sehen, sie nur aus der westlichen Position zu beurteilen und damit der Sowjetunion nicht gerecht zu werden. In seinen persönlichen Aufzeichnungen findet sich ein bezeichnendes Exzerpt aus dem „Observer":

„Es ist töricht, den Russen nur immer Unehrlichkeit, Demagogie und Schauspielerei vorzuwerfen . . . Die Schwarz-Weiß-Malerei führt in der Politik nie zu brauchbaren Ergebnissen. Zu leicht zu nehmen bedeutet in diesem Zusammenhang, die etwaige Wirkung nur mit europäischen Augen zu sehen[3])."

Verhinderte nun zwar Külz' Denken im „Globalen" vielfach die rechte Einschätzung der Realitäten, etwa der besatzungspolitischen Maßnahmen der Sowjetunion, so lag doch seiner politischen Aktivität eine durchdachte Konzeption zugrunde, die selbst durchaus realitätsnah war und die, wollte man nicht von vornherein jede Chance für eine demokratische Entwicklung in der

---

[1]) Der Tagesspiegel, 22. August 1946.

[2]) Der Morgen, 7. November 1945.

[3]) Külz-Nachlaß 73.

SBZ leugnen, eine echte Möglichkeit sinnvoller LDP- oder auch CDU-Politik bot[1]).

Die Wiederherstellung der Einheit Deutschlands durch eine Verständigung der Siegermächte erschien Külz Voraussetzung und Grundlage der deutschen Demokratie bzw. einer demokratischen Entwicklung in der SBZ. Er sah durchaus deutlich, daß in einer auf lange Sicht isolierten Sowjetzone unter dem Druck der Besatzungsmacht und der mit ihr verbundenen SED die Ansätze zur liberalen Demokratie wieder verkümmern bzw. gewaltsam liquidiert würden — darum war er bereit, dieser Einheit zuliebe einen hohen Preis zu zahlen. Sie allein — und sei es über den „Volkskongreß", über dessen undemokratisches Zustandekommen er sich völlig im klaren war — konnte die schwere Lage der sowjetischen Zone erleichtern und auf die Dauer beheben. Da er aus seinen häufigen offenen Gesprächen mit den verantwortlichen sowjetischen Offizieren wußte, daß die Sowjetunion großes Interesse an einem vereinten Deutschland hatte — er übersah oder negierte, daß dieses Interesse an bestimmte innen- und außenpolitische Auflagen gebunden war —, stellte er sich ihrer Politik zur Verfügung. Wohl ahnte er die Gefährlichkeit eines solchen Paktierens, aber er handelte im Vertrauen auf die größere Stärke der demokratischen Kräfte. Darum sein intensives Bemühen um die westlichen Landesverbände der FDP, LDP oder DVP, seine Energie und Unermüdlichkeit, eine gesamtdeutsche Demokratische Partei zustande zu bringen, die Sorge um den Verlust des Berliner Führungsanspruches, in dessen Aufrechterhaltung er die Garantie gesamtdeutscher Aktivitäten sah.

Für die SBZ selbst empfahl und praktizierte er in der Zwischenzeit eine Politik des Lavierens und Hinhaltens, bei gleichzeitigem Bemühen, die kommunistischen Maßnahmen wie Bodenreform und Enteignungen anzuerkennen und gedanklich auszuwerten bzw. sich, soweit irgend möglich, politisch mit ihnen abzufinden. „Das einzige, was wir tun können, ist, keine Stellung zu beziehen. Wie wir auch entscheiden, wird es uns übel genommen und in einem halben Jahr spricht keiner mehr davon", so äußerte er einmal intern in Thüringen, als man dort glaubte, nun absolut nicht mehr weiterzukönnen. Durch sein persönliches Vorbild wie durch die Fähigkeit, Optimismus zu verbreiten, hielt er die Partei mit dieser Hinhalte-Politik zusammen. — Nur in zwei Punkten war er zu keinem Kompromiß bereit: in der Frage der von der SED geforderten Wahl-Einheitslisten und in der Ablehnung der Oder-Neiße-Linie als deutscher Ostgrenze.

Den anzustrebenden außenpolitischen Status Deutschlands sah er in einer Neutralität zwischen den Siegermächten und befand sich damit in ausdrücklicher Übereinstimmung mit einigen seiner westdeutschen Parteifreunde, darunter Theodor Heuß und Wolfgang Haussmann.

---

[1]) Diese Konzeption hat Külz nirgends schriftlich fixiert, sie ließ sich nur aus einer Reihe von Befragungen rekonstruieren und findet ihre Bestätigung in seinen praktischen Entscheidungen.

Heuß hatte diese Neutralitätskonzeption im Juli 1947 auf dem Eisenacher Parteitag in seiner öffentlichen Rede vorsichtig angedeutet mit der Erklärung: „Wir können uns nicht in eine Ost- oder Westoption hineindrängen lassen, für uns gibt es nur eine Option, für Deutschland[1])", und er hatte das in privaten Gesprächen bekräftigt; dem war ein im „Morgen" auf der ersten Seite groß aufgemachter Aufsatz von Haussmann vorangegangen[2]), wo es hieß, daß „eine von uns ehrlich gewollte, von den Siegern anerkannte und im Friedensvertrag verankerte Neutralität die einzige Möglichkeit, in absehbarer Zeit die deutsche Einheit wiederherzustellen", biete.

Erreichbar war dieses Ziel allerdings nur unter der Voraussetzung einer Verständigung der Siegermächte; Külz' Bemühen, den Kommunismus zu verstehen und mit der Sowjetunion gut auszukommen, wurzelte allerdings in einer noch weitergehenden Beurteilung der weltpolitischen Entwicklung in den nächsten Jahren und Jahrzehnten, die zutiefst pessimistisch war.

Er war davon überzeugt, daß sich das amerikanische Interesse in absehbarer Zeit von Europa abwenden werde, so daß nur noch Frankreich und England der Sowjetunion auf dem Kontinent gegenüberstünden; diese seien aber als Gegengewichte zu schwach und würden es nicht hindern können, daß Europa bis zum Atlantik in der sowjetischen Interessen- und Einflußsphäre liege — ein Pessimismus, den mit ihm selbst hochgestellte westliche Diplomaten teilten[3]). Es komme also darauf an, die Kommunisten in dieser für sie so günstigen Situation nicht allein zu lassen: die bürgerlichen Parteien sollten unbedingt mit ihnen kooperieren, das kommunistische System verwässern und ihm damit seine Härten nehmen. Er demonstrierte das gern auch an einer Landkarte: „Wir können uns nicht auf die ständige Anwesenheit der Amerikaner in Europa verlassen — schon aus rein geographischen Gründen nicht." —

Mitte September hatte Külz eine Unterredung mit Tulpanow, der ihm deutlich zu erkennen gab, daß er sich für den Fall eines notwendig werdenden Oststaates zur Verfügung zu halten habe. „Er deutete ziemlich unverblümt die Stellung eines Staatschefs an. Ich antwortete ihm kurz und klar: ‚Ich hoffe, daß mir das Schicksal dieses Los ersparen wird.' Er erwiderte darauf nichts[4])." Es war jedoch durchaus in der Konsequenz seiner maximal-kompromißbereiten Politik, wenn Külz trotz dieser drohenden Entwicklung versuchte, solange wie möglich „dabei" zu bleiben, um das Schlimmste zu verhüten. In einem Interview vom Oktober[5]) erklärte er es als Pflicht der LDP, falls nach dem verhängnisvollen Fall eines Scheiterns der Londoner Konferenz eine Ostzonenregierung gebildet werde, dem der Partei von den Wählern übertragenen Mandat zu folgen. Eine reine SED-Regierung lehnte er energisch ab: nur eine Repräsentation, an der auch die nicht-sozialistischen Parteien beteiligt seien, hätte die

[1]) Der Morgen, 8. Juli 1947/Beiblatt.

[2]) Der Morgen, 24. Mai 1947 „Deutschland als neutraler Staat".

[3]) Vgl. Willy Brandt/Ernst Lowenthal, Ernst Reuter; München 1957, S. 356.

[4]) Am 19. September; Külz-Nachlaß 65.

[5]) Neue Zeitung (Berliner Blatt), 7. Oktober 1947.

Aussicht, daß sich West- und Oststaat nicht endgültig auseinanderlebten. — Ende November war Külz wiederum bei Tulpanow, der von ihm Klarheit verlangte über seine Bereitschaft, sich an einer gesamtdeutschen oder gegebenenfalls auch Ostzonenregierung zu beteiligen. Tulpanow wies besonders darauf hin, daß Külz sicher auch für die anderen Besatzungsmächte tragbar sei. „Irgendwelche Zusicherungen habe ich nicht gegeben, sondern ich habe erklärt, daß meine Entscheidung von der Situation abhängen werde, die dann vorhanden sei falls die Übernahme eines Regierungspostens von mir verlangt werde[1])."

Der Volkskongreß war dann sehr bald eine solche Situation, die Külz, ohne eigene Initiativen zu entwickeln, als Gegebenheit hinnahm; er versuchte, das Beste daraus zu machen. Wenn er ihn auch wohl als die letzte Chance ansah, mit westdeutscher Unterstützung den kommunistischen Kräften wenigstens das Gleichgewicht zu halten, so beteiligte er sich doch persönlich bereits resignierend an diesem Unternehmen, voller Skepsis, ob die Alliierten darauf eingehen würden: „Politisch würde ich das (eine Ablehnung des Volkskongresses durch die Westmächte) natürlich sehr bedauern, menschlich-persönlich aber nicht, denn es würde mir dann die Notwendigkeit erspart bleiben, nach London zu gehen und all die ungeheuren Strapazen und Verantwortungen zu übernehmen, die mit einer solchen geschichtlichen Aktion verbunden sind. Ich bin in dieser Beziehung absolut wunschlos und ohne Ehrgeiz[2])."

Als Wilhelm Külz am 10. April 1948 starb, konnte er wohl noch an die grundsätzliche Richtigkeit seiner politischen Linie glauben, an eine Verständigung der Alliierten und eine Zähmung des Kommunismus durch die Wiedervereinigung Deutschlands, doch häuften sich in seinen letzten Lebenswochen die Zweifel. Nie hatte er so scharfe Worte gefunden wie noch acht Tage vor seinem Tode im „Morgen", als er sich beklagte über die bewußte Sabotage von Maßnahmen zur Beendigung der Sequestrierungen, die ihm Sokolowski in einem voller Hoffnung begrüßten Interview zugesagt hatte. Er sprach dort von der Verletzung der Rechtsstaatlichkeit, ja von einem „Rückfall in die Sippenhaft der nazistischen Zeit". „Wir sind über den Verdacht erhaben, Liebhaber scharfer Worte zu sein" — ein Prinzip seiner politischen Taktik — „aber gerade deswegen ist vielleicht die Hoffnung berechtigt, daß unsere Bedenken bei den Stellen, die es angeht, nicht ungewürdigt bleiben[3])." Sie blieben ungewürdigt.

In den letzten Monaten hatte sich Külz ernsthaft mit dem Gedanken eines Rücktritts von der Parteiführung vertraut gemacht, und es darf als sicher gelten, daß er ihn in nicht allzu ferner Zeit vollzogen hätte[4]): nach dem Fehlschlag der Londoner Konferenz, der Manipulierung des Volkskongresses zu einem reinen Sprachrohr der SED und der nun fast völligen Aussichtslosigkeit, zu

[1]) Am 28. November 1947; Külz-Nachlaß 65.

[2]) Am 8. Dezember 1947; a.a.O.

[3]) Der Morgen, 2. April 1948.

[4]) Neue Zeitung, 17. April 1948. — Bestätigt durch eigene Informationen.

einer gesamtdeutschen Regierung zu kommen, in der er als zweifellos führender Repräsentant der Sowjetzone seine Stimme zugunsten der bürgerlich-liberalen Demokratie hätte erheben können, war seine Politik ja in der Tat gescheitert. Der Tod hat es ihm erspart, sich das ganz klar machen und die bitteren Konsequenzen ziehen zu müssen. Er markiert das Ende der Liberal-Demokratischen Partei in der Form, in der sie zur Errichtung einer parlamentarisch-demokratischen Republik in Deutschland zweieinhalb Jahre zuvor angetreten war.

IV. Der Parteiverband[1])

1. Mitgliedschaft

a) *Von der Honoratioren- zur Mitgliederpartei*

Die für alle Bevölkerungskreise einschneidenden Maßnahmen der sowjetischen Besatzungspolitik brachten sofort nach dem Zusammenbruch eine in dieser Form bis dahin unbekannte politische Unruhe und Nervosität mit sich. Spürte man gerade durch die sowjetische Besatzungsmacht, genährt von den bedrückenden Erfahrungen mit der kämpfenden Truppe, eine ganz besondere Bedrohung, so rief diese doch zugleich selbst zur aktiven Teilnahme an der Neugestaltung Deutschlands auf, was vielfach mit Erleichterung begrüßt wurde. Das führte zu einer außerordentlich großen „Organisationsfreundlichkeit" der SBZ-Bevölkerung, die in der deutschen Parteiengeschichte einmalig ist: im März 1948 war jeder 7. Erwachsene Mitglied einer Partei. Die Motive für die Mitgliedschaft gerade bei dem sonst traditionell organisationsfeindlichen mittleren und kleinen Bürgertum, wie es sich in der LDP und auch der CDU fand, waren sehr verschiedener Art:

Die schon vor 1933 in der Parteiarbeit Tätigen sahen in der LDP zumeist nur eine Wiederaufnahme bürgerlich-demokratischer Politik und nicht eigentlich einen Neubeginn: ihre Mitarbeit war ihnen eine Selbstverständlichkeit, unabhängig von der durch die sowjetischen Maßnahmen geschaffenen besonderen Lage.

Das Gefühl der Schuld und Verantwortung für die Verbrechen des Dritten Reiches und die daraus gezogene Konsequenz, nun nicht wieder abseits stehen zu dürfen, bildete ein starkes emotionales Element für viele bis dahin Nichtengagierte.

Daneben gab es viele, deren Bereitschaft durch die „kommunistische Gefahr" geweckt wurde, die die Notwendigkeit einsahen, für die SED ein Gegengewicht zu schaffen; die Sorge vor einer zu starken SED als Argument für den Parteieintritt wurde von der LDP auch in ihrer Werbekampagne nie offen, aber doch deutlich angesprochen:

„Abwarten bedeutet Zeitvergeudung. Jeder der 470 000 Wähler der LDP im Lande Thüringen ziehe die Konsequenz aus seiner Wahl und stärke durch seine Mitgliedschaft das Rückgrat der Liberal-Demokratischen Partei[2])."

---

[1]) Bedingt durch das Fehlen jeglichen Archivmaterials sind die folgenden durch eigene Informationen ergänzten Angaben zu Organisation und Mitgliedschaft in besonderem Maße unvollständig. Dennoch dürfte sich aus der Kombination der verschiedenen Einzelangaben ein ungefähres Bild gewinnen lassen.

[2]) Thüringer Landeszeitung, 25. November 1946.

Für andere war das Motiv des Beitritts die Suche nach einem Unterschlupf: durch die Mitgliedschaft in einer der lizenzierten politischen Parteien erhofften sie sich eine Absicherung, eine politische Deckung in dieser Zeit extremer gesellschaftlicher Unsicherheit. Die LDP schien diese „Schutzfunktion" einerseits durch ihre „weiche" politische Linie, die ihr in der Person von Wilhelm Külz die Duldung der Besatzungsmacht eintrug, andererseits durch ihre betont nichtsozialistische Haltung für manche besser auszuüben als die CDU.

Schutz gewährten die bürgerlichen Parteien und besonders die LDP jedoch nicht zuletzt auch solchen Kräften, die auf keinen Fall als Opportunisten angesprochen werden können: Gruppen und einzelnen, die weit mehr als ein bloßes Gegengewicht zur SED, nämlich eine kämpferische Partei des Widerstandes wollten. Diese Motivation war es in erster Linie, die das außerordentlich starke Kontingent Jugendlicher an die LDP band.

Alles in allem war die situationsbedingte politische Unruhe bzw. Unsicherheit ausschlaggebend für den starken Zulauf von Mitgliedern, den alle sowjetzonalen Parteien fanden, was sich darin äußerte, daß mehr als die Hälfte des Bestandes vom Sommer 1948 bereits im April 1946, also lange vor den Wahlen, eingeschrieben war[1]):

	LDP	CDU	SPD	KPD
Sachsen	30 000	33 200	211 000	175 790
Sachsen-Anhalt	25 000	23 400	172 500	137 116
Thüringen	34 700	20 700	92 000	73 851
Brandenburg	9 400	14 500	75 000	63 489
Mecklenburg	4 000	16 700	81 000	64 593
SBZ	103 100	108 500	631 500	514 785
Berlin	10 000	11 400		
SBZ und Berlin	113 100	119 900		

Nach den Wahlen ging der Zustrom bei der LDP zumindest merklich zurück und führte zu einer großangelegten Werbekampagne (Parole für 1947: „Jedes Mitglied wirbt ein neues Mitglied"[2])), die dann auch zu einigen Erfolgen führte. Bis Mitte 1947 nahm ihre Mitgliedszahl um rund 50% zu[3]):

April 1946	113 100
Juni 1946	124 485
Juni 1947	170 721

[1]) Sowjetzonale Zählung; nach Unterlagen des Instituts für Politische Wissenschaft, Berlin.

[2]) Thüringer Landeszeitung, 22. Januar 1947.

[3]) „Zweiter Parteitag", a.a.O., S. 67.

Diese Zunahme ist bei allen Parteien zu verzeichnen, sie ist allerdings besonders groß bei der CDU, der u. a. die Unterstützung der Kirche zugute gekommen sein dürfte (Stand: Juni 1948)[1]:

	LDP	CDU	SED
Sachsen	70 000	64 000	527 000
Sachsen-Anhalt	47 000	45 000	421 000
Thüringen	36 000	40 000	267 000
Brandenburg	14 000	28 000	218 000
Mecklenburg	6 500	32 000	209 000
Berlin	9 500	22 000	113 000
SBZ und Berlin	183 000	231 000	1 800 000

Die Tatsache, daß die LDP — gewiß durch die besondere Gunst der Umstände — zu einer Mitgliederpartei wurde, ist im Rückblick auf die Geschichte der bürgerlichen Mittelparteien nicht hoch genug einzuschätzen: es war ihr damit das gelungen, was zuvor keiner von diesen trotz wiederholter Versuche — etwa Friedrich Naumanns — geglückt war, nämlich sich ein breites Fundament zu schaffen, einen Rückhalt, unabhängig von der wechselhaften Bestätigung durch Wahlen. Man war sich in der LDP dieser Entwicklung wohl bewußt und empfand sie, wenn auch nicht unbestritten, als eine der wichtigsten aus der Weimarer Republik zu ziehenden Lehren; es war die Erkenntnis, daß man die Menschen zum Liberalismus bzw. zur Demokratie erziehen müsse, wollte man nicht beide wieder aufs Spiel setzen. Partei hieß organisatorisch jetzt „Kampfgemeinschaft"; ihr Schwergewicht sollte nicht bei der Wählerschaft, sondern bei den Mitgliedern liegen. Einer der „Lehrsätze für praktische Parteiarbeit" lautete:

„Das Gewicht einer Partei liegt in der Mitgliedschaft und nicht bei der Wählerschaft. Es ist aufklärend zu wirken, daß für die Partei von heute die Erziehungsfrage besondere Bedeutung hat. Sie ist in ihren Funktionen nicht mit den Parteien vor 1945 gleichzusetzen[2]."

Obwohl man mit der Entwicklung im Jahre 1946 durchaus hätte zufrieden sein können, wurde die Werbung unmittelbar nach den erfolgreichen Wahlen im Herbst noch intensiviert:

„Demokratische Haltung erschöpft sich nicht in der Stimmabgabe, sie erfordert darüber hinaus ein klares Bekenntnis und einen immerwährenden Einsatz für das Wohl der Gesamtheit ... Bekennt Euch zu der Partei, der Ihr Euer Vertrauen geschenkt habt! Organisiert Euch in ihren Gliederungen!"

[1]) Sowjetzonale Zählung; nach Unterlagen des Instituts für Politische Wissenschaft, Berlin.

[2]) Rudolf Zechmeister, Grundzüge der politischen Parteiarbeit; LDP-Schriftenreihe Heft 9; Berlin o. J. (1948), S. 19.

„Wer aus seiner Wahlpflicht die letzte Konsequenz zieht, bekennt sich zur Partei nicht nur auf dem schließlich doch anonymen Stimmzettel und im Augenblick der Wahl, sondern sichtbar mit dem Einsatz seiner Person[1])."

Es war aber nicht nur ein Lernen aus der Geschichte, es war auch die Erkenntnis der Notwendigkeit einer „schlagkräftigen", überall einsatzfähigen Partei für die Sowjetzone, wo die eigentlichen Machtkämpfe nicht so sehr in den parlamentarischen Körperschaften ausgetragen wurden, sondern in den Betrieben, den Massenorganisationen, der Verwaltung. Gerade dort aber war die LDP bereits an den Rand gedrängt worden, ehe sie sich organisatorisch formiert hatte, und selbst dann mußte sie, ebenso wie die CDU, der rein zahlenmäßig weit überlegenen SED gegenüber immer im Nachteil bleiben[2]):

Von den 13 492 398 über 14 Jahre alten Einwohnern

gehörte jeder 8. zur SED
jeder 64. zur CDU
jeder 77. zur LDP

Von der Industriearbeiterschaft gehörte

jeder 5. zur SED
jeder 387. zur CDU
jeder 348. zur LDP

Unter den Angestellten gehörte

jeder 4. zur SED
jeder 13. zur CDU
jeder 20. zur LDP

Von den Handwerkern und Gewerbetreibenden gehörte

jeder 6. zur SED
jeder 20. zur CDU
jeder 17. zur LDP.

b) *Politische Herkunft und Alter*

Die Gründung der LDP an verschiedenen Orten und zur selben Zeit unabhängig voneinander war ebenso wie die dann rasch erfolgende Bildung von Ortsgruppen und die Konsolidierung als Partei vornehmlich das Werk von Kräften der alten Demokratischen Partei. Das soll nicht heißen, daß die LDP eine Fortsetzung oder Neuauflage dieser Partei gewesen sei — wie etwa der Külzsche Programmentwurf zeigte, verstand sie sich auch gar nicht so; das schließt auch nicht aus, daß zahlreiche prominente demokratische Politiker zur CDU gingen — weil sie entweder dem Liberalismus keine Lebensfähigkeit mehr

[1]) Thüringer Landeszeitung, 26. Oktober 1946.

[2]) Sowjetzonale Zählung; nach Unterlagen des Instituts für Politische Wissenschaft, Berlin.

zutrauten oder aber die CDU mancherorts einfach „eher da" war, aber daß diese Kräfte der Partei zum Start verhalfen, ist nicht zu übersehen[1]). Die Initiative und Aktivität beim Aufbau der Partei gerade durch ehemalige DDP-Mitglieder — Ärzte, Lehrer, Handwerker, Beamte — ist besonders in zahlreichen Mittel- und Kleinstädten durchgängig festzustellen[2]). Es war eine natürliche Folge der Ausgangssituation, daß jene, trotz der rasch gewandelten Zusammensetzung der Partei, einen unverhältnismäßig großen Anteil an den Führungspositionen innehatten:

Von dem im Februar 1946 gewählten 12köpfigen Parteivorstand kamen sechs aus der DDP[3]), nach dem Erfurter Parteitag waren es mindestens 8 von 24[4]), nach dem Eisenacher Parteitag 7 von 20[5]). —

In den Landtagen war das noch stärker ausgeprägt: von den 30 LDP-Abgeordneten in Sachsen stammten 16 aus der DDP, 5 aus der Volkspartei[6]), in Brandenburg waren es 8 von 20, die aus der DDP, und 3, die aus der DVP kamen; gegen vergleichsweise 4 DDP- und 3 DVP-Mitglieder bei der CDU[7]); in Mecklenburg dürfte es vor allem mit dem verspäteten Gründungstermin zusammenhängen, daß unter 11 Abgeordneten nur drei Demokraten und ein Volksparteiler waren gegen 9 Demokraten von 31 bei der CDU[8]); in Thüringen waren es 15 Demokraten und 2 Volksparteiler von 28 Abgeordneten[9]).

Der große Mitgliederzuwachs brachte jedoch fast durchweg — nicht zuletzt sichtbar in dem starken Anteil Jugendlicher — politisch bisher nicht Organisierte in die Partei:

In Thüringen waren es 1947 93%, die vor 1933 keiner Partei angehört hatten[10]); in Sachsen lag ihr Anteil bei 88%, die übrigen 12% gliederten sich hier auf in 4% DDP, 4% rechtsstehende Bürgerliche, 2% Sozialisten, 2% aus Splitterparteien[11]).

Nicht unerheblich war der Anteil ehemaliger NSDAP-Mitglieder. Bis zum Jahre 1947 war diesen der Beitritt generell untersagt, wenn auch örtlich sehr unterschiedlich verfahren wurde und gerade die SED sich darin vielfach Ausnahmen leistete[12]). In manchen Orten umging man das Verbot durch Aufnahme

---

[1]) Külz, Schiffer, Meyer in Berlin; Delius und Gruppe in Halle; Moog und Gruppe in Weimar; Reiff, v. Stoltzenberg u. a. m. in Leipzig, Kastner, Scheiding, Uhle in Dresden . . .

[2]) Eigene Informationen.

[3]) Külz, Lieutenant, Schiffer, Kastner, Delius, Moog. Wahrscheinlich waren es mehr, doch ließ es sich nicht mehr bei allen genau feststellen.

[4]) Külz, Lieutenant, Moog, Gaertner, Hamann, Delius, Kastner, v. Stoltzenberg.

[5]) Külz, Lieutenant, Kastner, Damerow, Moog, Schiffer, Gaertner.

[6]) Vgl. „Sächsischer Landtag 1946/47"; Sachsenverlag Dresden o. J.

[7]) Vgl. „Handbuch des Landtages des Landes Brandenburg"; Potsdam 1947.

[8]) Vgl. „Handbuch für den mecklenburgischen Landtag", 1. Wahlperiode; hrsg. vom Büro des Landtages; Schwerin o. J.

[9]) Vgl. „Abgeordnete des Thüringer Landtages"; hrsg. vom Büro des Thüringer Landtages; Weimar 1947.— Eigene Informationen.

[10]) Thüringer Landeszeitung, 7. Juni 1947.

[11]) Sächsisches Tageblatt, 25. Oktober 1947.

[12]) Eigene Informationen.

der Ehefrauen[1]). Der Befehl Nr. 201 vom 16. August räumte dann ehemaligen Nationalsozialisten, sofern sie nicht Kriegsverbrechen begangen hatten, das aktive und passive Wahlrecht und damit auch das Recht auf politische Betätigung ein[2]).

Da gleichzeitig eine erneute Enteignungswelle einsetzte, die diesmal unter der Leitung deutscher Sequestrierungskommissionen stand, in denen auch Vertreter der Parteien saßen, setzte ein beträchtlicher Zulauf der davon Betroffenen ein — und zwar besonders zur LDP, die sich schon immer offen gegen eine rigorose Behandlung der Enteignungsfrage eingesetzt und sich damit in bestimmten Kreisen Sympathien erworben hatten. Diesen Zulauf versuchte die SED zu unterbinden, einmal, indem sie verlangte, Richtlinien des zentralen Antifa-Blocks in Berlin einzuholen, die nie ergingen, dann durch die Forderung, wie in Brandenburg, der jeweilige Blockausschuß habe in jedem Einzelfall die Genehmigung einstimmig zu erteilen[3]), oder aber, wie in Thüringen, der Anteil ehemaliger Nationalsozialisten dürfe 12% nicht übersteigen[4]). Bisweilen schalteten sich die sowjetischen Ortskommandanten selbst ein, indem sie einfache Verbote, entgegen dem SMAD-Befehl, aussprachen[5]). Demgegenüber verteidigte die LDP ihr Recht, selbst über die Aufnahmeeignung zu entscheiden und die Verantwortung zu tragen. In der Tat handelte es sich um eine nicht geringe Zahl von Bewerbern, was den anderen Parteien Ansatzpunkte zu scharfer Kritik lieferte:

„Wie von den Landesverbänden gemeldet wird, ist die Zahl der Neuanmeldungen ehemaliger Pg. überraschend groß ... Wir wollen es vermeiden, einen Prozentsatz, etwa 30%, vorzuschreiben, weil die örtlichen Verhältnisse ganz verschieden liegen. Wesentlich ist, daß die Führung der Ortsgruppen organisatorisch und geistig fest in der Hand bewährter Demokraten liegt ...[6])."

Altersmäßig lag das Schwergewicht bei den Jugendlichen und bei den älteren Jahrgängen — die mittlere, die „Kriegsgeneration", war verständlicherweise relativ schwach vertreten.

In Thüringen waren 42% jünger als 35 Jahre[7]); Sachsen-Anhalt hatte rund 40% jugendlicher Mitglieder[8]) und Mecklenburg 20%[9]); in Sachsen gab es Kreisver-

---

[1]) Eigene Information.

[2]) LDP-Informationen, Oktober 1947.

[3]) a.a.O., 1. Februarheft 1948.

[4]) Eigene Information.

[5]) LDP-Informationen, 1. Novemberheft 1947.

[6]) a.a.O., 1. und 2. Dezemberheft 1947.

[7]) Thüringer Landeszeitung, 7. Juni 1947.

[8]) Liberal-Demokratische Zeitung (Sondernummer), 3. März 1947.— Allein der Kreis Torgau hatte 22 Jugendreferenten, wovon 4 Ortsgruppen leiteten, die nur aus Jugendlichen bestanden; eigene Information.

[9]) Norddeutsche Zeitung, 14. September 1946.

bände mit einem Anteil von 30 bis 40% Jugendlichen, der Landesdurchschnitt derer, die jünger als 25 Jahre waren, lag bei 23%[1]).

Ein Vergleich der Altersstrukturen der Parteien zeigt, daß die LDP bei weitem die meisten, die SED auffallend wenig Jugendliche hatte, daß bei dieser wiederum die alten Jahrgänge, die für LDP und CDU etwa gleich stark sind, dominierten (Stand: Juni 1948)[2]):

LDP		CDU		SED	
bis 25 Jahre	24,3%	bis 20 Jahre	2,6%	bis 20 Jahre	6,1%
bis 35 Jahre	16,5%	bis 30 Jahre	11,4%	bis 30 Jahre	16,0%
bis 45 Jahre	16,6%	bis 40 Jahre	16,1%	bis 40 Jahre	20,2%
bis 55 Jahre	18,8%	bis 50 Jahre	21,9%	bis 50 Jahre	27,5%
über 56 Jahre	23,8%	bis 60 Jahre	24,0%	über 50 Jahre	30,2%
	100,0%	über 60 Jahre	24,0%		100,0%
			100,0%		

Die LDP war also in ihrer breiten Mitgliedschaft eine „neue" Partei, geführt und integriert durch Kräfte alter liberaler Schule.

Viele von diesen sahen die Entwicklung jedoch auch mit großen Bedenken: da sie schon vor 1933 parteipolitisch tätig gewesen waren, hatten sie das nationalsozialistische System auch politisch erlebt, waren ihm vor seinem Machtantritt mit einem offen abgelegten politischen Bekenntnis gegenübergetreten, das sie auch jetzt wieder zur Grundlage des Neuaufbaues machen wollten; zwar sollte die Partei jetzt umfassender sein als es etwa die Demokratische Partei bis 1930 gewesen war, aber Aufbau, Arbeitsweise und Programmatik sollten doch die geübten Traditionen einer bürgerlichen Honoratiorenpartei entsprechen, deren Verhältnis zum politischen Gegner insbesondere auf Fairneß, strenger Legalität und Vertrauen beruhte; sie blieben also weitgehend an den alten Parteivorstellungen fixiert. Zwischen ihnen und dem „jugendlichen Flügel" der Partei, der seit 1946 durch zwei eigene Vertreter im Vorstand repräsentiert wurde, gab es erhebliche Spannungen[3]). Bei gleichen Zielsetzungen und Grundanschauungen waren sie doch nicht nur eine Frage des politischen Temperaments, sondern es stießen sich hier zwei Generationsgefüge, deren Grenzlinien weniger altersmäßig als durch die andersartige Reaktion auf die Zeit des Dritten Reiches

[1]) Der Morgen, 18. August 1946.

[2]) Sowjetzonale Zählung; nach Unterlagen des Instituts für Politische Wissenschaft, Berlin.

[3]) Vgl. Diskussionsbeitrag auf dem 2. Parteitag:
„Entgegen der tatsächlichen Struktur unserer Mitgliederzusammensetzung sind die entscheidenden Vorstandsposten meistens aus den Mitgliedern früherer Parteien zusammengesetzt. Das liegt mit daran, daß andere, die früher nicht politisch tätig waren, den Mut zur Verantwortung noch nicht gefunden haben. Diese Tatsache hat aber auch ein gewisses Mißtrauen der jugendlichen Parteimitglieder zur Folge." In: „Zweiter Parteitag", a.a.O., S. 132.

bestimmt wurden. Die erst nach dem Kriege zur Parteiarbeit gekommen waren, wollten die negativen und positiven Erfahrungen der Epoche in die Gegenwart einbauen, sie wollten eine „Partei neuen Typus", eben die dann auch programmatisch formulierte „Kampfpartei", die den harten Auseinandersetzungen vor allem mit den Kommunisten gewachsen sein sollte. — Andererseits war das Mißtrauen der „Alten" gegen den Mitgliederzuwachs gerechtfertigt, kamen doch nicht nur jugendliche Aktivisten zur Partei, sondern auch zahlreiche opportunistische, sogar reaktionäre Kräfte, die dem von außen kommenden Druck einen günstigen Ansatz zur Aufweichung bzw. inneren Korrumpierung der LDP boten. Das gilt beispielsweise für viele der Partei zuströmende Nationalsozialisten, bei denen der Opportunismus — und sei es nur in der Erhaltung der wirtschaftlichen Existenz — ein wesentliches Motiv war.

c) *Sozialstruktur*

Waren die ersten aktiven Kräfte auch vornehmlich Akademiker, Kaufleute, Gewerbetreibende, was der LDP den Vorwurf einer „kapitalistischen Partei" einbrachte, so bemühte man sich doch von Anfang an darum, eine allen Schichten offene Partei zu sein (wie es etwa in der rein repräsentativen Funktion Paul Engels als „Arbeiter" bei den Unterzeichnern des Gründungsaufrufes zum Ausdruck kam). Gerade um der Festlegung auf eine reine Mittelstandspartei zu entgehen, wurde großer Wert auf die Gewinnung der Arbeiterschaft gelegt — gegen den entschiedenen Widerstand der SED veranstaltete man z. B. diese ausschließlich ansprechende Werbewochen.

So veröffentlichte der Kreisverband Schwerin einen Aufruf, der von einem Holzarbeiter, einem Maler, einem Transportarbeiter und einem Arbeiter eines Nährmittelwerkes unterschrieben war, in dem es hieß:

„Wir Arbeiter fanden den Weg zur Liberal-Demokratischen Partei Deutschlands, weil man uns von einer alleinseligmachenden Arbeiterpartei bis heute trotz aller propagandistischen Anstrengungen nicht zu überzeugen vermochte, weil uns die Freiheit des Einzelnen über alles geht und wir erbitterte Gegner jeden Totalitätsanspruches sind. . . . Es ist eine der vielen abgeschmackten Agitationslügen, die LDP eine Unternehmer- oder gar Kapitalisten-Partei zu nennen; alle Stände, alle Berufe sind in ihr gleichberechtigt vertreten, und alle kennen nur ein Ziel: Ein lebensfähiges, einiges, wahrhaft demokratisches Vaterland!

Wir sind zudem fest davon überzeugt, daß uns nur ein freies Wirtschaftssystem, niemals aber eine sozialisierte Wirtschaft den kleinen Eigenbesitz und den gewissen Wohlstand zu bieten vermag, welcher der Eigenart aller Werktätigen deutschen Menschen von jeher entspricht[1])."

Nur in wenigen Fällen kam allerdings eine solche Agitation zum Zuge; in Thüringen beispielsweise wurde vor der Wahl 1946 ein sich an die Arbeiterschaft wendendes Flugblatt, das bereits gedruckt war, verboten[2]). Die weitverbreitete

[1]) Norddeutsche Zeitung, 27. September 1947.

[2]) Eigene Information.

Erbitterung bei zahlreichen Sozialdemokraten über die Zwangsverschmelzung mit der KPD hätte es der LDP bei geschickter Propaganda in begrenztem Umfange ermöglicht, Unzufriedene aufzufangen. Tatsächlich sprach Külz auf der Delegiertenkonferenz im Februar 1946 diese Hoffnung offen aus[1]).

Immerhin gelang es, mit 16,7% einen beträchtlichen Arbeiteranteil zu gewinnen, der auch absolut größer war, als der der CDU, obwohl diese durch ihr Programm des „Christlichen Sozialismus" eigentlich hätte im Vorteil sein müssen. Allerdings ist zu vermuten, daß es sich hier vielfach um Angehörige der bürgerlichen Mittelschichten handelte, die nur im Laufe der Kriegs- und Nachkriegsereignisse zu Arbeitern sozial absanken. Die Bevorzugung der LDP durch ehemalige Nazis deutet in diese Richtung, ebenso die für die LDP völlig erfolglosen FDGB-Wahlen. Den größten Prozentsatz stellten die Angestellten; zusammen mit den Arbeitern (getrennte Zahlenangaben liegen nicht vor) hatten sie 1947[2]):

in Sachsen	50%	in Brandenburg	38%
Sachsen-Anhalt	40%	Mecklenburg	37%
Thüringen	43%	Berlin	48%

Eine Aufgliederung liegt vom März 1948 für Sachsen-Anhalt vor[3]):

Arbeiter	18,7%
Angestellte	23,7%
Gewerbetreibende	4,6%

Sachsen, mit rd. 70000 Mitgliedern (1948) der stärkste Landesverband, zeigte (1947) folgende Sozialstruktur[4]):

Arbeiter und Angestellte	49,6%	Freie Berufe	5,0%
Kleingewerbetreibende	12,0%	Hausfrauen	15,0%
Betriebsinhaber	2,5%	Schüler u. a. m.	8,9%
Bauern	7,0%		100,0%

Daß das Schwergewicht in der Parteimitgliedschaft bei den Angestellten einerseits, Handwerkern und Gewerbetreibenden andererseits lag, also bei dem sog. Mittelstand, wird aus einer Aufstellung für die gesamte SBZ deutlich; dabei ist im Vergleich mit der CDU der schon erwähnte höhere Arbeiteranteil beachtenswert, aber auch der des selbständigen Mittelstandes (der auffallend hohe Prozentsatz von Hausfrauen und Schülern bei der CDU kann auf den Rückhalt bei den Kirchen zurückzuführen sein). Wenn auch die Bauern in der LDP vergleichsweise schwach vertreten waren, so doch relativ stärker als in der SED,

[1]) Vgl. Protokoll (Anm. 125).

[2]) LDP-Informationen, 1. Novemberheft 1947.

[3]) Liberal-Demokratische Zeitung, 24. März 1948.

[4]) Sächsisches Tageblatt, 25. Oktober 1947.

von der CDU ganz zu schweigen. Eine Reihe von Landkreisen hatte sogar recht aktive bäuerliche Ortsgruppen[1]) und in den Wahlen war die LDP auf dem Lande z. T. besonders erfolgreich (Stand: Juni 1948)[2]):

	LDP %	CDU %	SED %
Industriearbeiter	16,7	11,6	48,6
Angestellte	32,9	40,3	17,4
Landarbeiter			4,1
Bauern	6,4		5,9
Handwerker / Gewerbetreibende	24,0	16,8	6,9
Akademiker	5,7		4,2
Hausfrauen / Schüler / Sonstige	14,3	31,3	12,9
	100,0	100,0	100,0

Kann man somit die LDP in ihrer Mitgliedschaft als eine Partei des Mittelstandes mit einem Rückhalt bei der Arbeiterschaft bezeichnen, so ergab sich doch zwischen dieser Mitgliedschaft und den Führungskreisen eine erhebliche soziologische Differenz: wie schon aus der Analyse der politischen Herkunft deutlich wurde, daß in den Landtagsfraktionen wie im Parteivorstand ein weit überdurchschnittliches Maß alter Parteipolitiker saß, so galt diese Diskrepanz auch für die soziale Zusammensetzung. Hier waren es überwiegend Freiberufliche, Akademiker und Selbständige, die die Parteiarbeit in der Praxis gestalteten. Die einzige vorliegende Aufgliederung, die der dreißigköpfigen sächsischen Landtagsfraktion, darf in gewissen Grenzen dafür als repräsentativ angesehen werden[3]):

Arbeiter	—	Geschäftsführer	1	Lehrer	2
Angestellte	5	Ingenieure	3	Buchhändler	1
Landwirte	1	Fabrikanten	2	Parteiberuf	3
Hausfrauen	1	Rechtsanwälte	4	Sonstige	5
Direktoren	2				

Dieses Mißverhältnis lag zwar einerseits in der Natur der Sache — der größeren wirtschaftlichen Unabhängigkeit als Voraussetzung der Erfüllung eines politischen Amtes — und bot in dem hier behandelten Zeitraum keinen direkten Anlaß zu Spannungen, aber es war andererseits die soziologische Basis, auf der dann in den Jahren 1948—1950 die Ablösung der alten Führungsschicht durchgeführt wurde.

[1]) Eigene Informationen. — Die von Leonhard Moog auf einer Delegiertenkonferenz im Juni 1946 genannte Zahl von 25% bäuerlichen Mitgliedern in Thüringen dürfte allerdings etwas überschätzt sein; Thüringer Landeszeitung, 19. Juni 1946.

[2]) Sowjetzonale Zählung; nach Unterlagen des Instituts für Politische Wissenschaft, Berlin.

[3]) „Sächsischer Landtag", a.a.O.

2. Organisation

„Wir haben die Partei nicht ganz demokratisch aufgebaut, weil wir 1945 vor die Notwendigkeit gestellt wurden, sofort die Partei für die ganze Zone anzumelden und genehmigen zu lassen[1])", erklärte der Geschäftsführer Arthur Lieutenant 1947 auf dem 2. Parteitag. Das war richtig hinsichtlich des Verhältnisses zu den Landesverbänden, die bis zum Februar 1946 die Leitung in Berlin einfach akzeptieren mußten, ohne auf sie Einfluß zu haben. Diese mangelnde Einflußnahme blieb auch in der Folgezeit bestehen, bezog sich jedoch vor allem auf die praktisch von Wilhelm Külz allein bestimmte politische Generallinie der Partei: auf Stellungnahmen zu außenpolitischen Ereignissen und zur Entwicklung in Westdeutschland, sowie auf folgenreiche Entscheidungen wie etwa die Teilnahme am Volkskongreß. Die Parteileitung ihrerseits beschränkte sich wiederum auf diese Tätigkeitsbereiche, hatte sie doch auch nur wenige Möglichkeiten, die aus der Gründungssituation bedingte Selbständigkeit der Landesverbände wirksam zu beschneiden[2]). Die wenigen Möglichkeiten dazu waren auch nicht institutioneller oder materieller Natur: bis auf Brandenburg und Berlin, die keine eigenen Zeitungen besaßen, sowie den schwachen Landesverband Mecklenburg, waren die Landesverbände finanziell unabhängig; für die Landeszeitungen war zwar die Parteileitung in Berlin auf sowjetische Anweisung Lizenzträger — was etwa für Thüringen ein Grund gewesen war, rasche Verbindung mit Külz aufzunehmen —, doch blieb das eine Formalität. Was der Organisationsstruktur dennoch zentralistische Züge verlieh, lag in den Umständen begründet, unter denen die Partei zu arbeiten hatte: wichtige Informationen über bevorstehende Maßnahmen oder weiter gesteckte Ziele der Besatzungsmacht erhielt nur Külz als 1. Vorsitzender; in schwierigen Auseinandersetzungen hatte der Appell an die Einigkeit und die Notwendigkeit der Geschlossenheit der Partei fast immer Erfolg; diese innere Parteidisziplin war aber durch die klare Front- bzw. Verteidigungsstellung eine Selbstverständlichkeit; Külz' persönliche Autorität tat schließlich das Ihre dazu.

Daneben aber bestand in der Person des Generalsekretärs und den mit ihm verbundenen Landessekretären in Ansätzen eine bürokratische Macht; wurde zwar deren Einfluß nach außen kaum sichtbar, so reichte er doch bis hinunter in die Bezirke und Kreise und gab der LDP im Organisatorischen eine zunehmende Festigkeit[3]). Bis zum Tode von Külz ist es zu einer „Herrschaft

[1]) „Zweiter Parteitag", a.a.O., S. 69.

[2]) Wiederholt mußte beispielsweise die Parteileitung die Landesverbände und besonders die Landtagsfraktionen bitten, ihr nach den Sitzungen über Vorgänge und eingebrachte Anträge zu berichten, da die Zeitungen diese Dinge nur unvollständig brächten — das, obwohl Anfang 1947 aus je zwei Mitgliedern der Fraktionen ein Landtagsausschuß gebildet worden war; Akten Lieutenant.

[3]) Eigene Informationen. — Diese Sekretäre standen bei den Versuchen der Besatzungsmacht, auf die Partei Einfluß zu gewinnen, unter besonderem Druck — der Generalsekretär Stempel wurde 1948 verhaftet.

des Apparats" nicht gekommen, bis dahin führten die ehrenamtlichen Mitglieder die Partei auch faktisch selbst; erst im Zuge der späteren „Gleichschaltung" wurde der bürokratische Ansatz fortentwickelt und zu einer echten Machtposition ausgebaut.

Innerhalb der Landesverbände untergliederte sich die Partei in Bezirksverbände, Kreisverbände — diese beiden jeweils mit hauptamtlichem Sekretär — und Ortsgruppen. Letztere konnten in größeren Städten aufgeteilt werden in Wohnbezirks- und Betriebsgruppen.

Der Einrichtung von Betriebsgruppen galt im Zusammenhang mit dem erstrebten Einfluß auf die Arbeiterschaft ein ganz besonderes Interesse der Partei, womit sie verständlicherweise auf den heftigsten Widerstand der SED stieß; erst im September 1947 gab die SMAD die offizielle Genehmigung dazu[1]).

Im Februar 1948 hatte die LDP (ohne Berlin)[2]):

5 Landesverbände
16 Bezirksverbände
128 Kreisverbände
16 Stadtverbände
3545 Ortsgruppen

Die relative Selbständigkeit der Landesverbände und teilweise innerhalb dieser der Kreis- und Ortsverbände gründete sich auch auf die Zahlungsfreudigkeit der Mitglieder; obwohl 50% sämtlicher Einnahmen an die Zentrale abgeführt werden mußten, blieb doch genügend übrig, da viele statt des Mindest-Jahresbeitrages von 10 RM, 20 RM und 50 RM, einige auch 100 RM zahlten[3]). Die Landesverbände Sachsen, Sachsen-Anhalt, Thüringen und Mecklenburg hatten in ihren Parteizeitungen[4]), sofern sie genügend Papier erhielten, eine sichere Einnahmequelle. Eine untergeordnete Rolle in der Finanzierung spielten die an einzelne Landesverbände von der Besatzungsmacht vergebenen „Versorgungsgüter", deren Ertrag in erster Linie zur Verpflegung von Parteischulen und Spitzenfunktionären dienen sollte[5]).

Die zentrale LDP-Zeitung „Der Morgen", die als letzte der großen Partei-

---

[1]) Über den Umfang dieser Tätigkeit konnte nichts Genaueres ermittelt werden. Im Oktober 1947 wurden in den Landesministerien von Sachsen-Anhalt Betriebsgruppen gebildet (Liberal-Demokratische Zeitung, 29. Oktober 1947) und in Sachsen soll es im Dezember 1947 insgesamt 670 gegeben haben (LDP-Informationen, 1. und 2. Dezemberheft 1947).

[2]) LDP-Informationen, 1. und 2. Märzheft 1948.

[3]) Külz-Nachlaß 74.

[4]) „Sächsisches Tageblatt" (Sachsen); „Liberal-Demokratische Zeitung" (Sachsen-Anhalt); „Thüringer Landeszeitung"; „Norddeutsche Zeitung" (Mecklenburg).

[5]) In Sachsen besaß die SED 6 solcher Güter mit insgesamt 620 ha, der FDGB eines mit 124 ha, die Landesregierung 3 Güter; der LDP wurde im Dezember 1947 ebenfalls ein Gut bewilligt; Telegraf, 4. Dezember 1947. — Eigene Information.

zeitungen in der SBZ erschien[1]), war für die Parteileitung die zuverlässigste Einnahmequelle, nicht zuletzt durch die großzügigen steuerfreien Spenden des Verlages[2]), obwohl Külz, nur auf die Sicherung seines politischen Einflusses bedacht, mit diesem einen wirtschaftlich recht ungünstigen Vertrag abgeschlossen hatte. Der „Morgen" selbst erfreute sich großer Beliebtheit: soweit Papier vorhanden war, konnte nahezu jede Menge abgesetzt werden. Er war auch als Zentralblatt die einzige der fünf LDP-Zeitungen, die täglich erschien, wenn zunächst auch nur auf vier Seiten; erst ab 7. November 1946, dem Jahrestag der Oktoberrevolution, wurden sechs Seiten genehmigt.

Obwohl keine genauen Unterlagen über die Parteifinanzierung vorliegen[3]), ist es sicher, daß die LDP unter finanziellen Schwierigkeiten nie gelitten hat, aber vor allem auch, daß von der Besatzungsmacht zu keiner Zeit irgendwelche nennenswerten geldlichen Zuwendungen gemacht wurden[4]).

Einen wesentlichen Teil innerparteilicher Arbeit und finanzieller Aufwendungen nahm die ausschließlich von den Landesverbänden getragene Schulungsarbeit ein.

Der Landesverband Sachsen eröffnete im April 1946 in Radebeul bei Dresden eine Parteischule[5]); in Grund-, Mittel- und Fortgeschrittenen-Kursen von zwei- bis dreiwöchiger Dauer wurden je etwa dreißig Parteimitglieder zusammengefaßt. Aufnahmebedingung war die ehren- oder hauptamtliche Mitarbeit in der Partei, der Verdienstausfall wurde staatlich ersetzt. Von 1946 bis 1949 wurden etwa 40 Lehrgänge mit rund 1000 Personen, zu einem großen Teil Jugendliche, durchgeführt[6]) — ein Ergebnis, das für einen einzelnen Landesverband beachtlich ist und dazu angetan war, die Partei innerlich zu stabilisieren.

Thüringen folgte mit der Parteischule Friedrichroda, die in Wochenend-, 6- und 14-Tage-Lehrgängen bis zum Jahresende 1946 96 Teilnehmer in 11 Lehrgängen hatte, im Januar 1947 wegen Kohlenmangels wieder geschlossen werden mußte[7]).

Am 10. Dezember 1947 konnte auch der Landesverband Sachsen-Anhalt eine Schule in Schierke/Harz eröffnen[8]).

---

[1]) 15. Mai: Tägliche Rundschau (sowjet. Ztg. f. Deutschl.); 21. Mai: Berliner Zeitung (überparteil., komm. red.); 13. Juni: Deutsche Volkszeitung (KPD); 7. Juli: Das Volk (SPD); 22. Juli: Neue Zeit (CDU); 3. August: Der Morgen (LDP).

[2]) Eigene Information.

[3]) Nur für einen kurzen Zeitraum gelten diese Stichzahlen (Akten Lieutenant):
30. August 1946 bis 19. Mai 1947 Einnahmen vom „Morgen" 240 860,73 RM verteilt an die Landesverbände: Berlin 72 000 RM
Brandenburg 53 000 RM
Mecklenburg 60 000 RM
US-Zone 20 000 RM
Brit. Zone 20 000 RM } am 10. Juli 1947.

[4]) Eigene Informationen.

[5]) Mitteilungsbericht Nr. 17, Mai 1947.

[6]) Eigene Information.

[7]) Mitteilungsblatt Nr. 18, Mai 1947.

[8]) LDP-Informationen, 1. und 2. Dezemberheft 1947.

Zu den Kursen kamen nicht etwa nur professionelle Lehrer und Hochschullehrer als Referenten, sondern sehr häufig Vorstandsmitglieder der Landesverbände oder der Parteileitung. Külz selbst hielt in diesen Kreisen wiederholt Vorträge und diskutierte die politische Lage. Zwar mußten die Referate wie auch sämtliche anschließenden Diskussionen protokolliert und der Besatzungsmacht vorgelegt werden, doch fand man immer wieder Möglichkeiten, das zu umgehen[1]).

Zusammenfassend kann gesagt werden, daß die innere Organisation der Partei im ganzen wenig straff war; die Länder faßten die ständig zu treffenden Entscheidungen weitgehend selbständig[2]), hielten jedoch zugleich fest zur Parteileitung in allen grundsätzlichen Fragen; es war nicht zuletzt ein persönliches Treueverhältnis zu Wilhelm Külz in einer sehr schwierigen Situation, das der eigentlich föderalistischen Parteistruktur zentralistische Züge verlieh.

3. Programmatik

Seit dem Gründungsaufruf hat die LDP bis 1949 kein festes Programm aufzustellen vermocht. Zu einzelnen Fragen gab es eine Reihe von Äußerungen grundsätzlicher Art, die sich aber niemals zu verbindlichen Aussagen über die Parteiziele verdichteten, und es entsprach völlig der tatsächlichen Lage, wenn Kastner auf dem 2. Parteitag unter dem Beifall der Delegierten erklärte: „Solange wir kein schriftliches Programm kennen, heißt unser Programm: Doktor Külz[3])!"

Dieser selbst formulierte seine bewußte Programmlosigkeit mit „Geduld und Wartenkönnen" als Voraussetzungen des Erfolges[4]):

„In revolutionären Zeiten paßt kein starres Schema, es ist leicht, irgendwelche Hochziele aufzustellen, deren Erfüllung einer ungewissen Zukunft überlassen bleibt. Wechsel ohne Deckung sind billig. Was soll uns aber heute, wo wir noch nicht einmal wissen, wie unser Staat künftig aussehen wird, irgendein Programm. Wir dürfen nicht an das Übermorgen denken, sondern allein an das Heute und Morgen. Was wir brauchen, sind Notlösungen, die erst einmal das Gebäude errichten helfen, in dem wir künftig wohnen sollen, und erst wenn der Richtkranz über dem Rohbau schwebt, wird es an der Zeit sein, die Einzelheiten der inneren Einrichtung festzulegen."

Wenn sich so die LDP-Politik auch durch einen hohen Grad Pragmatismus und Anpassungsfähigkeit auszeichnete, so lassen sich doch einige durchgängige

[1]) Eigene Information.

[2]) Arthur Lieutenant auf dem 2. Parteitag: „Auf alle Fälle muß das nicht angenehme Bild verschwinden, daß in unserer Zone in gleichen Fragen einzelne Ländervertreter der LDP verschiedenartige Anträge stellen oder verschiedenartigen Beschlüssen zustimmen, die sich nicht mit den Zielen der LDP vertragen. Wir können nicht das Bild abgeben, als wären wir keine in sich einige Partei. Um alle notwendigen Arbeiten durchzuführen, muß die Organisation der Parteigeschäftsstelle weiter ausgebaut und mit leistungsfähigen Kräften besetzt werden." „Zweiter Parteitag", a.a.O., S. 69.

[3]) „Zweiter Parteitag", a.a.O., S. 77.

[4]) Der Morgen, 11. Juli 1946.

Forderungen festhalten, die immer wieder erhoben wurden, und die sich bereits im Gründungsaufruf fanden. Das sind:

1. Zulassung von Arbeitgeberorganisationen neben den Gewerkschaften;
2. Erhaltung des Privateigentums und freie Wirtschaft, öffentliche Kontrolle von Betrieben nur in Ausnahmefällen;
3. Trennung von Kirche und Staat;
4. Demokratisierung der Schulen und Hochschulen;
5. Wiederherstellung des Berufsbeamtentums;
6. Rechtsstaat und unabhängige Justiz.

In der Praxis ließen diese eben niemals „kodifizierten" Grundsätze einen breiten Handlungsspielraum offen und die Programmdiskussion in der Partei bewegte sich durchweg in den Bahnen des Prinzipiellen, was die Scheu vor dem Sich-Festlegen sinnfällig macht: den bei weitem breitesten Raum nahm die Frage nach dem Liberalismus ein.

a) *„Ist Liberalismus noch zeitgemäß?"*

„Ist der Liberalismus tot?", „Liberalismus und Demokratie", „Was ist Liberalismus?" — das sind immer wiederkehrende Themen von Leitartikeln nicht nur im „Morgen", sondern durchgängig auch in allen Landeszeitungen der Partei. Die Antworten fallen immer gleichlautend aus: Wer nach „zeitgemäß" frage, orientiere sich an alten Vorstellungen, identifiziere den Liberalismus mit dem 19. Jahrhundert, dem Manchestertum oder dem „laissez-faire", mache ihn damit zu einem weltanschaulichen Dogma. Liberalismus aber sei gerade das Undogmatische schlechthin und eben darum das an sich fortschrittliche Prinzip. Zugrunde liege ihm die Idee der Freiheit als die höchste Idee des Menschen, die ihrerseits Erziehung zu Toleranz und Bildung der Persönlichkeit zur Aufgabe mache. Daß aber die Freiheit des Menschen immer in Gefahr sei, diese unleugbare Tatsache sei die entscheidende Antwort auf die Frage nach der Überholbarkeit des Liberalismus. —

Über diese allgemein gehaltenen Aussagen kam man nie hinaus; sie wurden zu Formeln, zu weltanschaulichen Klischees einer Partei, die sich gerade von ihren Partnern durch die Ausschaltung der Weltanschauung aus der Politik auszeichnen wollte. In gar keinem Vergleich zu der relativ untergeordneten Rolle, die das Christliche in der ideologischen Diskussion der CDU spielte, wurden „Freiheit", „Persönlichkeit" und „Menschenwürde" für die LDP zu ständig berufenen Grundwerten, die die Funktion eines politischen Glaubensbekenntnisses erfüllten.

„Liberalismus heißt nichts anderes als Eintreten für die Freiheit der Persönlichkeit, für die Freiheit all dessen, was Menschenantlitz trägt[1])."

[1]) Fritz Hausberg, 1. Vorsitzender des Landesverbandes Berlin; in: „Erster Parteitag des Landesverbandes Berlin" der Liberal-Demokratischen Partei; Berlin o. J. (1946), S. 8.

Unverkennbar in seiner Herkunft aus Aufklärung und Humanismus, verband sich dieser Liberalismus mit einem bildungsbürgerlichen Ressentiment gegen den „Massenmenschen", dem die „Entfaltung und Vollendung der Persönlichkeit" entgegengesetzt wurde, der Mensch als „frei und selbständig denkender, urteilender und fähig schaffender Gestalter eines überhaupt menschenwürdigen Daseins in jeder Beziehung[1])".

Auch in dieser Geisteshaltung war Wilhelm Külz durch und durch typischer Repräsentant in der Partei tonangebenden Kreisen, einer Geisteshaltung, die sich durch den Nationalsozialismus in ganz besonderer Weise gerechtfertigt zu sehen glaubte[2]):

„Die Nazis waren das verkörperte Gegenteil von den Werten, die in dem Begriff ‚liberal' zum Ausdruck kommen, vor allem von dem Menschheitswert, den das Wort ‚liberal' verkörpert: freie Entfaltung der Persönlichkeit des einzelnen Menschen. Die liberale Weltanschauung steht im Gegensatz zur politischen Orthodoxie und Dogmatik."

Die Notwendigkeit einer Überwindung des „orthodoxen", individualistischen Liberalismus wurde, vor allem in der Form des Manchester-Liberalismus, durchaus klar erkannt — wo es wiederum relativ leicht war[3]):

„Die Freiheit, die dieses Manchestertum forderte, war im Sinne unserer heutigen Auffassung negativ; denn sie bedeutete nur das Streben nach einer Unabhängigkeit von Bindungen und Verpflichtungen politischer oder moralischer Art und das Streben nach einem Recht, welches dem Einzelnen einräumte, sein Leben soweit wie möglich nach eigenem Ermessen rücksichtslos zum eigenen Vorteil zu gestalten."

Dieser Schritt war notwendig, um das politische Engagement zu begründen, die aktive Mitverantwortung des „Bürgers" am Staate, nicht nur die Notwendigkeit seines Schutzes vor diesem. Dieser Bürger, politisch, nicht soziologisch verstanden, sollte der Staatsbürger sein, ohne Klassen- und Standesunterschiede: so gesehen akzeptierte die LDP ihre Kennzeichnung „bürgerliche Partei" als einen „ehrenvollen Titel[4])".

Die Flexibilität des Begriffs „Liberalismus", so wie er in der politischen Terminologie der LDP verwandt wurde, läßt wohl den Schluß zu, daß ihr Versuch, ihn aus seiner historisch-soziologischen Fixierung zu lösen und zu einem allgemein gültigen Prinzip zu machen, gescheitert ist. Mag er subjektiv von Persönlichkeiten wie Külz noch mit „echten Werten" gefüllt worden sein, so lag doch in der Betonung, daß er gerade kein Dogma sei, „kein Festhalten an programmatischer Rechtgläubigkeit, sondern eine immer von neuem vor sich gehende Orientierung an den Notwendigkeiten des Volkslebens und Volksgeschehens[5])", zugleich die Gefahr von Opportunismus und politischer Richtungs-

[1]) Thüringer Landeszeitung, 17. August 1946.

[2]) Külz in Der Tagesspiegel, 22. August 1946.

[3]) Thüringer Landeszeitung, 17. August 1946.

[4]) Külz in Thüringer Landeszeitung, 28. Dezember 1946.

[5]) Külz in Der Tagesspiegel, 22. August 1946.

losigkeit. Ein derartig formalisierter, jeden Inhalts entleerter Liberalismus-Begriff konnte dann später allen neuen „Notwendigkeiten" mühelos angepaßt werden.

b) *Kulturpolitik*

Die im Gründungsaufruf proklamierten kulturpolitischen Grundsätze — Freiheit in Wort und Schrift, Freiheit der Religion, Trennung von Staat und Kirche, Erziehung der Jugend zu sittlich gebildeten Persönlichkeiten, Chancengleichheit für alle Schichten, Erhaltung der Familie — sind in den späteren Diskussionen durchweg erhalten geblieben. Einen breiten Raum der dazu gemachten Ausführungen nahmen wiederum grundsätzliche Erörterungen zur deutschen Geistesgeschichte, zur „völligen Kulturlosigkeit der Nazizeit" und zur Notwendigkeit, „eine neue Kultur zu schaffen[1])", ein. Dahinter standen — mehr oder minder deutlich formuliert — zwei Problemkreise: 1. Die Sorge vor einem Verlust der deutschen Einheit auch im geistig-kulturellen Bereich; 2. die Selbstbestätigung des Liberalismus, und d. h. hier die Ableitung der historischen Existenzberechtigung der LDP aus der deutschen Geistesgeschichte. Dabei berief man sich in erster Linie auf Kant, Herder, Goethe, Schiller und legte „das Bekenntnis zum deutschen Idealismus und zur deutschen Philosophie und zur Persönlichkeit im Sinne Kants" ab[2]).

Konkrete kulturpolitische Vorstellungen jedoch wurden lediglich auf einem Gebiete entwickelt: der Schulpolitik, wofür Schulrat Georg Wolff anerkannter Sprecher der Partei war. Wie ganz allgemein in der Pädagogik viele fortschrittliche Erzieher nach 1945 in der SBZ die Möglichkeit der Verwirklichung lange gehegter Pläne sahen, so auch die Vertreter einer „liberalen Volkspädagogik". Eine der Grundforderungen der LDP, die zu ernsten Differenzen mit der CDU führte, worin sie sich mit der SED jedoch traf, war die Einheitsschule. Bei Anerkennung des Religionsunterrichts als vollwertigem Unterrichtsfach müsse doch „das gemeinsame deutsche Kulturgut die Grundlage des Unterrichts" bilden, und eine Aufteilung der öffentlichen Schule an die Konfessionen würde zur „weltanschaulichen Zerklüftung" und zur „Zerbröckelung unseres Volkstums" führen; deshalb lehnte die LDP die Konfessionsschule strikt ab. Einheitsschule bedeutete aber auch die Aufstellung reichseinheitlicher Grundsätze, wozu die sechsjährige Grundschule und die Schulpflicht bis zum 18. Lebensjahre gehören sollten. Wie die mindestens dreijährige, nach Berufen zu gliedernde Berufsschule für den Tüchtigen Aufstiegsmöglichkeiten bis zur Fachschule bieten müsse, so sei grundsätzlich das Leistungsprinzip maßgeblich: „Die Einheitsschule kennt

[1]) Külz auf dem 2. Parteitag; in: „Zweiter Parteitag", a. a.O., S. 29.

[2]) Georg Wolff, Zur Liberal-Demokratischen Kulturarbeit; LDP-Schriftenreihe, Heft 3; Berlin o. J. (1948), S. 8.

Diese Broschüre, aus der im Folgenden zitiert wird, ist eine Zusammenfassung seiner zahlreichen Vorträge und Leitartikel 1946 bis 1948.

keine Differenzierung nach sozialen Gesichtspunkten." Die Beseitigung aller „wirtschaftlichen, ständischen und insbesondere auch örtlichen Standpunkte" müsse durch „eine systematische Förderung der unbemittelten Begabten" erfolgen, und zwar bei Gleichberechtigung der verschiedenen Bildungswege für den ‚Weg nach oben'. — Selbstverständlich galten diese Grundsätze auch für das aus dem „Geist des Humanismus und der Demokratie" zu erneuernde Hochschul- und Universitätswesen. —

Auch mit Zustimmung der LDP-Fraktion beschloß die Stadtverordnetenversammlung von Berlin am 18. März 1948 die Neugründung der „Deutschen Hochschule für Politik". Damit realisierte die LDP einen von ihr besonders gepflegten Wunsch: politische Erziehung. „Politische Erziehung verlangt zuerst einmal politisches Wissen", darum brauche die Jugend, das Volk, „griffbereite Kenntnisse, politisch-staatsbürgerliches Wissen, die nicht durch einfaches Hineinwachsen von den Menschen erworben werden." Außerdem aber gehöre zu ihr „politische Sitte und politische Gewöhnung", die eine Frage der Praxis, des täglichen Umganges seien; dabei wurde verwiesen auf die Schülerselbstverwaltung und die Mitarbeit der Eltern an den Schulen ihrer Kinder — bezeichnende Beispiele für den bürgerlich-demokratischen Geist, der dem gesamten Gedankengut der LDP zugrunde lag.

c) *Wirtschafts- und Sozialpolitik*

Die aus ihrem betonten Pragmatismus resultierende programmatische Unsicherheit der LDP, ihr Ausweichen vor und Aufschieben von Entscheidungen wurde in der Wirtschaftspolitik besonders augenfällig. Erst relativ spät, im Laufe des Jahres 1947, bildete sich in Umrissen hier so etwas wie eine Konzeption heraus, die aber, da entscheidende strukturelle Veränderungen bereits vollzogen waren, zu einem guten Teil ein Anachronismus wurde. Lediglich in der Berliner LDP-Fraktion gab es — die besondere Eigenständigkeit dieses Landesverbandes unterstreichend — bereits 1946/47 Ansätze zu einem aus der Negation der Sozialisierungsabsichten entwickelten Wirtschaftsprogramm.

Die Unsicherheit in dieser Frage läßt sich schon am Gründungsentwurf ablesen: war im Kochschen Entwurf noch von der „Erhaltung des Privateigentums" ohne jede Einschränkung die Rede, so wurde in der Endfassung bereits die Unterstellung von Unternehmen unter öffentliche Kontrolle zugestanden, „wenn die betreffenden Betriebe hierfür geeignet und reif sind, und wenn ein überwiegendes Interesse des Gesamtwohles dies gebietet".

Da eine verbindliche Präzisierung dessen, was etwa unter der „Reife" eines Betriebes und dem „überwiegenden Interesse des Gesamtwohles" zu verstehen sei, nie erfolgte, geriet die Partei in diesen zentralen Fragen gänzlich ins ‚Schwimmen', besonders die Landtagsfraktionen bei der Beratung der Verfassungen. „Die Wirtschaft hat dem ganzen Volke zu dienen und so im besten und höchsten

Sinne des Wortes Volkswirtschaft zu sein[1])", ist eine der vieldeutigen offiziellen Formulierungen; Monopole und verwandte Gebilde seien unter Aufsicht des Volkes zu stellende „Mißerscheinungen", aber „staatliche Gebilde ähnlicher Art sind auf das im Volksinteresse unbedingt gebotene Mindestmaß zu beschränken[2])". Diesem unklaren Wunschdenken entsprach es auch, daß man zwischen der Überführung von Kriegsverbrecher- und Aktivistenbetrieben in Ländereigentum, der Sequestrierung also, und der Sozialisierung glaubte einen Unterschied machen zu können[3]) — ohne zu sehen, daß eben diese Sequestrierung schon einen Teil der grundsätzlich abgelehnten Sozialisierung darstellte.

Im Februar 1947 kam es zwischen dem Vorsitzenden des Bezirksverbandes Leipzig, von Stoltzenberg, und Wilhelm Külz zu einem aufschlußreichen Briefwechsel[4]). v. Stoltzenberg nahm die Ablehnung jeder Art von Sozialisierung seitens der Berliner LDP-Fraktion zum Anlaß, seine Befürchtung eines „Auseinanderklaffens der Partei" auszusprechen, wenn bzw. da doch in den Ländern mit Billigung der LDP anders verfahren werde — so etwa bei der Verabschiedung der sächsischen Verfassung. Er verlangte von Külz, der sich mit der vielfach variierten Formel ‚sozial — nicht sozialistisch' bislang begnügt hatte, verbindliche Klarheit für die Haltung der Partei in dieser Frage:

„Wenn wir die Privatwirtschaft zur Grundlage unserer Volkswirtschaft machen wollen, so könnte das nur unter ausdrücklicher Beschränkung auf Kleinbetriebe und kleinere Mittelbetriebe geschehen. Privatwirtschaftlich ausgerichtete Großbetriebe führen unweigerlich wieder zu den marktbeherrschenden Formen der Vergangenheit, die ebenso unweigerlich danach streben, ein Staat im Staate zu werden ... Wenn wir uns also zur Erhaltung der Demokratie privatwirtschaftlich im großen und ganzen mit Kleinbetrieben begnügen müssen, andererseits aber die technische Entwicklung in manchen Fällen den Großbetrieb nicht entbehren kann, so muß entweder auf die Vorteile des Großbetriebes in Deutschland verzichtet oder der Großbetrieb kann nicht in privatwirtschaftlichen Formen betrieben werden. Das ist eine politische Forderung, die unausweichlich ist." v. Stoltzenberg verlangte, dieser Frage durch Einsetzung einer Studienkommission mehr Aufmerksamkeit zu widmen: „Unsere Partei muß aus ihren grundsätzlichen humanitären und liberalen Anschauungen heraus auch den wirtschaftlichen Problemen gegenüber aufgeschlossen sein."

Aus den weiteren Ausführungen geht hervor, daß es zumindest in Leipzig eine gegen die altliberale Politik der Parteileitung oppositionell eingestellte Gruppe gab, der die Partei zu stark „rechts" orientiert war, also eine Art „linken Flügel" bildete[5]):

---

[1]) Mitteilungsblatt Nr. 15, Februar 1947.

[2]) Ebd.

[3]) Alphons Gaertner auf dem 2. Parteitag; in: „Zweiter Parteitag", a.a.O., S. 84 f.

[4]) Brief v. Stoltzenbergs vom 20. Februar — Antwort Külz' vom 24. Februar; Akten Lieutenant.

[5]) Külz selbst erwähnt gelegentlich, daß man ihm auf einem Landesparteitag zugerufen habe: „Macht mir den linken Flügel stark." In: „Zweiter Parteitag", a.a.O., S. 38.

„Manche unserer wertvollsten und politisch erfahrensten Freunde haben ihre Besorgnis in dieser Richtung mit mir oftmals besprochen. Gerade sie haben große Bedenken, wieweit sie der auftauchenden liberalistischen (nicht liberalen) Einstellung folgen können. Nur ihre Tradition und Verbundenheit mit der Demokratie halten diese Freunde noch an der Partei. Ob das der Fall sein würde, wenn in der sowjetischen Zone eine gemäßigte Linke auftreten würde, ist sehr fraglich."

In seiner Antwort wich Külz wiederum einer klaren Stellungnahme aus; er räumte ein, daß die Sozialisierung nicht von jedem Land isoliert gelöst werden könne, darum müsse man insbesondere Rücksicht auf die Westzonen nehmen und erst einmal abwarten.

In Berlin aber habe die CDU „nicht nur sozialistische Gestaltung in einzelnen Fällen verlangt, sondern eine Ausrichtung der gesamten deutschen Wirtschaft im Sinne der Gemeinwirtschaft schlechthin. So etwas kann man natürlich nicht mitmachen, denn die Frage gemeinwirtschaftlicher Gestaltung irgendeines Wirtschaftszweiges ist nicht Ausfluß eines Parteidogmas, sondern eine Zweckmäßigkeitsfrage von Fall zu Fall."

Die in der LDP weitverbreitete Meinung, Wirtschaftsfragen nicht unter dem Gesichtspunkt politischer Macht behandeln und lösen zu sollen, fand hier ihren deutlichen Ausdruck.

Gleiches gilt für die Einstellung der LDP zur Wirtschaftsplanung. Gehörte zwar einerseits die freie Unternehmerinitiative zum festen Bestandteil der „liberalen Weltanschauung", so wurde sie doch unter dem Eindruck der unmittelbaren Nachkriegsschwierigkeiten ihren Anhängern selbst fragwürdig. Man zog sich zurück auf die Formel, Freizügigkeit in der Wirtschaft sei nach wie vor „als notwendige Tendenz" anerkannt, „aber eingeordnet in die höheren Belange des Gemeinwohles[1])". Anton Schöpke vom Landesverband Berlin, später einer der konsequentesten Gegner jeder Sozialisierung, entwickelte daraus den Plan einer für die gesamte Produktion zuständigen Wirtschaftskammer: er forderte angesichts des Produktionschaos' der ersten Nachkriegsmonate eine gründliche Bedarfsanalyse nach Rangstufen der Wichtigkeit und eine gleichzeitige Bilanz der zur Verfügung stehenden Produktionsräume und -mittel sowie der Werkstoffe, um sie planvoll einsetzen zu können bei Schließung der unrentablen Betriebe.

„Es wäre wünschenswert, eine Wirtschaftskammer zu erstellen, an der die Produktionswirtschaft, der Handel, aber auch der Verbraucher in irgendeiner Form beteiligt wären, eine Selbstverwaltungsinstitution, die in engster Weise mit den behördlichen Wirtschaftsstellen und denen der Besatzungsmächte zusammenarbeitet. Es wäre töricht, den Gedanken einer solchen Planungsarbeit mit dem Schlagwort der Beeinträchtigung der Privatinitiative abtun zu wollen. Notzeiten erfordern besondere Maßnahmen, und mit Dogmen hat man noch kein Volk gerettet[2])."

Diese, vom Landesverband Berlin selbst nicht weiter verfolgte Linie wurde 1947 von Franz Ediger, dem Referenten für Gewerkschafts- und Sozialpolitik

[1]) Der Morgen, 24. August 1945.

[2]) Der Morgen, 15. September 1945.

bei der Parteileitung, wieder aufgenommen und der Versuch gemacht, eine gründliche gesellschaftspolitische Konzeption für die LDP zu entwickeln. Ediger glaubte, das Sozialisierungs- und Planungsproblem durch Selbstverwaltung lösen zu können:

„Die praktische Lösung für das, was dem Ruf nach Sozialisierung zugrunde liegt, ist nach der Auffassung der Liberal-Demokratischen Partei eine Teilhaberschaft der Arbeitnehmer am Betriebe. Die Entwicklung der sozialen Frage zeigt für die Zukunft folgende Linie: soziale Selbstverwaltung, Betriebsdemokratie, wirtschaftliche Selbstverwaltung und Teilhaberschaft der Arbeitnehmer am Betriebseigentum[1])."

Der Staat sollte dabei soweit wie möglich ausgeschaltet werden:

— Soziale Selbstverwaltung meinte die Schaffung einer Sozialversicherung, einer Arbeitslosenversicherung und eines Schlichtungswesens zwischen Gewerkschaften und Arbeitgeber, jeweils nur von den unmittelbar Beteiligten getragen[2]);

— Betriebsdemokratie bedeutete die Bildung von Komitees, aus Arbeitgebern und Arbeitnehmern paritätisch zusammengesetzt, nach dem Vorbild des Statuts der Zeiß-Werke in Jena[3]);

— Wirtschaftliche Selbstverwaltung sah die Übertragung dieses Prinzips auf die gesamte Wirtschaft vor. „Wenn wir schon zugeben, daß eine gewisse Planung und Lenkung in der Wirtschaft nötig ist, so wollen wir sie den sachverständigsten Beteiligten in der Wirtschaft, den Arbeitnehmern und Unternehmern überlassen[4])";

— Teilhaberschaft der Arbeitnehmer am Betriebseigentum schließlich sollte die Anerkennung des „Menschenrechtes auf Eigentum" und die „Demokratisierung der Wirtschaft" darstellen — als Gegenentwurf zur Sozialisierung[5]).

Von diesen Vorstellungen ausgehend, propagierte Ediger nicht nur die LDP-Betriebsgruppen, sondern er forderte auch — in Übereinstimmung mit dem Gründungsaufruf — die Zulassung von Arbeitgeberorganisationen:

„Die Gewerkschaften haben nur dann einen Sinn, wenn ihnen Arbeitgeberorganisationen als gleichberechtigte Partner gegenüberstehen. Das heutige Verfahren, wonach die Industriegewerkschaften mit dem einzelnen Unternehmer bzw. Betriebsleiter verhandeln, führt zu Vereinbarungen, die einem Diktat der Gewerkschaften gleichkommen[6])."

Außerdem dürfe der Unternehmer gerade jetzt, da alle gemeinsam die Demokratie aufbauen müßten, nicht das Gefühl bekommen, zu einer Nebenfigur herabgewürdigt zu werden[7]) — Forderungen, die den Vorwurf, die LDP sei eine „kapitalistische Partei", als berechtigt erscheinen lassen. Ediger vertrat

---

[1]) Sozialpolitischer Brief Nr. 5, Mai 1947.

[2]) Franz Ediger, Die LDP-Betriebsgruppen; LDP-Schriftenreihe, Heft 2; Berlin o. J., S. 11.

[3]) Franz Ediger in Thüringer Landeszeitung, 3. März 1948.

[4]) Ediger, Die LDP-Betriebsgruppen, a.a.O., S. 11.

[5]) Ebd.

[6]) Sozialpolitischer Brief Nr. 5, Mai 1947.

[7]) Vgl. Sozialpolitischer Brief Nr. 10, Oktober 1947.

diese Vorschläge etwa ein Jahr lang, ohne jedoch wirklich Resonanz in der Partei zu finden.

Zu erwähnen ist abschließend noch der im Unterschied zur Zonenparteileitung kompromißlose Widerstand der Berliner Fraktion gegen jede Sozialisierung[1]), der hier, wie bei Ediger, zu Ansätzen einer nicht-sozialistischen Konzeption führte. Anton Schöpke regte die Ausgabe von „Kleinaktien" an breiteste Bevölkerungsschichten an[2]), von denen ein Teil der jeweiligen Stammbelegschaft vorbehalten sein sollte und maximal ein Drittel in die Hand von öffentlichen Organisationen und Banken kommen dürfte:

„Man beteilige den kleinen Mann am wirtschaftlichen Reichtum des Landes, man interessiere ihn dadurch an den Industriebetrieben, aus einem Lohnarbeiter mache man einen Mitbesitzer, aus einem Proletarier einen Bürger. Das ist sozialer als alle Sozialisierung"

— ein Plan, der die „Volksaktie" der CDU der Bundesrepublik, demgegenüber wesentlich weniger radikal, um mehr als zehn Jahre vorwegnahm. —

Dennoch muß zusammenfassend gesagt werden: die LDP hat es nicht verstanden, eine verbindliche wirtschaftspolitische Konzeption zu entwickeln; als sie damit begann, waren die politischen Entscheidungen z. T. mit ihrer Zustimmung bereits in anderer Richtung gefallen. Der als eigene Stärke interpretierte Pragmatismus war vielmehr die Unfähigkeit, Wirtschaftsfragen als Machtfragen zu begreifen.

d) *Staatspolitik*

„Unsere Zielsetzung als die einer deutschen Volks- und Staatspartei demokratischen und liberalen Gedankengutes läßt sich in die sieben Grundgebote zusammenfassen:

— wir wollen einen deutschen Nationalstaat, aber keinen nationalistischen Staat;
— wir wollen einen Einheitsstaat mit Zentralgewalt, aber keinen zentralistischen Staat;
— wir wollen einen sozialen Staat, aber keinen sozialistischen Staat;
— wir wollen einen Volksstaat, aber keinen Klassenstaat;
— wir wollen einen Staat des Rechtes und der Gesittung,
— einen Staat wahrer Kultur und wahren Menschentums,
— einen Staat, der eine politische, wirtschaftliche, geistige und seelische Heimat des deutschen Volkes und ein Hort des Friedens, der Freiheit und des Fortschritts der Menschheit ist[3])."

Damit hatte Külz die wesentlichen staatspolitischen Positionen der LDP umrissen, deren Herkunft aus nationalliberaler Tradition mit ihrer starken Be-

[1]) „Gegen Sozialisierung" — Reden der Stadtverordneten Schwennicke, Dr. Reif, Schöpke und Markewitz in der Berliner Stadtverordnetenversammlung; LDP, Landesverband Berlin; Berlin 1947. — „2 Jahre LDP-Arbeit im Berliner Stadtparlament 1946—1948"; LDP, Landesverband Berlin; Berlin 1949, S. 93 ff.

[2]) „Gegen Sozialisierung", a.a.O., S. 18 f.

[3]) Külz in Der Tagesspiegel, 22. August 1946.

tonung des Staates selbst als eines eigenen Wertes unmittelbar deutlich ist. Wenn auch unausgesprochen, so war es doch der „Staat über den Parteien", den er meinte, und worin er sich mit der überwiegenden Mehrheit der Partei einig wußte. Die Ablehnung des Staates als „Spitzenorganisation einer Partei oder der Gewerkschaften[1])" entsprang unmittelbar den Erfahrungen des Dritten Reiches und zugleich der Abwehr der „Diktatur des Proletariats"; dieses Staatsdenken blieb aber im Grunde dem Machtstaat, der im „Totalen Staat" nur seine höchste Steigerung erfahren hatte, innerlich verpflichtet. In der Konsequenz lag — verdeckt — eine Abwertung des Parteienstaates.

Dem entsprach mit innerer Folgerichtigkeit eine starke Betonung des Nationalen: „Der deutsche Volksgedanke, der deutsche Staatsgedanke und der Menschheitsgedanke, das sind die drei Säulen, auf denen das demokratische Staatsgefüge eines neuen Deutschlands ruhen wird[2])", und C. H. Schwennicke, einer der schärfsten Opponenten von Külz, rief unter dem „donnernden Beifall" der Berliner Delegierten aus: „Wir wollen Deutschland aufbauen, wie es der Mentalität des deutschen Volkes, der Leistungsfähigkeit und unserer geschichtlichen Vergangenheit entspricht. Wir bekennen uns leidenschaftlich zu unserem deutschen Volkstum, wir sind Deutsche und wollen Deutsche bleiben[3])."

Die bereits im Gründungsaufruf ausgesprochene Forderung des Repräsentativsystems war eine Selbstverständlichkeit; nicht so selbstverständlich dagegen war es, für ein unabhängiges Berufsbeamtentum, gegen den erklärten Widerstand der SED, einzutreten, womit die LDP ja dann auch bei den Beratungen der Landesverfassungen nicht durchkam. Ebenso setzte sie sich sehr offen ein für Rechtsstaat und unabhängige Justiz[4]), auf die sie durch zwei Landesjustizminister und den Präsidenten der Zentralverwaltung Justiz, Eugen Schiffer, auch einigen Einfluß auszuüben vermochte.

Ganz in der Schwebe blieben dagegen die wichtigen Fragen der staatlichen Struktur des neuen Deutschland; ihre Erörterung wurde verdrängt durch die unmittelbarere Gefährdung der politischen Einheit. Sie wurde gesehen nicht nur in der Zonenaufteilung, sondern ebenso in den partikularistischen Ansätzen in West- und Süddeutschland.

„Über die Staatsform Deutschlands im einzelnen heute schon sprechen zu wollen, wäre in diesem Anfangsstadium verfrüht. Aber das eine müssen wir ganz klar herausstellen: bedingungslosen radikalsten Widerstand gegen alles, was auf Zersplitterung, was auf Partikularismus, was auf Schwächung der deutschen Einheit abzielt. Der Jammer und die Not, die über uns gekommen sind, sind nicht über uns gekommen

[1]) Ebd.

[2]) Wilhelm Külz, Deutsche Wiedergeburt; hrsg. von der Parteileitung der LDP; Berlin 1947, S. 25.

[3]) „Für Recht und Freiheit" — Rede des Vorsitzenden des Landesverbandes Berlin der LDP, Carl Hubert Schwennicke, in der Funktionärsversammlung der Berliner LDP am 25. Januar 1948; hrsg. von der LDP, Landesverband Berlin; Berlin 1948, S. 12.

[4]) Vgl. das Referat Kastners auf dem 2. Parteitag; in: „Zweiter Parteitag", a.a.O., S. 34 ff.

als Schwaben, sie sind über uns gekommen als Deutsche. Und aus dieser Not heraus kommen wir nur, wenn wir das zusammengehörige Deutschheitsgefühl nicht verlieren[1])."

Zwar trat die LDP für eine Selbstverwaltung der Gemeinde, der „Urzelle des neuen Staates[2])", ein — doch schon einer größeren Selbständigkeit der Länder stand man in Berlin mit großer Sorge gegenüber: es wäre besser, statt von Verfassungen von „Landesordnungen" zu sprechen, wobei ihr Charakter als eines Teiles des gesamtdeutschen Staates ausdrücklich festzulegen sei; ebenso dürften keine verschiedenartigen Wahlverfahren eingeführt werden, wie auch Verwaltung, Rechtspflege und Volksbildung nur reichseinheitlich geregelt werden könnten[3]). Auch hier war es die Sorge vor einer sich anbahnenden Auflösung des Reiches: wenn sich die Entwicklung fortsetzte, wie sie mit den unterschiedlichen Länderverfassungen der US-Zone vom November/Dezember 1946 eingesetzt hatte, so fürchtete Külz „zu einer bunt zusammengewürfelten Musterplatte von Verwaltungssystemen im deutschen Raum" zu kommen[4]) und damit die Teilung Deutschlands weiter zu verhärten.

Es ergab sich daraus folgerichtig das Eintreten für einen zentralen Verwaltungsaufbau wenigstens der SBZ, der die an sich schon schwachen Länder und damit auch die wenigen Machtpositionen der LDP selbst systematisch aushöhlte.

e) *Abgrenzung gegen CDU und SED*

Man könnte erwarten, daß die ideologischen Diskussionen zwischen den anfangs vier, dann drei Parteien in der SBZ zugunsten der praktischen Aufbauarbeit in der „Einheitsfront" stark in den Hintergrund getreten seien; auch wäre anzunehmen gewesen, daß die Auseinandersetzungen dann primär zwischen dem marxistischen Parteienflügel einerseits und den beiden bürgerlichen Parteien andererseits geführt worden wären. Beides war nicht der Fall, im Gegenteil; es wurden sehr lebhaft „grundsätzliche" Fragen des geistig-politischen Standortes aufgeworfen, und die Fronten gingen zwischen allen Parteien hindurch — aufs Ganze gesehen wurde sogar zwischen LDP und CDU ein härterer ideologischer Kampf ausgefochten, als zwischen LDP und SED.

Das lag nicht etwa daran, daß die LDP es nicht gewagt hätte, der SED gegenüber klare Stellung zu beziehen, sondern es geschah zunächst aus zwei anderen Gründen: 1. war es die traditionelle Feindschaft von Liberalismus und politischem Christentum, die hier wieder zum Durchbruch kam, 2. war es die Kon-

[1]) Külz in Der Morgen, 7. Februar 1946.

[2]) Külz, Deutsche Wiedergeburt; a.a.O., S. 26.

[3]) Der Morgen, 1. Dezember 1946.

[4]) Der Morgen, 8. Dezember 1946.

kurrenz zweier Parteien um die Gunst weitgehend derselben Bevölkerungskreise, worin man mit der SED zunächst keine Konflikte hatte.

Schon im August 1945 hieß es in einem Exposé des Bezirksverbandes Charlottenburg von Berlin[1]):

„Die schwersten und aktuellsten Auseinandersetzungen in der nächsten Zeit dürften mit den christlichen Demokraten bevorstehen. Beide Parteien bemühen sich in weitem Ausmaß um die gleichen Schichten, die Intelligenz, den Besitz, in weiterem Sinne um das parteipolitisch nicht gebundene Kleinbürgertum. Hinzu kommt, daß beide Gruppen in ihrer programmatischen Haltung viel Verwandtes haben, so das Bekenntnis zum Rechtsstaat, zu einem befreiten Kulturleben, zur freien Wirtschaft. . . ."

Der aggressive Ton, der die Auseinandersetzungen der beiden ‚feindlichen Brüder' bestimmte, wurde zunächst von der CDU angeschlagen, die von Anfang an deutlich aussprach, daß sie die LDP für politisch unfähig, ja reaktionär halte.

So erklärte der Chefredakteur der „Neuen Zeit", Emil Dovifat, im Juli 1945: gerade der absterbende Liberalismus, ohne politische Formungskraft im bürgerlichen Zeitalter, habe „durch Fehler und Mängel des allgemeinen geistigen Nährbodens die Ackerfurche freigegeben für das Unkraut Hitlerischer Zwangsvorstellungen[2])". Und ein Jahr später bezeichnete Jakob Kaiser von den drei in den Parteien vertretenen Prinzipien — Marxismus, Liberalismus, Christentum — den Liberalismus als „am wenigsten entscheidend". „Er ist noch ein Stück der Welt vergangener Jahrzehnte . . . Aber es ist schließlich begreiflich, daß einige Gruppen der altbürgerlichen Welt . . . vor den etwas radikalsozialen Erkenntnissen der Union Sorge empfinden und deshalb einer Partei vergangener Tage den Vorzug geben." Die eigentliche Auseinandersetzung vollziehe sich dagegen heute zwischen Christentum und Marxismus[3]).

Gegen diese Angriffe verteidigte sich die LDP durch eine Polemik gegen den von der CDU proklamierten „christlichen Sozialismus" wie gegen das Christentum in der Politik überhaupt.

„Das Christentum steht uns zu hoch, als daß wir es in den Tagesstreit der politischen Parteien hineinstellen möchten, daß wir es unternehmen wollten, es als politisches Aushängeschild zu benutzen oder daß wir uns anmaßen möchten, das Christentum als Privileg unserer Partei zu beanspruchen[4])."

Der Vorwurf des „unzeitgemäßen Liberalismus" wurde dagegen gar nicht ernsthaft angenommen:

„Wir werden uns damit abfinden müssen, daß die Christlich-Demokratische Union, wie früher auch das Zentrum, den inneren Wert dessen, was im Worte ‚liberal' umschlossen liegt, nicht kennt[5])."

Neben der Konkurrenz um die Wähler lagen diesen Auseinandersetzungen aber auch ernsthafte Differenzen in der Beurteilung der politischen Situation

[1]) Külz-Nachlaß 18.

[2]) Neue Zeit, 29. Juli 1945.

[3]) Neue Zeit, 11. August 1946.

[4]) Külz in Der Tagesspiegel, 22. August 1946.

[5]) Ebd.

zugrunde. Während die CDU versuchte, durch ihren spezifischen Sozialismus den Marxismus zu entdogmatisieren und so der SED ihren Ausschließlichkeitsanspruch zu nehmen[1]), glaubte die LDP durch Anpassungsfähigkeit und Nachgiebigkeit das meiste für eine demokratische Neuordnung Deutschlands zu erreichen. So warfen sich beide gegenseitig vor, den Kommunisten in die Hände zu spielen: die CDU-Führung mißtraute der LDP schon seit deren Gründung, die man als von der Besatzungsmacht gelenkt betrachtete[2]), und scheute sich auch nicht, die weichere Taktik von Külz offen zu kritisieren[3]) — was in Westdeutschland Külz' Stellung besonders belastete; die LDP dagegen sah gerade in der politisch-ideologischen Position der CDU eine große Gefahr für die Demokratie. Wenn die CDU behauptete, ihr christlicher Sozialismus weise den Weg „über Marx hinaus[4])", so sei sie damit praktisch der Wegbereiter des Marxismus[5]):

„Sie verkennt, daß von zwei rivalisierenden Richtungen immer die radikalere die Vorhand behält." Der christliche Sozialismus sei nichts als Haschisch für politisch naive Gemüter. „Haschisch ist ein Hanf-Produkt. Aus Hanf werden auch Stricke gefertigt. Will die CDU sich die selber um den Hals legen?"

Eine Zeitlang hat man wohl auch mit der Möglichkeit eines Zerfalls der CDU gerechnet[6]); vor allem wenn in Deutschland einmal wieder rechtskonservative Parteien zugelassen seien, würde das mit Sicherheit geschehen. „Im übrigen würden wir durchaus diese Entwicklung nicht bedauern . . .[7])."

Bestanden solchermaßen erhebliche Differenzen zwischen CDU und LDP, so darf doch daraus nicht der Schluß gezogen werden, als hätten sich beide Parteien auch politisch bekämpft — das verhinderte nicht nur die Institution der Einheitsfront, sondern auch die beiden Parteien sehr bald deutliche Erkenntnis ihres Aufeinanderangewiesenseins. Das galt insbesondere für das Verhältnis auf Landes-, Kreis- und Gemeindeebene, wo fast überall eng und vertrauensvoll zusammengearbeitet wurde. Die dargestellten Spannungen waren tatsächlich nur solche zwischen den Parteileitungen in Berlin und gewannen keine ernsthafte Bedeutung für die politische Arbeit selbst; sie sind aber anderer-

[1]) J. Kaiser: „Wir müssen und wir wollen Wellenbrecher des dogmatischen Marxismus und seiner totalitären Tendenzen sein." CDU-Archiv Berlin, Akte LV „Berlin" und Zonenparteitag 1947.

[2]) Eigene Informationen.

[3]) Statt seiner Angriffe auf die CDU, sie sei marxistischer als die marxistischen Parteien, hätte Külz seine Energien besser verwandt, „wenn er bei mancher Gelegenheit in der Vertretung wichtiger, den nicht-marxistischen Volksgruppen gemeinsamer Überzeugungen und Interessen etwas mehr Standfestigkeit gezeigt hätte"; Neue Zeit, 9. Mai 1947.

[4]) Otto Heinrich v. d. Gablentz, Über Marx hinaus; Berlin 1946.

[5]) Der Morgen, 7. Februar 1947.

[6]) Auf der 1. Delegiertenkonferenz in Weimar wies Külz mit Genugtuung auf die „labile Lage" in der CDU hin; Protokoll a.a.O.

[7]) Fritz Hausberg auf dem 1. Parteitag des Landesverbandes Berlin im Juni 1946; in: „Erster Parteitag" a.a.O., S. 14.

seits keineswegs so am Rande liegend, als daß sie nicht bei gewandelten Verhältnissen ein bedeutender politischer Faktor hätten werden können.

Ganz anders hingegen wurde das Verhältnis zur SED formuliert. Zu ihr programmatisch eine klare Trennungslinie zu finden, war für die LDP nicht schwer, da sie nie einen Hehl daraus machte, weder sozialistisch noch marxistisch zu sein. Aber die damit gegebene Chance einer konsequenten Scheidung vom Marxismus auch in den zu formulierenden Nahzielen wurde nicht genützt: die Unterschiede wurden im „Grundsätzlichen" herausgearbeitet und auch belassen; es wurden „geistig" klare Positionen bezogen, indem man sich von der „materialistischen Geschichtsauffassung" der SED absetzte und dem „mechanischen Materialismus den lebendigen Geist . . ., der bloßen Nützlichkeitslehre die Überzeugung eines Menschheitsfortschritts, dem Geist der mechanischen Lösungen die Idee einer sinnvollen Entwicklung" entgegenhielt[1]). Je „geistiger" diese Standortbestimmung war, desto inhaltlich leerer:

„Gegen die beabsichtigte Überführung der öffentlichen Betriebe, der Bodenschätze und der Bergwerke in den Besitz der öffentlichen Hand ist auch vom Standpunkt nichtsozialistischer Politik kein grundsätzlicher Einwand zu erheben[2])."

Formal war das mit den Sätzen des Gründungsaufrufs durchaus zu vereinbaren — materiell aber konnte damit nahezu jede derartige Maßnahme der SED gerechtfertigt erscheinen. Aber Külz ging sogar noch weiter:

„Die Beseitigung kapitalistischer Monopole und die Entmachtung des Großgrundbesitzes sollen offenbar den gleichen Zielen dienen, wie sie z. B. von der Liberal-Demokratischen Partei herausgestellt werden mit der Bekämpfung jeglichen wirtschaftlichen Imperialismus."

So wurde der Versuch gemacht, die Gemeinsamkeiten zur SED zu betonen, ihr zu versichern, daß man, ohne sein Endziel zu bejahen, „eine gute Strecke gemeinschaftlichen Weges" mit dem Marxismus gehen könne. Allein durch die prinzipielle Ablehnung dieses Endzieles — völlige Verwandlung in eine sozialistische Gesellschaft — glaubte Külz „eine klare Scheidung" ausgesprochen zu haben. Gleichzeitig aber bescheinigte er dem Marxismus, ein „hohes ethisches Gesetz der Menschheitsentwicklung" zu sein, wenn auch „Arbeiterklasse" und „Bürgerliche Gesellschaft" besser durch den Begriff „Volksgemeinschaft" zu ersetzen wären . . . Daß Külz, und mit ihm vielen seiner Generation in der Partei, der dynamisch-revolutionäre Kern des Marxismus nie klar gewesen ist, wird aus diesen Äußerungen nur zu deutlich. Der Kommunismus wurde betrachtet als eine unter anderen Möglichkeiten demokratischer Politik — darum hatten viele gegen die Vereinigung von KPD und SPD gar nichts einzuwenden. Sie erschien als eine „weltanschaulich absolut verständliche Maßnahme[3])", denn die deutschen Sozialdemokraten unterschieden sich „nicht in ihrem Wesen,

[1]) Alphons Gaertner in Thüringer Landeszeitung, 26. August 1946.

[2]) Külz in Der Morgen, 7. März 1946; das Folgende ebd.

[3]) Thüringer Landeszeitung, 4. Februar 1946.

sondern nur in der Methode von der Kommunistischen Partei[1])". Daß es sich dabei um eine Zwangsfusion handelte, wurde mehr oder weniger bewußt ignoriert.

Das Verhältnis zur SED und die Bejahung ihrer Entstehung wurden aber nicht zuletzt durch die Vorgänge in Westdeutschland, so wie man sie von Berlin aus verstand, mitbestimmt: war man mit ihr auch durchaus nicht immer einer Meinung, so bestanden eben doch klare Fronten, die ein gegenseitiges Respektieren und damit die Bejahung der Einheitsfront ermöglichten. Einheitsfront und Einheitspartei waren in den Augen von Külz zwei zusammengehörende und im Wesen durchaus zu bejahende Erscheinungen, stächen sie doch „vorteilhaft ab von den anderwärts zu beobachtenden zentrifugalen Tendenzen der Parteibildung, die selbst partikularistische und separatistische Mißgeburten in bedauerlichem Umfange gezeitigt haben[2])".

Daß politisch keine klare Abgrenzung zur SED vollzogen wurde, lag auch an den als Übergang empfundenen Verhältnissen, unter denen man auf eine weitgehende Kooperation glaubte angewiesen zu sein. Dieser Übergangscharakter fand seinen Ausdruck im gesamten Selbstverständnis der Partei, wo die Stimmen überwogen, die in der LDP eine bewahrende, eine mäßigende, defensive Funktion sehen wollten: gegen jede Intoleranz und jeden Totalitätsanspruch, gegen jede Tendenz zu einem Einparteienstaat, die einzige nicht-sozialistische Partei, die einzige Partei ohne dogmatische Vorurteile, eine Volks- und Staatspartei[3]).

Daß es nicht zur Ausarbeitung eines geschlossenen Parteiprogramms kam, wie es für den Eisenacher Parteitag 1947 vorbereitet wurde, geschah nicht zuletzt aus Rücksichtnahme auf die deutsche Einheit: man glaubte, die im Prinzip beschlossene einheitliche Reichspartei nicht durch ein eigenes Zonenprogramm binden zu dürfen[4]).

---

[1]) Fritz Hausberg unter Bravo-Rufen und Beifall auf dem 1. Berliner Parteitag; in: „Erster Parteitag", a.a.O., S. 12.

[2]) Der Morgen, 26. Februar 1946.

[3]) Vgl. insbes. die Reden auf dem 2. Parteitag; in: „Zweiter Parteitag", a.a.O.

[4]) Mitteilungsblatt Nr. 18, Mai 1947.

V. Liberal-demokratische Parteiarbeit

1. Die Einheitsfront der antifaschistisch-demokratischen Parteien

Der Zusammenschluß der vier Parteien in der SBZ zur „Einheitsfront der antifaschistisch-demokratischen Parteien", dem sog. „Block", im Juli 1945 war ein Ereignis, dessen Tragweite nicht sofort von allen Partnern erkannt wurde, das aber andererseits nicht ausschließlich und von vornherein als ‚kommunistisches Betrugsmanöver' angesprochen werden kann. Zumindest im Ansatz bot die Einheitsfront für eine Übergangsperiode reale Möglichkeiten einer demokratischen Politik.

a) *Voraussetzungen und Konstituierung*

Zurückgehend auf die von Lenin proklamierte Theorie des Klassenbündnisses verlangte die KPD seit der sog. „Brüsseler Konferenz" vom Oktober 1935 zum Sturz der Hitlerdiktatur die „Bildung einer Regierung der proletarischen Einheitsfront oder der antifaschistischen Volksfront" und berief sich dazu auf „die großen Freiheitstraditionen der Revolution von 1848[1]). Als sie ihren Gründungsaufruf im Juni 1945 mit der Forderung dieser „Einheitsfront" verband, lag das darum in der Konsequenz der bisherigen Linie und konnte zugleich auf die Zustimmung nicht-kommunistischer Kreise des antifaschistischen Widerstandes rechnen. Wenn auch die nationalsozialistische Diktatur selbst gestürzt war, so herrschte doch bei allen demokratischen Kräften im Prinzip Einigkeit darüber, daß es einer langjährigen Umerziehung des deutschen Volkes und einer gegen vielerlei Widerstände durchzusetzenden gesellschaftlichen und politischen Neuordnung bedurfte, ehe man das Problem des Nationalsozialismus als einigermaßen gelöst würde betrachten können. Die Stärke seiner Nachwirkungen war dabei zunächst überhaupt nicht abzuschätzen. Während in den Westzonen alle politischen Potenzen zunächst zu Tatenlosigkeit verurteilt waren und auch in der Folgezeit nur sehr zögernd zu politischer Verantwortung kamen, wurden sie in der SBZ sofort von der Besatzungsmacht zur Mitarbeit herangezogen, nachdem man die möglichen Eigenständigkeiten unterbunden hatte.

Diese ‚Kanalisierung' des anfangs konturenlosen Antifaschismus geschah durch die Parteienzulassung und ihre gleichzeitige Bindung an die Einheitsfront: die

[1]) Wilhelm Pieck, Der neue Weg zum gemeinsamen Kampf für den Sturz der Hitlerdiktatur; Dietz Verlag Berlin 1954, S. 164. — Vgl. Wilhelm Pieck/Georgi Dimitroff/Palmiro Togliatti, Die Offensive des Faschismus und die Aufgaben der Kommunisten im Kampf für die Volksfront gegen Krieg und Faschismus — VII. Kongreß der Kommunistischen Internationale 1935; Dietz Verlag Berlin 1957.

Parteien wurden in den Block hineingegründet. Das bedeutete für den Antifaschismus selbst eine wesentliche Erweiterung, und zwar um die Kräfte, die nicht als ausgesprochener Widerstand anzusprechen waren, sondern zu der meist bürgerlichen „schweigenden Opposition" gehörten. Der Kampf gegen die Überreste des Nationalsozialismus in Deutschland, von der Besatzungsmacht ausdrücklich verlangt, war für sie alle eine reale Plattform der Zusammenarbeit, zu der es keinerlei Druckes von außen bedurfte. Es kann kein Zweifel darüber bestehen, daß, obwohl die KPD aus ihrer Rolle als Initiator der Einheitsfront-Bewegung nie einen Hehl machte, auch die bürgerlichen Politiker freiwillig und ohne ernste Bedenken dieser beigetreten sind. Ihre Gründe dafür waren im wesentlichen folgende[1]):

Unmittelbar nach dem sowjetischen Einmarsch waren fast überall Antifa-Blocks meist aus Kommunisten, Sozialdemokraten und Gewerkschaftlern gebildet worden, die willkürlich oftmals beachtliche Kompetenzen an sich rissen; deren Umformung zu einem Ausschuß aus allen vier Parteien mit festgelegtem paritätischem Verhältnis sicherte auch für CDU und LDP ein Mitbestimmungsrecht.

Das galt im Anfangsstadium insbesondere für die Verfügungsgewalt der KPD über Versammlungsräume, Sprechzeiten beim Rundfunk u. a. m. Durch den Einheitsblock konnte die Macht der KPD eingeschränkt, teilweise kontrolliert werden.

Alle Parteien waren, um überhaupt politisch tätig sein zu können, auf den Rückhalt bei der Besatzungsmacht angewiesen, die ihrerseits die KPD ganz besonders protegierte; eine politische Frontstellung gegen diese würde als gegen die Besatzungsmacht selbst gerichtet empfunden worden sein.

Alle Parteien standen gleichermaßen im Banne der Lehre aus der Weimarer Zeit, daß der erbitterte Kampf der Republikaner untereinander sie selbst vor dem Volk diskreditiert und damit das Emporkommen des Nationalsozialismus wesentlich mitverschuldet hatte. Die neuen demokratischen Kräfte würden gar nicht schlagfertig genug sein können.

Der Antifaschismus als Grundlage gab schon ideologisch keine Möglichkeit des Nicht-Mitmachens.

Solange es keine Parlamente gab, war der Block der einzige Ort, von dem aus man sich bzw. dem deutschen Volk mit einer gewissen Repräsentationsberechtigung Gehör gegenüber den Besatzungsmächten und dem Ausland verschaffen konnte.

Schien sich der Block im Grundsätzlichen aus der spezifischen Situation Deutschlands ganz von selbst zu ergeben, so war er doch eine von der Sowjetunion für alle von ihr besetzten Länder geltende Direktive, die auch überall durchgeführt wurde[2]). Ihre Motive dürften dabei zunächst gewesen sein:

Die Gewinnung oder wenigstens die Bindung aller aktiven nicht-kommunistischen Gruppen und damit ihre Kontrolle.

Die Gewährleistung einer engen Zusammenarbeit mit der SMAD auch nach der Übertragung der Zivilverwaltung auf deutsche Stellen.

Einschneidende Maßnahmen durch die Mitverantwortung aller politischen Kräfte populär zu machen bzw. eine formulierte Kritik zu unterbinden.

[1]) Eigene Informationen.

[2]) Vgl. Rudolf Appelt, Wesen und Ziele der Blockpolitik; in: „Einheit" 9/1947, S. 825 ff. — Carola Stern, Die „Blockpolitik" der SED; in: SBZ-Archiv 15/1955, S. 226 ff.

Dieser letztere Gesichtspunkt wurde für die Praxis der Blockarbeit seitens der SED dann von entscheidender Bedeutung; für sie wurde der Block zunehmend ein Instrument zur Durchsetzung ihrer eigenen Ziele bzw. zur Absicherung dieser nach außen.

Der Landtagspräsident von Brandenburg, Friedrich Ebert, sprach das auf einer SED-Funktionärskonferenz im Juni 1946 offen aus: „Wir dürfen unsere Partner nicht aus der Verantwortung entlassen. Wir müssen sie im Gegenteil so stark an die Verantwortung binden, daß die Kritik, die sie an uns zu üben beabsichtigen, zugleich eine Kritik gegen sie selbst wird. Das ist ein politisches Gebot, das sich aus der Gesamtlage ergibt[1])."

Welch große Bedeutung die KPD der Blockbildung beimaß, wird aus ihrer unmittelbaren Vorgeschichte deutlich:

Bereits am 12. Juni, also einen Tag nach der offiziellen KPD-Gründung und noch ehe es andere Parteien gab, wurde im Gebäude der Berliner Stadtverwaltung eine „Funktionärskonferenz" von 200 Politikern aus allen antifaschistischen Lagern abgehalten — allerdings ohne einen der späteren LDP-Politiker, die sich zu diesem Zeitpunkt noch gar nicht gefunden hatten[2]). Als erster Redner trat Walter Ulbricht auf und unterbreitete den Vorschlag, „eine feste Einheit der Demokratie zu schaffen", der die zehn Punkte des KPD-Programms zugrunde gelegt werden sollten. Gustav Dahrendorf von der SPD erklärte sich in seiner Antwortrede damit einverstanden und erhob die weitergehende Forderung, „auch die organisatorische Einheit der Werktätigen" anzustreben, was der KPD zu diesem Zeitpunkt noch nicht genehm war[3]). Ulbricht ging dann auch abschließend gar nicht darauf ein, sondern umschrieb die „feste Einheit der Demokratie" etwas näher: es sollten „überall gemeinsame Besprechungen über ein einheitliches Aktionsprogramm" durchgeführt und in der Stadt Berlin, ihren Verwaltungsbezirken und allen Orten „gemeinsame Ausschüsse aus Vertretern der antifaschistisch-demokratischen Parteien" gebildet werden. — Die Veranstaltung, die sich dieserart nur im Rahmen des Deklaratorischen abspielte, hatte vor allem zwei Aufgaben: einmal sollte ein Kontakt unter den sich formierenden Kräften hergestellt, zum anderen aber gleich der Rahmen abgesteckt werden, innerhalb dessen sich die kommende Entwicklung zu vollziehen habe. Die KPD trieb diese selbst energisch voran: bereits in den nächsten Tagen

---

[1]) Akten Lieutenant.

[2]) Deutsche Volkszeitung, 14. Juni 1945. — Anwesend waren u. a.: aus der Verwaltung Dr. Werner, Karl Maron, Dr. Landwehr, Josef Orlopp; von der SPD Otto Brass, Paul Fechner, Gustav Dahrendorf, Dr. Siebert, Hermann Schlimme/FDGB, Berhard Göring/Afa-Bund, Roman Chwalek, Paul Walter, Fritz Saar; vom Zentrum Dr. Vockel, Dr. Batzel, Pfr. Buchholz, Pfr. Grüber; von den christlichen Gewerkschaften Jakob Kaiser; von den Hirsch-Dunckerschen Gewerkschaften Ernst Lemmer; von der Demokratischen Partei Ing. Wilhelm Schulz, Stadtrat Becker; von der KPD Walter Ulbricht, Ottomar Geschke, Johannes R. Becher, Hans Jendretzky, Otto Winzer; parteilos Polizeipräsident Paul Markgraf.

[3]) C. Stern, Porträt, a.a.O., S. 15 ff.

wurde aus den Bezirken Spandau[1]), Tiergarten, Steglitz, Köpenick[2]) und Marienfelde[3]) die Bildung von Einheitsausschüssen aus KPD, SPD, Zentrum und/oder Demokratischer Partei gemeldet, die fast alle das 10-Punkte-Programm der KPD zum „Aktionsprogramm" erklärt hatten. Zu einem Zeitpunkt also, da die sowjetische Kommandantur über die Registrierung von LDP oder Demokratischer Partei, CDU oder Zentrum noch gar nicht entschieden hatte — die KPD-Führung war allerdings über den Stand der Verhandlungen mit Sicherheit unterrichtet —, sollte diesen Parteien bereits ein Unterbau an Mitgliedern geschaffen werden, und zwar sofort im Rahmen der noch gar nicht offiziellen Einheitsfront. Diese Gleichzeitigkeit von Parteibildung und Einheitsfront ist es, die als das „Hineingründen" der Parteien in den Block bezeichnet werden kann. Inzwischen wurde am 19. Juni ein „Gemeinsamer Arbeitsausschuß" von KPD und SPD gebildet, der sich u. a. die Aufgabe stellte, „alle notwendigen Schritte zu unternehmen, um mit allen anderen antifaschistischen demokratischen Parteien Vereinbarungen über die Bildung eines festen Blockes zu treffen[4])". Auf Einspruch der SPD wurde später der Name „Block" in „Einheitsfront" umgewandelt, um die gleichberechtigte und gleichgerichtete Zusammenarbeit statt einer monolithischen Bindung zu betonen[5]). Es ist bezeichnend, daß sich später der Name „Block" praktisch doch durchsetzte. —

Nach der ersten Besprechung der LDP-Führer mit der SMAD am 1. Juli lud der dabei anwesende Walter Ulbricht sie ein, „Fragen in einem Kreise der verschiedenen Parteien" zu besprechen, was von der LDP gern angenommen wurde[6]). Die Zusammenkunft fand am 4. Juli statt und bildet den Auftakt zur Einheitsfront. Diese Besprechung[7]) ist nicht nur dadurch bemerkenswert, daß an ihr kein Vertreter der CDU teilnahm — wahrscheinlich versprachen sich die Initiatoren der Aussprache von einer gesonderten Behandlung der beiden Parteien mehr[8]) —, sondern auch durch den aggressiven Ton der KPD- und SPD-Vertreter, die das Gespräch zwischen an sich gleichberechtigten Partnern zu einem Inquisitionsverfahren für die LDP machten. Deren Vertreter sahen sich sofort in die Defensive gedrängt und verteidigten ihre Positionen so gut es ging, wohl ohne sich gegen die Methode des Gesprächs selbst aufzulehnen, wie man es eigentlich hätte erwarten können. In allen angegriffenen Punkten, die sich ausschließlich auf den LDP-Aufruf[9]) bezogen, sagten sie

[1]) Deutsche Volkszeitung, 21. Juni 1945.

[2]) Deutsche Volkszeitung, 30. Juni 1945.

[3]) Deutsche Volkszeitung, 6. Juli 1945.

[4]) „Einheitsfront", a.a.O., S. 43.

[5]) Nach Auskunft Erich W. Gniffkes an Carola Stern; Institut für Politische Wissenschaft, Berlin.

[6]) s. Krippendorff: Die Gründung der LDP a.a.O.

[7]) Protokoll im Anhang, Dokument 3.

[8]) Es ist nicht bekannt, ob eine ähnliche Sitzung mit der CDU stattgefunden hat.

[9]) Diese Fassung im Anhang, Dokument 2.

eine Prüfung zu, die dann in der Tat zu einer Änderung der ursprünglichen Fassung führten:

Dem Vorwurf, das Programm enthalte keine Erklärung zur Kriegsschuldfrage, wurde durch Einführung zweier Sätze Rechnung getragen: „Die Verantwortung für den durch die Katastrophenpolitik der Vorkriegszeit verschuldeten Krieg lastet schwer auf dem deutschen Volke. Die Pflicht zur Wiedergutmachung der Kriegsschäden wird ungeheure Opfer von uns allen fordern, und nur in mühsamer Arbeit wird es gelingen, das Leben in Deutschland wieder lebenswert zu machen." Und der von den beiden anderen Parteien als sehr bedenklich angesehene Passus, in dem die ehemaligen Mitglieder von DVP, DNVP, Wirtschaftspartei, Zentrum und DDP zur Mitarbeit aufgefordert wurden, fiel schließlich einfach fort zugunsten der blassen Formulierung: „Was uns eint, das ist die liberale Weltanschauung und die demokratische Staatsgesinnung. Wer sich zu ihnen und zum Antifaschismus bekennt, ist uns bei unserer Arbeit willkommen." Ebenfalls auf diese gewissermaßen „erste Blocksitzung" ging die ganz neue Formulierung des endgültigen Aufrufs ein: „Selbstverständlich ist für uns die Notwendigkeit einer Zusammenarbeit mit den anderen antifaschistischen Parteien."

Die offizielle Konstituierung der Einheitsfront erfolgte am 14. Juli mit einer Resolution, in der es hieß[1]):

„Die Vertreter der vier Parteien schließen, unter gegenseitiger Anerkennung ihrer Selbständigkeit, die Bildung einer festen Einheitsfront der antifaschistisch-demokratischen Parteien, um mit vereinter Kraft die großen Aufgaben zu lösen. Damit ist ein neues Blatt in der Geschichte Deutschlands aufgeschlagen."

Als Hauptaufgaben wurden bezeichnet:

1. Zusammenarbeit im Kampf um die Säuberung Deutschlands vom Hitlerismus und der Aufbau auf antifaschistisch-demokratischer Grundlage;
2. Rascher Wiederaufbau der Wirtschaft;
3. Herstellung der Rechtssicherheit auf der Grundlage des Rechtsstaates;
4. Sicherung der Freiheit des Geistes und des Gewissens, Achtung jedermanns Weltanschauung und Religion;
5. Unterbindung jeder Völkerverhetzung und Wiedergewinnung des internationalen Vertrauens.

Ein gemeinsames Aktionsprogramm sollte noch ausgearbeitet werden. Den Parteiorganisationen in allen Landesteilen, Bezirken, Kreisen und Orten wurde empfohlen, sich in der gleichen Weise zusammenzuschließen.

Erstmals an die Öffentlichkeit trat die Einheitsfront mit einer durch den Rundfunk übertragenen Großkundgebung am 12. August[2]).

Für die folgende Entwicklung des Parteiwesens in der SBZ und insbesondere für LDP und CDU ist der mit dem 14. Juli vollzogene Schritt von entscheidender, wenn auch nicht ausschlaggebender Bedeutung geworden. Für seine Beurteilung genügt es nicht, anzuerkennen, daß es dafür sehr überlegte Gründe gab; auch die Tatsache, daß die Blockbildung fester Bestandteil kommunisti-

[1]) „Einheitsfront", a.a.O., S. 44 f.

[2]) Der Morgen, 14. August 1945.

scher Nachkriegspolitik war, fällt nicht so sehr ins Gewicht — dieser Umstand war den Parteiführern nicht bekannt; ihre Entscheidung geschah ohne jeden Zwang! Dennoch war sie in dieser Form ein schwerwiegender Fehler:

Demokratisches politisches Handeln ist wesentlich mit charakterisiert durch seine Kontrollierbarkeit, durch die weitgehende institutionelle und verfahrensmäßige Absicherung gegen möglichen Mißbrauch der Macht und durch die Konkurrenz rivalisierender Richtungen. Dazu bedarf es der Satzungen und Regeln. Die bürgerlichen Politiker, die ihre Funktion in der SBZ zunächst in einer Beteiligung an der von der Besatzungsmacht und den Kommunisten de facto ausgeübten Macht verstanden, versäumten es, die mit der neugeschaffenen Körperschaft „Einheitsfront" gegebenen Möglichkeiten einer solchen Machtteilhabe zu definieren und satzungsmäßig festzulegen. Sie übersahen, daß es nicht genügte, die „Hauptaufgaben" zu umschreiben, sondern daß zugleich auch die Methoden ihrer Verwirklichung festzulegen waren, daß die Stellung des Ausschusses zur Besatzungsmacht wie zu den Zentral- und Landesverwaltungen fixiert werden mußte. Sie unterließen weiter die Klärung der Frage, welche Funktion ein solches Organ später neben den Landes-, Kreis- und Gemeindeparlamenten haben würde oder ob es nur als Übergangslösung anzusprechen war. Sie legten schließlich auch keinen Wert auf eine genaue Regelung der Beschlußfassung; sie waren der Meinung, daß nur einstimmig beschlossen werden könnte, der Geschäftsordnungsentwurf der SPD aber, nach dem praktisch verfahren wurde, besagte[1]):

„Die Beschlußfassung erfolgt auf dem Wege der Vereinbarung, somit nicht durch Abstimmung. Die Beschlüsse sind Parteibeschlüsse."

Ohne behaupten zu wollen, daß eine klare Verfahrensordnung und institutionelle Regelung der Kompetenzen der Einheitsausschüsse die spätere Entwicklung generell anders hätte verlaufen lassen, wird man doch sagen dürfen: der potentielle Zwangscharakter lag zunächst nicht im Einheitsblock als solchem, er lag auch nicht nur im Verhalten der KPD/SED als einer die gesamte staatliche Gewalt erstrebenden Gruppe (darüber waren sich die bürgerlichen Politiker zumeist durchaus im klaren), er lag vielmehr auch wesentlich in der bürgerlicherseits nicht genutzten Ausgangssituation, die eine Festlegung der Zuständigkeiten und Verfahrensweisen erfordert und sehr wahrscheinlich auch möglich gemacht hätte. Ohne diese Voraussetzung eine derartige Bindung einzugehen, bedeutete in jedem Falle eine politische Fahrlässigkeit[2]).

---

[1]) Er wurde m. W. nie zur ordentlichen Geschäftsordnung erhoben und auch nicht veröffentlicht; Külz-Nachlaß 74.

[2]) Nur in Sachsen-Anhalt scheint der Versuch einer Festlegung der Kompetenzen des Blocks gegenüber dem Präsidium der Landesverwaltung gemacht worden zu sein; in seiner Sitzung am 21. Januar 1946 traf der Einheitsausschuß folgende Vereinbarungen:

1. der Ausschuß tritt einmal wöchentlich zusammen mit Beteiligung eines Mitgliedes des Präsidiums;

2. Beschlüsse des Ausschusses sind für das Präsidium „Gutachten von höchster Bedeutung";

b) *Ideologische Rechtfertigung*

Während für die KPD/SPD der Einheitsblock die konsequente Fortsetzung bzw. Verwirklichung der Volksfront-Politik war, mußten die bürgerlichen Politiker andere Begründungen für diese Institution finden. Sie zu rechtfertigen aus rein situationsbedingter Praktikabilität genügte bald nicht mehr, war es doch auch eine wesentliche kommunistische Forderung, im Block ein qualitativ neues Verhältnis der politischen Kräfte zueinander zu sehen. Hier war es wiederum Wilhelm Külz, der den Blockgedanken überhöhte zu einer staatspolitischen Notwendigkeit, für die „Erziehung des deutschen Volkes zu echter demokratischer Staatsgesinnung und zu einheitlicher politischer Willensbildung[1])". Die Einheit der demokratischen Kräfte sollte über die Todfeindschaft zum Nationalsozialismus hinaus „kein Gebot der Taktik, sondern der Praktik" sein, „kein Gebot der parteipolitischen Zweckmäßigkeit, sondern eine demokratische Staatsnotwendigkeit[2])". Sein nationales Staatsdenken ging eine Verschmelzung mit dem inhaltlich leeren Mythos der Volksgemeinschaft und darüber hinaus der Menschheit ein, dessen konkrete Bestimmung faktisch dann denen überlassen blieb, die über wirkliche Macht verfügten. Der Block war für Külz „eine Bekenntnisgemeinschaft in wesentlichen Grundzügen der deutschen Politik" die „über die nationalen Notwendigkeiten hinaus zu einem Zustand der Weltverbundenheit und Menschheitsgemeinschaft" führen sollte.

„Es stünde besser bei uns und in der Welt, wenn sich der Gemeinschaftsgedanke viel mehr durchsetzen könnte. Diese Gemeinschaft ist einfach schicksalhaft, denn nur durch sie kann das Vertrauen von Mensch zu Mensch und von Volk zu Volk wieder gewonnen werden[3])."

Damit hatte sich die LDP jede Möglichkeit des Ausscheidens auch nach der Wahl von Parlamenten genommen und war der von der SED im Rahmen des Blocks entfalteten Dynamik auf ‚Treu und Glauben' ausgeliefert. Der kommunistischerseits erst 1949 unternommene Versuch einer staatsrechtlichen Fundierung[4]) konnte sich auf Ansätze dazu stützen, die auch bei der LDP gemacht wurden. So erklärte Külz den Block im Unterschied zur Koalition als

---

das Präsidium hat alle wichtigen Entwürfe von Verordnungen vor ihrer Verabschiedung dem Ausschuß zur Stellungnahme vorzulegen; bei deren Beratung kann der Ausschuß Sachbearbeiter hinzuziehen;

3. das Präsidium lädt den Ausschuß ein, an den Besprechungen des Präsidenten mit den Abteilungsleitern teilzunehmen.

Diese Zusammenarbeit soll vorbildlich für die Bezirke, Kreise, Städte und Gemeinden sein; Liberal-Demokratische Zeitung, 26. Januar 1946.

[1]) Der Morgen, 11. August 1945.

[2]) Der Tagesspiegel, 22. August 1946.

[3]) Neues Deutschland, 27. September 1947.

[4]) Alfons Steiniger, Das Blocksystem; Berlin 1949.

„ein politisches Gebilde eigener Prägung[1])", was Johannes Dieckmann in einer Rede zum zweijährigen Bestehen präzisierte als

„Absage an ein politisch-parlamentarisches System formalistisch-demokratischen Denkens, dessen Grundformeln die Begriffe Koalition und Opposition waren." „Sie erlaubt es keiner Partei, die aufbauwilligen fortschrittlichen Kräfte anderer Parteien aus der Mitverantwortung auszuschließen und eine Alleinherrschaft auszuüben — und sie gestattet es keiner Partei, sich aus der Verantwortung herauszuhalten[2])."

Das bedeutete nichts anderes als die Anerkennung des Blocks als einer Zwangskoalition, und zwar neben den gewählten Parlamenten, begründet durch das Fehlen der deutschen Einheit[3]):

„Solange wir keine einheitliche deutsche Volksvertretung und keine Regierung haben, ist der Einheitsblock eine notwendige Repräsentation des deutschen politischen Gemeinschaftswillens."

Darum mußte man dann mit der SED jeden zum Saboteur der Einheit Deutschlands stempeln, der die Zusammenarbeit der Blockparteien störte. Die Möglichkeit zur Kritik an anderen Parteien, insbesondere an der SED, wurde so erheblich eingeschränkt bzw. die Kritik selbst abgelenkt auf Vorgänge in den Westzonen, auf „separatistische Quertreiber" und „monarchistische Restaurationsbestrebungen[4])". Sie war damit fast nur noch möglich durch Berufung auf die Blockpolitik selbst und ihre Verletzung durch die SED[5]):

„Wir sind eine ehrliche Blockpartei und verlangen deshalb für uns und unsere Parteikameraden einen noch stärkeren Ausbau der gleichberechtigten Zusammenarbeit im Block."

Um der Erhaltung einer Einheit willen, die inhaltlich nur negativ bestimmt war — gegen Faschismus, gegen Militarismus, gegen Separatismus —, hatte die LDP auf die kämpferische Auseinandersetzung ideologisch bereits verzichtet, noch ehe sie auch politisch zur Kapitulation gezwungen wurde.

c) *Arbeit im Block*[6])

Obwohl die „Blockpolitik" bis 1948 Gegenstand heftiger Auseinandersetzungen innerhalb der LDP war, ist über die eigentliche Arbeit dieses Gremiums nur sehr wenig bekannt geworden, eine Arbeit, die außerdem regional große Unterschiede aufwies.

---

[1]) Der Freie Bauer, 10. August 1947.

[2]) Sächsisches Tageblatt, 12. Juni 1947.

[3]) Külz, in: Der Freie Bauer, 10. August 1947.

[4]) Kundgebung der vier Parteien im Funkhaus Berlin am 30. Januar 1946; Thüringer Landeszeitung, 2. Februar 1946.

[5]) Hermann Becker in Thüringer Landeszeitung, 21. Dezember 1946.

[6]) Soweit keine anderen Quellen angegeben werden, beruht die folgende Darstellung auf eigenen Informationen.

Es bestanden Blockausschüsse auf allen Ebenen der Verwaltung: Unter dem zentralen Zonenblock in Berlin gab es die Landes-, Kreis- und Stadt- bzw. Gemeindeblocks, zwischen denen keinerlei festgelegte Über- bzw. Unterordnung bestand. Dennoch wurde in der Praxis häufig so verfahren, daß Blockbeschlüsse, die auf der unteren Ebene nicht zustande kamen, durch Kreis- oder Landesblocks erzwungen und dann allgemein verbindlich gemacht wurden. Eine solche unterschiedliche Blockarbeit ist durchgängig zu beobachten, bedingt einmal durch die größere Bereitschaft der höheren Parteifunktionäre und -politiker zum Nachgeben um eines höheren Zieles, der „demokratischen Einheit" willen, zum anderen als Folge des stärkeren sowjetischen bzw. kommunistischen Druckes, dem diese ausgesetzt waren.

Eine Sonderstellung nahm der zentrale Zonenblock in Berlin ein, der eine reine Propagandafunktion erfüllte. Da nur Gegenstände allgemeinster Natur — zur Potsdamer Konferenz, zur deutschen Einheit, gegen die französischen Ruhrpläne, zur Einbringung der Ernte — behandelt wurden, war es relativ leicht, eine Zustimmung aller Parteiführer zu erreichen, wobei die von der ersten CDU-Führung nicht unterschriebene Erklärung zur Bodenreform einen Sonderfall bildet. Die in diesem Gremium betont ‚liberal' agierende SED-Gruppe hat es nie versucht, auf Kaiser oder Külz, Gradl oder Schiffer irgendeinen Druck auszuüben: War in einem Punkt keine Einigung erreichbar, so ging man ohne Zögern zum nächsten über — nur sollte auf jeden Fall am Ende einer jeden Sitzung eine Resolution zustande gekommen sein, die die Einigkeit der Parteien demonstrierte. Hier fanden Külz' diplomatische Fähigkeiten in der Vermittlung gegensätzlicher Standpunkte ein denkbar günstiges Arbeitsgebiet. Wurde ihm das auch von der sehr viel härter kämpfenden CDU-Vertretung, vor allem Kaiser und Gradl, als Weichheit ausgelegt, so wurde doch unter seinem Vorsitz niemals eine für die LDP nachteilige Vereinbarung getroffen. Die Sitzungen, an denen im Unterschied zu den Landes- oder Kreisblocks niemals sowjetische Beobachter teilnahmen, waren anfangs regelmäßig alle vierzehn Tage; 1946/47 aber wurden sie zunehmend seltener, da die SED den Schwerpunkt der Blockarbeit nach ‚unten' verlagerte und dementsprechend an dem weniger beeinflußbaren Zentralausschuß das Interesse verlor. Wiederholt waren es dann LDP und CDU, die auf die Einberufung von Sitzungen drängten, um hier insbesondere Rechenschaft zu verlangen über sich häufende Klagen aus den unteren Parteiorganisationen.

Dort hatte die Blockarbeit zunächst mit zwanglosen Ausspracheabenden der Ortsgruppenvorstände begonnen, wo man die Meinungen zu den anliegenden Problemen abtastete, ohne zunächst auf eine Beschlußfassung oder Resolution hinzuarbeiten. Das vor allem für politisch Unerfahrene einleuchtende Argument, man dürfe in einer Zeit des Aufbaus die Kräfte nicht durch ein Gegeneinanderkämpfen zersplittern, verfehlte anfangs seine Wirkung nicht. Die bürgerlichen Vertreter machten aber vielfach Vorbehalte gegenüber der neuen Einrichtung und spürten die darin liegenden Gefahren teilweise sehr bald.

Jedoch wurden die zahlreichen Proteste gegen die Einengung der politischen Freiheit durch den Block von den Führungskräften der Partei immer wieder beschwichtigt und illoyales Verhalten der kommunistischen Blockpartner als lokalbedingter Übereifer interpretiert[1]) — eine Erklärung, die die SED nachdrücklich unterstützte[2]). Da man sich einmal grundsätzlich zur Blockpolitik bekannt hatte, war die Möglichkeit des Austritts völlig ausgeschlossen, wäre doch ein solcher Schritt dem offenen Bekenntnis zu ‚Reaktion' und ‚Faschismus' gleichgekommen[3]). Somit war an die Beendigung des Blocks auch dann nicht zu denken, als die durch Wahlen zustande gekommenen Parlamente ihm seine ursprüngliche Funktionsberechtigung hätten abnehmen müssen[4]). Im Gegenteil: die für die SED enttäuschenden Wahlergebnisse führten zu einer intensivierten Blockpolitik, deren sichtbarster Ausdruck die erzwungene Aufnahme auch der SED-geführten Massenorganisationen wurde, womit eine Einengung des Spielraumes der bürgerlichen Parteien verbunden war.

Die von der Parteileitung im September 1947 herausgegebenen „Richtlinien der LDP für die Zusammenarbeit mit den anderen Parteien der Ostzone[5])" spiegeln deutlich den Druck und die Methoden wider, mit denen die SED den Block aus einem Abspracheorgan zu einem Instrument der politischen Lähmung ihrer Partner zu machen sich bemühte:

„1. Die von der SMAD lizenzierten politischen Parteien sind die einzigen Träger und Organe der politischen Willensbildung des Volkes."

Diesen Standpunkt vertrat die LDP sehr betont gegen die ständigen Versuche der SED, den Massenorganisationen gleichwertigen Rang zu geben.

---

[1]) „Wir bekommen in der Landesleitung der LDP (Thür.) häufig Klagen zu hören über Mißachtung des richtigen Blockgeistes, besonders in kleineren Orten. Es muß Aufgabe der verständigungsbereiten Leute in allen Parteien sein, über solche Fehler hinweg durch politische Erziehung zur echten demokratischen Zusammenarbeit zu kommen. Oberste Richtschnur muß das Wohl des ganzen Volkes sein. Kleine Heißsporne verderben oft vieles, beweisen aber letztlich vor allem ihre politische Unfähigkeit." Thüringer Landeszeitung, 9. November 1947. — Desgl. Kastner auf dem 2. Parteitag; in: „Zweiter Parteitag", a.a.O., S. 39.

[2]) Brief Wilhelm Piecks vom 28. April 1947 an die Parteileitung auf deren Proteste hin: das seien Eigenmächtigkeiten kleiner Funktionäre — „. . . und so bitten wir Sie, uns diese namhaft zu machen, damit wir das korrigieren können." Mitteilungsblatt Nr. 19, Juni 1947.

[3]) Der einzige bekanntgewordene Versuch eines Austritts wurde durch Delius in Sachsen-Anhalt gemacht, der auf einer öffentlichen Kundgebung in Halle nach den Herbstwahlen von 1946 erklärte, daß sich die LDP wegen des unfairen Verhaltens der SED im Wahlkampf bis auf weiteres von der Blockarbeit im Lande zurückziehen werde; „Der Sozialdemokrat", 8. Oktober 1946. — Von Der Morgen dementiert am 13. Oktober 1946, aber von Neues Deutschland am 15. Oktober 1946 bestätigt, daß Delius zumindest die Forderung des Austritts erhoben habe.

[4]) Lediglich in der Stadt Berlin wurde Ende November mit der Begründung, daß es jetzt ein Parlament gäbe, die Einheitsfront gegen den Widerstand der SED aufgelöst; Der Abend, 30. November 1946; Tägliche Rundschau, 1. Dezember 1946. — Daraufhin rief die Berliner SED im Januar 1947 zur Bildung eines neuen Einheitsausschusses auf; Telegraf, 16. Januar 1947.

[5]) Mitteilungsblatt Nr. 23, September 1947.

„2. Werden in den Gemeinden, Kreisen und Ländern gemeinsame Ausschüsse der Parteien gebildet, die autorisiert sind, politische Entscheidungen zu treffen, so sollen nur Vertreter der Parteien in solchen Ausschüssen Sitz und Stimme haben. Die sog. überparteilichen Organisationen (Gewerkschaft, Demokratischer Frauenbund, Vereinigung der gegenseitigen Bauernhilfe, Freie Deutsche Jugend) sollen, wenn ihre Mitwirkung bei Sonderanlässen erforderlich ist, beratende Stimme haben. Für die Stimmbewertung der Parteien gilt die Parität."

Damit war der SED gegenüber zumindest das Mitspracherecht der Massenorganisationen anerkannt, dessen Begrenzung durch die nur „beratende Stimme" sich in der Praxis bald als unmöglich herausstellen sollte; die Dynamik der einmal eingeleiteten Entwicklung überspielte alle derartigen Vorbehalte.

„3. Die Bildung derartiger gemeinsamer Ausschüsse soll in der Regel dazu dienen, in gemeinsamer Aussprache eine Lösung herbeizuführen, die einstimmig angenommen werden kann. Kann keine Einstimmigkeit erzielt werden, so ist der Versuch einer gemeinsamen Lösung als gescheitert anzusehen. Die Bildung gemeinsamer Ausschüsse darf keinesfalls dazu führen, die verfassungsmäßigen Gemeinde- und Kreisvertretungen sowie die Länderparlamente auszuschalten. Gemeinsame Ausschüsse dürfen niemals den verfassungsmäßigen Vertretungen übergeordnet sein."

War in einer Angelegenheit keine Übereinstimmung der Blockpartner zu erzielen, so versuchte die SED oftmals durch anderweitige Methoden die bürgerlichen Parteien zur Zustimmung zu zwingen, auch, wie erwähnt, durch übergeordnete Blockbeschlüsse. Das geschah insbesondere dort, wo LDP und CDU Mehrheiten in den Parlamenten hatten, die durch vorherige Blockabsprachen entwertet werden sollten[1]).

„4. In den verfassungsmäßigen Vertretungen wie in den gemeinsamen Ausschüssen muß gemäß den Gesetzen der Demokratie uneingeschränkte Meinungsfreiheit bestehen. Keinem Vertreter einer Partei darf ein Nachteil daraus erwachsen, daß er in den verfassungsmäßigen Vertretungen oder in den gemeinsamen Ausschüssen die Stellungnahme seiner Partei bekanntgegeben hat."

Persönliche Diffamierung war ein vielgeübtes Mittel der SED, unliebsamen politischen Äußerungen von Vertretern der LDP oder CDU entgegenzutreten.

„5. Gemeinsam gefaßte Entschließungen der Ausschüsse müssen im Falle der Veröffentlichung die Unterschrift aller Parteien tragen und dürfen nicht als Kundgebung einer Partei veröffentlicht werden."

Derartiges tat die SED nicht nur, um bei populären Entschließungen als alleinige Vertreterin der Interessen der Bevölkerung zu erscheinen, sondern gleichermaßen als Demonstration, daß sie die ‚führende Kraft' sei.

[1]) Vgl. den aufschlußreichen Brief des Leiters der Hochschulabteilung im thüringischen Volksbildungsministerium an den Studentenrat von Jena, der diesem dringend empfiehlt, statt einer Abstimmung mit Stimmzetteln die Methode anzuwenden, „wie sie in allen Parlamenten und Ausschüssen üblich ist. Man einigt sich in Vorbesprechungen über die Verteilung der Kräfte und führt dann eine Abstimmung herbei, die überall Einstimmigkeit erzielt." Zit. Müller, „. . . stürmt", a.a.O., S. 114.

„6. Bei dem gemeinsamen Auftreten der Parteien in der Öffentlichkeit, in Kundgebungen oder Umzügen muß jede Partei durch ihre eigenen Fahnen bzw. Abzeichen kenntlich sein. Auch die Ausschmückung der Veranstaltungsräume soll die Verschiedenheiten der Parteien berücksichtigen."

Um den bürgerlichen Parteien eigene propagandistische Entfaltung nach Möglichkeit zu verwehren, drängte die SED besonders auf gemeinsame Werbearbeit, auf die Bildung „gemeinsamer Agitationsgruppen", auf „Klebekolonnen" und „gemeinsame Hausagitation".

„7. Alle Parteien müssen das gleiche Recht haben, ihre Mitglieder politisch aufzuklären und über die Auffassungen der Parteien zu unterrichten."

Die von der SED proklamierte „Stärkung der fortschrittlich-demokratischen Kräfte innerhalb der bürgerlichen Parteien" bedeutete tatsächlich nichts anderes als eine aus der antifaschistischen Einheit abgeleitete Einflußnahme auch auf die innerparteiliche Willensbildung von LDP und CDU[1]).

Wenn auch nicht ausschlaggebend, so war die Einheitsfront doch eine der wichtigsten Einrichtungen zur Bindung und schließlichen Ausschaltung der bürgerlichen Kräfte geworden; daß ihr das relativ leicht gelang, war auch im politischen wie ideologischen Versagen dieser Kräfte selbst begründet. —

Es sei nur am Rande vermerkt, daß in den Westzonen die Tendenz zur Zusammenfassung der Kräfte ebenfalls nicht unerheblich war, nur wurde hier von den Besatzungsmächten nicht der feste Rahmen geliefert, in dem sie sich konkretisieren mußte[2]).

2. Gemeinde- und Landtagswahlen

a) *Der Wahlkampf*

Während die SED die Wahlen vom September und Oktober 1946 zur entscheidenden „Bewährungsprobe" und ihren Sieg zur „Lebensnotwendigkeit für die deutschen Werktätigen" erklärte[3]), trugen sie für die LDP — und ein Gleiches gilt für die CDU — keinen derart exzeptionellen Charakter. Nachdem die politische Grundentscheidung für die parlamentarisch-demokratische Republik als deutsche Staatsform gefallen war, sollten für sie die Wahlen nur die Machtanteile innerhalb des gegebenen Rahmens festlegen, die aber — auf Grund

[1]) „Das Wachsen der reaktionären Bestrebungen in der CDU und der LDP erfordert die Stärkung der Sozialistischen Einheitspartei und ihre enge Zusammenarbeit mit diesen beiden Parteien, um die reaktionären Einflüsse auf die bürgerlich-demokratischen Kräfte zurückzuschlagen." Ulbricht in: „Einheit" 5/1946, S. 267.

[2]) Wilhelm Högner: „Im parlamentarischen Leben der neuen Demokratie betont die bayrische Sozialdemokratie die Notwendigkeit der Zusammenarbeit aller antinationalsozialistischen Parteien beim Wiederaufbau unseres Vaterlandes. Wir glauben, daß wir uns in den nächsten fünf oder zehn Jahren das Wechselspiel von Regierungs- und Oppositionsparteien nicht leisten können, sondern daß die Verantwortung für die Regierungsarbeit von allen aufbauwilligen Kräften getragen werden muß." Der Tagesspiegel, 11. Oktober 1946.

[3]) Sozialistische Bildungshefte 4/1946, S. 3.

der prinzipiellen Einheit im Block — nicht von ausschlaggebender Bedeutung für die innere Neugestaltung Deutschlands sein würden. Die LDP-Führung bereitete sich darum auf einen betont zurückhaltenden Wahlkampf vor, der nicht ein Kampf gegen andere Parteien sein sollte, sondern ein Kampf um den Wähler. Wahlkampf war insbesondere für Külz eine Art ‚politischer Aufklärungsdienst'. Mit dieser betonten Zurückhaltung geriet die Führung in einen Gegensatz zu den Ortsgruppen und Kreisverbänden, die vielfach eine schärfere Auseinandersetzung mit der SED geführt sehen wollten durch Parolen wie[1]):

„Von der Diktatur eines einzelnen sind wir um einen furchtbaren Preis erlöst. Nicht die Diktatur einer Klasse kann und darf ihr folgen, sondern nur eine wahre Demokratie, in der jeder seine Meinung gleichberechtigt zum Ausdruck bringen kann."

Neben der vom Landesverband Sachsen erfolgreich angewandten Methode einer vorsichtigen Ironisierung der SED[2]), war es die zugkräftigste LDP-Parole, die „einzige nicht-sozialistische Partei" zu sein. Dadurch fühlten sich alle diejenigen angesprochen, die seit je Gegner all dessen waren, was „Sozialismus" hieß, „der nun einmal das marxistische Stigma hat[3])": das kleine und mittlere Bürgertum.

„Die Liberal-Demokratische Partei ist die berufene Vertretung des gewerblichen und bäuerlichen Mittelstandes, weil sie ihn als die Grundlage eines gesunden Staates betrachtet. Uns allen wird es bald wieder gut gehen, wenn wir dafür sorgen, daß neues Leben, Glück und Wohlstand in die Bauerndielen, Kaufläden und Handwerkerstuben einkehrt[4])."

Auch die nationalen Töne, die die LDP unüberhörbar anschlug — Forderung einer „radikalen deutschen Demokratie", einer „Deutschen Demokratie, frei von ausländischem Muster[5])" —, entsprachen der traditionellen Bewußtseinslage dieses Mittelstandes, während Teile des gehobenen Bürgertums darüber hinaus die deutliche Ablehnung des Christentums in der Politik begrüßten[6]). Mit dem besonderen Appell an die aus dem Kriege zurückgekehrten Soldaten, deren guter Glaube und Pflichterfüllung im Dienst des Vaterlandes anerkannt wurden[7]) — ein anerkannt großes Wagnis in dieser Situation —, erschloß sie

[1]) Norddeutsche Zeitung, 24. August 1946 u. a. m.

[2]) „Wenn morgens früh die Sonn' aufgeht
und abends wieder untergeht
und wenn sie scheint in ihrer Pracht:
Das hat die SED gemacht!" — Eigene Information.

[3]) Ebd.

[4]) Flugblatt; Akten Lieutenant.

[5]) Wahlvortragsmanuskript von Helmut Steltzner.

[6]) Die Erfolge der LDP bei den Gemeindewahlen bezeichnete der CDU-Vorsitzende Jakob Kaiser als bloßen „politischen Protestausdruck" gegen Kollektivismus und angebliche Kirchenhörigkeit der CDU, welche letztere nicht zuletzt auch durch die SED-Propaganda betont worden sei; Wahlkundgebung in Berlin am 29. September 1946; CDU-Archiv Berlin, Akte Wahlkundgebungen 1946.

[7]) Steltzner, a.a.O.

sich eine weitere bedeutende Wählergruppe, was die SED ihrerseits mit den „kleinen Pg." versuchte[1]). Auch die Revisionsforderung für die deutschen Ostgrenzen spielte in der LDP-Wahlpropaganda eine bedeutende Rolle; wenn auch die Führung mit Külz diese Frage um der antifaschistischen Einheit willen völlig aus dem Spiel ließ, so waren es doch die unteren Gliederungen der LDP wie auch der CDU, die daraus entgegen der offiziellen Linie ihrer Parteien Kapital schlugen.

So sah sich beispielsweise der SED-Landesvorstand von Mecklenburg-Vorpommern zu der Erklärung genötigt: „Es ist gewissenlos, in der Wahlpropaganda die Frage so zu stellen, als ob mit der Wahl der CDU oder LDP die Ostgrenzenfrage gelöst werde"; und: „Es ist ein Verbrechen an den Umsiedlern, in ihnen die verhängnisvolle Illusion zu wecken, als ob die Stimmabgabe für die Kandidaten der CDU oder der LDP ihnen die Rückkehr in die Heimat ermögliche[2])" — womit die SED zweifellos recht hatte, sich aber ihrerseits nicht scheute, in dieser Frage ebenfalls wahltaktische Versprechungen zu machen[3]).

Diese Propaganda war eine Form des Protestes gegen die als ungenügend empfundenen offiziellen Richtlinien. Bisweilen äußerte er sich sogar in der Form „illegaler" Tätigkeit, so, wenn ein Mitglied des Landesvorstandes von Sachsen-Anhalt gemeinsam mit einigen Parteiangestellten ohne Auftrag des Vorstandes Handzettel vervielfältigt, mit dem Text: „Angliederung an die Sowjetunion, wählt SED[4])."

Die eigentliche Schärfe des Wahlkampfes lag somit nicht im Bereich des Öffentlichen, im Beziehen klarer, durch die Parteiführungen formulierter Fronten, sondern sie trat zutage im Kleinkampf der Funktionäre und Mitglieder in den Dörfern, Städten und Kreisen gegen zahlreiche direkte und indirekte Behinderungen durch Besatzungsmacht und SED. Daß die tatsächlichen Machtmittel nicht in der Verfügungsgewalt der Parteien oder der Einheitsfront waren, zeigte sich hier in aller Deutlichkeit.

Direkte Behinderungen waren:

gegenüber 80 t für die SED erhielten LDP und CDU zusammen nur 9 t Papier[5]);

mit der Nichtregistrierung von Ortsgruppen bei den Gemeindewahlen[6]) war nach dem Wahlgesetz die Aufstellung von Wahllisten an diesen Orten untersagt — bis-

[1]) Vgl. Leonhard, Die Revolution. . . a.a.O., S. 446 ff.

[2]) Flugblatt; Külz-Nachlaß 108.

[3]) C. Stern, Porträt, a.a.O., S. 62.

[4]) Der Vorstand mußte sich zwar nach Bekanntwerden von dieser „provokatorischen Methode des Wahlkampfes" distanzieren, tat das aber auffallend milde und zurückhaltend; Liberal-Demokratische Zeitung, 19. Oktober 1946. — Vgl. Leonhard, Die Revolution . . . a.a.O., S. 448.

[5]) Richard Lukas, Zehn Jahre Sowjetische Besatzungszone Deutschlands; Düsseldorf 1955, S. 17.

[6]) Z. Z. der Wahl gab es etwa 2700 LDP-Ortsgruppen (2295 ohne Sachsen), wovon nur etwa 1300 (1121 ohne Sachsen) registriert waren; Akten Lieutenant. — „Die Wahlen in der Sowjetzone — Dokumente und Materialien"; hrsg. vom Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen, 3. erw. Aufl.; Bonn 1958, S. 10.

weilen wurden auch bereits registrierte Ortsgruppen durch Verhaftung der Vorsitzenden für aufgelöst erklärt[1]);

Verhaftungen von Mitgliedern und Parteifunktionären waren zwar Einzelfälle, lähmten aber doch auch psychologisch die Einsatzfreudigkeit[2]);

die Besatzungsmacht verbot oder verzögerte die Genehmigung von Wahlplakaten, Flugblättern und Versammlungen[3]);

für die sowjetischen Ortskommandanten war die Behinderung der bürgerlichen Parteien z. T. Vorschrift, es wurde ihnen mit Strafversetzung gedroht[4])

Indirekte Behinderungen waren:

Wahlversammlungen zugkräftiger Redner wurden durch gleichzeitige Freivorstellungen von Kinos und Theatern oder Abhaltung von Eltern- und Gewerkschaftsversammlungen gestört[5]).

die LDP-Presse erschien durchschnittlich — bis auf den „Morgen" — nur dreimal wöchentlich;

Gerüchte wurden ausgestreut, ein LDP- oder CDU-Sieg werde strenge Maßnahmen der Besatzungsmacht gegen die Bevölkerung — besonders auf dem Lande — zur Folge haben[6]);

LDP und CDU mußten sich durch Auflage-Artikel, die von sowjetischen Mittelsmännern überbracht wurden[7]), gegenseitig den Vorwurf machen, ehemalige Nazis unter ihren Kandidaten zu haben, um sich dadurch bei der Bevölkerung zu diskreditieren[8]);

neben der Aufstellung von Kandidaten der „Frauenausschüsse" und der „Vereinigung der gegenseitigen Bauernhilfe" bedeutete es für die SED eine beträchtliche Hilfestellung, daß sich die mitgliederstarken Verbände Kulturbund und FDJ im Wahlkampf ausschließlich für sie einsetzten.

Nur unter Berücksichtigung dieser Umstände sind die Wahlergebnisse selbst zu beurteilen.

b) *Wahlergebnisse*

Die Gemeindewahlen wurden an den drei ersten Sonntagen im September, die Kreis- und Landtagswahlen am 20. Oktober abgehalten. Aus beiden ging, aufs Ganze gesehen, die LDP als zweitstärkste Partei der SBZ hervor, dicht gefolgt von der CDU — für die SED war das zwar kein optimales, aber doch

[1]) Z. B. in Rudolstadt und Meiningen; eigene Information.

[2]) Von der Parteileitung wurde im November 1946 eine Liste von 30 Namen mit der Bitte um Amnestie bei der SMAD eingereicht; Der Kurier, 21. November 1946.

[3]) Der Kommandant von Erfurt z. B. wurde nach der Wahl strafversetzt; eigene Information.

[4]) „Die Wahlen", a.a.O., S. 10 f.

[5]) Eigene Information.

[6]) L. Moog in Jena: „Lassen Sie sich nicht bei Ihren Überlegungen durch Gerüchte beeinflussen, die immer vor den Wahlen umgehen. Lassen Sie sich nicht irremachen . . ." Thüringer Landeszeitung, 17. August 1946.

[7]) Eigene Informationen.

[8]) Vgl. Der Morgen, 10. September 1946; Neue Zeit, 11. September 1946.

auch nicht gerade ein schlechtes Ergebnis. Das Gesamtergebnis der Gemeindewahlen sieht für sie zwar nach einem überwältigenden Erfolg aus[1]):

	SED	LDP	CDU	Massenorg.
	5 093 144	1 884 033	1 672 951	270 131

Eine Aufgliederung nach Stadt- und Landwahlkreisen zeigt jedoch, daß die SED-Stimmenmehrheit durchweg aus den ländlichen Bezirken herrührt, während in nahezu sämtlichen Städten der SBZ CDU und LDP in der Mehrheit waren, und von diesen Mehrheiten die LDP den bei weitem größten Anteil hatte, der oft nahe an die SED-Stimmen heranreichte, ja, sie bisweilen sogar überstieg[2]):

	SED	LDP	CDU	Massenorg.
Dresden	151 057	108 536	49 632	2 750
Leipzig	177 777	114 071	82 486	9 756
Halle	55 944	51 675	26 389	2 916
Magdeburg	76 589	44 201	27 480	1 087
Eisenach	11 273	12 473	6 659	383
Erfurt	34 899	43 981	24 998	885

Eine Gegenüberstellung von Stadt- und Landwahlkreisen zeigt das sehr deutlich:

	SED	LDP	CDU	Massenorg.
Eisenach Stadt	11 273	12 473	6 659	383
Eisenach Land	30 887	13 388	11 477	6 023
Gera Stadt	26 127	20 439	9 780	429
Gera Land	35 264	20 214	6 819	3 944
Gotha Stadt	11 832	12 346	7 739	598
Gotha Land	34 727	16 973	6 461	9 226
Weimar Stadt	12 414	17 040	9 524	268
Weimar Land	28 537	13 509	21 307	3 848

Der Grund für dieses unterschiedliche Ergebnis dürfte in erster Linie in der besonderen Benachteiligung der bürgerlichen Parteien auf dem Lande zu suchen

[1]) „Die Wahlen", a.a.O., S. 11 ff.

[2]) Ein detailliertes amtliches Wahlergebnis liegt nicht vor. Nur einige Zeitungen haben Einzelangaben gebracht: Liberal-Demokratische Zeitung, 14. September 1946. — Der Morgen, 4. und 10. September 1946.

sein, wo vielfach nur eine von beiden eine Liste aufstellen konnte und die SED weit intensivere Methoden psychologischen Druckes anwenden konnte[1]). Der erhöhte Stimmanteil der Massenorganisationen ging hier durchweg zugunsten der VdgB. Rechnet man diese Schwierigkeiten ein, so ist das relativ schlechtere Abschneiden der LDP auf dem Lande doch ein Erfolg für eine Partei, die soziologisch und ideologisch hier nicht eigentlich ‚zu Hause' war; daß es ihr gelungen war, sich einen Stamm aktiver ländlicher Mitglieder zu sichern, dürfte dazu nicht unwesentlich beigetragen haben. In den Städten dagegen waren alle Parteien wählbar, und die Städte verfügten trotz der allgemeinen Destrukturierung durch den Nationalsozialismus noch immer über eine ausgeprägte bürgerliche Schicht, die sich in ihrer Mehrheit deutlich zur LDP und nicht zur CDU bekannte.

Aber auch von „links", aus den Reihen ehemaliger SPD-Wähler, erhielt die LDP Stimmen. Obwohl ein Vergleich mit den Wahlergebnissen der Weimarer Zeit wegen der unterschiedlichen Größe der Wahlkreise und der Bevölkerungsverschiebung sehr schwer sinnvoll durchführbar ist, zeigt sich doch, daß die SED in einer Reihe von Wahlkreisen, die gegenüber den Wahlen vom September 1930[2]) vergrößert waren, absolut weniger Stimmen erhielt, als damals SPD und KPD zusammen erhalten hatten: das gilt z. B. für die Stadtkreise Leipzig, Magdeburg, Eisenach und Gera. Die Erwartung der LDP, mit der Vereinigung von KPD und SPD Unzufriedene zu sich zu ziehen, fand darin ihre Bestätigung. Gerade in dem am meisten industrialisierten Land der SBZ, in Sachsen, verfügte sie in 5 von 23 Stadtkreisen über die stärkste Fraktion, in 16 hatte sie zusammen mit der CDU die einfache Mehrheit[3]).

Da die Landtagswahlen nicht an Ortslisten gebunden waren, konnte hierbei jede der Parteien von jedem gewählt werden; das Ergebnis brachte dann auch für CDU und LDP einen bedeutenden Stimmenzuwachs, während die SED nahezu eine halbe Million verlor:

SED	LDP	CDU	Massenorg.
4 658 483 (—434 661)	2 410 146 (+526 113)	2 397 975 (+725 024)	331 909 (+61 778)

Prozentual lag die LDP mit 24,6% nur sehr knapp vor der CDU mit 24,5% der Stimmen gegen 47,5% der SED und 3,4% der Massenorganisationen; auf

[1]) Ernst Richert, Aus der Praxis totalitärer Lenkung — Die politische Entwicklung im Kreis Schmalkalden 1945—1949; in: Faktoren der Machtbildung. Wissenschaftliche Studien zur Politik; Schriften des Instituts für Politische Wissenschaft, Bd. 2; Berlin 1952, S. 162 ff.

[2]) Die Wahlen zum Reichstag am 14. September 1930. Statistik des Deutschen Reichs, Bd. 382, II.

[3]) Der Morgen, 7. September 1946.

Grund des Wahlsystems erhielt sie nur 122 Mandate gegen 133 der CDU, 249 der SED und 16 von VdgB und Kulturbund. In drei der fünf Landtage aber stellte sie die zweitstärkste Fraktion und in zwei von ihnen verfügte sie mit der CDU über eine einfache Mehrheit gegenüber dem SED-Block:

	SED	LDP	CDU	VdgB	KB
Sachsen	59	30	28	2	1
Sachsen-Anhalt	51	33	24	2	—
Thüringen	50	28	19	3	—
Mecklenburg	45	11	31	3	—
Brandenburg	44	20	31	5	—
	249	122	133	15	1

Für die SED bedeutete das einen schweren Schlag. Hatte sie schon nach den September-Ereignissen erklärt, „daß reaktionäre und faschistische Elemente am Werk" seien, „sich im Rahmen der bürgerlich-demokratischen Parteien zu tarnen und an ihrer Peripherie zu sammeln", daß „dunkle Elemente mit den niedrigsten Mitteln faschistischer Propaganda und Verleumdung versucht" hätten, „Verwirrung in die Reihen der Wähler zu tragen[1])", so folgerte sie nun aus der neuen Situation die Notwendigkeit verstärkter Blockpolitik für die kommende parlamentarische Arbeit. Auf die soziologischen Differenzen in der LDP-Mitgliedschaft zur Parteiführung anspielend, erklärte Ulbricht nun im Oktober[2]):

„In der ... LDP sind Angehörige verschiedener Kreise der Bevölkerung, aber einen großen Einfluß haben dabei die Kreise des Großkapitals. In der Überzeugung, daß es notwendig ist, alles zu tun, um die demokratischen Kreise, die heute der ... LDP folgen, für die neuen demokratischen Aufgaben zu gewinnen ...", müsse die Zusammenarbeit der drei Parteien verstärkt werden, „aber zugleich auch mit der Freien Deutschen Jugend, der Freien Deutschen Gewerkschaft, den Vereinigungen der gegenseitigen Bauernhilfe, den Frauenorganisationen."

Damit sprach er deutlich aus, in welche Richtung der radikale Flügel innerhalb der SED die Entwicklung zu lenken trachtete. Das galt aber noch nicht notwendig für die Mehrheit der SED, deren Vertreter in den Ländern sich zunächst auf durchaus demokratisch-parlamentarische Arbeit einrichteten.

Die erste Blocksitzung nach den Oktoberwahlen in Thüringen, am 21. November, gab eine Erklärung heraus, in der alle Parteien bedauerten, daß „persönliche Verunglimpfungen und unsachliche Kampfesweise nicht vermieden" und die gegenseitigen Vorwürfe „bis zum Landesverrat gesteigert" worden seien. Jetzt solle ein Schlußstrich gezogen und die Fraktionen im Land, in den Kreisen und

[1]) Beschluß des Parteivorstandes vom 18. September 1946; in: Dokumente der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands, Bd. I (3. Aufl.); Berlin 1952, S. 89.

[2]) W. Ulbricht in: „Einheit" 5/1946, S. 266.

Gemeinden ermahnt werden zu Loyalität und demokratischer Zusammenarbeit[1]). Man darf diese Erklärung für große Teile der SED als durchaus ehrlich gemeint verstehen.

3. Parlamentarische Tätigkeit

Als im Herbst 1946 die auf Grund der Wahlen gebildeten parlamentarischen Körperschaften zusammentraten, stand ihnen ein bereits seit einem Jahr funktionierender, sorgfältig ausgewählter Verwaltungsapparat gegenüber, den anzuleiten und zu kontrollieren höchst schwierig war.

Schon im Januar 1946 mußte der — noch nicht gewählte — Ministerpräsident Hübener (LDP) von Sachsen-Anhalt erklären, „daß einzelne Verwaltungsstellen ... willkürliche Maßnahmen durchführten oder duldeten, zu denen sie weder durch Auftrag noch durch gesetzliche Bestimmungen ermächtigt waren: Industriewerke wurden in den Besitz der Gemeinden übergeführt; Betriebe wurden im Zuge der politischen Säuberung enteignet, ohne daß ein ordnungsgemäßes Verfahren vorausgegangen war. Vereinzelt erfolgten sogar Verhaftungen. Andererseits wurden Sonderzuwendungen gemacht, für die keine gesetzliche Grundlage bestand[2])."

Die Parlamente hatten darum zunächst mehr dekorativen Charakter, und es war eine offene Frage, ob es gelingen würde, die „Demokratisierung" in der Form einer gleichberechtigten Besetzung von Schlüsselpositionen der Verwaltung durch alle politischen Parteien durchzusetzen. Aber selbst wenn das möglich gewesen wäre, so wurden doch die Länder bald systematisch zu ausführenden Organen der Zentralverwaltungen gemacht: beginnend mit der Unterstellung der Bereitschaftspolizei unter die ZV des Innern, über die zentrale Finanzierungs-, Haushalts- und Investitionspolitik, bis hin zum Beschluß der im Juni 1947 gebildeten Deutschen Wirtschaftskommission vom Februar 1948, selbst Verordnungen zu erlassen, die „unmittelbar für die Bevölkerung verbindlich sind" — ein Beschluß, der über den Kopf der Landtage hinweg gefaßt wurde[3]). Auf die personelle Besetzung der Zentralverwaltungen aber hatten die bürgerlichen Parteien, obwohl sie auch zwei Präsidenten stellten (Schiffer, LDP, und Friedensburg, CDU), schon gar keinen Einfluß[4]). Eingeklemmt zwischen den kommunistisch beherrschten Verwaltungsapparat und die prinzipiell unkontrollierbaren ZV waren die Landtage darum faktisch weit davon entfernt, „höchstes demo-

[1]) Thüringer Landeszeitung, 27. November 1946.

[2]) Liberal-Demokratische Zeitung, 12. Januar 1946.

[3]) Brief Arthur Lieutenants an Ministerpräsident Hübener vom 10. Juli 1948:
„Es scheint mir dringlich zu sein, endlich einmal die Frage zu klären, ob nach den undemokratischen Methoden der DWK, hinter der kein Mehrheitswille des deutschen Volkes steht, es überhaupt noch möglich ist, die Länderparlamente und Regierungen aufrechtzuerhalten. Zur Ausführung der diktatorischen Anordnungen oder Verordnungen einer DWK genügen Verwaltungsorgane." Akten Lieutenant.

[4]) Nach einer Aussage von Prof. Kastner gehörten später von den rd. 7000 Angestellten der DWK 6600 der SED und nur 23 der LDP an; 10 Jahre Liberal-Demokratische Partei der Sowjetzone; in: Ost-Dienst der Freien Demokratischen Partei 5/1955, S. 6.

kratisches Organ des Landes" zu sein, wie es in allen Verfassungen hieß. Wirkliche Machtpositionen haben die Fraktionen der LDP wie auch der CDU hier niemals besessen, ihre Funktion und der Sinn ihrer politischen Tätigkeit konnte darum in direkter Entsprechung zur Generallinie der Partei nur defensiv sein: Eindämmung kommunistischer Macht bzw. Verzögerung ihrer Durchsetzung, bis ein gesamtdeutsches Parlament gebildet war; nicht zuletzt darum legte die LDP größten Wert auf die Betonung des Gliedcharakters der Länder im Verhältnis zur späteren Reichsgewalt.

a) *Verfassungsberatungen*

Die Ausarbeitung von Verfassungen[1]) war die zunächst wichtigste Aufgabe der neuen Landesparlamente und die erste Gelegenheit für die bürgerlichen Parteien, ihrerseits ein wichtiges Teilstück der neuen demokratischen Ordnung aktiv mitzugestalten. Die Initiative ging allerdings wiederum von der SED aus, die bereits am 16. November 1946 ihren Verfassungsentwurf veröffentlichte und damit gegenüber LDP und CDU, die bis dahin — zwei Monate nach der Wahl — nichts ähnliches vorzuweisen hatten, einen erheblichen Vorsprung gewann: der SED-Entwurf wurde zur Grundlage der Beratungen. Während die CDU in allen Ländern noch kurzfristig Gegenentwürfe vorlegte, begnügte sich die LDP mit einzelnen Abänderungsanträgen, da für sie die Landesverfassungen gegenüber der baldigst anzustrebenden unitarischen Verfassung für ganz Deutschland von relativ untergeordneter Bedeutung waren. Im Zentralen Einheitsausschuß „wurden in oft recht schwierigen, aber sachlichen Verhandlungen der Parteiführer ... die Grundfragen der neuen Landesverfassungen erörtert, um mit einer Einigung im Prinzipiellen den Fraktionen der einzelnen Landtage die Arbeit zu erleichtern und ihnen sachlich fundierte Vorschläge zu machen ... Die Rechte der einzelnen Landtage sind also durch die Vorverhandlungen der Parteien nicht geschmälert, vielmehr sind vielen weniger sachverständigen Landtagsabgeordneten wertvolle Dienste geleistet worden[2])." Dabei zeigte sich die SED durchaus kompromißbereit, legte sie doch nicht nur im Hinblick auf die Bevölkerung der SBZ, sondern ebenso hinsichtlich Westdeutschlands größten Wert auf eine Demonstration der Einigkeit der Parteien. Da die LDP in vielen Punkten mit ihr konform ging, wurde die CDU, die am hartnäckigsten eigene Grundsätze verteidigte, leichter zum Nachgeben gezwungen und eine gemeinsame Frontstellung der bürgerlichen Parteien verhindert.

Das zentrale Kennzeichen des SED-Entwurfs, die Aufhebung der Gewaltenteilung — von Grotewohl als „Kernfrage" in der „Überwindung der verhäng-

[1]) Vgl. Hans Peters, Die Landesverfassungen in der sowjetischen Besatzungszone; in: Europa-Archiv Juni 1947, S. 639 bis 644. — Karl Schultes, Der Aufbau der Länderverfassungen in der sowjetischen Besatzungszone; Dietz Verlag Berlin; Berlin 1948.

[2]) Ebd.

nisvollen deutschen Staatstradition" bezeichnet[1]) —, wurde von der LDP überall bejaht. „Wir stimmen dem Verfassungsentwurf in seiner Grundtendenz zu", erklärte Alphons Gaertner für die thüringische Fraktion, „nämlich in der Grundtendenz, die Verlagerung der Gewalten zum Ausdruck zu bringen, d. h., die Souveränität des Landtages besonders stark zum Ausdruck zu bringen, also die Verlagerung der Staatsmacht nach der Seite der Volksvertretung hin[2])." Und für Sachsen-Anhalt erklärte der Fraktionsvorsitzende Delius, wie Gaertner alter Demokrat: „Was in diesem Entwurf der SED festgelegt ist, sind doch in der Hauptsache Gedanken aus bewährten Verfassungen, Gedanken aus den Verfassungen des republikanischen Deutschlands und aus einigen Ländern, und selbstverständlich war es der oberste Grundsatz in allen diesen Verfassungen, ausdrücklich zu bekunden, daß alle Staatsgewalt vom Volke ausgeht[3])." Als der Sprecher der CDU mit der Berufung auf Montesquieu vor einer „Übermacht des Parlamentes", die zur Staatsdiktatur führe, warnte, stellte sich die LDP, die hier mit der CDU über eine Mehrheit verfügte, ausdrücklich auf seiten des SED-Entwurfs mit dem Hinweis, daß es ja einen in seiner Zusammensetzung genau festgelegten Verfassungsausschuß gebe. Auch Gaertner hatte sich in Thüringen damit einverstanden erklärt, „daß der Landtag seine Souveränität hinsichtlich der Nachprüfung seiner eigenen Gesetzgebung für sich in Anspruch nimmt[4])". Zwar begründete die LDP-Fraktion in Mecklenburg ihren Antrag auf Einrichtung eines solchen „Landesverfassungsrates" damit, daß es „ein außerhalb des Landtages stehendes Gremium" geben solle, doch wurde zugleich die Absetzbarkeit der Richter als ein „in bezug auf die heutige Justiz sehr geeignetes Erziehungsmittel" begrüßt[5]).

Lediglich in Brandenburg brachte die LDP den Antrag ein, die Richter auf Lebenszeit zu ernennen und sie nur ihrem Gewissen zu unterwerfen, was zu Unruhen bei der SED-Fraktion und zu Zwischenrufen „Nazismus" und „Wenn er ein nationalsozialistisches Gewissen hat?" führte; der Antrag erhielt auch nicht die Unterstützung der CDU und wurde abgelehnt[6]).

Aber hier wie auch in Sachsen kam es über die Frage der Gewaltenteilung zu keiner Diskussion, nachdem darüber im Ausschuß eine „kurze, aber dennoch in genügend klaren Formen sich vollziehende Auseinandersetzung" geführt

---

[1]) Otto Grotewohl, Deutsche Verfassungspläne; Dietz Verlag Berlin 1947, S. 12.

[2]) Stenographischer Bericht des Thüringischen Landtages Bd. I 1946/47, S. 11.

[3]) Verhandlungen des Landtages der Provinz Sachsen, 1. Wahlperiode, 1. bis 20. Sitzung; Halle o. J., S. 56 C.

[4]) Thüringen. a.a.O., S. 11.

[5]) Verhandlungen des Mecklenburgischen Landtages, 1. Wahlperiode 1946/1949, Stenographische Berichte Bd. I: Von der 1. Sitzung am 19. November 1946 bis zur 30. Sitzung am 16. Juni 1948; Schwerin o. J., S. 147.

[6]) Landtag der Mark Brandenburg, Stenographische Berichte, 1. Wahlperiode, 5. Sitzung o. O., o. J., S. 10 ff.

worden war[1]). Daß die Parteien in dieser Entscheidung durchaus frei waren und eine Erörterung des Problems, wäre es für gewichtig befunden worden, über die Ausschußberatungen hinaus im Parlament hätte fortgesetzt werden können, muß dabei festgehalten werden. Eines der wichtigsten liberalen Prinzipien, die Verhinderung staatlicher Machtzusammenballung, wurde freiwillig aufgegeben!

Das ist um so erstaunlicher, als sich die Aufhebung der Gewaltenteilung ausdrücklich gegen unabhängige Justiz und Berufsbeamtentum wandte[2]) und damit die Voraussetzungen der liberalen Rechtsstaatlichkeit angriff, die zu den programmatischen Forderungen der LDP gehörten. In keinem Falle wurde der Antrag auf verfassungsmäßige Festlegung des Berufsbeamtentums eingebracht, und als dies die CDU-Fraktion in Thüringen tat, fand sie nicht einmal die Unterstützung der LDP, die einem künftigen Reichsrecht nicht vorgreifen wollte; die CDU zog daraufhin ihren Antrag zurück[3]). Nur in Mecklenburg wurde durch die LDP mit Unterstützung der CDU der Versuch gemacht, in einem Ergänzungsartikel parteipolitische Erwägungen nur für wichtige Ämter als zulässig zu erklären, was zu einem Zusammenstoß mit der SED führte[4]):

„Wir erklären, daß, wenn wir Ihren gemeinsamen Antrag ablehnen, daß wir diese Ablehnung durchaus nicht mit dem Gedanken vollziehen, daß wir nun auf eine Parteidiktatur hinausgehen wollen oder daß wir mit unserer Ablehnung zum Ausdruck bringen wollen, daß die SED ausschließlich alle verantwortlichen Stellen in der Verwaltung einnehmen will. (Zwischenruf: Hat sie ja!) (Zwischenruf: Polizei!)"

Das mangelnde staatsrechtliche und institutionelle Denken, das sich bereits bei der Blockbildung gezeigt hatte, wird man wohl als eine politische Schwäche bezeichnen müssen: zumindest in Brandenburg und in Sachsen-Anhalt, wo die LDP mit der CDU die Mehrheit besaß, wären diese Grundsätze, hätte man ernsthaft um sie gekämpft, durchzusetzen gewesen.

Zu keinem Kompromiß bereit war die LDP, gemeinsam mit der CDU, in der vorgesehenen Zulassung der Massenorganisationen zu den Wahlen. Auf Grund der Mehrheitsverhältnisse gelang es jedoch nur in Sachsen-Anhalt (Art. 26, 3) und Brandenburg (Art. 11) die Berechtigung zum Einreichen von Wahlvorschlägen auf die antifaschistischen Parteien zu beschränken. —

Ein wichtiger Punkt war die Stellung des Abgeordneten, den der SED-Entwurf durchaus traditionell nur seinem Gewissen unterworfen und ohne Bindung an Aufträge sah. Ganz entgegen liberalen Prinzipien brachte die LDP in Sachsen-Anhalt, Sachsen und Mecklenburg Änderungsanträge ein, nach denen der Ab-

[1]) Akten und Verhandlungen des Sächsischen Landtages, 1. Wahlperiode, sowie der Beratenden Versammlung des Landes Sachsen, vom 25. Juni 1946 bis 6. Oktober 1950; o. O., o. J., S. 244.

[2]) Grotewohl, Verfassungspläne, a.a.O., S. 12.

[3]) Thüringen, a.a.O., S. 15.

[4]) Mecklenburg, a.a.O., S. 125.

geordnete sein Mandat im Falle des Parteiwechsels niederzulegen habe. Es verbarg sich dahinter die durchaus begründete Sorge vor einer Abwerbung von Abgeordneten durch die SED, die sich auch als scharfer Gegner dieser Anträge zeigte und dabei extrem bürgerlich-liberale Argumente vorbrachte[1]). In Thüringen dagegen argumentierte sie genau umgekehrt: als dort die CDU die Freiheit des Abgeordneten anerkannt wissen wollte, lehnte die SED das mit der Begründung, sie führe zur Bildung von Splitterparteien, ab, und auch die LDP bezeichnete den Antrag als „ideelle Forderung[2])". Zusammen mit der SED lehnte sie hier ebenso als „ideell" den CDU-Antrag auf verfassungsmäßige Garantie des Widerstandsrechtes ab, das als einzige Verfassung die von Brandenburg festlegte (Art. 6, 2).

Daß auch die SED nicht in allen Fragen „gleichgeschaltet" operierte und argumentierte, wird hier deutlich: die Fronten überschnitten sich bisweilen und erlaubten einen gewissen Entscheidungsspielraum, der allerdings durch die sich defensiv verhaltenden bürgerlichen Parteien kaum genügend genutzt wurde. Daß sie sich darüber hinaus in einigen wesentlichen Fragen uneins waren, erleichterte der geschickt taktierenden SED die Durchsetzung ihrer Ziele.

Das galt auch für die sehr weitgehenden Verfassungsbestimmungen zur Enteignung und Wirtschaftsplanung, wo die LDP-Fraktionen infolge des Fehlens klarer Vorstellungen besonders unsicher, CDU und SED sich aber prinzipiell einig waren; wo die LDP in diesen Fragen Einwände machte, stand sie isoliert.

Der Antrag der mecklenburgischen Fraktion, Enteignungen nur mit Zweidrittelmehrheiten zuzulassen, führte zu einer scharfen Polemik der SED: „Soll man daraus die Schlußfolgerung ziehen, daß sich in Wirklichkeit dahinter die Absicht verbirgt, heute und in Zukunft Interessen zu schützen, die mit den wirklichen Lebensinteressen unseres Volkes und der Allgemeinheit nichts zu tun haben?[3])" Und in Brandenburg stellte sich der CDU-Abgeordnete Ernst Lemmer ausdrücklich auf seiten der SED mit der Ablehnung des LDP-Antrages, die ständige Wirtschaftsplanung aus der Verfassung herauszunehmen[4]).

Fast gescheitert wäre die Einmütigkeit der Parteien an der Volksbildungsfrage, wo bereits in den Beratungen des Zentralen Einheitsausschusses „keine Übereinstimmung erzielt werden" konnte[5]). Hier zeigte sich die LDP völlig konsequent in der Verfolgung ihrer programmatischen Forderungen der Trennung von Kirche und Staat bei der Ablehnung der Konfessions- zugunsten der Einheitsschule. Die namentliche Abstimmung in Sachsen-Anhalt zum CDU-

[1]) Sachsen, a.a.O., S. 245.

[2]) Thüringen, a.a.O., S. 17.

[3]) Mecklenburg, a.a.O., S. 143.

[4]) Brandenburg, a.a.O., 5. Sitzung, S. 17.

[5]) Resolution des Einheitsausschusses; in: Mitteilungsblatt Nr. 12, Januar 1947. — Vgl. Peters, Die Landesverfassungen ... a.a.O., S. 643.

Antrag auf eine Garantie des Religionsunterrichtes innerhalb der Schule sah die LDP hier ebenso wie in den anderen Landtagen auf seiten der SED. Nur in Sachsen kam es in der Formulierung demokratischer Erziehung als „einem natürlichen Recht der Eltern und der Gemeinschaft" (Art. 21, 3) zu einem Kompromiß mit der hartnäckigen CDU-Fraktion. —

Daß die LDP sich bisweilen nicht scheute, auch offen gegen die SED gerichtete Anträge einzubringen, zeigt das Beispiel ihrer kleinsten Fraktion in Mecklenburg, welche die im Grundrechtskatalog ausgesprochenen Verbote von nationalem Haß, religiöser Verfolgung und Rassenhetze durch die Untersagung von Klassenhetze ergänzt sehen wollte.

Am Abschluß der Verfassungsberatungen stand in allen Ländern die einstimmige Annahme[1]). Sie ergab sich aus der Einsicht in die Notwendigkeit der Verfassungen selbst, aus den durch die Blockbesprechungen in Berlin wie auch im Laufe der Beratungen selbst erreichten Kompromissen, aus der Sorge um die Erhaltung Deutschlands, die alle Parteien angesichts der Betonung des Föderalismus in der bayrischen Verfassung teilten und dergegenüber sie die Gemeinsamkeit aller Kräfte demonstrieren wollten. Sie ergab sich, weil auch die bürgerlichen Parteien die Überzeugung hatten, ihre wichtigsten Forderungen anerkannt zu sehen und nicht durch undemokratische Methoden überspielt worden zu sein. Das große Gewicht, das die SED den Beratungen beimaß, zeigt, daß es ihr nicht um bloße Formalitäten ging, sondern daß diese Verfassungen wohl auf längere Sicht den staatsrechtlichen Rahmen der „antifaschistisch-demokratischen Periode" geben sollten.

b) *Landtagsarbeit*

Aus der im Block konkretisierten „antifaschistischen Einheit" ergab es sich folgerichtig, daß die Landesregierungen aus allen Parteien gebildet wurden im Verhältnis zur Stärke der Fraktionen. Das bestimmte entscheidend die Landtagsarbeit selbst: LDP und CDU konnten niemals die ihnen eigentlich zukommende Rolle demokratischer Opposition übernehmen bzw. dort, wo sie zusammen die Mehrheit hatten — in Brandenburg und Sachsen-Anhalt — allein eine Koalition bilden. Von den insgesamt 38 Ministerposten der neuen Landesregierungen erhielten LDP und CDU je acht, und zwar ausschließlich die Ressorts Finanzen, Landwirtschaft, Handel sowie Justiz. Die CDU, mit der SED in Fragen der Wirtschaftsordnung weitgehend konform, erhielt bevorzugt die Ministerien für Arbeit und Soziale Fragen (Sachsen-Anhalt, Brandenburg, Mecklenburg). Die LDP dagegen besetzte drei Finanzministerien (Moog in Thüringen, Kunze in Brandenburg, Strasser in Mecklenburg), zwei Justizministerien (Kastner in Sachsen, H. Külz in Thüringen) und zwei Landwirt-

[1]) Nur die Thüringer LDP-Fraktion enthielt sich noch in der 3. Lesung des Verfassungsausschusses der Stimme.

schaftsministerien (Damerow in Sachsen-Anhalt, Uhle in Sachsen), aber auch den einzigen bürgerlichen Ministerpräsidentenposten der SBZ (Hübener in Sachsen-Anhalt)[1]).

Soweit also in den Ländern selbst überhaupt Machtpositionen zu besetzen waren, wie es in beschränktem Maße für die Volksbildungs- und Innenministerien galt, war die LDP von ihnen ausgeschlossen[2]), und ihrem einzigen Ministerpräsidenten wurde eine mögliche Eigenständigkeit durch einen kommunistischen Stellvertreter und Innenminister weitgehend beschnitten. Doch ganz unabhängig davon waren die grundlegenden politischen Entscheidungen ja bereits vor dem Zusammentreten der Länderparlamente gefallen, so daß sich deren Tätigkeit notwendig auf die Behebung unmittelbarer Notlagen der Bevölkerung, auf gesetzgeberische Akte der Daseinsvorsorge beschränken mußte. Die Tätigkeit der LDP-Fraktionen — in Thüringen fanden ihre Sitzungen grundsätzlich in Anwesenheit eines sowjetischen Offiziers statt[3]) — bestand darum durchweg in kritischer Mitarbeit, in dem Versuch der Milderung und Korrektur grundsätzlich bejahter Maßnahmen; ihre Schwerpunkte waren: Entnazifizierung, Schulwesen, Rechtsstatus und Leitungsfragen der landeseigenen Wirtschaftsbetriebe, aus akuten Notlagen sich ergebende Routinevorlagen. Die Anträge waren in der Regel im Block vorbesprochen worden, so daß sich im Landtag selbst im allgemeinen keine längeren Auseinandersetzungen ergaben und ihre Annahme als sicher gelten konnte.

Der Jahresbericht 1947 des Thüringer Landtages wertete es als „erfreuliches Zeichen positiver Blockpolitik", daß von den 56 verabschiedeten Gesetzen 49 einstimmig angenommen wurden, 4 einzelne Gegenstimmen erhielten und nur bei 3 Gesetzen die „weltanschauliche Haltung" nicht überbrückbar war[4]).

Die relativ geringe Bedeutung, die die SED demzufolge mit Recht der eigentlichen Parlamentsarbeit beimaß, demonstrierte sie durch auffallend mangelhafte Beteiligung an den Plenar- und Ausschußsitzungen.

Die nur für Thüringen bekannten Zahlenangaben dürften wohl in etwa auch für die anderen Länder gelten: bei den Landtagssitzungen fehlten dort 1947 die Abgeordneten der SED zu 48%, der LDP zu 30%, der CDU zu 22%; an den Ausschußarbeiten nahmen — bei Anrechnung der ordentlichen Stellvertreter — die gewählten Mitglieder der SED zu 62%, der LDP zu 28%, der CDU zu 12% nicht teil[5]).

---

[1]) Fraktionsvorsitzende waren

in Sachsen	Prof. Dr. Kastner, Dresden
Sachsen-Anhalt	Carl Delius, Halle
Thüringen	Hermann Becker, Erfurt
Brandenburg	Dr. Kunze, Potsdam
Mecklenburg	Dr. Scheffler, Potsdam

[2]) Nur in Brandenburg war Kunze zugleich Minister der Finanzen und des Innern.

[3]) Eigene Information.

[4]) Thüringen, a.a.O., S. 770.

[5]) a.a.O., S. 669.

Wie es sich bereits bei den Verfassungsberatungen gezeigt hatte, gab es in ideologischen Grundsatzfragen keine selbstverständliche ‚Frontbildung' von LDP und CDU gegen die SED — die jeweilige Stellungnahme ergab sich in solchen Fällen bei beiden Parteien aus programmatischen Erwägungen. — So wurde etwa in Mecklenburg das Gesetz über den Religionsunterricht der schulpflichtigen Kinder von LDP und SED gemeinsam gegen die Stimmen der CDU verabschiedet[1]), ein LDP-Antrag dagegen, das Gesetz über die Wirtschaftsplanung wegen zu starker Einengung der Privatwirtschaft auf drei Jahre zu begrenzen, von der SED mit Unterstützung der CDU abgelehnt[2]). Auf Grund ihrer betont laizistischen Haltung stimmte die LDP auch bei dem Gesetz zur Schwangerschaftsunterbrechung in Sachsen mit der SED gegen die CDU[3]). — Ging es dagegen um Fragen der Grundrechte, der möglichen Beeinträchtigung persönlicher Freiheiten durch gesetzliche Maßnahmen, so fanden sie sich sehr schnell und erreichten auch bisweilen durch entschlossenes Auftreten die Zurückziehung von Anträgen der SED, die diese mit ihrer Mehrheit auch allein hätte durchsetzen können: so wurde in Sachsen ein SED-Antrag zurückgezogen, der eine Einschränkung des Postgeheimnisses — Päckchen- und Paketkontrolle zur Bekämpfung von Schiebern und Schwarzhändlern — vorsah; ein Gleiches gelang aber nicht bei der von der SED geforderten Todesstrafe für derartige Vergehen[4]).

Taktierte zwar die SED im allgemeinen im Landtag betont zurückhaltend, so kam es doch in einigen Fällen zu bemerkenswerten Zusammenstößen gerade mit der LDP, und zwar auffallenderweise bei Fragen relativ untergeordneter Bedeutung. Es hat den Anschein, als habe die SED derartige Angriffe nur aus psychologischen Gründen der Einschüchterung geführt, um das Ausmaß des Widerstandes abzutasten, der ihr entgegengesetzt würde.

Als die LDP anläßlich des Ausscheidens zweier SED-Minister aus der thüringischen Landesregierung eine maßvolle Kritik an deren Amtsführung übte, um ihren Wünschen bezüglich der Nachfolger Ausdruck zu geben, gab die SED-Fraktion eine Erklärung ab, in der es u. a. hieß: „Unser Volk steht erst am Beginn einer neuen demokratischen Entwicklung. Für uns Sozialisten ist es daher verständlich, wenn ein Teil der Fraktionsmitglieder der LDP und CDU sich nur schwer in die durch die Blockpolitik gegebenen Formen der neuen positiven parlamentarischen Tätigkeit finden können, Rückfälle in unzeitgemäße, überholte und unfruchtbare Methoden des Parlamentarismus der Weimarer Zeit, die niemand anderem als nur Hitler und dem verbrecherischen Nazismus gedient haben, sind infolgedessen, wie das Verhalten der Fraktionen der LDP und CDU gestern nachmittag bewies, wohl gegenwärtig noch unvermeidlich." — Die LDP, der sich die CDU anschloß, bat daraufhin um Unterbrechung der Sitzung, um dazu Stellung zu nehmen. Das aber hatte die SED nicht bewirken wollen und schlug

[1]) Mitteilungsblatt Nr. 15, Februar 1947.

[2]) Mitteilungsblatt Nr. 16, April 1947.

[3]) Mitteilungsblatt Nr. 20, Juli 1947.

[4]) Eigene Information.

eine Besprechung im Block oder wenigstens im Ältestenrat vor; doch die LDP beharrte auf ihrer Forderung und gab nach einer Pause ihrerseits eine scharfe Erklärung ab: „... Der unerhörte Ton und der anmaßende Inhalt der Erklärung der SED muß von uns ein für allemal mit allem Nachdruck zurückgewiesen werden, und dies um so mehr, als sie nicht einmal an die Türschwelle der LDP heranreichen. Wir verbitten uns, daß die SED die Äußerung unserer Wünsche für eine gute Zusammenarbeit mit den neuen Ministern unter Berufung auf die Blockpolitik zum Anlaß nimmt, uns in dem vorgebrachten Ton zu ermahnen und uns vorwirft, in unzeitgemäße Formen des Parlamentarismus zurückzufallen. Form und Inhalt der SED-Erklärung sind gerade im Gegenteil ein offensichtlicher Rückfall in die Methoden der damaligen Zeit. Wir haben uns immer aus Gründen unserer menschlichen und politischen Verantwortung für die Zukunft unseres Volkes zur Blockpolitik bekannt. Wir geben der SED zu bedenken, ob sie nicht mit solchen Ausbrüchen ihrer Fraktionsleidenschaft ihrerseits die Zusammenarbeit in Frage stellt. Eine Erklärung wie die heutige der SED muß den Eindruck erwecken, als sei die Blockpolitik gleich SED-Politik zu setzen. Dagegen verwahren wir uns entschieden und ein für allemal. Wir wissen sehr wohl, was die Bevölkerung von verantwortungsbewußten Parlamentariern erwartet. Es ist aber unser parlamentarisches und demokratisches Recht, neuen Ministern unsere Erwartungen und Wünsche auf den Weg zu geben. Wir lehnen es deshalb ab, uns darin von der SED bevormunden zu lassen, und wir erwarten nach diesem Vorfall eine befriedigende Erklärung der SED." — Die CDU schloß sich dem mit einer kürzeren und schwächeren Erklärung an. — Die Antwort der SED fiel ausgesprochen milde aus, sie war faktisch eine Entschuldigung: es habe sich nur um einen „Freundesdienst" an den nicht anwesenden Ministern gehandelt, da diese sich nicht rechtfertigen konnten; überhaupt sei diese scharfe Auseinandersetzung ja eine solche unter Freunden, Blockpolitik sei nun einmal kein Verkehr zarter Pfarrerstöchter, und die Aussprache sei hoffentlich ein reinigendes Gewitter gewesen, dem jetzt eine „Vertiefung der Blockpolitik" folgen werde[1]).

Daß konsequentes Auftreten gegen derartige Angriffe die SED gelegentlich zum Rückzug nötigen konnte, wohl vor allem mit Rücksicht auf die ungünstige Resonanz in der Öffentlichkeit, zeigte sich an einem weiteren Fall in Thüringen:

Als der LDP-Justizminister Helmut Külz seinen ausführlichen Bericht abgestattet hatte, in dem er sich u. a. für eine unabhängige Justiz und den Rechtsstaat ausgesprochen hatte, wurde er von der SED scharf angegriffen: „Von wem sollen die Gerichte unabhängig sein? Etwa vom Volk?" Der Rechtsstaat werde von allen fortschrittlichen Kräften abgelehnt: „Die Katastrophe, in die uns die Hitler, Göring, Himmler und ihre Auftraggeber, die Monopolkapitalisten und Junker, gestürzt haben, war zu verhindern, wenn sich das deutsche Volk nach 1918 nicht den formalen, sondern den realen Rechtsstaat geschaffen hätte." — Die LDP-Fraktion beantragte daraufhin sofort das Vertrauensvotum für den Justizminister, und die SED sah sich gezwungen, zu revozieren und diesem zuzustimmen, was sie in eine peinliche Lage brachte[2]).

Wo dagegen kein so wirksamer Widerstand zu erwarten war, wie etwa bei der kleinen mecklenburgischen LDP-Fraktion, konnte es zu Angriffen kommen, die für die Betroffenen Grund genug zur Einstellung jeder weiteren Mitarbeit hätten sein können.

---

[1]) Thüringen, a.a.O., S. 393 ff.

[2]) a.a.O., S. 692 ff. — Eigene Information.

Als die SED hier eine Gesetzesvorlage zur Enteignung sämtlicher Kinobesitzer einbrachte, da diese im Dritten Reich durch ihre Filmvorführungen Nazipropaganda gemacht hätten, verwahrte sich die LDP gegen eine derartige Kollektivverurteilung: sie seien ja zu diesen Vorführungen gezwungen gewesen, und schließlich hätte dann ja jeder Briefträger durch die Hitler-Marken Nazipropaganda gemacht. Daraufhin fuhr die SED schwerstes Geschütz auf: Mit solchen Argumenten könne man auch Krupp verteidigen. „Und ich bedaure, daß dieselben Parteien, die sich nicht scheuen, an die Gräber der Opfer des Faschismus zu gehen und dort heuchlerische Worte zu sprechen, sich heute herstellen und es wagen, jene blutigen Kriegsverbrecher zu verteidigen (Rufe: Unerhört!) und ich bedaure noch, daß es diesem Hohen Hause widerfahren muß, daß die blutigen Hände jener Leute, die, um Geld zu verdienen, eine Ideologie verbreiteten, die Millionen unserer Brüder in das Grab brachte (Zwischenrufe: Ihm muß das Wort verboten werden!) ... daß diese blutigen und schmutzbefleckten Hände es wagen konnten, heute hier Beifall zu klatschen. Wir bedauern, daß es heute schon wieder so weit mit der Unterstützung eines Teiles der bürgerlichen Fraktionen gekommen ist (Rufe: Unerhört)[1]." Die Herausforderung blieb bis auf die Zwischenrufe unbeantwortet.

Da die Blockpolitik nach Auffassung der SED im Unterschied zu der das Volk ausschaltenden und sich auf die Parlamentsarbeit beschränkenden Koalitionspolitik „die Tatbereitschaft und Mitwirkung der Volksmassen, auch außerhalb der Parlamente" beinhaltete[2]), versuchte sie auch, parlamentarische Entscheidungen unter plebiszitären Druck zu setzen. Durch ihre Beherrschung der Massenorganisationen gelang ihr das ohne größere Schwierigkeiten.

Als die sächsische LDP-Fraktion im November 1947 beantragte, die in Landeseigentum befindlichen Betriebe durch Wahl von Abgeordneten in die Verwaltungsräte der tatsächlichen Kontrolle durch den Landtag zu unterwerfen, wurden in den Betrieben Protestversammlungen organisiert: Resolutionen warfen der LDP vor, sie wolle „die Volkseigenen Betriebe in Kriegsverbrecherhände zurückspielen"[3]) und entlarve sich damit als „Handlanger der Reaktion und der nach Westen geflüchteten Kriegsverbrecher"[4]). Obwohl sich sogar die SMAD dafür einsetzte, der LDP die Möglichkeit einer Stellungnahme zu geben, wurde eine bereits auf Band gesprochene und festzugesagte Entgegnung im Rundfunk abgesetzt zugunsten einer Belegschaftsdiskussion dieses Falles in der Fa. Sack[5]). Die Ablehnung des LDP-Antrages selbst im Landtag war dieser großangelegten Kampagne gegenüber dann gänzlich zweitrangig geworden.

Trotz dieser großen Schwierigkeiten, die eine fruchtbare parlamentarische Arbeit oftmals fast sinnlos erscheinen ließ, hat die LDP durch ihre Beteiligung an vielen Stellen mildern können und schwerwiegendes Unrecht oft zu verhindern gewußt. Das gilt in besonderem Maße für die Justiz, die in rechtsstaatliche Bahnen zu lenken und parteipolitisch soweit als möglich neutral oder doch

[1]) Mecklenburg, a.a.O., S. 667.

[2]) Entschließung des 2. Parteitages der SED; in: Dokumente der SED, a.a.O., S. 214 f.

[3]) Sächsische Zeitung, 9. Oktober 1947.

[4]) Sächsische Zeitung, 4. Oktober 1947.

[5]) Rundbrief des Stadt- und Kreisverbandes Leipzig der LDP vom 21. Oktober 1947; FDP-Archiv, Bonn.

wenigstens ausgeglichen zu halten sie sich mit Erfolg bemühte[1]). Man wird es sehr hoch einschätzen müssen, wenn der LDP-Justizminister H. Külz für Thüringen erklären konnte: „In keinem Falle ist, seit ich an der Spitze der Justizverwaltung stehe, irgendein Richter, Staatsanwalt oder sonstiger Justizbeamter von der Besatzungsmacht verhaftet worden[2])."

c) *Gemeinde- und Kreistagsarbeit*

Die Gemeindearbeit beider Parteien stand von Anbeginn unter beträchtlichem, zunächst mehr psychologischem Druck, der die direkte Fortsetzung des Wahlkampfes war. In vielen Fällen hatte die LDP Mühe, ihre Mitglieder zur Übernahme politischer Ämter zu bewegen, besonders in kleinen Gemeinden, wo der von der stärksten Partei zu stellende Bürgermeister notwendig sich stark exponieren mußte und damit dem Druck von SED und Besatzungsmacht in erhöhtem Maße ausgesetzt war[3]). Nicht selten fand sich dazu kein LDP-Mitglied bereit. Es kam zwar auch vor, daß LDP-Vertreter mit Erfolg bei der Besatzungsmacht gegen Übergriffe der SED unter Berufung auf die Verletzung der Blockpolitik vorstellig werden konnten, doch blieben das Einzelfälle.

Ein wichtiger Faktor zur systematischen Ausschaltung bzw. Entmachtung von LDP und CDU in den Gemeinden waren die Massenorganisationen. Die folgenden Beispiele, die jeweils exemplarischen Charakter haben, machen deutlich, daß die SED sich dabei möglichst im Rahmen der Gesetzlichkeit zu halten suchte und die „Straße" eigentlich erst als Ultima ratio und auch nur in wenigen Fällen mobilisierte.

Wie auch in den anderen Ländern hieß es in der Thüringischen Gemeindeordnung (§ 20): „In die Ausschüsse können auch Gemeindeangehörige, die nicht Gemeindevertreter sind, insbesondere Sachverständige oder Vertreter beteiligter Berufsgruppen gewählt werden. Vorschläge der antifaschistischen Organisationen sind hierbei zu berücksichtigen[4])." Diese Kann-Vorschrift interpretierte die SED als ein Soll, so daß es in Weimar, wo LDP und CDU die Mehrheit hatten, beim Aufnahmeantrag von FDGB und DFD zu heftigen Auseinandersetzungen und „nicht gerade sachlich fundierten Ausfällen" seitens der Abgeordneten der SED kam, als die beiden Parteien die Überweisung des Antrages in den Hauptausschuß und damit praktisch seine Ablehnung durchsetzten[5]). Ein Jahr später wurde in Weimar ein erneuter Versuch in

[1]) Nach Angaben von Justizminister H. Külz gehörten in Thüringen von den Justizbeamten 30% zur SED, 11% zur LDP, 8% zur CDU, 50% parteilos; von den Richtern und Staatsanwälten waren 131 parteilos, 47 LDP-Mitglied, 39 CDU-Mitglied, 39 SED-Mitglied. Thüringer Landeszeitung, 15. Oktober 1947.

[2]) Thüringen, a.a.O., S. 654.

[3]) Eigene Information.— So mußte der Thüringer Landesvorstand an die Ortsgruppen appellieren, „daß sie in den Gemeinden unverzüglich den ihnen auf Grund des Wahlergebnisses zukommenden Anteil der Verantwortung übernehmen und daher geeignete Persönlichkeiten vorschlagen." Thüringer Landeszeitung, 18. September 1946.

[4]) „Die demokratische Gemeindeordnung vom 22. September 1946"; in: Handbuch des Thüringer Landtages; Weimar 1947, S. 52.

[5]) Thüringer Landeszeitung, 4. Januar 1947.

dieser Angelegenheit gemacht, diesmal mittels eines Briefes des Kommunalpolitischen Ausschusses des Landtages, der die Aufnahme der Massenorganisationen verlangte; doch da keine gesetzliche Handhabe bestand, konnte auch diesmal die bürgerliche Mehrheit den Vorstoß abwehren[1]).

Ein anderer Weg wurde im Kreistag des Landkreises Zwickau/Sachsen beschritten. Der dortigen SED-Mehrheit (30 Abgeordnete gegen 15 CDU und 8 LDP) gelang es ohne große Schwierigkeiten, die Massenorganisationen in die Ausschüsse aufzunehmen und somit die bürgerlichen Parteien in eine aussichtslose Minderheit zu bringen: Bestanden die Ausschüsse anfangs durchweg je aus 4 Abgeordneten der SED, 2 der CDU und 1 der LDP, so wurde beispielsweise der Sozialausschuß durch Aufnahme weiterer sieben Vertreter der Massenorganisationen (FDGB, FDJ, DFD, Kreisfrauenausschuß, Volkssolidarität, Opfer des Faschismus) verdoppelt. War im Ausschuß keine Einigung zu erzielen, so konnte nur durch ein Viertel der Mitglieder eine Entscheidung des Kreistages herbeigerufen werden, d. h., die bürgerlichen Parteien mit ihren drei Vertretern in jedem Ausschuß waren überall dort zu völliger Einflußlosigkeit verurteilt, wo dieser mehr als zwölf Mitglieder umfaßte, wie etwa der Sozialausschuß. In der Konsequenz dieser ‚Entmachtungspolitik' setzte die SED-Fraktion im Juli 1947 einen Antrag durch, der die Übertragung weitgehender Vollmachten an die Ausschüsse mit einer Entlastung des Kreistages begründete: „Die vom Kreistag eingesetzten Ausschüsse fassen selbständig und endgültig alle Beschlüsse, die zur Durchführung von Gesetzen und Verwaltungsmaßnahmen im laufenden Geschäftsjahr erforderlich sind, soweit es sich dabei nicht um Entscheidungen von grundsätzlicher oder erheblicher finanzieller Bedeutung handelt, oder der Kreistag selbst die Vorlage an das Plenum des Kreistages ausdrücklich wünschte. Das Recht von einem Viertel der Ausschußmitglieder, die Entscheidung des Kreistages herbeizuführen, bleibt dadurch unberührt." Daß es sich dabei, wie die LDP dem entgegen hielt, in der Tat um eine Entrechtung des Kreistages handelte, wird deutlich aus der Ablehnung eines Vermittlungsvorschlages, nach dem jede Fraktion die Möglichkeit zur Anrufung des Kreistages in jeder Angelegenheit haben sollte[2]). Derart manipulierte Kreistage wurden dann auch gern von SED-Fraktionen der Gemeinden, in denen sie in der Minderheit waren, zur Entscheidung angerufen[3]).

Bisweilen gelang es der SED allerdings, eine der beiden bürgerlichen Parteien für ihre Pläne zu gewinnen; durch welche Methoden im einzelnen entzieht sich der Kenntnis. So stimmten in Freiberg/Sachsen SED und LDP gemeinsam gegen die CDU für die Aufnahme der Massenorganisationen in die Kreistagsausschüsse. Der Jugendausschuß etwa hatte von da an folgende Zusammensetzung: 3 SED, 3 FDJ, 1 FDGB, 1 DFB, 1 CDU, 1 LDP[4]). Blieben beide Parteien aber ablehnend, so konnte es zur Mobilisierung der Öffentlichkeit kommen: In Storkow/Brandenburg lehnte die LDP-CDU-Mehrheit den SED-Antrag auf Aufnahme des Frauenausschusses mit beratender Stimme in das Stadtparlament ab, woraufhin ein großangelegter Plakatfeldzug den beiden Parteien „feindliche Einstellung" gegenüber der parlamentarischen Mitarbeit von Frauen und „Verkennung der großen Bedeutung der Rolle der Frau im neuen Staat" vorwarf[5]). Nur selten jedoch haben LDP und CDU derartigem Druck nachgegeben.

---

[1]) Thüringer Landeszeitung, 3. März 1948.

[2]) Sächsisches Tageblatt, 2. August 1947. — Vgl. Der Kurier, 22. Juli 1947.

[3]) Eigene Informationen.

[4]) Der Kurier, 1. August 1947.

[5]) Der Morgen, 19. Juli 1947.

Eine ganz andere Methode bestand in der ‚Abwerbung' von bürgerlichen Abgeordneten, wie sie in einigen Fällen praktiziert wurde. Das kam zur Sprache anläßlich einer Landtagsdebatte in Sachsen-Anhalt[1]), wo die CDU ein „Gesetz über den Verlust von Mandaten in den Kreistagen und Gemeindevertretungen" einbrachte, dessen § 1 lautete: „Ist ein Kreistagsabgeordneter oder Gemeindevertreter aus der Partei ausgeschieden, auf deren Liste er gemeldet wurde, verliert er sein Mandat." In der Aussprache konnte die LDP allein zwei Beispiele von erzwungenen Übertritten zur SED nennen, doch waren das nicht die einzigen[2]). Das Gesetz wurde gegen den Widerstand der SED angenommen.

Prinzipiell gilt von der liberalen Gemeinde- und Kreistagsarbeit dasselbe, wie von den Landtagsfraktionen, nur war hier der Druck, dem sie ausgesetzt war, noch intensiver. Zugleich aber hatte die LDP in einer ganzen Reihe dieser Gremien numerisch wesentlich stärkere Positionen als auf der Landesebene, die sie oftmals noch bis zum Beginn der fünfziger Jahre zu halten vermochte. Man wird sogar sagen dürfen, daß, obwohl gerade diese Tätigkeit nur schwer zu erhellen ist, hier die Partei im ganzen am wirksamsten tätig gewesen ist. Aber es war eine Arbeit, der der politische Rückhalt in den gesellschaftlichen Organisationen, den Ländern und darüber hinaus in einem vereinigten Deutschland fehlte.

4. Das Verhältnis zu den Massenorganisationen

An ihrem Verhältnis zu den „antifaschistisch-demokratischen Massenorganisationen" wird die grundsätzliche Problematik der LDP erneut deutlich: auch hier mußte sie sich mit Tatsachen, mit Machtformationen arrangieren, an deren Zustandekommen sie nicht beteiligt worden war und auf die sie nachträglich Einfluß nehmen wollte, ohne sie doch prinzipiell bejahen zu können. Sie mußte mit ihnen politisch ko-existieren und ko-operieren und versuchte zugleich, sie aus der spezifisch politischen Verantwortung herauszuhalten: das galt beispielhaft für die Landtage, wo man in Brandenburg und Sachsen-Anhalt das Monopol der Kandidatenaufstellung für politische Parteien durchsetzen konnte (Art. 11 bzw. Art. 26, 3), in beiden Landtagen aber der VdgB eben eine solche Massenorganisation bereits vertrat.

Unter Bravo-Rufen erklärte Külz auf dem Eisenacher Parteitag: „Träger der politischen Willensbildung und Willenskonsolidierung können nach unserer Auffassung nur die politischen Parteien sein. Das ist keine Mißachtung anderer Organisationen. Aber man soll nicht Art und Wert verwechseln[3])."

a) *FDGB*

Während die CDU-Führung bereits durch ihre Beteiligung an der Begründung der Einheitsgewerkschaft am 13. Juni 1945 ihre Stellung zu diesem voraus-

[1]) Sachsen-Anhalt, a.a.O., S. 732 ff.

[2]) Zwei weitere Fälle in Der Morgen, 19. Oktober 1946.

[3]) „Zweiter Parteitag", a.a.O., S. 32.

sichtlich bedeutsamsten Verband klargestellt hatte und versuchte Einfluß zu gewinnen, stand die LDP von Anfang an dem FDGB weniger nahe — nicht zuletzt auf Grund ihrer betont nicht-sozialistischen Anschauungen. Da sie darüber hinaus sich wiederholt für die Bildung einer den Gewerkschaft gegenüberstehenden Arbeitgeberorganisation einsetzte, geriet sie nur zu leicht in den berechtigten Verdacht, eine „kapitalistische Partei" zu sein. Zwar beteiligten sich auch LDP-Mitglieder an der Gewerkschaft, doch war der Erfolg ihrer Kandidaten bereits bei den ersten Wahlen Ende Januar und Anfang Februar 1946 zu gering, um überhaupt ins Gewicht zu fallen[1]).

Als sich im Frühjahr 1947 die Klagen in der Partei über eine einseitige politische Ausrichtung des FDGB häuften, forderte der Sozialpolitische Ausschuß die „Herstellung einer wahren Überparteilichkeit" und lehnte jede gewerkschaftliche Beteiligung an Regierungen und insbesondere an einer eventuellen deutschen Zentralregierung ab[2]). Im April stellte man bereits fest, der FDGB habe sich „bekanntlich zu einer rein marxistischen Organisation entwickelt[3])", und auf dem Zweiten Parteitag wurde die Parteileitung wegen ihrer unklaren Haltung in einem Diskussionsbeitrag scharf angegriffen[4]):

„Es ist fast so weit, daß der FDGB, wenigstens in Sachsen, zum großen Teil zum Steigbügelhalter einer Partei geworden ist. (Bravorufe, Beifall.) Die Spitzen wollen oft vielleicht das Beste, das wollen wir nicht abstreiten. Aber je weiter man nach unten kommt, um so mehr herrscht bereits der Geist, der bereits vor 1914 Gültigkeit hatte: und willst du nicht mein Bruder sein, so schlag' ich dir den Schädel ein ... Unserem Reichsvorstand müßte eigentlich bekannt sein, mit welchen Mitteln da gearbeitet wird. Man versucht, die LDP aus Kreis- und Landesvorständen hinauszubugsieren. Wir erwarten von der Reichsleitung mehr Intensität, um das endlich einmal zu bereinigen ... Wenn man mit Mitteln der Briefunterschlagung usw. arbeitet, so zeigt uns das den Weg, den wir zur Abstellung der Mängel gehen müssen. Wir müssen selbst in das Geschehen aktiv eingreifen."

Tatsächlich aber hatte die Parteileitung diese Gefahr bereits erkannt und der einseitigen parteipolitischen Entwicklung durch die Parole „Hinein in den

---

[1]) Berlin KPD 1806 Delegierte
SPD 1421 Delegierte
CDU 24 Delegierte
LDP 3 Delegierte; Berliner Zeitung, 27. Januar 1946.

Provinzialausschüsse:	Berlin	KPD 14 Deleg.	Brandenburg	KPD 15 Deleg.	
		SPD 13 Deleg.		SPD 8 Deleg.	
		CDU 3 Deleg.		LDP 1 Deleg.	
	Mecklenburg	KPD 16 Deleg.	Sachsen-Anhalt	KPD 15 Deleg.	
		SPD 13 Deleg.		SPD 12 Deleg.	
	Sachsen	KPD 15 Deleg.	Thüringen	KPD 16 Deleg.	
		SPD 10 Deleg.		SPD 6 Deleg.	

Unter den Delegierten der Zonenkonferenz waren von 809 nur 1 LDP-Mitglied gegen 3 CDU-Mitglieder und 12 Parteilose; Der Morgen, 12. Februar 1946.

[2]) Mitteilungsblatt Nr. 16, April 1947.

[3]) Sozialpolitischer Brief Nr. 4, April 1947.

[4]) „Zweiter Parteitag", a.a.O., S. 42.

FDGB" entgegenzuwirken gesucht[1]). Durch die Bildung eines eigenen gewerkschaftspolitischen Ausschusses im Juni 1947 wollte sie gegen die „Arbeitsfront-Methoden des FDGB-Vorstandes" angehen und die Arbeitnehmer unterstützen, „mehr Rückgrat" zu bekommen[2]). Man war allerdings selbstkritisch genug, zuzugeben, daß die Parteifreunde ihre Kritik immer nur der Parteileitung gegenüber äußerten, in den Betriebsversammlungen aber das Wort den SED-Funktionären überließen. Um dem abzuhelfen, ging man Mitte 1947 insbesondere auf die Initiative des Referenten für Sozialpolitik, Franz Ediger, zum systematischen Aufbau von LDP-Betriebsorganisationen über, was auf den heftigsten Widerstand der SED stieß.

So hieß es im Rundschreiben eines sächsischen Kreisvorsitzenden: „Laut sicheren Informationen plant die LDP einen Einbruch in die Betriebe. Dies bedeutet, daß die bürgerliche Ideologie auch in die Betriebe getragen werden soll. Mitglieder des Betriebsrates, insoweit sie der LDP angehören, sollen in Schulungen zusammengefaßt werden, ebenso sollen Gewerkschaftsfunktionäre herangebildet werden. Werte Genossen! Ihr seht, mit welchen Methoden dieser Einbruch vorbereitet wird. Es darf nicht gelingen, die Arbeiterschaft im Betrieb zu spalten[3])."

Von den drei Aufgabenbereichen dieser Betriebsgruppen — parteipolitische, erzieherische, gewerkschaftliche — wurde der letztere, die „Forderung einer parteipolitisch neutralen Gewerkschaft und sozialpolitische Mitarbeit", als wichtigster angesehen[4]).

Dennoch blieb das Verhältnis der Partei zum FDGB im Grunde ungeklärt, sollte es wohl auch für die nächste Zeit bleiben. In einem Leitartikel vom November 1947 begründete Ediger vorsichtig diese ‚Vertagungspolitik'[5]): er stellte noch einmal fest, daß der FDGB „keine überparteiliche Gewerkschaft mehr" sei, habe er doch ein eindeutiges sozialistisches Wirtschaftsprogramm, erziehe zum Klassenbewußtsein und strebe schließlich nach Teilnahme an der Zentralregierung bzw. an politischen Institutionen überhaupt. Der allgemeinen Tendenz der LDP-Mitglieder, aus der Gewerkschaft auszutreten, hielt er vier Gründe entgegen:

1. sei der FDGB nach wie vor Berufsvertretungsorganisation;

2. sei seine innere Entwicklung noch nicht abgeschlossen;

3. könne und wolle die LDP nichts an die Stelle des FDGB setzen, weil dadurch möglicherweise ein zukünftiger gesamtdeutscher Gewerkschaftsaufbau verhindert würde;

4. aber werde allein die wirtschaftliche und politische Einheit Deutschlands

---

[1]) Sozialpolitischer Brief Nr. 4, April 1947.

[2]) Sozialpolitischer Brief Nr. 6, Juni 1947.

[3]) Zit. Mitteilungsblatt Nr. 23, September 1947.

[4]) Sozialpolitischer Brief Nr. 8, August 1947.

[5]) Thüringer Landeszeitung, 19. November 1947.

diese Probleme zur Lösung bringen — darum „hinein in den FDGB und mitarbeiten im Sinne dieses Zieles!"

b) *DFD und FDJ*

Für das Frühjahr 1947 wurde die Gründung eines „Demokratischen Frauenbundes Deutschlands" vorbereitet; sie ging hervor aus jenen Frauenausschüssen, die 1946 bei den Wahlen kandidiert hatten und gegen deren Kandidatur sich die LDP grundsätzlich ausgesprochen hatte. Die Partei befand sich in einer Zwangslage: mit oder ohne ihre Einwilligung würde der DFD gegründet werden; sprach sie sich gegen ihn aus, so geriet er auf jeden Fall in den Machtbereich der SED und entzog sich jeder Einflußmöglichkeit — bejahte sie ihn, so legitimierte sie seine politischen Ansprüche und geriet in Widerspruch zu ihren Grundsätzen, hatte aber möglicherweise einen wenn auch schwachen Einfluß auf den Verband. Die Parteileitung glaubte dieser Schwierigkeit ausweichen zu können, indem sie kein Verbot aussprach, Mitglied zu werden, führenden weiblichen Parteimitgliedern aber nahelegte, nicht gleichzeitig führend im DFD tätig zu sein. Im übrigen aber überließ man eine Stellungnahme der weiteren Entwicklung[1]):

„Gegen eine Mitarbeit demokratischer Frauen sind Bedenken nicht zu erheben, solange innen- und außenpolitische Neutralität im Demokratischen Frauenbund gewährleistet ist und er sich nicht in Widerspruch setzt zu den Grundsätzen der LDP."

Als aber dieser Fall ein knappes Jahr später eintrat, mußte sich die Partei fügen, da sie nun schon einmal so weit gegangen war: gegen den Widerstand der LDP-Mitglieder im DFD beschloß dieser, sich der kommunistisch geleiteten Internationalen Frauen-Föderation anzuschließen — eine Entscheidung von nicht unbedeutender außenpolitischer Tragweite. Der dazu gefaßte Vorstandsbeschluß der LDP bedeutete praktisch eine Kapitulation[2]):

„Der Zentralvorstand der LDP bestätigt seinen Beschluß vom 10. Januar 1947, daß ein Anschluß des Deutschen Frauenbundes an irgendeine internationale Frauenorganisation vor Herstellung der Einheit Deutschlands und Abschluß der Friedensverhandlungen unvereinbar mit der politischen Neutralität ist. Er billigt deshalb den Standpunkt der Frauen der LDP, die den Antrag des Deutschen Frauenbundes auf Aufnahme in die Internationale Frauen-Föderation für verfrüht halten und deshalb gegen den Antrag gestimmt haben. Sollte aber auf Grund der Abstimmungsergebnisse der Deutsche Frauenbund den Antrag auf Aufnahme in die IFF doch stellen, so sieht der Parteivorstand hierin keinen Grund, daß die Frauen der LDP aus dem Deutschen Frauenbund ausscheiden, sondern erwartet weiterhin ihre Mitarbeit."

Die schon dem FDGB gegenüber verfolgte Taktik, trotz der Tatsache ihrer faktischen Leitung seitens der SED sich durch verstärkte Aktivität der LDP-

[1]) Mitteilungsblatt Nr. 15, Februar 1947.

[2]) Der Morgen, 11. Februar 1948.

Mitglieder Einfluß in den Massenorganisationen zu verschaffen, wurde zur Generallinie der Partei erhoben[1]):

„Obwohl die allgemeine Meinung dahingeht, daß bisher alle diese Organisationen, trotz ihrer betonten Überparteilichkeit, praktisch doch recht häufig einseitig hervorgetreten sind, stellte sich der Vorstand auf den Standpunkt, daß die Mitglieder der LDP nicht abseits stehen dürfen, sondern in diese Organisationen hineingehen müssen, um sich einen möglichst großen Einfluß zu sichern."

Es wurde der Vorschlag gemacht, den Massenorganisationen Beiräte aus allen politischen Parteien anzugliedern[2]), doch nahm er nicht die Gestalt einer konkreten Forderung an und wurde somit auch nicht weiter verfolgt; es darf stark bezweifelt werden, ob er Erfolg gehabt hätte.

Auch Wilhelm Külz hatte die Gefahren, die hier für die gesamte politische Entwicklung beschlossen lagen, sehr deutlich erkannt, wenn er auf dem 2. Parteitag erklärte[3]):

„Wenn diese Organisationen aber als Hilfstruppe einer bestimmten Partei für die Zukunft beteiligen sollten, so würden sie die Tendenz eines Einparteiensystems in sich schließen und von uns bekämpft werden müssen. (Beifall.)" Zugleich bemühte er sich jedoch um eine Zusammenarbeit des guten Willens: „Wenn jedoch überparteiliche Organisationen entwickelt werden, wollen wir gern gemeinsam mit ihnen unsere Arbeit leisten."

Da nie eindeutig festzustellen war, wann und ob eine dieser Organisationen definitiv und endgültig den Boden der Überparteilichkeit verlassen hatte, wurde die LDP nie ausdrücklich vor die Entscheidungsfrage gestellt, sondern trotz ihres Sträubens zur Tolerierung jener Kräfte gezwungen, die danach strebten, ihren politischen Spielraum weiter und weiter einzuengen bis zur späteren völligen Bedeutungslosigkeit der Partei. —

Das für den Frauenbund Festgestellte gilt in gleicher Weise für die FDJ. Da die LDP einen großen Prozentsatz jugendlicher Mitglieder zählte, die in nicht wenigen Ortsgruppen tonangebend waren, ergaben sich große Differenzen zur FDJ, die von der Parteijugend als echte Konkurrenzunternehmung angesehen wurde. Auf der unteren Ebene gab es oftmals nur die Wahl: entweder LDP oder FDJ.

Der Parteivorstand versuchte demgegenüber, die FDJ anzuerkennen, um so Einfluß und Mitspracherecht zu erhalten. Auf dem 1. Parlament der FDJ im Juni 1946 sprach neben Grotewohl (SED) und Wille (CDU) auch Schulrat Wolff für die LDP. Aber derartige Aktionen blieben doch ohne jede Bedeutung für das innerverbandliche Geschehen der FDJ selber, sie ermöglichten es dieser vielmehr, den Schein der Überparteilichkeit so lange wie möglich zu wahren. Wenn auch Dieckmann auf dem 2. Parlament im Mai 1947 sehr offen davor

[1]) Mitteilungsblatt Nr. 17, Mai 1947.

[2]) Ebd.

[3]) „Zweiter Parteitag", a.a.O., S. 32.

warnte, nicht „Schildträger eines parteipolitischen Dogmas und so etwas wie der Wurmfortsatz irgendeiner politischen Partei" zu werden, wenn er auch feststellte: „Jede Partei braucht lebensnotwendig die Jugend in ihren Reihen, aber keine Partei hat das Recht, das Forum einer wahrhaften freien deutschen Jugend zum Tritt- oder Sprungbrett für ihre besonderen parteipolitischen Ziele zu machen[1])", so zeigt doch allein die Tatsache, daß die Versammlungsleitung dem Vorsitzenden der SED, Grotewohl, das Dreifache an Redezeit zugestand, das LDP und CDU zusammen erhielten[2]), in wessen Händen sich die FDJ tatsächlich befand.

5. Jugend- und Hochschulgruppen

Das starke jugendliche Element in der LDP bedeutete für diese einen Grund ständiger innerer Unruhe, oder jedenfalls verstanden sich die jungen LDP-Mitglieder so: als das kritische Gewissen der Partei.

Organisatorisch gab es zwar keinen eigenständigen Jugendverband, jedoch wurden bei den meisten Ortsgruppen Jugend-Arbeitsausschüsse gebildet, die unter der Anleitung von Kreisjugendreferenten standen[3]). Diese entfalteten vielfach große Aktivität, riefen zu eigenen Jugendtagungen oder -veranstaltungen auf und hatten gegenüber dem Monopolanspruch der FDJ und gegen den erklärten Widerstand der älteren LDP-Mitglieder das Bestreben, die LDP als Sammelbecken der oppositionellen Jugend zu erhalten und auszubauen[4]). Besonders großer Wert wurde auf die Schulungsarbeit gelegt, nicht nur in den offiziellen Landesparteischulen, die vorwiegend mit Jugendlichen zu beschicken man die Landesleitungen bat[5]), sondern mehr noch in der Form eigener Veranstaltungen. Da in den meisten Fällen von den Ortskommandanturen Berichte und Protokolle verlangt wurden, mußte diese Arbeit nicht selten illegal bzw. unter einem Deckmantel — etwa als Presse- oder Informationsausschußsitzung — durchgeführt werden. Das verwundert nicht, wenn es etwa einigen Vertretern der Kriegsgeneration um eine intensive Beschäftigung mit dem Marxismus ging und man versuchte, Vergleiche mit dem Nationalsozialismus anzustellen[6]). Diese Kreise versuchten dann auch, als 1947 der kommunistische Druck immer spürbarer wurde, die LDP auf eine radikalere politische Linie zu bringen: sollte die Aktionsfreiheit weiter eingeengt werden, so müsse man, wie sie verlangten, den Mut haben, endlich ein „Fanal" des Widerstandes und der prinzipiellen

[1]) Mitteilungsblatt Nr. 19, Juni 1947.

[2]) Friedrich, FDJ, a.a.O., S. 42.

[3]) Die Kreisjugendreferate waren untergliedert in die Abteilungen Organisation, FDJ, allgemeine Jugendbetreuung, Schülerfragen, Lehrlings- und Berufsschulwesen; FDP-Archiv, Bonn, Akte X 275.

[4]) Eigene Informationen.

[5]) So in Thüringen; FDP-Archiv, Bonn, Akte X 275.

[6]) Eigene Information.

Absage an jede weitere Zusammenarbeit zu schaffen — Forderungen, die 1948 in den Selbstauflösungsplänen selbst bei der Parteileitung auftauchten, als es zu spät zu einer möglichen Verwirklichung war.

Nach außen sichtbar war der Widerhall, den die LDP bei der Jugend fand, an den Universitäten, wo ihre Hochschulgruppen in Dresden, Leipzig, Jena und Greifswald die stärksten Fraktionen oder den Vorsitzenden im Studentenrat stellten[1]). Im Februar 1948, nach den zweiten Wahlen, hatten die Studentenräte der SBZ folgende Zusammensetzung[2]):

	LDP	CDU	SED	SPD	p.los	zus.
Berlin	1	3	4	2	21	31
Jena	6	5	6	—	2	19
Leipzig	11	9	8	—	2	30
Dresden	4	2	4	—	2	12
Greifswald	3	3	6	—	4	16
Rostock	2	1	11	—	7	21
Halle	4	2	12	—	5	23
	31	24	51	2	43	152

Der relativ große Stimmanteil der LDP-Vertreter ist um so höher zu bewerten, als die diszipliniert abstimmenden und normalerweise wesentlich stärker als die „Bürgerlichen" an der Wahl interessierten Arbeiterstudenten ein großes Gewicht besaßen. Gerade aber an den Universitäten waren sich diese Studenten bürgerlicher Herkunft sehr bald völlig darüber im klaren, daß sie sich einfach zu wehren hatten, wenn sie nicht von den aktiven SED-Gruppen, hinter denen der Staat mit den Volksbildungsministerien der Länder und der ZV für Volksbildung in Berlin stand, an die Wand gedrückt werden wollten. Es war nicht nur politischer Heroismus oder Idealismus, der sie zu politischer Arbeit trieb, sondern ‚Notwehr'[3]):

„Als wir nach einem sechsjährigen Krieg wieder an die Universität kamen, glaubten wir, daß nun endlich die Zeit angebrochen sei, daß wir uns wissenschaftlicher Arbeit hingeben könnten. Wir wurden nach kurzer Zeit eines anderen belehrt. Keiner hatte die Absicht, an der Universität Politik zu treiben, aber noch viel weniger, in eine Partei einzutreten. Wir sehen jedoch, daß es nötig ist, Parteipolitik zu treiben, damit wir nicht von einer anderen Partei majorisiert werden. Wir wissen, was auf dem Spiele steht."

Da die LDP-Hochschulgruppen Unterorganisationen der Partei waren und ihren örtlichen Verbänden unterstanden, waren ihre Mitglieder ordentliche

[1]) „Liberale Studenten im Widerstand"; hrsg. vom Bundesvorstand des Liberalen Studentenbundes Deutschlands; Bonn o. J. (1959), S. 10.

[2]) LDP-Informationen, 2. Februarheft 1948.

[3]) Wolfgang Natonek auf dem Eisenacher Parteitag; in: „Zweiter Parteitag", S. 51.

Parteimitglieder. Wenn auch nicht wenige eine solche Mitgliedschaft aus Opportunitätsgründen eingingen, um ihre „demokratische Gesinnung" vorweisen zu können, so war doch das starke Anwachsen dieser Gruppen — sie umfaßten 1946/48 durchschnittlich mehr als 10% der Studierenden[1]) — nicht darauf allein zurückzuführen. Das Bekenntnis zu ihnen war vielmehr zunehmend ein politisches Bekenntnis gegen die SED, was sich schließlich in einer bewußten Benachteiligung von LDP-Studenten bei Zulassung und Stipendienvergabe äußerte. Das „Wilhelm-Külz-Stipendium", das diesem zum 71. Geburtstag 1946 mit einem Grundstock von 12 000 RM überreicht wurde, deutete diese Notlage schon sehr zeitig an.

Im Gegensatz zur Parteiführung fanden sich die LDP-Studenten zu Kompromissen mit der SED nur höchst selten bereit und setzten ihre Forderungen in den Studentenräten, wo sie mit der CDU und den Parteilosen meist die Mehrheit hatten, trotz massiver Drohungen und des Auszuges von SED-Fraktionen oft durch.

Eine besonders starke Position hatte die LDP mit dem dort sehr populären Studentenratsvorsitzenden Wolfgang Natonek in Leipzig. Dieser war nach den Wahlen im Februar 1947[2]) mit den Stimmen von LDP und CDU gewählt worden, woraufhin die SED die konstituierende Sitzung verließ und Arbeiterdemonstrationen in Aussicht stellte, sich aber dann doch zur Mitarbeit bereitfand. Als die LDP im Dezember 1947 mit großer Mehrheit aus den Wahlen hervorging, wurde der Druck auf Natonek verschärft: der FDGB drohte dem Senat mit einer Demonstration von 50 000 Werktätigen, wenn dieser gegen eine Wiederwahl nicht einschritte, und die sowjetische Kommandantur „beriet" Natonek in der Nacht vor der Studentenratssitzung, die Wahl abzulehnen; er selbst sei zwar untadelig, aber „zum Idol der reaktionären Studentenschaft" geworden. Natonek nahm die Wahl dennoch an — ein Jahr später wurde er mit zwanzig Parteifreunden verhaftet und die LDP-Hochschulgruppe verboten[3]).

Durch ihre Erfolge an den Universitäten glaubten sich die Studenten berechtigt, die LDP zu einer härteren Politik zu drängen. „Wir haben die Blockpolitik

---

[1]) WS 1946/47

Jena:	2401 Studierende, davon	725 SED
		295 LDP
		171 CDU
		1210 parteilos
TH Dresden:	420 Studierende, davon	170 SED
		90 LDP
		40 CDU
		120 parteilos
Leipzig:	2549 Studierende, davon	936 SED
		397 LDP
		355 CDU
		861 parteilos

FDP-Archiv, Bonn, Akte X 273.

[2]) SED 8, LDP 6, CDU 6, parteilos 1; Sächsisches Tageblatt, Weihnachten 1947.

[3]) Vgl. SBZ/PZ-Archiv, 6/1950. — „Liberale Studenten", a.a.O., S. 28 f.

durchbrochen, und siehe da, es ging bis heute sehr gut. Die Leipziger Universität steht und wir an ihrer Spitze", erklärte Natonek auf dem 2. Parteitag[1]). Aber wie die weitere Entwicklung zeigte, waren diese Erfolge Pyrrhussiege, da sie beschränkt blieben auf den Raum der Universität.

Einer der damals aktiven liberal-demokratischen Studenten, Hermann Marx, kommt rückblickend zu der „nüchternen Erkenntnis, daß gerade die größten politischen Erfolge der nichtkommunistischen Hochschulgruppen auf Maßnahmen der Militärbehörden und des SED-Machtapparates beruhten, die ihren späteren Niedergang in die Wege leiteten, und, daß sie ihren eigenen Untergang wohl hinausschieben, nicht aber verhindern konnten. Aber selbst wer das zu erkennen vermochte, konnte eben nichts anderes tun als zu resignieren — oder den Kampf aufzunehmen[2])."

[1]) „Zweiter Parteitag", a.a.O., S. 52.

[2]) „Liberale Studenten", a.a.O., S. 6.

VI. Bemühungen um die deutsche Einheit

1. Deutschland zwischen den Siegermächten 1947/48

Im Laufe des Jahres 1947 wurde für beide Seiten die Alternative in der Lösung des Deutschlandproblems immer klarer: sollte es zu keinem annehmbaren Kompromiß über eine deutsche Regierungsbildung mehr kommen, so würden die Westzonen sich ohne die sowjetische Zone zusammenschließen, wie andererseits dann die Sowjetunion auf die deutsche Einheit zugunsten einer eigenständigen Entwicklung ihres Besatzungsgebietes verzichtete[1]). Fallen mußte die Entscheidung auf der Londoner Konferenz im November/Dezember 1947, auf die hin sich die gesamte Entwicklung zuspitzte.

Trotz der in der Ost- wie in den Westzonen bereits getroffenen strukturpolitischen Vorentscheidungen, die die Chancen einer Einigung als sehr gering erscheinen ließen, hielten sich beide Seiten noch die Möglichkeit eines Kompromisses offen. Daß ein solcher, trotz aller Schwierigkeiten, vielleicht doch zu erreichen sei, war die große Hoffnung der deutschen Politiker, und es hat den Anschein, als ob man gerade in der sowjetischen Zone deutlich erkannte, daß Gelingen oder Scheitern gerade dieser Konferenz die entscheidende Weichenstellung der weiteren Entwicklung Deutschlands bedeutete. Sie wurde es in der Tat: die Unmöglichkeit, zu einer Einigung zu kommen, ließ die Westmächte wie die Sowjetunion die Spaltung nunmehr als eine Tatsache hinnehmen, die in der Konsequenz für Westdeutschland zur Errichtung der Bundesrepublik und für die SBZ zur DDR führte. Mit der Jahreswende 1947/48 wurde damit die „antifaschistisch-demokratische Periode" in der SBZ zugunsten des Beginns einer systematischen Entwicklung zur Volksdemokratie aufgegeben[2]).

Das Schicksal der bürgerlichen Parteien als eigenständige politische Faktoren war damit besiegelt, da die parlamentarisch-demokratische Republik und eine pluralistische Gesellschaftsordnung, welche beide Voraussetzungen ihrer politi-

---

[1]) Die Zweigleisigkeit der amerikanischen Politik geht u. a. deutlich aus der Vorbereitung der Währungsreform im Sommer 1947 hervor; vgl. Ferdinand Fried, Das Drama von der Deutschen Mark; in: Die Welt, 21. Juni 1958. — Auf die Frage Gustav Heinemanns (CDU) an Oberst Tulpanov im September 1947, was im Falle des Scheiterns der Londoner Konferenz geschehe, antwortete dieser: „Dann machen wir die Zonengrenze effektiv." Gustav Heinemann, Was Dr. Adenauer vergißt; in: Frankfurter Hefte 7/1956, S. 456.

[2]) In dieser Datierung stimmen nahezu sämtliche Darstellungen überein. — Vgl. die pseudonyme Artikelserie von N. Orlow in Sächsisches Tageblatt, 17., 19. und 26. Februar 1948: „Die sowjetische Besatzungszone Deutschlands ist in jüngster Zeit in eine neue Periode ihrer Entwicklung eingetreten, die man als die Periode des Aufbaus bezeichnen kann." Die Periode des „Niederreißens des latent imperialistischen, antidemokratischen, faschistischen Systems und Verwaltungsapparats" sei beendet, aber „noch längst nicht allen bewußt geworden".

schen Existenz sind, nicht mehr mit der jetzt in Angriff genommenen zweiten gesellschaftlichen und politischen Umstrukturierung zu vereinbaren waren. Es muß jedoch festgehalten werden, daß die Spaltung Deutschlands nicht als das Ergebnis einer von vornherein einseitig-systematischen Sowjetisierung der Ostzone begriffen werden kann, sondern daß hier der Versuch eines Kompromisses zwischen unterschiedlichen Gesellschaftsordnungen gescheitert ist, und zwar möglicherweise auch an der Unterlassung einschneidender Strukturänderungen in den Westzonen. Es muß offenbleiben, ob nicht das sowjetische Abgehen von ihrer anfangs elastischeren und kompromißbereiten Politik darin mit begründet lag. Allerdings ist für diese Wende in der Deutschlandfrage die allgemeine weltpolitische Neuorientierung entscheidend gewesen, auf die hier leider nicht eingegangen werden kann.

2. Die Problematik einer nationalen Repräsentation

Eine alle politischen Kräfte Deutschlands repräsentierende Körperschaft hatte es seit der Liquidierung der Weimarer Republik und ihres Parlaments durch die Nationalsozialisten nicht mehr gegeben; die Kapitulation der deutschen Führung am 8. und ihre Verhaftung am 23. Mai 1945 bedeutete die Aufhebung der einzigen zentralen politischen Institution. Während in der SBZ mit dem „Einheitsausschuß" bereits im Juli eine Körperschaft zustande kam, die als Sprecherin deutscher politischer Kräfte repräsentativ für ihre Zone auftreten konnte, verlief die Entwicklung in den Westzonen wesentlich langsamer über die Einsetzung von Landesregierungen und Länder- bzw. Zonenbeiräten im Herbst 1945 und Frühjahr 1946, deren Kompetenzen zudem von den Besatzungsmächten ausschließlich auf Wirtschafts- und Verwaltungsfragen beschränkt wurden[1]). Zwar haben einzelne Parteiführer zu den Deutschland betreffenden Fragen auf den Außenministerkonferenzen dieser Jahre in Form von Reden, Interviews und Zeitungsartikeln Stellung genommen, jedoch gab es kein Organ, das gemeinsame Interessen deutscher Politiker hätte formulieren und vortragen können; dabei darf es als sicher angenommen werden, daß nahezu alle Politiker in einer Reihe grundsätzlicher Fragen — Erhaltung der deutschen Einheit, Nichtabtrennung des Ruhrgebiets — übereinstimmten. Dies den Siegermächten zu Gehör zu bringen, konnte ein durchaus legitimes Anliegen sein. Die Sowjetunion hatte sich seit der Potsdamer Konferenz zum unbedingten Vertreter eines deutschen Einheitsstaates gemacht und konnte darin mit der vollen Unterstützung aller Parteien ihrer Zone rechnen, während die westlichen Alliierten diese Frage nicht als vordringlich ansahen und Frankreich sogar ausgesprochener Einheitsgegner war. Alle drei Westmächte waren darüber hinaus gegenüber

[1]) Vgl. Walter Vogel, Westdeutschland 1945—1950 — Der Aufbau von Verfassungs- und Verwaltungseinrichtungen über den Ländern der drei westlichen Besatzungszonen, Teil I; Schriften des Bundesarchivs 2; Koblenz 1956 (als Manuskript gedruckt).

einem raschen Wiedererstehen deutscher politischer Willensbildung äußerst zurückhaltend, was sich neben der Kompetenzbeschränkung überregionaler Körperschaften in der zögernden Genehmigung von Parteizusammenschlüssen über die Ländergrenzen hinweg deutlich zeigte. Daß es demzufolge die sowjetzonalen Parteiführer waren, von denen zunächst die Initiative zur Bildung gesamtdeutscher Organe ausging, ist darum nicht verwunderlich; daß sie darin vollen Rückhalt bei ihrer Besatzungsmacht besaßen, ließ diese Bemühungen von vornherein im Westen als verdächtig erscheinen — ganz abgesehen von der offenen Frage, wer denn in einem solchen Gremium sitzen solle: die Ministerpräsidenten der Länder, die Führer der großen Parteien jeder Zone, die Gewerkschaften — und: in welchem Stärkeverhältnis diese zueinander stehen sollten und wie eine Beschlußfassung möglich wäre. An gesamtdeutsche Wahlen war dabei vorerst noch nicht zu denken.

a) *Die Initiativen der SBZ*

Das starke Drängen der Politiker der Ostzone auf die Verwirklichung der deutschen Einheit resultierte nicht nur aus der Tatsache, daß dieses durch die Sowjetunion gebilligt wurde und daß im Einheitsausschuß eine geeignete Plattform dafür bestand, sondern daß sich darüber hinaus alle Parteien in der großen Sorge vor einem westdeutschen Partikularismus und politischer Zersplitterung trafen. Tatsächlich hatte ja das Zulassungsverfahren der westlichen Besatzungsmächte das Entstehen kleiner Parteien begünstigt, von denen sich einige offen zu Sprechern separatistischer Bestrebungen machten.

Von der „Rheinländischen Volkspartei", die für einen „freien rheinischen Staat" eintrat[1]), über den „Schwäbisch-Alemannischen Heimatbund", der für die „Schaffung eines autonomen Staatswesens ..., das den schwäbisch-alemannischen Raum innerhalb der alten Reichsgrenzen umfaßt", warb[2]), bis zur „Demokratischen Union" Bayerns mit dem Ziel: „Aufbau eines demokratischen selbständigen Bayerns, harmonisch eingefügt in die große europäische Völkerfamilie"[3]) schien sich aus der Sicht der darauf besonders empfindlich reagierenden Sowjetzonenpolitiker eine durchgängige Tendenz anzudeuten: die bewußte Auflösung der Reichseinheit, die zugleich das Sichselbstüberlassen der SBZ bedeutete. Da zu diesem Zeitpunkt — Frühjahr 1946 — die tatsächliche Stärke solcher Kräfte noch nicht abzuschätzen war, war ihre Sorge durchaus berechtigt.

Aber auch erste Ansätze zur Formierung von Rechtsparteien waren schon Ende 1945 zu bemerken[4]), was insbesondere der SED den Anlaß gab, vor den Gefahren des Neofaschismus zu warnen und die Notwendigkeit der engen Zu-

[1]) Keesing 1946/47, S. 718 D.

[2]) Zit. Otto Grotewohl, Im Kampf um die einige Deutsche Demokratische Republik — Reden und Aufsätze, Bd. I 1945—1949; Berlin 1954, S. 72.

[3]) Zit. Külz; Der Morgen, 7. Februar 1946.

[4]) Vgl. Otto Büsch, Geschichte und Gestalt der SRP; in: Rechtsradikalismus im Nachkriegsdeutschland; Schriften des Instituts für Politische Wissenschaft, Bd. 9; Berlin und Frankfurt/M. 1957, S. 9.

sammenarbeit aller antifaschistischen Kräfte wiederholt zu beschwören[1]). Schließlich wurde auch die Verabschiedung der sowjetzonalen Landesverfassungen durch die Betonung des Gliedcharakters der Länder zu einer Demonstration für die Einheit Deutschlands gegen vermeintlich entgegengerichtete Kräfte in den Westzonen[2]). Indem sich die Politiker der SBZ derart als berufene Verfechter der Erhaltung des Deutschen Reiches verstanden, ergriffen sie auch immer wieder die Initiative zu ihrer Verwirklichung, woran die LDP, wenn auch aus der SED konträren Motiven, führend beteiligt war: für sie wurde die Erreichung der Einheit zunehmend zur Existenzfrage.

Bereits im August 1945 äußerte Külz gegenüber einem hohen Offizier des Secret Service den Vorschlag, zwischen den Besatzungsmächten und den zu schaffenden deutschen Verwaltungsstellen einen „deutschen Generalbevollmächtigten beim interalliierten Kontrollrat" einzusetzen, oder wenigstens eine Kontrollkommission der Parteien zu bilden[3]), was den Kristallisationskern einer gesamtdeutschen politischen Vertretung bedeutet hätte, die ihm vordringlicher noch erschien als gesamtdeutsche Zentralverwaltungen.

Im April 1946 trat er für die Schaffung eines über Länder- und Zonenbeiräte zu bildenden „Deutschen Zonenrates" ein, als Ersatz für deutsche Zentralverwaltungen und zur Hilfestellung des Kontrollrates[4]):

„Werden demnächst zentrale Regierungsstellen geschaffen, so ist der zentrale Zonenrat Ansatz und Vorläufer zu einer parlamentarischen Vertretung der Bevölkerung der einzelnen Zonen bei dieser Zentralregierung."

Vorschläge dieser Art jedoch waren weder gründlich durchdacht, noch mit dem Parteivorstand abgesprochen, so daß sie unverbindliche Versuchsballons blieben. Das galt ausgesprochenermaßen auch für den auf dem Ersten Parteitag in Erfurt im Juli 1946 vorgetragenen Plan: Deutschland sollte für die Dauer seiner Besetzung in vier durch die Zonengrenzen umrissene „Reichsländer" eingeteilt werden und ein Ein-Kammer-Parlament wählen, welches den Ministerpräsidenten zu bestellen hätte[5]).

Erfolgreich war diese Methode lediglich einmal im Zusammenhang mit der Moskauer Konferenz im Frühjahr 1947: im Stadtparlament von Berlin beantragte Külz spontan am 30. Januar, den Magistrat zu ersuchen, für die Konferenz Material zur Beurteilung der politischen und wirtschaftlichen Verhältnisse zusammenzustellen; nach einer ausführlichen Debatte wurde der Antrag einstimmig angenommen[6]), was sich dann in den Länderparlamenten wiederholte.

[1]) Vgl. Grotewohl, Reden, a.a.O., S. 14 f.

[2]) Külz in Der Morgen, 1. Dezember 1946.

[3]) Külz-Nachlaß 18.

[4]) Der Morgen, 14. April 1946.

[5]) Der Tagesspiegel, 16. Juli 1946.

[6]) „2 Jahre LDP-Arbeit im Berliner Stadtparlament 1946—1948"; hrsg. von der Geschäftsstelle des Landesverbandes Berlin der FDP (LDP); Berlin 1949, S. 178.

Im Januar 1947 legte die amerikanische „Neue Zeitung" den Parteiführern Külz, Kaiser, Schumacher und Grotewohl — bezeichnenderweise wurden Külz und Kaiser ganz selbstverständlich als Sprecher der Liberalen bzw. Christlichen Demokraten Deutschlands angesehen — zehn Fragen vor, deren zweite, ob die innerpolitische Entwicklung Deutschlands für eine eigene Vertretung in Moskau reif sei, übereinstimmend bejaht wurde (nur von Grotewohl ging keine Antwort ein)[1]). Das ermutigte Eugen Schiffer zur Einberufung einer außerordentlichen Sitzung der Einheitsfront am 10. Februar, auf der die drei Parteien seinen Vorschlag billigten, zur Bildung eines die Führer sämtlicher deutscher Parteien umfassenden Ausschusses aufzurufen, der u. U. Sachverständige für eine Beteiligung in Moskau benennen sollte[2]):

„Wir sehen den Fortschritt dieser Besprechung darin, daß die drohende Gefahr des Parteienzwistes von allen Parteiführern erkannt und als schädlich erkannt worden ist, denn was uns von Deutschland noch übrigbleibt, müssen wir erhalten."

Die Aktion scheiterte jedoch an der eindeutigen Absage Kurt Schumachers[3]).

Am Tage des Beginns der Moskauer Konferenz legte Külz wiederum ohne breitere politische Vorbereitung einen an die Alliierten gerichteten Plan vor, der als ersten Schritt die Einsetzung einer provisorischen deutschen Regierung verlangte — eine Forderung, die von der Voraussetzung der Einigung der Siegermächte ausging[4]):

„1. Die Alliierten setzen unter Berücksichtigung der im gesamtdeutschen Raum gegebenen parteipolitischen Struktur eine vorläufige ‚deutsche Regierung' ein.

2. Diese deutsche Regierung hat mit möglichster Beschleunigung den Alliierten ein Wahlgesetz vorzulegen, das für den gesamtdeutschen Raum die Wahlen einer deutschen Volksvertretung ordnet.

3. Die deutsche Regierung hat gleichzeitig mit dem Wahlgesetz den Alliierten eine vorläufige Verfassung vorzulegen.

4. Die vorläufige deutsche Regierung hält sich den Alliierten für die Friedensbesprechungen zur Verfügung.

5. Nach Genehmigung der Gesetzesvorschläge zu 2. und 3. durch die Alliierten werden sofort die Wahlen durch die vorläufige deutsche Regierung ausgeschrieben.

6. Die gewählte deutsche Volksvertretung entscheidet auf Grund der vorläufigen Verfassung über die Beibehaltung der vorläufigen Regierung oder über deren Ersetzung durch eine neue Regierung.

7. Die gewählte deutsche Volksvertretung entscheidet über Annahme oder Ablehnung des Friedensvertrages."

Hatte dieser Plan für die Moskauer Verhandlungen auch keinerlei Bedeutung, so entsprach er doch im Prinzip den auf rasche Schaffung einer deutschen Zentralregierung hinauslaufenden sowjetischen Forderungen. Külz begrüßte

---

[1]) Neue Zeitung, 31. Januar 1947.

[2]) Der Kurier, 18. Februar 1947. — Keesing 1946/47, S. 1029 D.

[3]) Keesing 1946/47, S. 1036 F.

[4]) Thüringer Landeszeitung, 12. März 1947; Der Morgen, 9. März 1947.

auch den Verfassungsentwurf Molotows als „der deutschen Auffassung am nächsten" kommend, er knüpfe „an die geschichtliche Entwicklung in Deutschland, wie sie in der Weimarer Verfassung ihren Ausdruck gefunden hat, an und sucht sie für die neue Verfassung auszuwerten"[1]). Als trotz einer gewissen Annäherung die Konferenz schließlich doch scheiterte, hinterließ das gerade in der LDP, die sich so stark engagiert und zumindest mit gewissen Fortschritten gerechnet hatte, eine tiefe Enttäuschung, wie sie sich deutlich in der Entschließung der Fraktionsvertreter vom 28. April ausdrückte[2]):

„In der durch den Ausgang der Moskauer Konferenz geschaffenen gesamtpolitischen Lage wenden wir uns an unsere Parteifreunde in der sowjetischen Zone und an die Gesinnungsfreunde in den westlichen Zonen mit der Bitte, den Mut nicht sinken zu lassen. . . . Bei allen politischen und wirtschaftlichen Entschließungen und Maßnahmen muß uns die gesamtdeutsche Lösung als Endziel vor Augen stehen; jede partikularistische Tendenz ist auf das Schärfste abzulehnen. Die Anregung unseres Parteifreundes Euler in Hessen, eine westliche Zentralregierung mit dem Sitz in Frankfurt/Main zu bilden, wird hoffentlich gegenstandslos werden."

Seit März hatte sich die CDU-Führung mit Jakob Kaiser und Ernst Lemmer zur aktiven Vertretung des Gedankens einer „Nationalen Repräsentation" gemacht und führte nun die bisher bei der LDP gelegenen Initiativen weiter. Ohne sie zu konkretisieren, hatte Kaiser jene Formel erstmals auf einer großen Rede anläßlich der Leipziger Messe am 6. März gebraucht[3]) und war dann mit Külz und Lieutenant zu Besprechungen zusammengekommen. Sachlich deckten sich die Standpunkte beider Parteien, nur gab es technische Differenzen: während Kaiser an ein Gremium von 70 Personen dachte, das durch Wahl — auf je eine Million ein Abgeordneter — gebildet werden sollte, wollte Külz eine zehnköpfige Regierung ernannt wissen, die einen Verfassungsentwurf vorzulegen und Wahlen auszuschreiben hätte[4]). Als die CDU aber ihre interzonale Arbeitstagung (13.—15. März) mit einer Einladung an die politischen Parteien — SPD, LDP, Arbeitsgemeinschaft KPD/SED — zu vorbereitenden Besprechungen über eine gesamtdeutsche Volksvertretung beschloß[5]), stimmte die LDP sofort und uneingeschränkt zu; mit der allerdings nicht zur Bedingung gemachten Forderung der Beteiligung auch der Gewerkschaften schloß sich die SED an[6]). Kaiser begründete seinen Plan[7]):

„Ein Gespräch der Parteiführer aller Zonen erhebt . . . keinen Anspruch auf irgendwelche staatsrechtliche Grundlagen, wie es auch keine staatsrechtlichen Bindungen irgendwelcher Art hervorruft. Was sich aber daraus entwickeln könnte, ist eine per-

[1]) Der Morgen, 30. März 1947.

[2]) Mitteilungsblatt Nr. 17, Mai 1947.

[3]) Neue Zeitung und Neues Deutschland, 7. März 1947.

[4]) Der Kurier, 8. September 1947. — Der Abend, 9. September 1947.

[5]) Der Kurier, 15. März 1947. — Der Morgen, 18. März 1947.

[6]) Der Morgen, 19. März 1947.

[7]) CDU-Archiv, Akte LV „Berlin" und Zonenparteitag 1947.

manente Konferenz der verantwortlichen deutschen Politiker. Ihre einzige Autorisation würde das moralische Gewicht sein."

Aber wie schon der Vorstoß Schiffers, so scheiterte auch dieser Plan am Widerstand Kurt Schumachers, der drei Bedingungen für eine Beteiligung der SPD stellte[1]):

1. es dürften nur die Parteien vertreten sein;
2. nicht nur die vier großen, sondern auch die kleineren Parteien seien einzuladen, sofern sie gesamtdeutsche Interessen verträten;
3. die SPD müßte in der SBZ wieder zugelassen werden.

Ausschlaggebend war für Schumacher die dritte Bedingung, in der er keinen Kompromiß zuließ, bei aller grundsätzlichen Bejahung des Gedankens einer Nationalen Repräsentation[2]):

„Das Verbot der Sozialdemokratie in der Ostzone ist keine Parteifrage. Es ist die Frage nach den Möglichkeiten der Demokratie auf deutschem Boden und damit die nationale Frage der Deutschen schlechthin. Das ist auch die große europäische Frage der Politik, und daß sie eine der wichtigsten Angelegenheiten der Welt ist, sei hier nur nebenbei vermerkt."

Auch eine Besprechung zwischen CDU-Führern aller Zonen (Kaiser, Lemmer, Holzapfel, J. Müller) und der SPD-Führung (Schumacher, Ollenhauer, Heine) in Hannover Ende Mai konnte daran nichts ändern[3]), was Schumacher von CDU und LDP gleichermaßen erbitterte Angriffe einbrachte: Schumachers Ablehnung, so schrieb „Der Morgen", stelle ihn an die „Seite des Generals Koenig. Zwar aus verschiedenen Motiven, aber mit dem gleichen praktischen Effekt[4])"; und als Wilhelm Külz, der diplomatische Verhandlungstaktiker, diesem kämpferischen Politiker am 21. März 1947 erstmals begegnete, notierte er: „... ein sehr wirkungsvoller Demagoge von geistvoller Ideologie, aber ohne den geringsten Schein staatsmännischer Begabung[5])". Daß er diesen Mann nicht verstehen konnte, lag in der Schwäche seines Verständnisses für Politik begründet, die ihn immer wieder die Frage der deutschen Einheit zumindest in gleicher Weise, wie er sie als interalliiertes Problem begriff, als eine Frage des „guten Willens" der Deutschen selbst sehen ließ. Daß sie von dort her nur zum geringen Teil zu lösen war, hatte Schumacher deutlich erkannt: „Die Deutschen brauchen jetzt kein Podium für Deklamationen ... Die Deutschen brauchen die Realität einer Einigung der Sieger. Dann erst ist der Weg frei für ein deutsches Parlament[6])."

---

[1]) Der Morgen, 19. März 1947.

[2]) Rundfunkrede am 31. Mai 1947; in: „Acht Jahre sozialdemokratischer Kampf um Einheit, Frieden, Freiheit"; Vorstand der Sozialdemokratischen Partei; Bonn o. J. (1954), S. 27.

[3]) Der Morgen, 30. Mai 1947. — Keesing 1946/47, S. 1101 C.

[4]) Der Morgen, 23. März 1947.

[5]) Külz-Nachlaß 65.

[6]) „Acht Jahre Kampf", a.a.O., S. 40.

b) *Die Münchener Ministerpräsidenten-Konferenz*

Daß es der Sowjetunion nur um ein einiges Deutschland ging, sofern ihr Einfluß auf dieses genügend gesichert würde, zeigte sich deutlich an ihrer Haltung zur Münchener Konferenz der Ministerpräsidenten Anfang Juni 1947. Sicherung des Einflusses hieß Primat der Politik: sie lehnte alle Versuche und Vorschläge ab, die lediglich auf gesamtdeutsche Wirtschafts- und Verwaltungsregelungen abzielten, ohne Eingriffe in die Sozialstruktur der Westzonen und das Mitspracherecht im Ruhrgebiet zu gestatten.

So hatte sie bereits im Januar 1946 die Teilnahme der Ministerpräsidenten der Länder ihrer Zone an einer Zusammenkunft in Bremen abgelehnt[1]), und ebenso versuchte sie, das zweite Treffen zu verhindern. Für die LDP-Führung führte das zu einer ernsten innerparteilichen Vertrauenskrise.

Am 7. Mai 1947 hatte der bayrische Ministerpräsident Ehard telegraphisch die Ministerpräsidenten aller deutschen Länder zu einer Konferenz nach München eingeladen, die vom sächsischen Ministerpräsidenten Dr. Friedrich, nach einer Besprechung mit Ehard am 27. Mai im Namen der fünf Ministerpräsidenten der SBZ grundsätzlich angenommen wurde. Unter Berufung auf diese Besprechung präzisierten diese in einem Brief am 28. Mai ihre Zustimmung: sie bedauerten, daß die Konferenz nicht auf „breiteste demokratische Grundlage" gestellt werden solle und wiesen auf die Gefahr des Partikularismus hin, wenn nur die Ländervertreter zusammenkämen; die wirkliche Behebung der Notlage Deutschlands sahen sie allein mit der raschen Bildung von Zentralverwaltungen und der Schaffung wirtschaftlicher und politischer Einheit gegeben. Darum schlugen sie vor: ernstlich zu prüfen, die Konferenz unter Einbeziehung der Parteien und Gewerkschaften abzuhalten, da dann die Aussicht auf rasche Einigung über die Schaffung einer nationalen Repräsentation bestünde; Beratungen über die Verwirklichung der wirtschaftlichen und politischen Einheit sollten im Mittelpunkt der Tagung stehen; das gesamtdeutsche Interesse schließlich lasse als Tagungsort Berlin als Sitz der vier Besatzungsmächte und des Kontrollrats günstiger erscheinen[2]).

Da die LDP mit Hübener den einzigen nicht der SED angehörenden Ministerpräsidenten stellte, war ihre Stellungnahme für die Haltung der sowjetzonalen Delegation von großer Bedeutung. Der Parteivorstand hatte bereits am 14. Mai seine resignierende Zustimmung gegeben, um nicht diese in absehbarer Zeit einzige reale Chance zu verpassen[3]):

„Die Parteileitung der LDP hat als erste den Versuch gemacht, die verantwortlichen Vertreter deutscher Parteien zu gemeinsamen Besprechungen über die deutschen Schicksalsfragen zusammenzuführen. Nachdem dieser Versuch zur Schaffung

---

[1]) Cornides, Die Weltmächte, a.a.O., S. 128.

[2]) Keesing 1946/47, S. 1100 C.

[3]) Mitteilungsblatt Nr. 18, Mai 1947.

einer nationalen Repräsentation infolge der ablehnenden Haltung des Vorsitzenden der SPD, Dr. Schumacher, nicht zum Ziele führte, bemühte sich die CDU ihrerseits, dieses Ziel zu erreichen ... Wir würdigen deshalb auch die Einladung des Herrn Ministerpräsidenten von Bayern an die Ministerpräsidenten der einzelnen Länder ... Diese Zusammenkunft kann jedoch die nationale Repräsentation weder ersetzen noch schaffen. Sie kann nur die Aufgabe haben, eine bessere Zusammenarbeit der Länder zum Zwecke der Überwindung der gemeinsamen Not unseres Volkes — vor allem im Hinblick auf den kommenden Winter — zu ermöglichen. Getreu unserem Bekenntnis zum deutschen Einheitsstaat halten wir jedoch nur eine deutsche Regierung für das zur Vertretung gesamtdeutscher Interessen zuständige Organ. Solange eine solche Regierung nicht besteht, sind für uns allein die politischen Parteien die berufenen Repräsentanten der politischen Willensbildung und -äußerung. Erst wenn die politischen Parteien oder einzelne von ihnen diese ihre Mission nicht erkennen sollten, würde durch Besprechungen der Landesvertreter der Versuch zu machen sein, zu einer einheitlichen Einstellung zu den deutschen Lebensproblemen zu gelangen."

Külz selbst sprach sich dann auf dem Berliner Landesparteitag ebenso wie im Rundfunk ausdrücklich für die Beteiligung der SBZ aus, deren Ablehnung er auch im Sinne der Sowjetunion für unklug hielt, da ihr dann das Scheitern in die Schuhe geschoben würde[1]). Dennoch hielt die SMAD bis zuletzt daran fest, die Teilnahme für ihre Zone zu verweigern. Daß diese dann doch erfolgte, ist entscheidend auf die kompromißlose Haltung Hübeners zurückzuführen.

Am 2. Juni wurde er zum Chef der SMAD, Sokolowski, gebeten, der ihm dringend nahelegte, nicht nach München zu gehen, die anderen Ministerpräsidenten würden sich am folgenden Tage auch dahingehend einigen. Hübener aber gab nach kurzer Rücksprache mit Külz nicht nach: er erklärte Sokolowski, sein Amt niederlegen zu wollen, wenn er keine Genehmigung zu dieser Reise erhielte. Külz hatte ihn darin voll unterstützt[2]):

„Vermutlich sind es hochpolitische Gründe, die in einer starken Spannung zwischen Amerika und Sowjetrußland zu suchen sind, welche die russischen Stellen so stark das Scheitern der Konferenz in München betreiben lassen. Für unsere Partei aber halte ich es durchaus für vorteilhaft, daß ein uns angehöriger Ministerpräsident den Mut hat, seine Überzeugung nicht zu Markte zu tragen. Ich bin mir für meine Person dabei vollkommen im klaren, daß die Rückwirkung der vorliegenden Entwicklung sich auch unmittelbar mir gegenüber auswirken kann, denn auch ich würde nicht die geringsten Konzessionen in dieser Beziehung der Sowjetmacht gegenüber machen ... Der Sturz von der Höhe des Parteivorsitzenden in das Nichts ist in der Politik oft schnell vollzogen."

So weit wollte die SMAD aber offensichtlich doch nicht gehen: der Rücktritt Hübeners und die Absetzung von Külz hätten jede weitere Verständigungsbereitschaft des Westens zunichte gemacht. Es ergab sich für sie eine neue Alternative: entweder die Konferenz als gesamtdeutsche zum Scheitern bringen, indem auf der Linie der LDP-Politik die Einheitsfrage sofort als Verhandlungsgegenstand verlangt wurde, wobei man genau wußte, daß die Westdeutschen

[1]) Külz-Nachlaß 65.

[2]) Ebd.

darauf weder eingehen wollten noch konnten, oder aber sie als Vorkonferenz einer mit Beteiligung der Parteien und Gewerkschaften nach Berlin einzuberufenden zweiten Tagung zu betrachten. Daß diese zweite Möglichkeit nicht ganz ausgeschlossen war, zeigte eine vorsichtige Zusage in dieser Richtung durch Ehard[1]).

Doch noch ehe die Konferenz eigentlich begonnen hatte, war bereits der Bruch vollzogen: die Ministerpräsidenten der Westzonen lehnten mit Hinweis auf die politische Probleme ausschließende Einladung sowohl den von den SBZ-Vertretern verlangten 1. Tagesordnungspunkt ab — „Bildung einer deutschen Zentralverwaltung zur Verständigung der demokratischen deutschen Parteien und Gewerkschaften, um einen deutschen Einheitsstaat zu schaffen" —, wie sie es ihnen auch versagten, im Rahmen der Tagesordnung ihre Probleme vortragen zu dürfen[2]).

Dieser für die meisten überraschende Verlauf rief nicht nur bei den bürgerlichen Politikern, sondern auch bei einer Reihe von SED-Funktionären große Enttäuschung hervor, da auch sie hier eine echte Chance verpaßt sahen, während die Gruppe um Ulbricht ihr Ziel voll und ganz erreicht sah[3]). Für die LDP-Führung ergab sich die schwierige Lage, daß einerseits der Abbruch erfolgt war, indem die Ministerpräsidenten eben die Politik vertreten hatten, die auch sie immer wieder gefordert hatten, andererseits aber sie sich für die Wahrnehmung jedes nur möglichen Ansatzes zum Gespräch mit dem Westen eingesetzt hatten. In seiner ersten Stellungnahme gab Külz die volle Schuld dem Westen: die Ministerpräsidenten der Sowjetzone hätten ohne Zweifel „die ehrliche Absicht gehabt", zu einer Einigung zu kommen; die Ablehnung des Westens habe jedoch gezeigt, daß man dort „die elementare Gewalt des im deutschen Volk lebendigen Einheitsgedankens vollkommen verkannt hat". Die unbefriedigenden und spärlichen Ergebnisse der westlichen Beratungen bestärkten ihn in der Auffassung, „daß die Einsetzung einer vorläufigen deutschen Regierung dringendes Gebot ist. Solange eine solche Regierung nicht besteht, sind die politischen Parteien die einzigen berufenen Repräsentanten einer gesamtdeutschen Willensäußerung[4])."

Gegen diese Interpretation wurde in zahlreichen LDP-Gruppen und besonders in Kreisen jugendlicher Mitglieder opponiert[5]), was sich allerdings nur in Berlin offen äußern konnte und erstmals die Differenzen zwischen diesem Landesverband und der Parteiführung hervortreten ließ.

Eine Plenarsitzung der Berliner LDP-Jugend faßte am 8. Juni eine Entschließung, in der die Abreise der Ostzonen-Ministerpräsidenten mit Bedauern zur Kenntnis ge-

[1]) Sächsisches Tageblatt, 7. Juni 1947; Der Morgen, 6. Juni 1947.

[2]) Keesing 1946/47, S. 1107 A und S. 1108 C.

[3]) Leonhard, Die Revolution ... a.a.O., S. 459 ff.

[4]) Der Morgen, 10. Juni 1947.

[5]) Eigene Informationen.

nommen und die Forderung ausgesprochen wurde, die LDP solle besonders gegenüber der „totalitären Politik der SED" eine klare Politik treiben und nicht zur politischen Staffage dienen[1]). Und in einer Erklärung des 2. Parteitages des Berliner Landesverbandes vom 9. Juni hieß es: „Wir glauben nicht, daß dem Ansehen des deutschen Volkes mit dem Schritt des Verhandlungsabbruches durch die Ministerpräsidenten der Ostzone gedient worden ist . . ." Offensichtlich habe „die Kurzsichtigkeit bestimmter parteipolitischer Kräfte sich stärker erwiesen . . ., als das Verantwortungsbewußtsein dem ganzen deutschen Volke gegenüber[2])".

Eine ganz ähnlich gehaltene Entschließung, die aber ebenso wie die von Berlin in der Presse der SBZ nicht erscheinen konnte, faßte der Landesparteitag von Thüringen; das führte zu einer scharfen Reaktion der SMAD: man erwog ernsthaft, den für Juli in Eisenach geplanten Zonenparteitag zu verbieten, was Külz erst nach längerer Aussprache in Karlshorst, zu der er Leonhard Moog und seinen Sohn kommen ließ, zu verhindern vermochte[3]). Um die Mißstimmung in den Reihen der Partei abzufangen, wurde schließlich vom Vorstand am 18. Juni eine Erklärung herausgegeben, die einen deutlichen Kompromiß darstellte und damit die erste Stellungnahme von Külz revidierte[4]):

„Der Zonenvorstand der LDP stellt mit Bedauern fest, daß es in München nicht gelungen ist, die Belange Gesamtdeutschlands wieder einheitlich und wirkungsvoll zu vertreten. Eine Fortsetzung der Diskussion über die mißglückte Münchener Konferenz kann jedoch den deutschen Interessen nicht dienen. Alle Kraft muß vielmehr jetzt darauf gerichtet sein, für die nahe Zukunft bessere Voraussetzungen für die Vertretung der Lebensinteressen eines wieder einheitlichen deutschen Volkes und Gesamtstaates zu schaffen."

Schwierig war die Situation für Hübener, dessen Bereitschaft zu einer Zusammenarbeit mit seinen westdeutschen Kollegen infolge der von der übrigen Delegation so rasch herbeigeführten Abreise sich gar nicht äußern konnte. Als am 30. Juli eine an den Kontrollrat gerichtete und von den fünf Ministerpräsidenten der Zone unterzeichnete Erklärung erschien, in der diese den Vortrag ihres Standpunktes beantragten, was aber von den Westmächten als Ausfall gegen die alliierten Verwaltungen der Westzonen zurückgewiesen wurde[5]), berief Hübener am 2. August eine Pressekonferenz ein, auf der er sich von dieser Aktion distanzierte:

„Ich habe den Wortlaut der Erklärung der Ministerpräsidenten der sowjetischen Besatzungszone an den Alliierten Kontrollrat erst gestern durch die Presse kennengelernt. Ich billige die Erklärung nicht in allen Stücken und würde sie nicht ohne wesentliche Streichungen und Veränderungen unterzeichnet haben, wenn sie mir vor Abgang vorgelegt worden wäre."

---

[1]) LDP-Informationsdienst der Jugend Nr. 6, 17. Juni 1947.

[2]) „Zweiter Berliner Parteitag"; hrsg. von der LDP, Landesverband Berlin; Berlin o. J. (1947), S. 114 f.

[3]) Külz-Nachlaß 65, am 19. Juni 1947.

[4]) Mitteilungsblatt Nr. 20, Juli 1947.

[5]) Keesing 1946/47, S. 1159 A.

Unmittelbar danach schaltete sich die SMAD ein: sie verbot allen Presseorganen die Veröffentlichung der Erklärung und ließ noch am selben Abend von allen Journalisten die Abschriften des Hübener-Schreibens einsammeln[1]).

Hübener scheint im Oktober noch einmal den Versuch zur Wiederaufnahme der Ländergespräche gemacht zu haben: am 13. reiste er unter Angabe privater Gründe nach München und führte dort Besprechungen mit Ehard, über dessen Pläne zu einer weiteren Länderkonferenz vor dem Londoner Treffen der Außenminister Gerüchte kursierten[2]). Erfolge waren dem nicht beschieden, nicht zuletzt, weil Hübener nur für sich selbst, nur beschränkt für seine Partei, und überhaupt nicht für seine ostzonalen Kollegen sprechen konnte. Als bald darauf die SED mit dem Volkskongreß die Initiative an sich riß, war für derartige Versuche kein Raum mehr.

c) *Der Volkskongreß*

Da die Sowjetunion auf der Ende November 1947 beginnenden Londoner Konferenz eine klare Entscheidung über Deutschland herbeiführen wollte, deren Alternative hieß: viermächte-kontrolliertes, vereinigtes Deutschland mit eindeutigem kommunistischem Übergewicht — oder Anerkennung der Teilung und Entwicklung der SBZ zur „Volksdemokratie", mußte sie auch die innenpolitischen Voraussetzungen für beide möglichen Fälle schaffen; diese Funktion erfüllte der „1. Deutsche Volkskongreß für Einheit und gerechten Frieden", der am 6. und 7. Dezember, zwei Wochen nach Beginn der Verhandlungen in London, in Berlin zusammentrat.

Der Kongreß, obzwar im Prinzip von einzelnen Länderblocks schon vorher gefordert[3]), wurde sehr kurzfristig, dann aber mit großer Präzision angesagt und organisiert. Noch am 20. November erörterten Pieck, Grotewohl, Kaiser, Lemmer, Külz und Schiffer die von letzterem aufgeworfene Frage, ob eine gemeinsame Erklärung zur Londoner Konferenz möglich sei; da LDP und CDU eine nur von den östlichen Parteien unterschriebene Deklaration für aussichtslos hielten, erwog man, aus Gründen der Optik, u. U. die SED-Führung zugunsten einzelner SED-Persönlichkeiten zurücktreten zu lassen, jedoch kam es zu keiner abschließenden Einigung[4]), auch nicht auf einer Blocksitzung am 24. November, auf der sich nun Kaiser gegen alle derartigen Pläne wandte. — Von einem Volkskongreß war bis dahin noch nicht die Rede. Zwei Tage später trat die

---

[1]) Neue Zeitung (Berliner Blatt), 9. August 1947.

[2]) Der Morgen, 11., 15. und 21. Oktober 1947.

[3]) Z. B. am 15. November einstimmige Entschließung in Schwerin; Tägliche Rundschau, 16. November 1947.

[4]) Der Telegraf, Der Tagesspiegel, Der Kurier, 21. November 1947. — Neue Zeitung, 22. November 1947.

SED mit ihrer Proklamation plötzlich und ohne jede Fühlungnahme mit den Blockpartnern an die Öffentlichkeit[1]).

Während Külz mit seiner Zustimmung anfangs zögerte —

„Es handelt sich hierbei um eine Frage von ungeheurer Tragweite, in der ich mich nicht entschließen möchte, ohne die Auffassung des Parteivorstandes kennenzulernen[2])"

—, sprach sich Jakob Kaiser strikt gegen eine Beteiligung der CDU aus. Zwar erhielt er darin die Unterstützung seines Vorstandes, jedoch keineswegs einhellig: Ernst Lemmer stand dem Volkskongreß nicht unbedingt ablehnend gegenüber und distanzierte sich politisch von Kaiser, hielt aber nach außen die Solidarität aufrecht[3]).

Obwohl man sich bei der LDP über die Gefahren, die in dieser von der SED durchorganisierten Bewegung lagen, wohl weitgehend klar war, gab es doch gewichtige Gründe, die für eine Teilnahme sprachen: es waren die weitreichenden Möglichkeiten, die im Volkskongreß zu liegen schienen und die man glaubte, nützen zu sollen. Külz vor allem war durch die deutlichen Hinweise Tulpanows bereits vor längerer Zeit über die sowjetischen Pläne zur Bildung eines „Ost-Staates" informiert, die jetzt Wirklichkeit zu werden drohten, wenn der Kongreß, an dessen Zustandekommen nicht gezweifelt werden konnte, von der SED allein beherrscht würde. Wenn es gelänge, westliche Hilfskräfte in großer Zahl zu mobilisieren, könnte man die Kommunisten nicht allzu schwer in die Minderheit bringen und die Initiative an sich reißen; dem zu erwartenden Druck der Straße glaubte man analog der Situation des Reichstages in der Weimarer Republik widerstehen zu können, um dann die Forderung durchzusetzen, den nächsten Volkskongreß im Westen abzuhalten.

In der wenigen zur Verfügung stehenden Zeit konnte das mit den westdeutschen Liberalen bzw. Freien Demokraten zwar nicht mehr intensiv durchgesprochen werden, jedoch fanden sich dort einige Befürworter des Planes, u. a. Schäfer und Blücher in der britischen Zone[4]).

Diese Motivation, nicht frei von phantastischen Zügen, spielte für den engeren Führungskreis eine ernsthafte Rolle; eine Verfolgung dieses Zieles hätte aber nicht nur einen Politiker mit Fähigkeiten, denen die von Wilhelm Külz gerade entgegengesetzt waren, vorausgesetzt, sie übersah ebenso den zeitlich nicht mehr aufholbaren Vorsprung der SED, wie vor allem, daß die gesamte Organisation und damit die Auswahl der Teilnehmer in kommunistischen Händen lag. —

---

[1]) Vgl. Bericht W. Schreibers; in: Protokoll der 27. Vorstandssitzung des LV Berlin der CDU am 6. Dezember 1947; CDU-Archiv, Akte V./P. 1947/48.

[2]) Külz-Nachlaß 65, am 28. November 1947.

[3]) Eigene Informationen.

[4]) Eigene Information.

Dennoch hoffte man in breiten Kreisen der Partei, daß der Volkskongreß „in letzter Minute noch eine Plattform werde, über Parteien und Zonengrenzen hinweg ... Die ihm von gewisser (westlicher; d. Verf.) Seite unterlegte Absicht, allein die Ostzone zu vertreten, muß widerlegt werden[1])." Das bedeutete nichts anderes als die Flucht nach vorn, als den Versuch, die totalitären Tendenzen der SED-Politik abzufangen durch Kooperation. Der Weg zurück, die Absage, hätte aber die Teilnahme der LDP nicht verhindert, da die Landes- und Kreisverbände sich dem starken sowjetischen Druck nicht widersetzen konnten[2]). Das hätte zwar der Parteiführung einen spektakulären Abgang verschafft, die Entwicklung aber völlig sich selbst überlassen, von der es sich noch keineswegs mit Sicherheit sagen ließ, ob sie nicht doch den Ansatz zu einer gesamtdeutschen Aktion bot. Die CDU-Führung wählte den Weg des Widerstandes und damit der Selbstaufgabe, die LDP glaubte das nicht verantworten zu können. Külz vor allem setzte bis zuletzt auf die Werbekraft des Einheitsgedankens bei allen Kreisen der Bevölkerung auch des Westens, die dort die Parteien und die Besatzungsmächte früher oder später zur Mitarbeit zwingen würde. Noch im März 1948 kritisierte er deren Haltung als „psychologisch töricht", fest davon überzeugt, „daß die Gedankenwelt des Volkskongresses in allen Teilen Deutschlands immer mehr an Boden gewinnen wird[3])". — Schließlich erhoffte sich die LDP durch ihre aktive Beteiligung auch einen Einfluß auf die Wirtschaftskommission, die bislang keiner Kontrolle seitens der Parteien unterstand, sowie möglicherweise eine Abschirmung der unter zunehmendem sowjetisch-kommunistischem Druck stehenden Länder.

Am 1. Dezember trat der Parteivorstand zusammen, um die Frage der Teilnahme zu besprechen; die Entscheidung aber hatte Külz praktisch bereits gefällt, was ihm seitens einiger Vorstandsmitglieder schwere Vorwürfe eintrug, ohne daß diese einen wirklichen Ausweg hätten zeigen können[4]). Die Flucht nach vorn, das Mitmachen um der Wahrnehmung aller Möglichkeiten willen, setzte sich auch hier durch und kam vorsichtig in der Entschließung zum Ausdruck[5]):

„Der Parteivorstand stimmt der Beteiligung am Volkskongreß zu. Selbstverständliche Voraussetzung für die Beteiligung ist, daß jede einseitige parteipolitische Ausrichtung der Aktion vermieden wird und daß der LDP bei der Durchführung des Volkskongresses und der von ihm zu beschließenden Maßnahmen die Stellung eingeräumt wird, die ihrer Bedeutung als der zweitstärksten Partei der Ostzone zukommt."

---

[1]) Begründung der LDP-Zustimmung im Thüringischen Landtag durch H. Becker; Thüringen, a.a.O., S. 760.

[2]) Eigene Informationen.

[3]) Külz-Nachlaß, am 18. März 1948.

[4]) Eigene Informationen.

[5]) Der Morgen, 2. Dezember 1947.

Der Landesverband Berlin gab am gleichen Tage eine direkt entgegengesetzte und die Entscheidung des Ostzonenvorstandes bedauernde Erklärung ab[1]).

Der Verlauf des Volkskongresses selbst mußte jedoch auch die geringen Hoffnungen der LDP begraben[2]); nicht nur, daß sie mit 253 Teilnehmern 1962 anderen gegenüberstand, nicht nur, daß der Westen mit 664 — davon 244 KPD-Mitglieder — gegenüber 1551 SBZ-Teilnehmern nur sehr schwach vertreten war, sondern auch das Versagen von Külz, von dem man allgemein eine deutliche Rede erwartet hatte, rief bei den meisten Delegierten der LDP tiefe Enttäuschung hervor[3]). Külz hatte dazu nicht mehr die Kraft besessen und ließ sich nur allzu leicht vom emotionalen Appell an das ‚über den Parteien' stehende Wohl des Vaterlandes überwältigen.

Nachträglich bekannte er, es habe „ein Fluidum bisher im Nachkriegsdeutschland noch kaum erfühlter Art" geherrscht, „nur völlige Gefühlskälte oder böswilliger Vorsatz konnte sich diesem Eindruck versagen". „Das Endergebnis ist jedenfalls gesamtdeutsch, reichseinheitlich, dem Sinne und der Entstehung nach[4])."

Durch den ergebnislosen Abbruch der Londoner Konferenz aber wies die von der SMAD gesteuerte Entwicklung genau in die entgegengesetzte Richtung: die Volkskongreßbewegung wurde auf alle Länder der Zone in Form von „Landeskongressen" ausgedehnt[5]) und systematisch mit neuem politischen Inhalt erfüllt. Im Aufruf zur 2. Tagung des „Thüringer Volkskongresses" am 5. März 1948 stand die Frage der deutschen Einheit schon nicht mehr im Mittelpunkt und die gefaßte Entschließung ließ die Tendenz deutlich erkennen[6]):

„Wir Delegierten ... betrachten als wichtigste Vorbedingung für die Schaffung eines einheitlichen demokratischen Deutschlands die harte unermüdliche Arbeit zur Festigung der demokratischen Grundlage unserer Zone ..."

Die Volkskongreßbewegung diente nun in gleicher Weise wie der Block zur Einengung des politischen Spielraumes der bürgerlichen Parteien.

Am 8. Februar wurde auf einer engeren Landesvorstandssitzung in Thüringen „entschieden zum Ausdruck gebracht, daß die Bewegungsfreiheit der Parteien durch den Volkskongreß, vor allem durch Aufstellung neuer Ziele, wie etwa eines politischen Programms, nicht angetastet werden dürfe ...[7])"; und der erweiterte Landesvorstand bekräftigte das am 28. Februar durch die Entschließung, „daß der Volkskongreß keinerlei parteipolitische Fragen in sein Arbeitsprogramm aufnimmt, sondern sich

---

[1]) Sonderrundschreiben vom 2. Dezember 1947; Külz-Nachlaß 75.

[2]) Vgl. „Protokoll des 1. Deutschen Volkskongresses für Einheit und gerechten Frieden, am 6. und 7. Dezember 1947 in der Deutschen Staatsoper, Berlin"; Schriftenreihe für Einheit und gerechten Frieden, Heft 1; Berlin 1948.

[3]) Eigene Informationen.

[4]) LDP-Informationen, 1. und 2. Dezemberheft 1947.

[5]) 12. Dezember in Thüringen, 15. Dezember in Sachsen, 18. Dezember in Mecklenburg.

[6]) Thüringer Landeszeitung, 7. März 1948.

[7]) Thüringer Landeszeitung, 11. Februar 1948.

weiterhin der Verwirklichung seiner ursprünglichen überparteilichen und überzonalen Aufgabe widmet[1])".

Der Weg führte jetzt ganz gradlinig zur Gründung der „Deutschen Demokratischen Republik".

3. Die Demokratische Partei Deutschlands

Die Bemühungen der LDP zur Bildung einer nationalen Repräsentation fanden ihre Entsprechung in dem Versuch, die liberalen Parteien aller Zonen und Länder zu einem einheitlichen Parteiverband zusammenzuschließen, der „Demokratischen Partei Deutschlands". Die Verwirklichung dieses Zieles, das fast schon erreicht schien, scheiterte schließlich am unauflöslichen inneren Zusammenhang mit der um die Jahreswende 1947/48 vollzogenen Änderung der politischen Gesamtlage.

a) *Der Führungsanspruch der LDP*

Die Registrierung der Berliner Gründungsgruppe der LDP erfolgte von vornherein als Spitzengründung einer in ganz Deutschland arbeitenden Partei. Nicht nur war es für die Gründer selbst gar keine Frage, daß der Anstoß zur politischen Neugestaltung Deutschlands nur von Berlin ausgehen konnte, daß, wie in der Vergangenheit, so auch jetzt alle Fäden hier zusammenlaufen müßten, sondern es schien das auch offensichtlich der Wille der sowjetischen Besatzungsmacht zu sein. Dieser Berliner Führungsanspruch — die Parteileitung nannte sich immer nur „Reichsparteileitung", und Külz wurde bei Wahl- und Vortragsveranstaltungen stets als „Reichsvorsitzender" angekündigt — wurde gestützt durch außerordentlich günstige Ausgangspositionen: einmal war es der erhebliche zeitliche Vorsprung der SBZ vor den ersten Parteilizenzen in den Westzonen; zum anderen waren die sowjetzonalen Parteien sofort Zonenparteien und bildeten bereits durchorganisierte Verbände mit rasch wachsenden Mitgliederzahlen, als im Westen erst vorsichtige und von den Besatzungsmächten nur zögernd genehmigte Ansätze zu Vereinigungen auf Länderebene gemacht wurden; schließlich gab die sowjetische Vergabe von Presselizenzen an die Parteizentralen diesen gleich zu Beginn finanzielle Mittel und damit Möglichkeiten zum Aufbau eines Apparates in die Hand, worüber die westlichen Parteien nur annähernd verfügten.

Zu diesen günstigeren Startbedingungen trat die bald deutliche andersartige politische Entwicklung in den Westzonen, aus der gerade auch die bürgerlichen Politiker der SBZ einen über das Parteiorganisatorische hinausgehenden politischen Führungsanspruch rechtfertigen zu können glaubten. Dieser bezog sich nicht nur auf den „politischen Separatistenklüngel", auf die zu „weitherzige Handhabung demokratischer Selbstbestimmung der Parteien auf diesem Ge-

[1]) Thüringer Landeszeitung, 3. März 1948.

biete[1])", sondern auch auf eine die Bevölkerung für politische Belange aufgeschlossener machende Atmosphäre der SBZ.

„Es ist keine Frage", erklärte Jakob Kaiser noch im September 1947 auf einer parteiinternen Veranstaltung[2]), „daß sich das Parteileben hier im östlichen Deutschland am regsten entfaltet. Es ist keine Frage, daß hier im östlichen Deutschland am regsten um die Grundhaltung einer deutschen Demokratie gerungen wird. Es liegt das an der Atmosphäre der Politik, die hier stärker von den Problemen der Weltauseinandersetzung berührt und bestimmt wird als an anderen Stellen Deutschlands."

Külz, der von seinen Vortragsveranstaltungen immer überfüllte Säle und begeisterte Zustimmung gewöhnt war, notierte nach einer Wahlreise durch Norddeutschland im März 1947[3]):

„Die Versammlungen waren gut, aber lange nicht so stark besucht, wie in der Ostzone. Die Leute sind hier tatsächlich viel langweiliger und ergeben sich fatalistisch in ihr Schicksal."

Den Grund dafür sah er in den wirtschaftlichen Verhältnissen der Westzonen[4]):

„Infolge größter Ernährungsschwierigkeiten ist die Stimmung gedrückt, teilweise explosiv. Die Leute sind apathisch, zum Teil stumpfsinnig. Das wirkt sich auch in dem Besuch der Versammlungen aus, von denen keine einzige überfüllt war."

Derartige Erfahrungen führten dazu, die Verhältnisse in der SBZ über Gebühr aufzuwerten, so etwa, wenn Külz diese als „die liberalste aller Zonen" bezeichnete, „weil das Parteileben und die Presse am weitesten entwickelt sind, während insbesondere auf dem Gebiete der Presse die anderen Zonen politisch zurück sind[5])". Damit hatte er jedoch, auf seine Partei bezogen, wiederum recht: keine der Parteien Westdeutschlands, am allerwenigsten die dortigen Liberalen, verfügten über ein vergleichbares System von Landeszeitungen, das der LDP über die zentrale Zeitung hinaus alle Kreise der Bevölkerung anzusprechen gestattete und das nicht unwesentlich zur politischen Aufgeschlossenheit der Bevölkerung beitrug. Külz, und nicht nur er, war darum lange Zeit ehrlich davon überzeugt, daß die SBZ „die fortschrittlichste politische Entwicklung" aufwies[6]).

Die Führung unter den deutschen Liberalen glaubte die LDP aber auch noch aus anderen Gründen beanspruchen zu dürfen. Einmal standen ihrem geschlossenen Verband zahlreiche, organisatorisch und im Namen sich voneinander absetzende liberal-demokratische Parteien im Westen gegenüber, die z. T. der ost-

[1]) Külz in Der Morgen, 10. Februar 1946.

[2]) Unionstagung am 6. September 1947; CDU-Archiv, Berlin, Akte LV „Berlin" und Zonenparteitag 1947.

[3]) Külz-Nachlaß 65.

[4]) Aus der Siegener Gegend; ebd.

[5]) Der Kurier, 5. Juni 1946.

[6]) Der Morgen, 6. März 1946.

zonalen Unterstützung ihren Start verdankten. Zum anderen konnte die LDP darauf hinweisen, daß es ihr erstmals in der Geschichte des deutschen Liberalismus gelungen war, eine große liberale Mitgliederpartei zu schaffen, was in den Westzonen auch nicht annähernd erreicht worden war[1]). Ihr politisches Prestige wurde nach den erfolgreichen Wahlen vom Herbst 1946 noch erheblich gestärkt, dem wiederum die Bruderparteien der Westzonen nichts Vergleichbares entgegensetzen konnten. Schließlich aber war es das existentielle Interesse der LDP an der deutschen Einheit, die zu verlieren man in der Ostzone wesentlich besorgter war als im Westen, wußte man doch sehr wohl, daß die endgültige Teilung das Ende der parlamentarisch-demokratischen Parteiarbeit bedeuten würde. —

b) *Unterstützung westlicher Landesverbände*

Bereits im Sommer und Herbst 1945, noch ehe der Parteiverband in der Sowjetzone konsolidiert war, suchte Berlin die Fühlungnahme mit den Westzonen und regte liberale Parteigründungen an, wo sie nicht schon in der Bildung begriffen waren. Unter dem Vorsitz von Koch wurden „quasi Emissäre in die englische und die amerikanische Zone geschickt, wobei es sich meist um Personen handelte, die ohnehin dorthin gingen, und die dann den Auftrag erhielten, ansässige Kreise zur Gründung von Ortsgruppen anzuhalten[2])". Es ist in der Folgezeit kaum eine offizielle Gründungsversammlung, kaum ein Landes- oder Zonenzusammenschluß liberaler Parteien in den Westzonen erfolgt ohne die Anwesenheit eines Vertreters der „Reichsleitung", wozu meist noch Delegierte einzelner Landesverbände der SBZ kamen, um die besondere Stellung Berlins zu unterstreichen[3]).

Nachdem mit der Bildung von Mecklenburg-Vorpommern als letztem Landesverband im Januar 1946 der Aufbau der LDP zu einem ersten Abschluß gekommen war, wandte die Reichsleitung ihre Aufmerksamkeit ganz betont nach Westen. Die Enttäuschung über das Ausbleiben westdeutscher Parteifreunde auf der 1. Delegiertenkonferenz im Februar 1946 wurde ausgeglichen durch eine erfolgreiche Reise von Külz in Begleitung Lieutenants im März nach Hessen. Wahrscheinlich hat Külz dabei Angebote finanzieller Unterstützung gemacht; größer aber war in jedem Falle das politische Prestige, das er für sich und seine Partei gewann.

Als „1. Vorsitzender der LDP" sprach er am 22. März auf einer Großkundgebung des Verbandes Kurhessen der LDP in Kassel; am 24. hielt er auf dem Landesparteitag von Groß-Hessen in Frankfurt/Main das Einleitungsreferat über „Aufgaben und Ziele einer liberal-demokratischen Ordnung des deutschen Gemeinschaftslebens", und

[1]) Fast alle befragten ehem. LDP-Mitglieder wiesen mit Stolz auf diesen Umstand hin.

[2]) Brief Kochs vom 5. Juli 1948, a.a.O.

[3]) Erstmalig auf einer Gründungsversammlung für die britische Zone am 20. November 1945 in Dortmund; Der Morgen, 1. Dezember 1945.

ebenso hielt er die Eröffnungsrede bei der wesentlich auf sein Betreiben zustande gekommenen 1. Zonenkonferenz der liberalen Parteien der amerikanischen Besatzungszone am Nachmittag desselben Tages, an der die hessische LDP, die württembergische DVP und die bayrische FDP teilnahmen; die Abschlußkundgebung in Wiesbaden am 25. sah wiederum Külz als Hauptredner über „Ziele einer deutschen liberal-demokratischen Politik[1])".

Der 1. Vorsitzende der LDP Hessens, Dr. Fertsch, war ein unbedingter Verfechter des engen Anschlusses an die Berliner Reichsleitung, von der insbesondere sein Landesverband, auch nachdem Dr. Fertsch durch den gegen Külz scharf ablehnenden A. M. Euler abgelöst worden war, erhebliche finanzielle Unterstützung erhielt[2]).

Diese Entwicklung rief den entschiedenen Widerstand der Württemberger hervor: die „Demokratische Volkspartei" hatte sich hier mit Reinhold Maier und Theodor Heuß rascher als in anderen Ländern der Westzonen organisiert bzw. rekonstituiert und dachte nicht daran, sich einer „Reichsleitung" unterzuordnen, zumal sie einer Hilfestellung weder finanziell noch propagandistisch bedürftig war. Ihr Generalsekretär, Ernst Mayer, hatte für kurze Zeit die sowjetzonale Entwicklung in Dresden als Geschäftsführer Kastners miterlebt und wurde nun von Stuttgart aus zum schärfsten Gegner des Berliner Führungsanspruches, wobei sich traditionell Berlin-feindliche und aktuell-politische Motive mischten.

„Wir haben hier im Süden und Westen", erklärte er[3]), „die eine gesamtdeutsche Mission, die wirkliche Demokratie zu vertreten und uns bereit zu machen, eine gesamtdeutsche Partei auf unsere Linie zu bringen."

Seitdem auf der Tagung in Frankfurt/Main klargeworden war, welche Initiative von Berlin ausging und eine wie starke Resonanz Külz im Westen gefunden hatte — auch die FDP Bayerns mit Dehler an der Spitze sympathisierte stark mit Berlin und erhielt von dort Zuschüsse[4]) —, sah Mayer die große Gefahr, überrundet zu werden und setzte nun alles daran, unter seiner bzw. Württembergs Führung einen Berlin-unabhängigen amerikanischen Zonenverband ins Leben zu rufen; die amerikanische Besatzungsmacht scheint das unterstützt zu haben[5]).

Um das zu verhindern und den Führungsanspruch Berlins zu sichern, unternahm Arthur Lieutenant vom 7. bis 15. August 1946 eine Reise nach Hessen, Württemberg und Bayern, auf der er versuchte, Hessen und Bayern gegen Württemberg, das nur ihre „Majorisierung" wolle, auszuspielen, die bereits getroffenen Abmachungen für einen festen US-Zonenverband rückgängig zu machen und statt dessen die Beziehungen zu Berlin zu intensivieren mit dem

---

[1]) Thüringer Landeszeitung, 30. März 1946.

[2]) Eigene Information.

[3]) Besprechung des US-Zonenvorstandes am 5. Januar 1947; FDP-Archiv, Bonn, Akte Zonenp. — am. Zone.

[4]) Eigene Information.

[5]) s. Anhang, Dokument 4.

Ziel einer Reichsparteigründung[1]). Aber Lieutenant konnte weder diesen Zonenverband, der am 28./29. konstituiert wurde, noch den zunehmenden Einfluß Eulers in Hessen, der ganz auf seiten Mayers stand, verhindern. —

Enger und reibungsloser gestalteten sich die Beziehungen zur FDP der britischen Zone, deren 1. Delegiertenkonferenz am 7./8. Januar 1946 in Opladen mit Beteiligung Lieutenants stattfand und die mit einer Erklärung endete, daß man sich „als Glied der zusammengeschlossenen liberal-demokratischen Parteien der anderen Zonen" betrachte[2]). Da außer in der SBZ noch keine Zonenverbände bestanden, bedeutete das die indirekte Anerkennung der LDP-Führung, woraus Külz auf der Weimarer Delegiertentagung im Februar allzu optimistisch folgerte, „daß von einer organisatorischen Parteieinheit in der russischen und englischen Besatzungszone gesprochen werden kann[3])". — Im Januar 1947 wurde Dr. Falk, Jugendreferent bei der Parteileitung und zeitweise Vorsitzender des Landesverbandes Brandenburg, mit ausdrücklicher Genehmigung der sowjetischen Besatzungsmacht als Generalsekretär für die britische Zone freigestellt — man legte dort großen Wert auf die Erfahrungen der mitteldeutschen Parteifreunde, die immerhin auch zwei Wahlen erfolgreich überstanden hatten und deren materielle Unterstützung nicht unbedeutend war: Falk brachte 20 000 RM Wahlgelder mit; der britische Zonenverband erhielt einen ständigen Zuschuß von monatlich rund 10 000 RM[4]). Daneben aber beteiligte sich die LDP durch Einsatz ihrer besten Redner aktiv an der Werbearbeit zu den Landtagswahlen im April 1947.

Külz allein sprach in Köln, Aachen, Bonn und Siegen; Lieutenant hielt Reden in Krefeld, Gelsenkirchen, Solingen und Herford; zusammen traten beide auf in Kiel, Neumünster, Oldenburg, Lübeck, Osnabrück, Lüneburg, Bremen, Minden und Braunschweig. Außerdem hielten Wahlversammlungen in der britischen Zone ab: Wolff, Markewitz, Reiff, Ediger, Schwennicke, Schöpke und Kiefer[5]).

Bis zuletzt hatte Külz in der britischen Zone seinen stärksten westlichen Rückhalt, besonders bei Blücher, der ihm wiederholt nahelegte, in der dortigen FDP führend weiterzuarbeiten, wenn die ostzonale Entwicklung sich verschärfen sollte[6]). —

Der Umfang des Einflusses und der Unterstützung der westlichen liberalen Parteien durch die LDP ist nicht mehr genau bestimmbar. Er war jedoch, wie sich zusammenfassend feststellen läßt, sowohl durch die finanziellen Möglichkeiten der LDP, als auch durch ihre propagandistischen Hilfen, nicht zuletzt aber durch den erbrachten Nachweis eigener politischer Leistung recht erheb-

[1]) Nach dem Bericht Lieutenants an den Parteivorstand; Akten Lieutenant.

[2]) Der Morgen, 12. Januar 1946.

[3]) Der Morgen, 10. Februar 1946.

[4]) Eigene Information.

[5]) Külz-Nachlaß 65. — Der Morgen, 28. März 1947.

[6]) Eigene Information.

lich. Er konnte, wenn man, wie Ernst Mayer, die LDP als eigentlich willenloses Werkzeug der sowjetischen Deutschlandpolitik betrachtete, zu Recht als eine ernste Gefahr gesehen werden. —

c) *Der Koordinierungsausschuß*

Die engen Beziehungen zu den westlichen Landesverbänden und die teilweise Anerkennung des Berliner Führungsanspruches führten im Gesamtrahmen der LDP-Deutschlandpolitik konsequent zu den Versuchen, eine gesamtdeutsche Parteiorganisation aller liberalen Landes- und Zonenverbände unter der Führung der Reichsparteileitung zu bilden. Nach dem für die Berliner Position so erfolgreichen Auftreten in Hessen wurde der erste Schritt in dieser Richtung auf dem britischen Zonenparteitag der FDP unternommen, der vom 18. bis 20. Mai 1946 in Bad Pyrmont stattfand; in FDP-Generalsekretär Hermes hatte Külz dabei einen starken Fürsprecher seines Planes, einen Koordinierungsausschuß zur Vorbereitung des Zusammenschlusses zu bilden.

Mit Ausnahme Württembergs und der französischen Zone waren Vertreter aller liberalen Parteien in Pyrmont versammelt, die LDP der Sowjetzone schickte neben Külz und Lieutenant vom Vorstand Delegierte aller Landesverbände, die sich extra vorher zu einer Absprache getroffen hatten[1]). Külz, der dieses Treffen ansah als Vorbereitung des im Juli in Erfurt stattfindenden eigenen Zonenparteitages, der ein „Reichsparteitag" werden sollte, mußte hier erste Enttäuschungen erleben: er und seine Parteifreunde sahen sich ernsthafter Kritik an den Zuständen in der SBZ ausgesetzt, die sie aber eifrig verteidigten. Insbesondere Bayern, das sich später so stark für die Bindung an Berlin aussprach, hielt einen Zusammenschluß wegen des starken kommunistischen Druckes auf die LDP für unzweckmäßig und bezeichnete die SED als „neue Totalitätspartei[2])". Demgegenüber verteidigte sich Külz mit der Versicherung, ein Einparteiensystem läge auf gar keinen Fall im Interesse der sowjetischen Besatzungspolitik, die vielmehr ganz im Gegenteil das demokratische Eigenleben Deutschlands nicht antasten wolle und auf die Erhaltung der deutschen Einheit hinarbeite[3]). Er erklärte darüber hinaus ausdrücklich, daß Sowjetstellen ihn zu der Erklärung ermächtigt hätten, eine gesamtdeutsche, nichtmarxistische, demokratische Partei werde von ihnen nicht nur nicht behindert, sondern sogar gewünscht[4]).

Tatsächlich hatte Sokolowski bereits im März im Kontrollrat den Antrag eingebracht, „den deutschen demokratischen Parteien keine Hindernisse in den

[1]) Thüringer Landeszeitung, 22. Mai 1946.

[2]) Der Morgen, 21. Mai 1946.

[3]) Ebd. — Der Tagesspiegel, 23. Mai 1946.

[4]) Der Morgen, 21. Mai 1946.

Weg zu legen, wenn sie sich innerhalb ganz Deutschlands zusammenschließen wollen". Er war gescheitert am Veto Frankreichs[1]).

Es gelang Külz, trotz der mit leichter Resignation konstatierten „Zonenentfremdung[2])", persönlich zu überzeugen, so daß der Parteitag mit einer Hoffnung erweckenden Resolution enden konnte[3]):

„Die anläßlich des Parteitages der Freien Demokratischen Partei in Bad Pyrmont vom 18. bis 20. Mai 1946 zusammengekommenen Vertreter gleichgerichteter politischer Parteien in der britischen, amerikanischen und russischen Zone Deutschlands sind einig in dem Willen, sich zu *einer* demokratischen Partei ganz Deutschlands zusammenzuschließen.

Hierzu soll die Genehmigung der zuständigen Besatzungsbehörden erbeten werden.

Die nicht vertretenen gleichgerichteten Parteien der französischen Zone Deutschlands werden eingeladen, sich anzuschließen.

Freie Demokratische Partei (in der britischen Zone)
Liberal-Demokratische Partei Großhessen
Freie Demokratische Partei (Landesverband Bayern)
Liberal-Demokratische Partei Deutschlands."

Diese Resolution konnte jedoch nicht darüber hinwegtäuschen, daß der Zusammenschluß in keiner Weise institutionell gesichert war. Nicht zuletzt aus diesem Grund geschah in der Folgezeit nichts in der Richtung auf den Zusammenschluß, und auch der Erfurter Parteitag (6.—8. Juli 1946), überschwenglich als „der erste, ganz Deutschland umfassende Parteitag der LDP" begrüßt[4]), sah doch nur einige wenige westdeutsche Parteifreunde, von denen nur Hermes eine führende Parteistellung bekleidete. Wohl aus Enttäuschung darüber entschloß sich Külz zu einem — für ihn persönlich bezeichnenden — politischen Theatercoup: Unmittelbar anschließend an den Parteitag nahm er die westdeutschen Gäste mit nach Berlin und konstituierte mit ihnen, die dazu in keiner Weise legitimiert waren, kurzerhand eine „Liberal-Demokratische Partei Deutschlands".

Auf Vorschlag Wolfs (amerikanische Zone) wurde ein Vorstand, bestehend aus Blücher (britische Zone), Rautenstrauch (französische Zone), Dr. Linnert (amerikanische Zone), Külz (sowjetische Zone) und Lieutenant als Geschäftsführendem Vorsitzenden gewählt. — Hermes begrüßte für seine Zone die neue Reichspartei als „erste politische Organisation seit 1933, die eine interzonale Gesinnungsgemeinschaft darstellt". Dr. Dohr gab ihr für die französische Zone „mit freudigem Herzen" seine Zustimmung, und Landgrebe für die amerikanische Zone erklärte „vorbehaltlich der Genehmigung der Militärregierung ..., daß wir mit den Ausführungen des Herrn Dr. Külz voll einverstanden sind ...[5])"

Das Ganze war ein nur der persönlichen Überredungskunst von Külz zu verdankendes und politisch ebenso wertloses wie im Westen fast durchweg abgelehntes Manöver,

[1]) Clay, Entscheidung ... a.a.O., S. 138 f.

[2]) Thüringer Landeszeitung, 22. Mai 1946.

[3]) Der Morgen, 21. Mai 1946.

[4]) Thüringer Landeszeitung, 6. Juli 1946.

[5]) Thüringer Landeszeitung, 13. Juli 1946.

das im Gegenteil dort das Mißtrauen gegen Berlin entscheidend verstärkte und Ernst Mayer die Bayern vor die klare Alternative stellen ließ: „Berlin oder Stuttgart![1])"

Die Sinnlosigkeit dieses „Possenspiels" (Mayer) zeigte sich deutlich auf dem amerikanischen Zonenparteitag in Stuttgart (28./29. September 1946), auf dem Külz „die Einsetzung des in Pyrmont beschlossenen Koordinierungsausschusses mit dem Ziel und Auftrag, einen Zusammenschluß der Zonenverbände zu einer . . . einheitlichen Parteiorganisation vorzubereiten", als Entschließung neu einbringen mußte[2]).

Die gegensätzlichen Standpunkte wurden hier noch einmal deutlich formuliert, zuerst von Ministerpräsident Reinhold Maier, der sich offen gegen die demokratische Einheitspartei aussprach, nicht weil er gegen Berlin sei, „für unsere bodenständige demokratische Partei war aber eine Demokratie unter Berliner Führung immer gefährlich und wir werden einer solchen auch nie Gefolgschaft leisten." Ernst Mayer, nach dessen Gefühl „die Sonne der Demokratie . . . noch nie im Osten aufgegangen" war, präzisierte das: die Reichspartei sei sowohl ideell — der Osten verstehe unter Freiheit und Demokratie etwas anderes — als auch funktionell und schließlich bekenntnismäßig unmöglich, „denn wir haben es nicht nötig, heute ‚in Nationalismus zu machen'."

Külz, der dagegen den Zusammenschluß als „Gebot der Stunde" mit großem Einsatz verteidigte, denn es werde die Entscheidung über ein endgültiges Auseinanderbrechen Deutschlands in zwei Teile sehr bald fallen, erhielt darin von der britischen (Middelhauve) und der französischen Zone Unterstützung. Theodor Heuß, zum 1. Vorsitzenden des amerikanischen Zonenverbandes gewählt, versuchte mit Erfolg zu vermitteln: die Frage der Reichspartei sei relativ unwichtig, „weil wir mit den Freunden der Ostzone in nahem Vertrauensverhältnis stehen" und es auf die richtigen Männer und die „Verantwortlichkeit der deutschen Gesinnung" ankomme — Formulierungen, die die Differenzen nur überdeckten, nicht beseitigten[3]).

Dennoch schien am 8./9. November 1946 endlich das Nahziel erreicht: in Koburg konstituierte sich der Koordinierungsausschuß als Arbeitsgemeinschaft, die den Zusammenschluß zur „Demokratischen Partei Deutschlands" durchführen sollte, sobald der Kontrollrat die Genehmigung dazu erteilt hätte — die Württemberger waren dem Treffen allerdings als einzige ferngeblieben[4]). Die Kontrollratsgenehmigung war jedoch auf keinen Fall zu erwarten, da unmittelbar zuvor, am 29. Oktober, eine diesbezügliche Direktive am Veto Frankreichs gescheitert war, die es generell allen Parteien gestatten sollte, sich auf gesamtdeutscher Grundlage zu vereinigen und Zentralorgane zu bilden[5]).

Trotzdem ging man bereits auf der 2. Sitzung des Ausschusses, am 17. März 1947 in Rothenburg, bis zur Erklärung der vollzogenen Vereinigung, diesmal einschließlich Württembergs[6]):

[1]) s. Anhang, Dokument 4.

[2]) Der Morgen, 5. Oktober 1946.

[3]) Protokoll im FDP-Archiv, Bonn, Akte Zonenp. — am. Zone.

[4]) Akten Lieutenant. — Die LDP war durch Külz, Lieutenant, Wolff und Moog vertreten.

[5]) Thüringer Landeszeitung, 2. November 1946.

[6]) Külz-Nachlaß 65.

„I. Die bisher im Koordinierungs-Ausschuß vertretenen demokratischen Parteien Deutschlands, nämlich

1. die Liberal-Demokratische Partei in der sowjetisch besetzten Zone Deutschlands,
2. die Freie Demokratische Partei in der britisch besetzten Zone Deutschlands,
3. die Demokratische Volkspartei in der amerikanisch besetzten Zone Deutschlands (Vereinigte Parteien),
4. die Demokratische Volkspartei in Württemberg-Baden,
5. die Liberal-Demokratische Partei in Hessen,
6. die Freie Demokratische Partei in Bayern,
7. die Bremer Demokratische Volkspartei in Bremen

bestätigen ihre Einheit in der

Demokratischen Partei Deutschlands.

II. Die Parteien in den einzelnen Ländern führen bis auf weiteres neben dem gemeinsamen Namen „Demokratische Partei Deutschlands" ihre bisherigen Bezeichnungen weiter.

III. Die Mitglieder des bisherigen Koordinierungsausschusses bilden bis auf weiteres den Vorstand der Demokratischen Partei Deutschlands.

IV. Zu gleichberechtigten Vorsitzenden wurden Dr. Theodor Heuß, Stuttgart, und Dr. Wilhelm Külz, Berlin gewählt.

V. Die Vorsitzenden werden die sich aus diesem Beschluß ergebenden Maßnahmen unverzüglich einleiten."

Der Sitzung war — ebenfalls in Rothenburg — am 14. März ein Treffen des US-Zonenvorstandes vorangegangen[1]), auf dem es zu heftigen Differenzen insbesondere zwischen Bayern und Württemberg in der Frage der Beurteilung des Verhältnisses zu Berlin gekommen war: Dr. Dehler und Dr. Langer traten für die Reichspartei ein mit der Begründung, daß man dadurch der LDP in ihrer schweren Lage nur helfen könne, denn eben diese lasse sie so energisch für den Zusammenschluß eintreten; man einigte sich auf einen Kompromiß: keinesfalls käme ein Vertreter der Sowjetzone für die Parteiführung in Frage, weshalb dann Theodor Heuß für dieses Amt nominiert wurde. — Obwohl Ernst Mayer noch ausdrücklich vor „voreiligen Resolutionen" gewarnt hatte, war doch die von Rothenburg schließlich wieder eine solche, entstanden in einer betonten Verbrüderungsstimmung, die es auch Mayer und Euler offensichtlich unmöglich machte, die wenigstens gleichberechtigte Wahl von Külz zu verhindern.

Auf den gefühlsempfänglichen Külz machte es einen großen Eindruck, daß Heuß ihn zu Beginn in einer längeren Rede würdigte und daran erinnerte, zu Beginn seiner parlamentarischen Tätigkeit sich von ihm oft Rat geholt zu haben. Durch einen langen stillen Händedruck beider Männer wurde die vollzogene Einigung bekräftigt — auch die Delegierten erhoben sich von ihren Plätzen und reichten sich die Hand . . .[2]).

Die einzige organisatorische Maßnahme — die Bestellung von Arthur Lieutenant und Ernst Mayer zu Geschäftsführern der DPD — blieb ohne praktische Bedeutung; daß der neue Verband schon über der ersten schweren politischen

---

[1]) Protokoll im FDP-Archiv, Bonn, Akte Zonenp. — am. Zone.

[2]) Külz-Nachlaß 65.

Auseinandersetzung wieder zerbrach, lag nicht zuletzt am Fehlen auch nur des geringsten parteibürokratischen Apparates. Auf wie schwacher Grundlage aber die ganze Vereinigung auch im gegenseitigen politischen Verstehen ruhte, wurde offenbar an der von Mayer noch am selben Tage gehaltenen Rundfunkansprache, in der er die süddeutschen Vorbehalte scharf zum Ausdruck brachte: „Wir wollen, um es ganz klar zu machen, keine Einheit, deren Formen und Lebensbedingungen vom Osten her bestimmt werden[1])."

Ohne daß eine Antwort auf den am 21. März an den Kontrollrat gerichteten Antrag auf Genehmigung des Zusammenschlusses eingegangen war, versammelte sich der Vorstand der DPD am 9. Juli in Berlin zu seiner 1. Sitzung. Vorangegangen war vom 4. bis 7. Juli der Eisenacher Parteitag, der trotz einer vielbeachteten Rede von Heuß[2]) und der Anwesenheit Blüchers und Eulers wieder nicht zum „Reichsparteitag" geworden war. Auf dieser Berliner Vorstandssitzung nun wurden die den Zonenvorständen zur Annahme vorzulegenden „Grundsätze der Demokratischen Partei Deutschlands[3])" gebilligt, deren linksliberale Tendenzen deutlich die Autorschaft der LDP verrieten; ebenso beschloß man die Ausarbeitung eines an Weimar orientierten Verfassungsentwurfes, sowie die Errichtung von DPD-Verbindungsstellen in Berlin und Frankfurt/Main, über die Erfahrungen und praktische Informationen besonders aus der parlamentarischen Tätigkeit ausgetauscht werden sollten[4]). Daß diese Besprechung mit Beteiligung der Vertreter aller vier Besatzungsmächte stattfand, verlieh ihr ein durch das sachliche Ergebnis in keiner Weise gerechtfertigtes Gewicht in den Augen der LDP: die DPD bestand auch weiterhin lediglich als Gemeinschaft des „guten Willens" ihrer Führer und ohne Einigkeit in konkreten politischen Fragen, ganz zu schweigen von Organisation oder Satzung. —

Die zweite Vorstandssitzung der DPD wurde am 3. November in Frankfurt/Main abgehalten[5]). Konnte am Vormittag unter der Leitung von Külz mit der Einsetzung einer Verfassungskommission und dem Auftrag an ihn, dieser einen Entwurf vorzulegen, noch befriedigend gearbeitet werden, so änderte sich das sofort, als am Nachmittag unter dem Vorsitz von Heuß politische Fragen erörtert wurden. Deprimiert mußte Külz feststellen, „daß das Denken und Fühlen hinter Zonenschlagbäumen schon sehr weit fortgeschritten ist. Das Vorurteil gegen die Ostzone war auffällig entwickelt und an kritischen Bemerkungen fehlte es nicht . . .". Am schlimmsten erschien ihm der Bericht über die Verhältnisse in der französischen Zone, wo offenbar bewußt auf die Zersplitterung hingearbeitet werde. „Gesamtdeutsches Denken und Fühlen war schon sehr getrübt und das Bestreben, die Zonen gegeneinander auszuspielen, war offensicht-

[1]) Der Tagesspiegel, 3. Mai 1947 (Beiblatt).

[2]) Der Morgen, 8. Juli 1947.

[3]) Der Morgen, 15. Juli 1947.

[4]) Der Morgen, 10. Juli 1947.

[5]) LDP-Informationen, 1. und 2. Dezemberheft 1947.

lich[1])." Dennoch gelang es angesichts der bevorstehenden Londoner Konferenz in einem Punkt Einigkeit zu erzielen:

„Der in Frankfurt/Main versammelte Vorstand der Demokratischen Partei Deutschlands lenkt die Aufmerksamkeit der Alliierten erneut auf die Notwendigkeit der unverzüglichen Wiederherstellung der deutschen Gesamtstaatlichkeit. Er erwartet die baldige Ausschreibung von allgemeinen, unbeeinflußten, demokratischen Wahlen bei ungehinderter Zulassung und Entfaltung aller demokratischen Parteien in allen Besatzungszonen und die Bildung einer deutschen Gesamtregierung nach dem Willen des deutschen Volkes[2])."

Strenggenommen mußte das die Beteiligung an einem Volkskongreß, von dem allerdings jetzt noch nicht die Rede war, ausschließen — es war die letzte Erklärung einer gesamtdeutschen politischen Partei überhaupt. —

[1]) Külz-Nachlaß 65, am 4. November 1947.

[2]) Akten Lieutenant.

VII. Das Scheitern der LDP

1. Die Opposition des Landesverbandes Berlin

Innerhalb der LDP hatte der Landesverband Berlin sehr früh eine Sonderstellung eingenommen: die Viermächteverwaltung der Stadt, ein Parlament, in dem neben SED und CDU auch die SPD noch saß, die Auflösung des Einheitsblocks mit der Konstituierung dieses Parlaments — das alles führte notwendig zu einer von der der Ostzonen-Landesverbände wie des Parteivorstandes abweichenden Politik. War diese anfangs nur taktisch bedingt, so ergaben sich doch in dem Maße, wie die LDP in der SBZ zu schwerwiegenden Kompromissen gezwungen war — Enteignungen als Mittel zur Sozialisierung, Aufnahme der Massenorganisationen in den Block etc. — auch inhaltliche Differenzen darüber, wo die Grenzen liberaler und demokratischer Kompromißbereitschaft zu liegen hätten. Sie traten erstmals offen zutage auf dem Eisenacher Parteitag im Juli 1947, wo Anton Schoepke für Berlin erklärte, die Wiederwahl von Külz nicht unterstützen zu können; er betonte dabei ausdrücklich, daß sich diese Stellungnahme nicht gegen „die gewiß verehrungswürdige Person Dr. Külz'" richte, sondern nur gegen die Politik, deren Repräsentant er geworden sei und die „den Namen der Partei mit dem Odium des Opportunismus behaftet hat[1])". Die beantragte geheime Abstimmung wurde abgelehnt und Külz gegen nur 23 Stimmen und 9 Enthaltungen wiedergewählt, woraufhin Schwennicke, 1. Vorsitzender der Landesverbandes, auch die Zurückziehung der Berliner Vertreter aus dem Vorstand bekanntgab, da für das kommende Jahr nun keine Änderung der kritisierten Politik der Partei zu erwarten sei.

Ziel und Zweck dieses Vorstoßes war es keineswegs, sich von der LDP zu trennen, im Gegenteil: die Berliner wollten sich zum Sprachrohr einer bei den Zonendelegierten weitverbreiteten Kritik machen, die diese nur nicht laut zu äußern wagten; es war ihre Absicht, durch diesen Angriff der Parteileitung den Rücken zu stärken, es ihr zu ermöglichen, dem kommunistischen Druck gegenüber härtere Positionen zu beziehen; ihre Opposition war also durchaus loyal[2]).

Dahinter aber verbargen sich doch prinzipielle Differenzen über die einzuschlagende Politik: Während die Parteileitung den Kampf gegen die Totalitätsansprüche des Kommunismus nur in einem wiedervereinigten Deutschland für möglich hielt und darum mit Hilfe der sowjetischen Besatzungsmacht um jeden Preis diese Einheit erringen wollte, sah man in Berlin die Bekämpfung des Kommunismus als vordringlich an, der die Einheit dann als nächster Schritt

[1]) „Zweiter Parteitag", a.a.O., S. 75 ff.

[2]) Eigene Information.

folgen würde, wobei man sich des Rückhalts nicht nur bei den westlichen liberalen Parteien, sondern vor allem bei den westlichen Besatzungsmächten sicher war.

Die SMAD, der die Gefährlichkeit dieser Oppositionspolitik völlig klar war, konnte den Auseinandersetzungen nicht untätig zusehen. Da ihre bisherige Methode, über Külz einen Druck auf die Berliner LDP auszuüben, jetzt versagte, versuchte sie, Schwennickes Position „von unten her" anzugreifen. Unter Umgehung des Landesvorstandes wurden die Bezirksvorsitzenden der acht Ostberliner Bezirke von ihren Bezirkskommandanten vorgeladen — es kamen allerdings nur vier — und ihnen Fragen vorgelegt, die umgehend schriftlich zu beantworten waren; sie sollten darin erklären, wie sie zur Politik Schwennickes stünden, zum Marshall-Plan, zum Kominform etc.[1]).

Vor der entscheidenden Londoner Konferenz wurden jedoch weitergehende Anstrengungen in dieser Richtung nicht unternommen. Die Hoffnung der Besatzungsmacht, Schwennicke werde die Aussichtslosigkeit seiner Haltung einsehen[2]), zerschlug sich aber auf der Hauptausschußsitzung in Weimar (5.—7. Januar 1948), wo es ganz im Gegenteil den Berlinern gelang, die übrigen Delegierten zu einer Erklärung zu veranlassen, die der Parteileitung die Respektierung der Berliner Lage abverlangte. Darüber hinaus mußte Külz eine Niederlage einstecken, indem die nachträgliche Kritik an seiner selbständigen Volkskongreßzustimmung zu dem Beschluß führte[3]):

„Vor allen grundsätzlichen politischen Entscheidungen sind die Vorsitzenden der Landesverbände zu hören. Ist eine Übereinstimmung mit dem geschäftsführenden Vorstand nicht zu erzielen, entscheidet der Hauptausschuß bzw. der Parteitag."

Als Külz aber bereits am 9. Januar wiederum eigenmächtig im „Morgen" eine Erklärung gegen die politische Entwicklung in den Westzonen abgab, war dieser letzte Versuch Berlins, sich innerhalb des Zonenverbandes durchzusetzen, gescheitert: Külz wurde aufgefordert, sein Stadtverordnetenmandat niederzulegen[4]), und am 20. Januar forderte die Zonenleitung ihrerseits in einem „Aufruf zum Zusammenschluß gegen Parteizersplitterung" die Bildung einer neuen „Landesgruppe Berlin[5])"; man darf annehmen, daß die sowjetische Besatzungsmacht dazu entscheidend beigetragen hat. Schwennickes Verhalten dagegen wurde auf einer Gesamt-Berliner Funktionärskonferenz

[1]) Der Abend, Der Telegraf, 31. Oktober 1947. — Der Kurier, 1. November 1947. — Dementiert von Tägliche Rundschau, 1. November 1947.

[2]) Der sowjetische Verbindungsoffizier auf der Weimarer Delegiertenkonferenz fragte Schwennicke, warum er antisowjetische Hetze treibe, obwohl er sich doch darüber klar sein müsse, daß in absehbarer Zeit in Berlin nur noch eine Besatzungsmacht sein werde . . . Der Tagesspiegel, Der Telegraf, 9. Januar 1948.

[3]) LDP-Informationen, 2. Januarheft 1948.

[4]) Informationen des Landesverbandes Berlin der LDP, Nr. 1; 27. Januar 1948.

[5]) Der Morgen, 20. Januar 1948.

am 25. Januar mit 490 gegen 6 Stimmen gebilligt und der Neugründungsversuch abgelehnt[1]).

Der endgültige Bruch wurde vollzogen auf einer Sitzung des erweiterten Parteivorstandes in Halle am 10. Februar 1948, wo festgestellt wurde, daß Berlin sich durch sein Verhalten selbst aus dem Gesamtverband ausgeschlossen habe[2]); die Betroffenen waren hier jedoch schon nicht mehr vertreten: Külz hatte Schwennicke vertraulich von der Teilnahme abgeraten, da er nicht mehr für freies Geleit garantieren könne . . .[3]).

2. Der Bruch mit dem Westen

Die Auseinandersetzungen zwischen Berlin und der Parteileitung belasteten die Beziehungen Külz' zum Westen und seine Bemühungen um die Bildung der Reichspartei aufs schwerste; Euler in Hessen und Mayer in Württemberg stellten sich ausdrücklich auf seiten Schwennickes, der Mitglied des Koordinierungsausschusses war, und hatten damit nun innerhalb der LDP selbst Bundesgenossen in ihrer Kritik an der Külzschen Politik.

Euler verschärfte seine Angriffe gegen Külz durch persönliche Verunglimpfungen, indem er ihm „schwächliche, liebedienerische Haltung" vorwarf und schließlich forderte, weitere Zusammenkünfte im Rahmen des Koordinierungsausschusses sollten überhaupt unterbleiben[4]): Külz sei ein „Schädling am demokratischen Gedanken und an der Einheit Deutschlands, . . . der seine sich für eine wahrhafte und rechtsstaatliche Demokratie einsetzenden Parteifreunde der Willkür und Rechtlosigkeit eines Diktaturregimes preisgibt[5])".

Als in diese feindselige Stimmung die Nachricht von der Beteiligung der LDP am Volkskongreß hineinplatzte, war es Ernst Mayer ein leichtes, sämtliche westdeutschen Parteiverbände in der Ablehnung dieses Schrittes zu vereinigen und den Bruch zu vollziehen. „Im Einverständnis mit den Parteien der Westzonen und im Auftrag des Vorsitzenden, Dr. Theodor Heuß", berief er zum 18. Januar 1948 „eine Sitzung des Koordinierungsausschusses, vorläufigen Gesamtvorstandes der DPD" ein, deren einziger Tagesordnungspunkt lautete: „Besprechung der Parteisituation nach Absage der Westzonen an Dr. Külz[6])". In Verkennung der Lage innerhalb der LDP versuchten Heuß und einige auf Ausgleich bedachte Kreise der britischen Zone der SBZ nur die Ablösung von Külz und Lieutenant nahezulegen, um das Auseinanderbrechen der Parteiverbände zu verhindern.

---

[1]) „Für Recht und Freiheit", a.a.O., — Keesing 1948, S. 1385 L.

[2]) Der Morgen, 11. Februar 1948.

[3]) Eigene Information. — Vgl. „Berliner Schicksal", a.a.O., S. 297 ff.

[4]) LDP-Kurier; Mitteilungsblatt der LDP Hessen, 1. Dezember 1947.

[5]) LDP-Kurier, a.a.O., 3. Dezember 1947.

[6]) Brief der „Demokratischen Volkspartei in der amerikanisch besetzten Zone", an Arthur Lieutenant vom 29. Dezember 1947; Akten Lieutenant.

Aber selbst die Kräfte in der LDP, die gegen Külz' Politik opponierten und auch seine Volkskongreßentscheidung nicht ganz billigten, standen doch insoweit geschlossen hinter ihrem Vorsitzenden, daß sie mehr Verständnis der Westzonen für die Schwierigkeiten ihrer Parteileitung verlangten[1]).

Mit der ausdrücklichen Begründung, die westlichen Angriffe auf die Parteileitung abzuschwächen, beschloß der LDP-Hauptausschuß auf eben der Januarsitzung in Weimar, wo er dem Vorstand gerade zwei Niederlagen bereitet hatte, alle sechs Landesverbandsvorsitzenden zu der Tagung des Koordinierungsausschusses nach Frankfurt/Main zu entsenden[2]). Külz selbst war auf Anraten von Heuß nicht erschienen, was es den westdeutschen Delegierten wohl erleichterte, zwar ohne Namen zu nennen, aber doch sehr deutlich seine und des anwesenden Lieutenants Abberufung zu fordern. Zu Recht mußten das die LDP-Vertreter als „Eingriff in die selbständige Politik der Partei der Ostzone" empfinden[3]). Daß sie sich in Frankfurt/Main in ihrer Argumentation nicht ganz frei fühlten, da man in Dieckmann einen nach Karlshorst berichtenden „Aufpasser" vermutete[4]), spielte eine durchaus untergeordnete Rolle. Es waren Differenzen politischer, nicht persönlicher Natur, die eine Einigung unmöglich machten — Männer wie Moog, Gaertner und Lieutenant haben später zur Genüge bewiesen, daß sie durchaus für ihre Überzeugungen einzutreten in der Lage waren und nicht in derart entscheidenden Fragen wider ihre Überzeugung handelten[5]).

In dem nach langen, ergebnislosen Verhandlungen und wegen seines von Heuß vorgeschlagenen Schlußsatzes gegen die LDP-Stimmen angenommenen Kommunique hieß es[6]):

„Die einheitliche Grundauffassung über das deutsche Schicksal im europäischen Raum und über den Aufbau eines freiheitlichen Lebens wurde festgestellt, aber ebenso die unterschiedliche Beurteilung der politischen Maßnahmen in den verschiedenen Zonen. —

Der Koordinierungsausschuß bestätigt seinen Beschluß vom 3. November, der als deutsche Vertretung gegenüber der Welt ein aus allgemeiner ungehinderter Volkswahl hervorgegangenes Parlament forderte. —

Von den Vertretern der Westzonen wurde bei aller Beachtung ihrer besonderen Situation den Sprechern der Ostzone nahegelegt, nach der personellen und sachlichen Seite daraus die Folgerungen zu ziehen."

---

[1]) Vgl. „Rundbrief des Bezirks- und Kreisverbandes Leipzig der LDP" vom 20. Dezember 1948; Külz-Nachlaß 72.

[2]) Külz-Nachlaß 72.

[3]) Bericht Moogs und Gaertners über die Sitzung; in: Thüringer Landeszeitung, 23. Januar 1948.

[4]) Eigene Information.

[5]) Alle drei verließen bald darauf die SBZ.

[6]) Informationen des Landesverbandes Berlin der LDP, Nr. 2, 31. Januar 1948.

Die „Demokratische Partei Deutschlands" hatte damit zu bestehen aufgehört — ein Vorgang, von dem Franz Blücher bekannte, „... daß mir nur wenige Tage in meinem Leben so schmerzlich gewesen sind, wie der 18. Januar. Ich war sehr erschüttert, als wir uns verabschiedeten[1])."

Theodor Heuß hatte bereits am 19. Dezember in einem Brief an Wilhelm Külz diesen Trennungsstrich gezogen und damit zusammenfassend das Frankfurter Ergebnis vorweggenommen. Die Bedeutung der politischen Wende, die mit dem Jahreswechsel 1947/48 eintrat und von der die Auseinandersetzungen unter den deutschen Politikern nur Reflexe darstellen, wird daran noch einmal deutlich. Heuß schrieb[2]):

„... Wir hatten in Frankfurt eine parteipolitische Cooperation vor London eindeutig abgelehnt und uns in unserer Entschließung auf die Forderung nach einer freien Nationalrepräsentation beschränkt. Sie haben dann im Osten führend an einer Aktion mitgewirkt, die wir, auch wenn sie vom Westen ausgegangen wäre, wie das Ihre Anregung war, abgelehnt hatten." Er habe seit Frühjahr für sich bereits eine Parteienrepräsentation „aus staatsrechtlichen und moralischen Gründen" abgelehnt. Man könne zwar darüber anderer Meinung sein, er habe aber den Eindruck gehabt, „daß die Herren, die in Frankfurt waren, ohne daß ich mit irgendeinem vorher darüber geredet hätte, meine grundsätzliche Auffassung überwiegend teilten." — Der Weg der Ost-LDP zum Volkskongreß werde im Westen „als ein absoluter Bruch der Abrede von Frankfurt betrachtet". Was er, Heuß, vom Volkskongreß gehört und gesehen habe, „hat mich in meinem historisch-politischen Gefühl geradezu beelendet. Die übermittelten Redefetzen, die ich vernahm, waren billiger Stahlhelm-Stil mit veränderten Vorzeichen, kein ernsthaftes Wort von der weltgeschichtlichen Problematik, in der wir drinstehen, Plattitüden von Volksversammlungsphrasen. Konnte ein Mann von Ihrer politischen Erfahrung einen Augenblick ernsthaft daran denken, daß die Londoner Konferenz den Applaus einer Zweitausend-Menschen-Versammlung in Berlin, die höchst zufällig zusammendirigiert war, als Geschichtsauftrag empfände? ... Die Antwort aus London konnte keinem halbsinnigen Menschen einen Augenblick zweifelhaft sein."

Aus der britischen und französischen Zone würden nun Anregungen laut, auf Grund der neuen Situation den Koordinierungsausschuß sofort einzuberufen. „Es ist dabei natürlich auch eine Vertretung der Ostzone sehr erwünscht. Aber ich stehe nicht an, Ihnen zu verschweigen, daß mir von verschiedenen Seiten gesagt wurde, daß man sich mit Ihnen nicht mehr an einen Tisch setzen werde und sofort den Ausschuß verlasse, da eine Erbitterung, wenn nicht Verbitterung über Ihr Mißachten der Grundlage der Frankfurter Beschlüsse entstanden ist." Er selber habe „nur geringes Talent zum Ressentiment ... Aber wenn die Sitzung in Stuttgart stattfinden sollte, müßte ich selbst wünschen, daß Sie nicht teilnehmen. Denn es würde nach der eindeutigen Haltung, die wir zu dem Volkskongreß eingenommen haben, unmöglich erscheinen, daß wir zu irgendeiner verwaschenen Entschließung kommen, und einen schroffen Bruch mit Ihnen möchte ich von hier aus vermeiden." „Ich denke nicht daran, den Osten abzuschreiben, aber ich fürchte, daß die kommende Politik der Volkskongresse ein Scheidungsgefühl akzentuieren wird, das für die deutsche Gesamtlage nur unerwünscht sein kann." — Heuß schließt — und darin zeigt sich die eigentliche Ausweglosigkeit der Situation, daß auch er keine konstruktive Politik mehr für möglich

[1]) Brief an Arthur Lieutenant vom 26. Februar 1948; Akten Lieutenant.

[2]) Akten Lieutenant.

erachtet, sondern nur noch den reinen Widerstand — „. . . ich habe die Empfindung, daß Jakob Kaiser, den ich in meinem Leben noch nie gesehen habe, in der Niederlage eine deutsche Figur geworden ist, während Sie, so hart es ist, das auszusprechen, eine gewesen sind. Das schmerzt mich sehr, aber die Dinge müssen auch hart gesagt werden können."

3. Schlußbetrachtung

Das Ende der Demokratischen Partei Deutschlands bedeutete für die LDP auch das Ende der Hoffnungen auf eine baldige deutsche Wiedervereinigung. Für die SBZ war die nun eingeleitete Entwicklung gleichbedeutend mit der Liquidierung der „antifaschistisch-demokratischen Periode" und damit der Voraussetzungen des Fortbestandes auch der LDP als parlamentarisch-demokratischer Partei: Die Einführung der Planwirtschaft und die eng damit zusammenhängende Umbildung der SED von einer demokratischen Massenpartei zur „Partei neuen Typus" im Sommer 1948 wiesen den Weg zur Volksdemokratie.

Die LDP stand dem ebenso wie die CDU ohnmächtig gegenüber. In den Fragen der gesamtdeutschen Partei versuchte sie auch nach dem Frankfurter Treffen noch optimistisch zu sein: Auf der Vorstandssitzung in Halle am 10. Februar wurde festgestellt, „daß inzwischen bereits wieder eine Annäherung der Standpunkte" erfolgt sei, und zwar vor allem mit Blücher, Dehler und Rademacher[1]).

Am 7. Februar wurden Külz und Lieutenant von Sokolowski zu einem Gespräch empfangen, dessen offensichlicher Sinn es war, die LDP über die künftige Entwicklung zu beruhigen und ihr das Bewußtsein einer immer noch sinnvollen politischen Funktion zu geben. Sokolowski versprach die Einstellung der Sequestrierungen, das Ende der Entnazifizierung bis Mitte Juni, die Wiederherstellung des Berufsbeamtentums und verneinte die Vorbereitung eines Ost-Staates nach dem Vorbild der Bizone. Er hatte damit bei Külz, aber auch bei der Partei sein propagandistisches Ziel zunächst erreicht; Külz notierte sich[2]):

„Sokolowski machte Zugeständnisse an unsere politischen Forderungen in einem Umfang, den ich nie für möglich gehalten hätte und der vielleicht den SED-Leuten recht unbequem ist."

Mit dem ihm eigenen Optimismus hat er eine Weile noch an die Möglichkeit sinnvoller Weiterarbeit geglaubt, und auch durch Teile der Partei ging ein Gefühl vorsichtiger Befriedigung. Überdies war der Termin drei Tage vor der Hallenser Vorstandssitzung sehr geschickt gewählt.

„Alle diese Fragen und ihre Antworten sind Beweis für die Blockpolitik, für den Volkskongreß, wenn man sie richtig versteht und richtig bedenkt . . . Wir haben nicht leichtfertig von Külz und Lieutenant, wie Herr Schwennicke das in seinen geheimsten

[1]) Sächsisches Tageblatt, 12. Februar 1948.

[2]) Külz-Nachlaß 65, am 9. Februar 1948.

Träumen wünschte, Abstand genommen, sondern wir haben uns mit ihnen an einen Tisch gesetzt. Das war richtig. Heute erkennen wir, daß unsere Politik die Politik des Parteivorstandes mit Dr. Külz und Arthur Lieutenant an der Spitze ist[1])."

Die mögliche Vertrauenskrise, die seit der Januar-Tagung zu befürchten war, wurde damit aufgefangen, obwohl es den Einsichtigen nie zweifelhaft war, daß ohne Külz die Lage der Partei sehr bald aussichtslos würde. — Auf dieser Vertrauensgrundlage versuchte Külz in seinen letzten Wochen der Entwicklung zu widerstehen, enttäuscht durch die sich bald herausstellende Nichteinhaltung der Versprechen Sokolowskis. Auf einer Vorstandssitzung wenige Tage vor seinem Tode noch gab er bekannt, daß er im Zonenblock für die LDP in jedem der Länder die Besetzung entweder des Innen- oder des Volksbildungsministeriums gefordert habe, die sich beide überall in den Händen der SED befanden[2])!

Beginnend mit der Absage einer Beteiligung an den Feiern zum 1. Mai, da diese eine Demonstration für den Sozialismus seien, versuchte der aus Kastner, Moog, Damerow und Lieutenant als Geschäftsführer gebildete provisorische neue Vorstand über Külz hinausgehend die Partei jetzt in eine offene Oppositionsstellung zur SED zu bringen: Pläne wurden diskutiert, die bis zum spektakulären Austritt aus dem Block reichten und schließlich sogar die Selbstauflösung ins Auge faßten[3]). Die Unmöglichkeit ihrer Realisierung aber offenbarte in dieser letzten bis in den Herbst reichenden Phase[4]) nun deutlich die ganze Misere bürgerlich-liberaler Politik im Prozeß der revolutionären Umgestaltung der Gesellschaft: Sobald mit dem Jahre 1948 die Periode der „antifaschistisch-demokratischen Ordnung", die — zumindest prinzipiell — einen gewissen gesellschaftlichen und politischen Pluralismus voraussetzte, aufgegeben wurde, standen die beiden bürgerlichen Parteien vor derselben Alternative. Sie konnten entweder bedingungslosen Widerstand leisten, oder bewußt die ihnen von den „Machthabern der Revolution" zugedachte Rolle der Transformatoren der bürgerlichen Schichten in die „klassenlose Gesellschaft" übernehmen. Der Weg des Widerstandes wäre den eigenen Prinzipien am gemäßesten gewesen; daß er nicht gegangen wurde, lag vor allem an der — trotz aller organisatorischen Leistungen — geistig-programmatischen Schwäche dieses Bürgertums, und zwar des liberalen noch mehr als des christlich-sozialistischen in der CDU der SBZ. Es ist der LDP nicht gelungen, dem von ihr vertretenen Liberalismus eine neue inhaltliche Bestimmung zu geben, die es möglicherweise erlaubt hätte, die Partei geschlossen auf dem Kurs der bürgerlichen Demokratie zu halten — oder sie aufzulösen. Gewiß: den Gegnern des Bürgertums, den Sozialisten und Kommunisten, standen vor allem in Gestalt der Besatzungsmacht unvergleichlich mehr Machtmittel zur Verfügung, die die politische Auseinandersetzung

[1]) Norddeutsche Zeitung, 14. Februar 1948.

[2]) Sächsisches Tageblatt, 10. April 1948.

[3]) Eigene Informationen.

[4]) s. Anhang, Chronologie.

vielfach zu einer physischen degradierten — das soll nicht übersehen werden. Aber es wird doch zumeist überbewertet: die Tatsache, daß es der LDP nach dem Zusammenbruch des ja doch vor allem vom Bürgertum getragenen nationalsozialistischen Systems nicht gelang, eine konstruktive, progressive Politik zu entwerfen, ist eher dazu angetan, die revolutionäre Umgestaltung durch den Kommunismus indirekt zu rechtfertigen. Die andere Alternative ergab sich dann ganz zwangsläufig; die LDP hat seit 1948, genau wie die anderen bürgerlichen Parteien in der DDR und allen Staaten des Ostblocks außerhalb der Sowjetunion, im Rahmen des politischen Systems der Volksdemokratie die Funktion der Transmission des Bürgertums in die sozialistische Gesellschaft. In dieser Funktion besteht sie noch heute.

ANHANG

I. Chronologie 1945—1948

1945	
10. Juni	Befehl Nr. 2: Zulassung von Parteien und Gewerkschaften
16. Juni	Erste Zusammenkunft der Berliner Gründer
1. Juli	Erste Besprechung mit der SMAD
4. Juli	Besprechung KPD — SPD — LDP
5. Juli	Gründungsaufruf der LDP
10. Juli	Offizieller Registrierungsbescheid
14. Juli	Gründung der „Antifaschistischen Einheitsfront"; jede Partei erhält einen Verbindungsoffizier zur SMAD
Juni/Juli	Eigenständige Gründungen liberaler Parteien unter verschiedenen Namen an verschiedenen Orten der SBZ
1. Oktober	Ergänzung des ersten Vorstandes durch Stadtrat Weber, Leipzig, Prof. Kastner, Dresden, Landesdirektor Moog, Weimar, Staatsminister a. D. Hustedt, Neustrelitz, Bürgermeister a. D. Stritte, Berlin Vorl. Geschäftsstelle Kurfürstendamm 52
29. November	Waldemar Koch legt das Amt des 1. Vorsitzenden nieder; Nachfolger W. Külz, 2. Vorsitzender A. Lieutenant
1. Dezember	Reichsgeschäftsstelle verlegt in den Ostsektor von Berlin, wo sich bereits Verlag und Redaktion des „Morgen" befinden: Taubenstraße 48/49
1946	
4. Januar	Bildung des letzten Landesverbandes der LDP in der SBZ, Mecklenburg; die Partei umfaßt damit jetzt sechs LV: Berlin (M. Stritte), Brandenburg (Grundey), Sachsen-Anhalt (Delius), Thüringen (Moog), Sachsen (Kastner), Mecklenburg-Vorpommern (Harzmann)
3./4. Februar	Erste Delegiertenkonferenz in Weimar, Wahl eines neuen Vorstandes und Bestätigung von W. Külz als 1. Vorsitzender
März	W. Külz in Hessen
18.—20. Mai	FDP-Parteitag in Bad Pyrmont; Beschluß zu Bildung eines Koordinierungsausschusses auf Drängen der LDP
1. Juni	Die LDP hat 124 484 Mitglieder in 1691 Ortsgruppen
6.—8. Juli	Erster Parteitag in Erfurt; Wiederwahl bzw. Bestätigung von W. Külz als 1. Vorsitzender
1. August	Külz verkündet Kommunalprogramm der LDP
7.—15. August	A. Lieutenant reist nach Hessen, Württemberg und Bayern, um die Berliner Führungsrolle zu sichern
20. Oktober	Bei den Landtagswahlen wird die LDP zweitstärkste Partei
8./9. November	In Koburg konstituiert sich der in Bad Pyrmont beschlossene Koordinierungsausschuß, der Zusammenschluß zur „Demokratischen Partei Deutschlands" soll vorbereitet werden
1947	
5. Februar	Erklärung der Parteileitung, daß nur die politischen Parteien zur Aufstellung von Kandidaten berechtigt seien
28. Febr.—2. März	Erster Parteitag des LV Sachsen-Anhalt in Halle
17. März	In Rothenburg erklärt der Koordinierungsausschuß den Zusammenschluß aller liberalen Parteien außer der französischen Zone zur „DPD"; Külz und Heuß werden gleichberechtigte Vorsitzende
1. Juni	Die LDP hat 170 721 Mitglieder in 3391 Ortsgruppen

Juni	Zweiter Landesparteitag des LV Thüringen
4.—7. Juli	Zweiter Parteitag in Eisenach; bei Stimmenthaltung der Berliner Delegierten Wiederwahl von W. Külz
9. Juli	Der Vorstand der DPD billigt in Berlin die „Grundsätze der Demokratischen Partei Deutschlands“
23.—26. Oktober	Dritter Parteitag des LV Sachsen in Bad Schandau; obwohl von Külz stärkstens unterstützt, wird Kastner nicht wiedergewählt, sondern durch Artur Bretschneider ersetzt
3. November	Zweite Sitzung des Vorstandes der DPD in Frankfurt/Main; Forderung an die Londoner Konferenz nach Bildung einer gesamtdeutschen Regierung — die auf Grund allgemeiner geheimer und freier Wahlen zustande kommen müßte
6./7. Dezember	Der „Volkskongreß“ in Berlin; die LDP beteiligt sich
Dezember	Holler MdL (Sachsen-Anhalt), Scheffler MdL (Mecklenburg) und 20 führende LDP-Mitglieder aus Görlitz werden verhaftet
Dezember	Gegenüber 3473 registrierten sind noch immer 848 Ortsgruppen nicht registriert
1948	
4. Januar	Der erweiterte Landesvorstand von Thüringen spricht Külz auf Grund der Angriffe aus dem Westen sein Vertrauen aus, ohne allerdings seine Volkskongreßentscheidung ausdrücklich zu billigen
6./7. Januar	Parteiausschuß-Sitzung in Weimar; indirekte Kritik an Külz durch Beschluß zur Satzung
Januar	Die Landesgeschäftsführer Welow (Brandenburg) und Jaekel (Mecklenburg) treten von ihren Ämtern zurück, nachdem ihnen die SMAD zu verstehen gab, daß sie nicht mehr ihr Vertrauen besäßen
12. Januar	Der LV Berlin fordert von Külz die Niederlegung seines Abgeordnetenmandates
18. Januar	Die Vertreter der Liberalen aller Zonen stellen auf der Sitzung in Frankfurt fest, daß eine weitere Zusammenarbeit zwischen den Westzonen und der LDP unmöglich ist
7. Februar	Külz und Lieutenant bei Sokolowski, der ihnen weitgehende Zusicherung für die demokratische Entwicklung der SBZ gibt
10. Februar	Der erweiterte Parteivorstand in Halle stellt den Ausschluß Berlins aus der LDP fest
17./18. März	Zweite Tagung des „Volkskongresses“ in Berlin
4. April	Finanzminister Kunze (Brandenburg) verläßt SBZ
6. April	Beschluß des Vorstandes, sich energisch gegen jede Wahlverschiebung einzusetzen
10. April	Tod des 1. Vorsitzenden Wilhelm Külz
23. April	Der neue Parteivorstand (Damerow, Kastner, Moog, Lieutenant) setzt den nächsten Parteitag auf Juli/August fest; bei den zu erwartenden Gemeindewahlen werde die LDP auf jeden Fall selbständig bleiben
27. April	In einem Schreiben an die SED lehnt Lieutenant eine Beteiligung der LDP an den offiziellen Maifeiern wegen deren sozialistischen Charakters ab
13. Mai	Vorstandsbeschluß: „Die LDP erwartet, daß bei den kommenden Wahlen die überparteilichen Organisationen, ebenso wie bisher der FDGB, keine besonderen Listen aufstellen werden. Die LDP verpflichtet ihre Mitglieder, sich ausschließlich für die Wahlvorschläge der LDP und nicht für etwaige doch noch aufgestellte besondere Listen zur Verfügung zu stellen und erwartet von allen ihren Anhängern, daß sie nach wie vor nur für Wahlvorschläge der LDP werben.“
15. Juni	Aufforderung des Parteivorstandes an die LDP-Betriebsgruppen, die Ausschreibung der im Juni 1948 fälligen Betriebsrätewahlen zu verlangen — der FDGB gehe offensichtlich darauf aus, seinen Gruppen alle Rechte und Vollmachten in den Betrieben zu übertragen

14. Juli	Erklärung des Zentralvorstandes, die LDP werde aus dem Block austreten, wenn die SED ihre blockfeindliche Stellung beibehalte; scharfe Kritik an der Personalpolitik der DWK und der Agrarpolitik der SED
27. Juli	Scharfer Angriff des sowjetischen Blattes „Tägliche Rundschau“: „LDP-Führung auf falschem Wege“
16. Juli	Georg Schneider (Fraktionsvorsitzender Brandenburg): „Ernste Besorgnisse erfüllen die LDP in Anbetracht der letzten Entwicklung. Wir sind nicht gewillt, an Stelle des NS eine andere Diktatur treten zu lassen.“
20. Juli	A. Gaertner, Thüringen, verläßt die SBZ
23. Juli	H. Becker (Fraktionsvorsitzender Thüringen) verhaftet
9. Oktober	Der Vorstand beauftragt Dr. Karl Hamann mit der Wahrnehmung der Geschäftsführung, A. Lieutenant muß zurücktreten
20. Oktober	Die „LDP-Informationen“ werden durch die SMAD verboten
30. Oktober	LDP lehnt die Aufnahme der neugegründeten Parteien NDPD und DBD in die Landes-, Kreis- und Gemeindeparlamente als verfassungswidrig ab
11. November	Verhaftung des Leipziger Studentenratsvorsitzenden W. Natonek und Auflösung der LDP-Hochschulgruppe in Leipzig
3. Dezember	Prof. Kastner erklärt, die LDP müsse ihre politische Linie erneut überprüfen und dürfe nicht an historischen Überlieferungen festhalten; sie müsse die Zeit verstehen und den Versuch machen, die liberalen Grundforderungen mit der Entwicklung der Gegenwart in Einklang zu bringen

II. Dokumente

1) *Programmentwurf von Waldemar Koch* (ohne Datum, Ende Juni 1945)

„1. Erhaltung des Deutschen Reiches mit einer einheitlichen Volkswirtschaft und Verwaltung.

2. Schaffung eines Reichstages auf der Grundlage des allgemeinen und geheimen Wahlrechts.

3. Baldige Bildung einer Reichsregierung, die auf demokratischer Grundlage aus den Vertretern der verschiedenen Parteien zusammengesetzt ist, und die loyal mit den Besatzungsmächten zusammenarbeitet.

4. Gestaltung eines Rechtsstaates, in dem jeder Deutsche gegen Gewalt und Unrecht geschützt ist.

5. Erhaltung des Privateigentums.

6. Wiederaufbau der freien Wirtschaft in Handel, Industrie, Handwerk und Landwirtschaft zur Aktivierung der Initiative aller werktätigen Unternehmer sowie der Hand- und Kopfarbeiter.

7. Sofortiger Wiederaufbau des gesamten Unterrichtswesens.

8. Vereinfachung des Staatsapparates durch Abbau entbehrlicher Staatsaufgaben. Wiederherstellung des Berufsbeamtentums.

9. Ausrottung des Nationalsozialismus auf allen Gebieten.

10. Beseitigung des Militarismus.

11. Bestrafung aller derjenigen, die sich im Kriege und in der Vorkriegszeit gegen Gesetz und Menschlichkeit vergangen haben, sowie derjenigen, die die politische Verantwortung für die Gewaltherrschaft der Nationalsozialisten seit 1933 tragen.

12. Einreihung Deutschlands in die Familie der Völker.“

2) *Erste Fassung des DDP/LDP-Aufrufes* (ohne Datum, vor dem 4. Juli 1945)

„Aufruf der Deutschen Demokratischen Partei an das Deutsche Volk

Nach zwölfjähriger Tyrannenherrschaft und nach fast sechsjährigem Krieg steht das deutsche Volk vor einem Trümmerfeld von grauenhaftem Umfang. Inhalt und Form des deutschen Gemeinschaftslebens sind zerschlagen. Mit kalter Nüchternheit müssen wir dieser Tatsache ins Auge sehen, um den richtigen Ausgangspunkt für die Arbeit an unserem Volk und für unser

Volk zu finden. Es gilt, völlig neue Voraussetzungen für eine Wiedergeburt des deutschen Volkes zu gewinnen, wenn wir es aus dem geschichtlich beispiellosen Zusammenbruch seiner körperlichen, geistigen, seelischen und moralischen Kräfte herausführen und ihm den Weg zu einer Wiedereinordnung in die Gemeinschaft der Völker ebnen wollen. Angesichts dieser ungeheuren Aufgabe ist weder Zeit noch Raum für wortreiche, ins einzelne gehende Programme oder schillernde Zukunftsverheißungen. ‚Schwerer Arbeit tägliche Bewahrung, sonst bedarf es keiner Offenbarung'. Als nächste und dringende Ziele erkennen wir folgende:

1. Äußere und innere Befreiung des deutschen Volkes von den letzten Spuren der Schmach und Schande des Nationalsozialismus. Bestrafung aller derjenigen, die sich im Kriege und in der Vorkriegszeit gegen Gesetz und Menschlichkeit vergangen haben, sowie derjenigen, die die politische Verantwortung für die Gewaltherrschaft der Nationalsozialisten seit 1933 tragen.

2. Achtung vor der Menschenwürde ohne Unterschied von Rasse und Klasse, von Alter und Geschlecht.

3. Sicherung der elementaren Lebensbedingungen des deutschen Volkes, der Ernährung und Kleidung, der Volksgesundheit und Volkserholung, der angemessenen Wohnmöglichkeit.

Wiederingangsetzung des allgemeinen Verkehrs als unerläßliche Voraussetzung zur Wiederherstellung menschlicher Gemeinschaft und Ordnung.

4. Neugestaltung des deutschen Gemeinschaftslebens auf wahrhaft demokratischer Grundlage mit dem Ziele politischer, wirtschaftlicher, sozialer und kultureller Gerechtigkeit.

5. Wiedergewinnung der Freiheit nach innen und außen unter Ablehnung jeder nationalistischen Überheblichkeit. ‚Niemand ist lediglich ein Bürger des Gemeinwesens, dem er angehört. Das Menschliche erhebt sich aus dem Nationalen und über dasselbe.'

6. Aufrichtige Mitarbeit an der Festigung des friedlichen Zusammenlebens der Völker und Einreihung Deutschlands in die Familie der Nationen.

Beseitigung des Militarismus und Förderung aller Bestrebungen, den Krieg mit seinem Elend und Jammer aus dem Gemeinschaftsleben der Völker zu verbannen, damit das bestimmende ethische Gesetz für sie nicht das Recht der Macht, sondern die Macht des Rechts werde.

7. Schaffung wahrer sozialer Gesinnung.

8. Schutz und Förderung jeder schaffenden Arbeit in Handwerk und Kunst, in Handel, Industrie und Landwirtschaft, in Büro und Werkstatt. Ungehinderter Zusammenschluß zu berufsständischer und gewerkschaftlicher Vertretung.

Die Erhaltung einer einheitlichen deutschen Volkswirtschaft, des Privateigentums und der freien Wirtschaft ist die Voraussetzung für die Initiative und erfolgreiche wirtschaftliche Betätigung. Die Unterstellung von Unternehmungen unter die öffentliche Kontrolle ist nur gerechtfertigt, wenn die betreffenden Betriebe hierfür geeignet und reif sind und wenn ein überwiegendes Interesse des Gesamtwohls dies gebietet. Das gilt auch für landwirtschaftliche Betriebe einer übertriebenen Größenordnung.

9. Kultureller Wiederaufstieg des deutschen Volkes. Freiheit in Wort und Schrift, in Presse und Rundfunk. Geistige, wissenschaftliche und künstlerische Reinheit sind unerläßiches Kulturgebot.

10. Freiheit für jedes religiöse Bekenntnis, Achtung und Schutz für alle Stätten der Religionspflege sind uns selbstverständliches Gebot. Staat und Volk haben im Verhältnis zur Kirche und Religion eigene Lebensgesetze.

11. Erziehung der Jugend zu Menschen, die durch ihre Persönlichkeit, ihre sittliche Bildung, ihre Berufstüchtigkeit und durch eine für ihr Volk und für die Menschheit aufgeschlossene Gesinnung befähigt sind zum Dienst an Vaterland und Menschheit.

12. Erneuerung des Unterrichtswesens, insbesondere auch der Hochschulen, mit dem Ziele des ungehinderten Aufstiegs der Tüchtigen aus allen Schichten des Volkes.

13. Ur- und Keimzelle des Gemeinschaftswesens ist die Familie. Sie als solche wiederherzustellen und zu erhalten, ist die unerläßliche Voraussetzung einer deutschen Gesundung.

14. Vereinfachung des Staatsapparates, Wiederherstellung eines unabhängigen, leistungsfähigen Berufsbeamtentums neben dem Ehrenamt.

15. Eine Ordnung des Gemeinschaftslebens ist ohne Rechtsordnung nicht denkbar. Daher Schaffung eines Rechtsstaates, in dem jeder gegen Gewalt und Unrecht geschützt ist.

Ein unabhängiger Richterstand ist das berufene Organ der Rechtswahrung.

16. Das Gemeinschaftsleben unseres Volkes braucht Willensorgane und Vertretungskörper.

Wir erstreben eine Volksvertretung auf der Grundlage des allgemeinen, gleichen und geheimen Wahlrechts.

Von diesem Grundgedanken aus wollen wir, die wir aus allen Schichten des deutschen Volkes kommen, als „Deutsche Demokratische Partei" ans Werk gehen, um in der Stunde äußerster Not eine umfassende politische Arbeitsgemeinschaft zu schaffen, die weit über das hinausreichen soll, was in der früheren Zeit starker parteilicher Unterteilung unter diesem Namen vereinigt war. Die heutige „Demokratische Partei" will vielmehr alle diejenigen Deutschen zusammenschließen, die früher der Deutschen Volkspartei, der Deutsch-nationalen Partei, der Wirtschaftspartei, dem Zentrum oder der Demokratischen Partei angehörten. Die Not der Stunde, die gewaltige Aufgabe und die gestellten Ziele sind es, die uns einen.

Noch ist der Meinungsaustausch schwierig. Indessen gilt es, nachdem die äußere Voraussetzung für die Tätigkeit der antifaschistischen Parteien gegeben ist, die Organisation der „Deutschen Demokratischen Partei" rasch auf eine möglichst breite Grundlage zu stellen. Ihr alle, die Ihr von der gleichen Gesinnung und gleicher Hilfsbereitschaft seid, erklärt (nach Wiedereinführung des Briefverkehrs schriftlich oder inzwischen mündlich) Eure Mitgliedschaft der Geschäftsstelle zu Händen des unterzeichneten Vorsitzenden (Berlin W 15, Bayerische Straße 5). Schließt Euch in Stadt und Land zu Ortsgruppen zusammen und setzt Euch mit uns in Verbindung, um Anregungen zu geben und zu erhalten.

Deutsche Demokratische Partei

Der Vorstand

Dr. habil. Waldemar Koch — Vorsitzender
Dr. Wilhelm Külz, Reichsminister a. D. — Stellv. Vorsitzender

Der Hauptausschuß

Prof. Dr. Wilhelm Eich, Wirtschaftsprüfer
Paul Engel, Arbeiter
Paul Hoffmann, Universitätsprofessor
Franz Xaver Kappus, Schriftsteller
Arthur Lieutenant, Bürgermeister a. D.
Albert-Willy Meyer, Kaufmann
Otto Nuschke, Journalist
Dr. Eugen Schiffer, Reichsminister a. D.
Frau von Zahn-Harnack."

3) *Vorbesprechung zum „Block"*

„Berlin, den 4. Juli 1945

Besprechung zwischen Vertretern der KPD, der SPD und der LDP im Stadthaus Berlin-Mitte.

Anwesend: LDP Dr. Koch, Dr. Külz, Lieutenant
KPD Pieck u. a.
SPD Dahrendorf u. a.

Die Besprechung erfolgte auf Einladung der KPD und SPD. Sie hatte das Ziel, eine Einigung für die Bildung eines Kartells der antifaschistischen Parteien herbeizuführen. Die Hinzuziehung der Christlich-Demokratischen Union soll in der nächsten Besprechung erfolgen. Der Leiter der Besprechung machte darauf aufmerksam, daß zunächst zwei Fragen einer Klärung bedürfen. Es handele sich um die Stellungnahme der LDP zur Kriegsschuldfrage und Wiedergutmachung. Die Frage sei im Aufruf der LDP nicht konkret zum Ausdruck gekommen. Es müsse jedoch nach den Erfahrungen der Jahre nach dem ersten Weltkriege unbedingt klar ausgedrückt werden, daß das gesamte deutsche Volk die Mitschuld am zweiten Weltkrieg trage und daraus die Verpflichtung zur Wiedergutmachung unzweifelhaft ergebe. Die Hinweise der Vertreter der LDP, daß diese Frage grundsätzlich bejaht werde, wurde befriedigend zur Kenntnis genommen, es wurde aber anheimgestellt, diese grundsätzliche Stellungnahme auch im Wortlaut unseres Aufrufs zum Ausdruck zu bringen. Die längere Debatte darüber wurde schließlich mit der Erklärung der LDP beendet, daß im Kreise der Partei über eine Änderung des Wortlauts des Aufrufs beraten werden würde.

Die weitere Frage sei unsere Aufforderung im Aufruf an die Kreise, die früher der Deutschen Volkspartei und der Deutschnationalen Partei nahestanden, sich an der Mitarbeit in unserer Partei zu beteiligen. Dies wurde von den Vertretern der Parteien als höchst bedenklich bezeichnet. Die Kreise der Deutschen Volkspartei und der Deutschnationalen Partei wurden als reaktionär und zum großen Teil als mitschuldig am Kriege bezeichnet. Eine öffentliche Aufforderung an diese Kreise, in der LDP mitzuarbeiten, wurde als äußerst belastend für die LDP bezeichnet. Sie stände auch der Bildung eines antifaschistischen Kartells hindernd im Wege. Unsere Einwände, diese Einladung zur Mitarbeit sei aus taktischen Gründen erfolgt, vermochte die Vertreter der beiden Parteien nicht zu befriedigen. Auch hier wurde nach längerer Debatte, an der sich alle Anwesenden beteiligten, von unserer Seite zugesichert, die Formulierung nochmals einer Nachprüfung zu unterziehen. Schließlich wurde die Erziehungsfrage bezüglich des Religionsunterrichtes angeschnitten. Hier konnte eine Übereinstimmung in den Auffassungen der vertretenen Parteien festgestellt werden.

Die LDP wurde schließlich noch gebeten, ihre endgültige Stellung zu den angeschnittenen Fragen bis zum 7. 7. cr. bekanntzugeben. Die Antwort würde bei Herrn Dr. Koch abgeholt werden.

Eine neue Besprechung, an der auch die CDU teilnehmen solle, wurde für Montag, den 9. Juli, cr. 17 Uhr im Hause der SPD, Dredner Bank, Behrensstraße, vereinbart.

Lieutenant."

4) „*Stuttgart oder Berlin?*"

„Aktennotiz. Zonenkonferenz Augsburg 13. und 14. Juli 1946

Vorgeschichte: Bei der Besprechung in Frankfurt*) war, im Bestreben, die Partei nicht mehr als tragbar zu binden und auf der anderen Seite die Fühlung mit den befreundeten Parteien zu halten und sie nicht noch mehr dem Einfluß der russischen Zone preiszugeben, eine Arbeitsgemeinschaft der Parteien in der US-Zone gebildet worden. Ich selbst wurde zum Federführenden bestimmt. Die Arbeitsgemeinschaft sollte möglichst bald in Gang gesetzt werden. Dem Wollen des Landesvorstandes entsprechend wurde von mir die Angelegenheit dilatorisch behandelt und, was sich rückblickend auch heute noch als richtig erweist, alles auf die Arbeit im eigenen Land konzentriert. Wegen des damals im Gang befindlichen Wahlkampfes und wegen vorher von der britischen Zone durch die Presse gegebener tendenziöser Meldungen unterblieb unsererseits die Beschickung der Tagung in Pyrmont. In Pyrmont wurde vor allem auf Betreiben des damaligen Generalsekretärs der britischen Zone, Hermes, der offenbar stark unter östlichem Einfluß stand und mittlerweile seines Amtes enthoben wurde, weil er ‚dumme Sachen gemacht habe', ein Koordinierungsausschuß beschlossen, dem wir anläßlich eines Besuches Hermes' in Stuttgart bei einer früheren Vorstandssitzung grundsätzlich zugestimmt hatten. Dieser Ausschuß wurde nun in Pyrmont — insofern wirkte sich unser Fehlen verhängnisvoll aus — auf die russische Zone ausgedehnt. Nach Pyrmont verstärkten sowohl die Hessen als auch die Bayern ihren Druck auf mich, die in Frankfurt beschlossene Arbeitsgemeinschaft in Gang zu setzen.

Ich berief infolgedessen auf vergangenen Samstag und Sonntag eine Zonentagung nach Augsburg ein. Der Vorstand hatte zur Teilnahme bestimmt: Frau Elly Heuß-Knapp, Direktor Bacher, mich selbst und einen Vertreter der Jugend. Am Donnerstag und Freitag kamen über Rundfunk und Presse die ersten Nachrichten von einem Zusammenschluß aller demokratischen Parteien Deutschlands mit Ausnahme von uns zur Liberal-Demokratischen Partei, unter Führung von Dr. Külz, der im Anschluß an den Liberal-Demokratischen Parteitag in Erfurt in Berlin erfolgt sei.

Trotzdem die von Berlin gespeisten Nachrichtenquellen in ihrer Zweifelhaftigkeit bekannt sind, schienen die Meldungen doch so bestimmt, daß an ihrer Richtigkeit nicht gezweifelt werden konnte. Ich sah also die Lage so, daß in Augsburg von unserer Seite nichts zu geschehen hätte, als die Abgabe einer Erklärung, nach der wir uns an dieser Geschichte nicht zu beteiligen wünschten . . .

In Augsburg traf ich folgendes an: Eine kaum vorbereitete Sitzung, ein ziemlich dürftiger Ortsverein, erbärmliche Nachtquartiere, keine nennenswerte Fürsorge für die erwarteten Gäste.

*) 1. US-Zonenkonferenz am 24. März 1946.

Anwesend waren neben einer Anzahl Ausgburger Parteifreunde ein Vertreter aus Hessen, da die hessischen Delegierten noch in der russischen Zone weilten, der gesamte bayerische Parteivorstand, der am Vormittag getagt hatte. Unser Eintreffen wurde mit großer Freude begrüßt. Von den Berliner Beschlüssen waren die Bayern nur oberflächlich durch die Presse unterrichtet. Der in Berlin in den Reichsparteivorstand gewählte Dr. Linnert wußte von der ganzen Geschichte überhaupt nichts. Ebensowenig war der Vertreter Hessens unterrichtet.

Ich übernahm auf Drängen des bayerischen Vorsitzenden Dr. Dehler die Leitung der Verhandlungen und erstattete zunächst einen Bericht über die Lage innerhalb der Parteien und in dem Verhältnis der Parteien zueinander. Ich begründete unsere bisherige Haltung und erklärte unsere Bereitschaft zur Zusammenarbeit der süddeutschen Parteien unter Ablehnung jeglicher Bindung an Berlin. Von bayerischer und hessischer Seite wurde heftige Beschwerde laut, daß wir uns in egoistischer Weise nur mit uns selbst beschäftigt und die anderen im Stich gelassen hätten; wir seien schuld, daß sie in der Ostzone Anlehnung gesucht hätten. Der Nachmittag verging im übrigen mit Klärung grundsätzlicher Fragen in programmatischer Hinsicht. Hierbei ergab sich eine vollständige Übereinstimmung in allen wesentlichen Fragen. Hervorstechend war dabei die Ahnungslosigkeit, mit der ein großer Teil der bayerischen Herren nicht nur den Fragen der praktischen Politik, sondern auch den ideologischen Dingen gegenüberstand. Politische Schöngeisterei beherrschte das Feld ...

Am Morgen kam man bei der Beratung der sachlichen Möglichkeiten sehr rasch vorwärts. Es wurde beschlossen, einen Arbeitsausschuß der drei Parteien mit je vier Mitgliedern von jeder Partei zu bilden und baldigst nach Stuttgart einzuberufen ... Die Partei soll am 6. 1. 47 in Stuttgart gegründet werden. Als die Verhandlungen soweit gediehen waren, platzte der unglückliche Vertreter Bayerns bei dem Berliner Possenspiel in die Tagung hinein. Es ergab sich folgendes:

Die Bayern haben sich teils auf direkte Veranlassung von mir (Dr. Linnert), teils unter dem Eindruck unserer Haltung von der Teilnahme in Erfurt gedrückt. Auf telefonischen Anruf wurde dann in letzter Minute ein Herr aus Coburg ohne jede Vollmacht, nicht Mitglied des Landesvorstandes und mit der ausdrücklichen Weisung, keinerlei Bindungen einzugehen, gebeten, nach Erfurt zu fahren. Herr Wolf berichtete im wesentlichen: Gute Organisation, denkbar großes Entgegenkommen der Besatzungsbehörde, Empfänge, Filmaufnahmen, Radioreportagen, alles wie von mir am Vormittag vorausgesagt. Die Vereinigung war folgendermaßen vor sich gegangen: Die Herren aus Hessen, Trier und Bayern wurden in Erfurt in Autos verladen, nach Berlin gebracht und dort nach einem nächtlichen Empfang morgens um 2 Uhr in Gegenwart eines russischen Offiziers in das Arbeitszimmer des Herrn Lieutenant gebeten und dort durch eine blumenreiche Rede des Herrn Dr. Külz davon überzeugt, daß in dieser historischen Stunde eine Reichspartei gegründet werden müsse. Sie unterzeichneten unter dem Eindruck der festlichen Stimmung und wohl auch unter der Wirkung des aus deutschem Brotgetreide gebrannten Schnapses das Vereinigungsdokument. Sie unterzeichneten aber trotzdem, wie der Berichterstatter meldete, nur unter dem Vorbehalt der Zustimmung ihrer Parteiorganisationen. Das schon ist in der Berliner Pressemeldung unterschlagen. Die ‚Wahl' der Mitglieder des Reichsvorstandes ging so vor sich, daß die Vertreter der einzelnen Zonen irgendwelche Namen nannten, die dann feierlich auf Zettelchen geschrieben und eingesammelt wurden. Der für die amerikanische Zone ‚gewählte' Dr. Linnert, Nürnberg, hat von dieser seiner Wahl erst durch den Rundfunk erfahren, war aufs höchste empört und überrascht und wird den Berlinern seine Meinung über diese Art der Wahl zukommen lassen. Die in der Presse veröffentlichten Bilder führender Demokraten Süddeutschlands sind samt und sonders ohne Wissen der Beteiligten veröffentlicht worden. Die Herren hatten Paßbilder nach Berlin geschickt zur Ausstellung von Pässen nach Erfurt. Pässe wurden ihnen nicht übermittelt, weil die Bilder angeblich verlorengegangen waren. Jetzt tauchten die Bilder im Berliner ‚Morgen' überraschenderweise auf.

Die in Augsburg Anwesenden waren durchweg über das Berliner Vorgehen empört. Nur Vereinzelte versuchten es zu entschuldigen. Am meisten Begeisterung brachten hierfür die beiden Münchner Herren auf, die ohne Instinkt und aus Begeisterung über die Külzschen Reichseinheitsfragen eine Ehrenrettung für Berlin in Szene setzten. Auf meinen Wunsch wurde die Verhandlung mittags um 12 Uhr abgebrochen; ich erklärte den Bayern, daß sie jetzt zwischen Stuttgart und Berlin zu wählen hätten.

Nach einer kurzen Mittagspause wurden die Besprechungen wiederaufgenommen. Zu einer Erklärung aufgefordert, wiederholte ich meine Frage vom Vormittag: ‚Stuttgart oder Berlin?' Es kam zu ziemlich heftigen Auftritten der Bayern gegeneinander und dazu, daß ich schließlich das Sitzungszimmer verließ, mit der Bitte, mir ihre Beschlüsse mitzuteilen, da ich selbst an einer weiteren Debatte über Berlin nicht mehr interessiert sei. Man holte mich zurück. Es wurde den Württembergern erneut vorgeworfen, daß sie die Entwicklung verschuldet hätten, weil sie von sich aus nichts unternommen hätten, um einen Zusammenschluß wenigstens auf der Zonenbasis herbeizuführen. Schließlich wurde beschlossen:

Die am Vormittag gefaßten Beschlüsse hinsichtlich der Zusammenarbeit und des anzustrebenden Zusammenschlusses auf der Zonenbasis bleiben von den Vorgängen in Berlin unberührt. Berlin wird mitgeteilt, daß sich Bayern an die dort gefaßten Beschlüsse nicht gebunden hält. Dr. Linnert wird von sich aus gegen den Mißbrauch seines Namens aufs schärfste protestieren. Auf eine Richtigstellung in der Presse möchte Bayern angesichts der Schwäche seiner Position in der Öffentlichkeit verzichten. Ich selbst habe mir vorbehalten, in unserer Zeitschrift unzweideutig den Schwindel aufzudecken . . .

Folgerungen: Wir sind durch unsere Zurückhaltung an der Entwicklung zweifellos in sehr starkem Maße schuldig geworden. Es besteht die Gefahr, daß wir von Berlin aus überrundet werden. Wir erreichen dadurch, daß wir, umgeben von liberaldemokratischen Parteigruppen, die von Berlin ihre Weisungen und ihr Geld erhielten, für deren Politik in der Öffentlichkeit genauso wie bisher verantwortlich gemacht werden, von unseren Freunden aber des Separatismus und der Reichsfeindschaft oder mindestens Gleichgültigkeit geziehen wurden. Ich gebe darum zu erwägen, den Ansprüchen Berlins, die zweifellos irgendwie im Rahmen der sowjetischen Außen- und Deutschlandpolitik eine Rolle spielen, dadurch zu begegnen, daß wir zur Gründung der Zonenpartei kommen. Die Führung unseres Landes wird dabei von allen als selbstverständlich anerkannt. Eine gestern mit der Militärregierung gehabte Unterredung über diese Frage ließ deutlich erkennen, daß man auch dort wünscht, daß wir uns zusammenschließen.

Zur Illustration der Berliner Taktik: Der bisherige Vorsitzende der LDP Hessens, Dr. Fertsch, ist seines Postens enthoben worden, weil er zur Verteilung an die süddeutschen Gruppen von Berlin RM 200 000 erhalten hat, ohne bisher darüber Rechnung gelegt zu haben. Der frühere Generalsekretär der Freien Demokraten der britischen Zone, der auch unserem Vorstand persönlich bekannte Herr Hermes, war zunächst für den Anschluß an die Ostzone, war dann in den von ihm herausgegebenen Informationsbriefen in der wüstesten Form dagegen, stimmt jetzt in Berlin wieder dafür und ist in der Britenzone wegen ‚dummer Sachen' abgehalftert worden.

Dem Schatzmeister von Bayern, Dr. Bungartz, der jetzt auch in Augsburg der eifrigste Fürsprecher des Herrn Külz war, sind für die bayerische Partei RM 20 000 avisiert worden. Der bayerische Vertreter kam jetzt aus Berlin mit der Mitteilung, daß für die demokratische Studentenarbeit an den bayerischen und hessischen Hochschulen je RM 5000 zur Verfügung gestellt worden sind. Mir selbst war schon in Frankfurt das Angebot gemacht worden, daß ich nur zu sagen brauche, wenn wir Geld benötigten.

Ich halte es nach all dem für die dringendste Aufgabe, im Parteiinteresse und im allgemeindeutschen Interesse, daß der geschäftsführende Vorstand der Landespartei sich in allernächster Zeit gründlich mit den Dingen beschäftigt. Ich selbst werde nächste Woche Fühlung nehmen mit den Vorsitzenden Hessens und Südbadens.

16. 7. 47 M/W."

(= Ernst Mayer. — Die Angaben, die er z. B. über Finanzierung macht, sind nicht ganz zuverlässig)

5) *Zur späteren Gleichschaltung der LDP*

Aufforderung zur Unterschrift an alle Mitglieder vom 31. Januar 1950, unterzeichnet von Kastner und Hamann.

Name:	Stellung in der Partei:
Beruf:	Landesverband:
Anschrift, Ort und Straße:	Kreisverband:
	Ortsgruppe:

Erklärung

In Übereinstimmung mit der vom Zentralvorstand der LDP in seiner Tagung am 25. 1. 50 gebilligten Entschließung gebe ich zu nachfolgenden Richtlinien meine Zustimmung:

Die politische Arbeit der Partei bis zum heutigen Tage findet meine Zustimmung, besonders billige ich die großen Reformen zur Umgestaltung unseres politischen Lebens als Grundlage unserer Demokratie. Daraus ergibt sich als Folge, die weitere Durchführung der Reformen zu unterstützen.

Ich vertraue der Leitung der Partei, daß sie in ihren zukünftigen Maßnahmen die Politik auf der Grundlage des Eisenacher Programms in voller Offenheit durchführt. Ich verpflichte mich, für diese Politik meine Kraft einzusetzen und sie jedermann gegenüber zu vertreten. Vor allem trete ich für die Einheit Deutschlands ein und arbeite in der Nationalen Front für diesen Gedanken. Ich unterstütze alle der Sicherung des Friedens dienenden Maßnahmen.

Ich sehe in der Oder-Neiße-Linie die Grenze, die dem deutschen Volke den Frieden sichert.

Ich kämpfe gegen jede Verhetzung. Insbesondere bekämpfe ich jede Hetze gegen die Sowjetunion.

Ich halte es für notwendig, daß unsere Mitglieder in stärkstem Maße in allen überparteilichen demokratischen Organisationen, besonders auch in der Gesellschaft für deutsch-sowjetische Freundschaft und in der Nationalen Front, mitarbeiten.

_____ _____

(Ort und Datum) (Unterschrift)
Vor- und Zuname

Mitglied der LDP seit:

_____

III. Quellen

I. Verzeichnis der befragten Personen*)

1. Ackermann, Gertrud s
2. Becker, Hermann
   Fraktionsvorsitzender in Thüringen und Mitglied des Zonenvorstandes m
3. Bender, Dr. Hans s
4. Brosius, Walter s
5. Buchheim, Prof. Karl
   Mitgründer der DPD Leipzig s
6. Eich, Prof. Wilhelm
   Gründungsgruppe Berlin m
7. Falk, Dr. Wilhelm
   Jugendreferent bei der Parteileitung m
8. Fuhlrodt, M. m
9. Güldner, Karl s
10. Heine, Gerhart s
11. Hermes, Andreas
    Mitgründer der CDU in Berlin s
12. Herrmann, Prof. Alfred m
13. Kaiser, Frau Dr., geb. Nebgen
    Mitgründerin der CDU in Berlin m
14. Kappus, Franz Xaver
    Gründungsgruppe Berlin m
15. Kindermann, Reinhard s
16. Kliemberger, Gustel s
17. Koch, Prof. Waldemar
    Gründungsgruppe Berlin, 1. Vorsitzender m
18. Külz, Dr. Helmut
    Justizminister in Thüringen m
19. Lieutenant, Arthur
    Geschäftsführer und 2. Vorsitzender m
20. Meyer, Albert-Willy
    Gründungsgruppe Berlin m
21. Moog, Leonhard
    Gründer und 1. Vorsitzender des LV Thüringen s
22. Natonek, Wolfgang s
23. Naumann, Kurt
    Leiter der Parteischule Radebeul m
24. Plünnecke, Dr. Erich s
25. Reif, Prof. Hans
    Mitgründer der DPD Leipzig m
26. Schäfer, Martin s
27. Schellenberg, Frau Prof., geb. Geiler
    Sekretärin des Zentralen Einheitsausschusses in Berlin m
28. Schreiber, Dr. Walther
    Mitgründer der CDU in Berlin m
29. Schwennicke, Dr. Carl-Hubert
    1. Vorsitzender des LV Berlin m
30. Steltzner, Helmuth m
31. Stempel
    Generalsekretär bei der Parteileitung m
32. Uhle, Dr. Reinhard
    Landwirtschaftsminister in Sachsen m
33. Vogel, Hans-Martin m
34. Wolff, Georg
    Kulturreferent bei der Parteileitung m

*) Wo es wichtig erschien, wurden die in der Partei oder anderwärts eingenommenen Funktionen hinzugefügt; m = mündliche, s = schriftliche Auskünfte.

II. Ungedruckte Materialien

1. Nachlaß von Wilhelm Külz im Bundesarchiv Koblenz
2. Wilhelm Külz, Lebenserinnerungen (Manuskript, im Besitze von Dr. Helmut Külz, Berlin)
3. Akten Lieutenant bei Arthur Lieutenant, Berlin
4. Akten Koch bei Prof. Waldemar Koch, Berlin

III. Broschüren und Mitteilungsblätter der LDP

1. „Vorwärts und aufwärts", Wege und Ziele der Liberal-Demokratischen Partei; Berlin 1945
2. Kappelmayer, Otto: Die Demokratenfibel — Was ist Demokratie?; Berlin 1946
3. Külz, Wilhelm: Konkrete Ziele unserer Politik (Rede vor dem Hauptausschuß der LDP am 5. Januar 1948 in Weimar); hsg. vom Landesverband Thüringen der LDP
4. Külz, Wilhelm: Deutsche Wiedergeburt; hsg. von der Parteileitung der LDP; Berlin 1947

5. Dr. Wilhelm Külz — Vermächtnis; hsg. vom Landesverband Sachsen der LDP; o. O., o. J. (1948)
6. LDP-Schriftenreihe; hsg. von der Parteileitung der Liberal-Demokratischen Partei Deutschlands; Berlin o. J.
   Nr. 2 Franz Ediger, Die LDP-Betriebsgruppen
   Nr. 3 Georg Wolff, Zur Liberal-Demokratischen Kulturarbeit
   Nr. 7 Die demokratische Kreisordnung in Frage und Antwort
   Nr. 8 Die Verfassung des Landes Sachsen-Anhalt in Frage und Antwort
   Nr. 9 Rudolf Zechmeister, Grundzüge der politischen Parteiarbeit
7. Zweiter Parteitag der LDP vom 4.—7. Juli 1947 in Eisenach; hsg. von der Parteileitung der LDP; Berlin o. J. (1947)
8. Erster Parteitag des Landesverbandes Berlin der Liberal-Demokratischen Partei; Berlin o. J. (1946)
9. Zweiter Berliner Parteitag; hsg. von der Liberal-Demokratischen Partei, Landesverband Berlin; Berlin o. J. (1947)
10. „Für Recht und Freiheit", Rede des Vorsitzenden des Landesverbandes Berlin der LDP Carl-Hubert Schwennicke in der Funktionärsversammlung der Berliner LDP am 25. Januar 1948; hsg. von der Liberal-Demokratischen Partei, Landesverband Berlin; Berlin o. J. (1948)
11. „Gegen Sozialisierung", Reden der Stadtverordneten Schwennicke, Dr. Reif, Schöpke und Markewitz in der Berliner Stadtverordnetenversammlung; hsg. von der Liberal-Demokratischen Partei, Landesverband Berlin; Berlin o. J. (1947)
12. 2 Jahre LDP-Arbeit im Berliner Stadtparlament 1946—1948; hsg. von der Liberal-Demokratischen Partei, Landesverband Berlin; Berlin o. J. (1948)
13. Mitteilungsblatt (Anfang 1947 bis September 1947)
   — Sozialpolitischer Brief
   — Politische Presseschau
   — Informationsdienst der Jugend
   hsg. von der Parteileitung, Berlin
14. LDP-Informationen (ab 1. Oktober 1947), Mitteilungen der Liberal-Demokratischen Partei Deutschlands; hsg. von der Parteileitung, Berlin

IV. LDP-Zeitungen

1. Der Morgen (Berlin)
2. Norddeutsche Zeitung (Schwerin)
3. Sächsisches Tageblatt (Dresden)
4. Liberal-Demokratische Zeitung (Halle)
5. Thüringer Landeszeitung (Weimar)

V. Landtagsprotokolle und Handbücher

1. Handbuch des Landtages des Landes Brandenburg; Potsdam 1947
   Landtag der Mark Brandenburg; Stenographische Berichte, 1. Wahlperiode, 1.—47. Sitzung (22. November 1946—9. Dezember 1948); Potsdam o. J.
2. Handbuch für den Mecklenburgischen Landtag, 1. Wahlperiode; hsg. vom Büro des Landtages; Schwerin o. J.
   Verhandlungen des Mecklenburgischen Landtages, 1. Wahlperiode 1946/1949; Stenographische Berichte Bd. 1: Von der Sitzung am 19. November 1946 bis zur 30. Sitzung am 16. Juni 1948; Schwerin o. J.
3. Sächsischer Landtag 1946/47; Sachsenverlag Dresden o. J.
   Akten und Verhandlungen des Sächsischen Landtages, 1. Wahlperiode, sowie der Beratenden Versammlung des Landes Sachsen, vom 25. Juni 1946 bis 6. Oktober 1950; o. O., o. J.
4. Verhandlungen des Landtages der Provinz Sachsen-Anhalt, 1. Wahlperiode, 1.—20. Sitzung; Halle o. J.
5. Handbuch des Thüringer Landtages; Weimar 1947
   Abgeordnete des Thüringer Landtages; hsg. vom Büro des Thüringer Landtages; Weimar 1947

Die Verfassung des Landes Thüringen. Mit Erläuterungen von Dr. Karl Schultes; Weimar 1947
Stenographischer Bericht des Thüringer Landtages,
Bd. 1 1946/47
Bd. 2 1947/48; Weimar 1948
6. Protokoll des 1. Deutschen Volkskongresses für Einheit und gerechten Frieden, am 6. und 7. Dezember 1947 in der Deutschen Staatsoper Berlin; Schriftenreihe für Einheit und rechten Frieden, Heft 1; Berlin 1948

VI. Literatur

1. Abendroth, Wolfgang: Die gegenwärtige völkerrechtliche Bedeutung des Potsdamer Abkommens vom 2. August 1945; in: Europa Archiv 7. Jg./1952, S. 4943—4955
2. Acht Jahre Sozialdemokratischer Kampf um Einheit, Frieden und Freiheit; hsg. vom Vorstand der Sozialdemokratischen Partei; Bonn o. J. (1954)
3. Ackermann, Anton: Fragen und Antworten; Verlag Neuer Weg GmbH., Berlin o. J. (1946)
4. Allemann, Fritz René: Bonn ist nicht Weimar; Köln—Berlin 1956
5. Altmeyer, Klaus: Die Dokumente vom 5. Juni 1945 und die politische Einheit Deutschlands; in: Europa Archiv 10. Jg./1955, S. 7365—7378
6. Ansätze einer deutschen Repräsentation; in: Europa Archiv 3. Jg./1948, S. 1143—1148
7. Appelt, Rudolf: Wesen und Ziele der Blockpolitik; in: Einheit 9/1947, S. 825 ff.
8. Arendt, Hannah: Elemente und Ursprünge totaler Herrschaft; Frankfurt/Main 1955
9. Baldwin, Hanson W.: Great Mistakes of the War; New York 1950
10. Balfour, Michael and John Mair: Four Power Control in Germany and Austria 1945—1946; London 1956
11. Balluseck, Lothar v.: Kultura — Kunst und Literatur in der Sowjetischen Besatzungszone; Köln 1952
12. Bäumer, Gertrud: Grundlagen demokratischer Politik; Karlsruhe 1928
13. Becher, Johannes R.: Walter Ulbricht — Ein deutscher Arbeitersohn; Dietz Verlag Berlin 1958
14. Befehle des Obersten Chefs der Sowjetischen Militärverwaltung in Deutschland. Aus dem Stabe der Sowjetischen Militärverwaltung in Deutschland, Sammelheft 1, 1945; Berlin 1946
15. Bergh, Hendrik van: Der Rest, der übrigblieb — Die Deutschland-Pläne der Alliierten 1945; in: Politische Studien 87/1957, S. 1—19
16. Bergsträßer, Ludwig: Geschichte der politischen Parteien in Deutschland, 8. und 9. Aufl.; München 1955
17. Bergsträßer, Ludwig: Zeugnisse zur Entstehungsgeschichte des Landes Hessen; in: Vjh. Z. 4/1958, S. 327 ff.
18. „Berlin", Kampf um Freiheit und Selbstverwaltung 1945—1946; Schriftenreihe zur Berliner Zeitgeschichte Bd. I; hsg. vom Senat von Berlin; Berlin 1957
19. Berlin — Aus seiner Geschichte 1945—1957; Adreßbuch-Gesellschaft Berlin m.b.H. 1958
20. Berliner Schicksal 1945—1952; Amtliche Berichte und Dokumente, zusammengestellt im Auftrage des Senats von Berlin; Berlin 1952
21. Berlins Wirtschaft in der Blockade; Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung, Sonderhefte — Neue Folge — Heft 3; Berlin 1949
22. Bittel, Karl: Die Feinde der deutschen Nation, 2. Aufl.; Berlin 1952
23. Brandt, Willy/Ernst Lowenthal: Ernst Reuter; München 1957
24. Buchheim, Karl: Geschichte der christlichen Parteien in Deutschland; München 1953
25. Byrnes, James F.: In aller Offenheit; Frankfurt/Main o. J.
26. Castellan, G.: La politique allemande de l'U.R.S.S.; in: Revue d'histoire de la deuxième guerre mondiale; Janvier 1956 p. 38—54, und Avril 1956 p. 31—46
27. Churchill, Winston S.: Der 2. Weltkrieg, Bd. VI 1. und 2. Buch; Stuttgart 1954
28. Clay, Lucius D.: Entscheidung in Deutschland; Frankfurt/Main 1950
29. Cornides, Wilhelm: Die Weltmächte und Deutschland — Geschichte der jüngsten Vergangenheit 1945—1955; Stuttgart und Tübingen 1957
30. Cornides, Wilhelm und Hermann Volle: Um den Frieden mit Deutschland; Dokumente und Berichte des Europa Archivs Bd. 6; Oberursel/Taunus 1948

31. Cornides, Wilhelm: Die Anfänge der amerikanischen Ruhrpolitik; in: Europa Archiv 4. Jg./1949, S. 2177 ff.
32. Das Potsdamer Abkommen und andere Dokumente; ausgew. und eingel. von Prof. Dr. Karl Bittel; Berlin 1957
33. Der Weg des FDGB zur Staatsgewerkschaft; Brückenbauer-Verlag Köln o. J.
34. Deuerlein, Ernst: Die Einheit Deutschlands — Ihre Erörterung und Behandlung auf den Kriegs- und Nachkriegskonferenzen 1941—1949; Frankfurt/Main und Berlin 1957
35. Deuerlein, Ernst: CDU/CSU 1945—1957; Köln 1957
36. Deutscher, Isaac: Stalin — Die Geschichte des modernen Rußland; Stuttgart 1951
37. Die Sowjetunion und die internationale Zusammenarbeit; Verlag der SMAD Berlin 1947
38. Die Wahlen in der Sowjetzone — Dokumente und Materialien; hsg. vom Bundesministerium für Gesamtdeutsche Fragen, 3. erweiterte Aufl.; Bonn 1958
39. Die Sowjetunion und die Berliner Frage (Dokumente); Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten der UdSSR; Moskau 1948
40. Die „Verwaltungsreform" in der Sowjetzone; Sopade-Informationsdienst, Denkschriften 46; hsg. vom Vorstand der Sozialdemokratischen Partei; Bonn o. J.
41. Dokumente der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands, Bd. I 3. Aufl.; Berlin 1952
42. Dokumente zur Deutschlandpolitik der Sowjetunion, Bd. I, vom Potsdamer Abkommen am 2. August 1945 bis zur Erklärung der Souveränität der Deutschen Demokratischen Republik am 25. März 1954; hsg. vom Deutschen Institut für Zeitgeschichte, Berlin; Berlin 1957
43. Dorn, Walter L.: Die Debatte über die amerikanische Besatzungspolitik für Deutschland (1944/45); in: Vjh. Z. 1/1958, S. 60—77
44. Dornberger, Gerhard: Zehn Jahre Volkseigentum in der Deutschen Demokratischen Republik; in: Staat und Recht 4/1956, S. 435 ff.
45. Doernberg, Stefan: Die Geburt eines neuen Deutschland, 1945—1949; Berlin 1959
46. Drath, Martin: Die sowjetische Gesellschaftslehre unter Berücksichtigung ihrer Revolutionstheorie; in: Schicksalsfragen der Gegenwart, Bd. I; hsg. vom Bundesministerium für Verteidigung; Tübingen 1957
47. Eliasberg, Vera F.: Political Party Developments; in: The Struggle for Democracy in Germany; ed. by Gabriel A. Almond; The University of North Carolina Press 1949
48. Einheitsfront der antifaschistisch-demokratischen Parteien; Verlag Der neue Weg Berlin o. J. (1945)
49. Eisenhower, Dwight D.: Kreuzzug in Europa; Amsterdam 1948
50. Erfurt, Werner: Die Sowjetrussische Deutschland-Politik 1945—1955; Eßlingen 1956
51. Eschenburg, Theodor: Das Problem der deutschen Einheit nach den beiden Weltkriegen; in: Vjh. Z. 2/1957, S. 107—133
52. Fischer, Ruth: Stalin und der deutsche Kommunismus; Frankfurt/Main o. J.
53. Fricke, Karl W.: Das Schicksal der ‚Bürgerlichen Parteien' in der Sowjetzone; in: SBZ-Archiv 9/1954, S. 133 ff.
54. Fried, Ferdinand: Das Drama von der Deutschen Mark; in: Die Welt, 21. Juni 1958
55. Friedmann, W.: The Allied Military Government of Germany; London 1947
56. Friedrich, Carl Joachim: Totalitäre Diktatur; Stuttgart 1957
57. Friedrich, Gerd: Der Kulturbund zur demokratischen Erneuerung Deutschlands — Geschichte und Funktion; Köln 1952
58. Friedrich, Gerd: Die Freie Deutsche Jugend — Auftrag und Entwicklung; Köln 1953
59. Gablentz, Otto Heinrich v. d.: Über Marx hinaus; Berlin 1946
60. Geschichtliche Zeit-Tafel 1945—1953; hsg. vom Deutschen Institut für Zeitgeschichte, Berlin; Berlin 1954
61. Geschichtliche Zeit-Tafeln, Deutsche Demokratische Republik; hsg. vom Deutschen Institut für Zeitgeschichte, Berlin; Berlin 1954
62. Glaszinski, Helmut: Studentenschaft im geteilten Deutschland. Ein dokumentarischer Bericht über die Entwicklung der Beziehungen zwischen den Studentenschaften Westdeutschlands/Westberlins und den Studentenschaften der sowjetisch besetzten Zone von 1945—1952; hsg. vom Verband Deutscher Studentenschaften (Manuskript)
63. Grewe, Wilhelm: Von der Kapitulation zum Deutschlandvertrag; in: Außenpolitik 3. Jg./1953, S. 414—427

64. Grotewohl, Otto: Im Kampf um die einige Deutsche Demokratische Republik, Reden und Aufsätze Bd. I, 1945—1949; Dietz Verlag Berlin 1954
65. Grotewohl, Otto: Deutsche Verfassungspläne; Dietz Verlag Berlin 1947
66. Grotewohl, Otto: Dreißig Jahre später — Die Novemberrevolution und die Lehren der Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung; 5. Aufl., Dietz Verlag Berlin 1953
67. Guiton, Jean R.: Die französische Außenpolitik nach dem Kriege; in: Europa Archiv 7. Jg./1952, S. 4651 ff.
68. Guiton, Jean R.: Paris — Moskau; Stuttgart 1956
69. Haas, Gerhard: Der FDGB 1954; hsg. vom Bundesministerium für Gesamtdeutsche Fragen; Bonn 1954
70. Heinemann, Gustav W.: Was Dr. Adenauer vergißt; in: Frankfurter Hefte 7/1956, S. 455—472
71. Herz, Hanns-Peter: Freie Deutsche Jugend; München 1957
72. Hesse, Fritz: Weltpolitik 1945—1954; in: Geschichte und Politik Heft 11; Laupheim 1954
73. Howley, Frank: Berlin Command; New York 1950
74. Ingram, Kenneth: History of the Cold War; London 1955
75. Jalta-Dokumente; Fricks Bücher der Weltpolitik Bd. 2; Wien — München — Stuttgart — Zürich 1955
76. Joesten, Joachim: Germany — What now?; Chicago 1948
77. Klein, Matthäus/Alfred Kosing: Marxistische Philosophie und sozialistische Politik; in: Einheit 3/1958, S. 306 ff.
78. Klimow, Gregory: Berliner Kreml; Köln — Berlin 1953
79. Kohn-Brandenburg, Alexander: Die Länder der sowjetrussischen Zone; in: Europa Archiv 1. Jg./1946/47, S. 226 f.
80. Kohn-Brandenburg, Alexander: Das System der Provisorien — Die Zentralverwaltungen der sowjetischen Besatzungszone und die Verwaltung Berlins; in: Europa Archiv Dezember 1947, S. 1017—1022
81. Kotowski, Georg: Der Kampf um die Selbstverwaltung in Berlin; in: Jb. für Gesch. des deutschen Ostens, Bd. 1 (Festgabe zum 90. Geb. Fr. Meineckes); Tübingen 1952, S. 171—202
82. Krippendorff, Ekkehart: Die Gründung der Liberal-Demokratischen Partei in der Sowjetischen Besatzungszone 1945; in: Vjh. Z. 3/1960, S. 290—309
83. Königswarter, Dr. jur. Wilhelm: Berlin im Spätsommer 1945 (abgeschl. am 6. September 1945); masch.-schriftl. Manuskript
84. Lange, Max Gustav: Die FDP — Versuch einer Erneuerung des Liberalismus; in: Parteien in der Bundesrepublik; Schriften des Instituts für Politische Wissenschaft, Bd. 6; Stuttgart und Düsseldorf 1955, S. 373 ff.
85. Lange, Max Gustav: Totalitäre Erziehung — Das Erziehungssystem der Sowjetzone Deutschlands; Schriften des Instituts für Politische Wissenschaft, Bd. 3; Frankfurt/Main 1954
86. Lange, Max Gustav: Wissenschaft im totalitären Staat; Schriften des Instituts für Politische Wissenschaft Bd. 5; Stuttgart und Düsseldorf 1955
87. Leahy, William D.: I was there; London 1950
88. Leonhard, Wolfgang: Die Revolution entläßt ihre Kinder; Köln — Berlin 1955
89. „Liberale Studenten im Widerstand"; hsg. vom Bundesvorstand des Liberalen Studentenbundes Deutschlands; Bonn o. J. (1959)
90. Lukas, Richard: Zehn Jahre Sowjetische Besatzungszone; Düsseldorf 1955
91. Mahler, Karl (Hsg.): Die Programme der politischen Parteien im neuen Deutschland; Berlin 1945
92. Meißner, Boris: Rußland, die Westmächte und Deutschland — Die sowjetische Deutschland-Politik 1943—1953; 2. Aufl. Hamburg 1954
93. Meister, Ulrich: Zur deutschen Kapitulation 1945; in: Ztschr. für ausländ. öff. Recht und Völkerrecht, Bd. XIII 1950/51, S. 393—410
94. Molotow, w. M.: Fragen der Außenpolitik — Reden und Erklärungen April 1945—Juni 1948; Moskau 1949
95. Moltmann, Günter: Die frühe amerikanische Deutschlandplanung im zweiten Weltkrieg; in: Vjh. Z. 3/1957, S. 241—264
96. Mosely, Philip E.: Dismemberment of Germany; in: Foreign Affairs, Vol. 28, p. 487—498

97. Mosely, Philip E.: The Occupation of Germany — New Light on How the Zones Were Drawn; in: Foreign Affairs, Vol. 28, p. 580—604
98. Müller, Marianne, und Egon-Erwin: „... stürmt die Festung Wissenschaft!"; Berlin 1953
99. Münke, Stefanie: Wahlkampf und Machtverschiebung; in: Schriften des Instituts für Politische Wissenschaft Bd. 1; Berlin 1952
100. Nettl, J. Peter: Die Sowjetzone bis heute; Frankfurt/Main 1953
101. Nuschke, Otto: Wie die Deutsche Demokratische Partei wurde, was sie leistete und was sie ist; in: Zehn Jahre Deutsche Republik — Ein Handbuch für republikanische Politik; hsg. von Anton Erkelenz, MdR; Berlin 1928
102. Occupation of Germany, Policy and Progress 1945—46; The Dept. of State, United States of America Publication 2738; Washington 1947
103. Pechel, Rudolf: Deutsche Gegenwart — Aufsätze und Vorträge 1945—1952; Darmstadt und Berlin 1953
104. Peters, Hans: Die Landesverfassungen in der sowjetischen Zone; in: Europa Archiv Juni 1947, S. 639—644
105. Pieck, Wilhelm, und Anton Ackermann: Unsere kulturpolitische Sendung; Verlag Neuer Weg GmbH; Berlin 1946
106. Pieck, Wilhelm: Der neue Weg zum gemeinsamen Kampf für den Sturz der Hitlerdiktatur (Brüsseler Konferenz der KPD 1935); Dietz Verlag Berlin 1954
107. Pieck, Wilhelm: Reden und Aufsätze, Auswahl aus den Reden 1908—1950, Bd. 1; Dietz Verlag Berlin 1954
108. Pieck, Wilhelm/Georgi Dimitroff/Palmiro Togliatti: Die Offensive des Faschismus und die Aufgabe der Kommunisten im Kampf für die Volksfront gegen Krieg und Faschismus — VII. Kongreß der Kommunistischen Internationale 1935; Dietz Verlag Berlin 1957
109. Polak, Karl: Das Verfassungsproblem in der geschichtlichen Entwicklung Deutschlands; 2. Aufl. Berlin 1950
110. Pollock, James K./James H. Meisel/Henry L. Bretton: Germany under Occupation — Illustrative Materials and Documents, Revised Edition; Michigan 1949
111. Possony, Stefan T.: Jahrhundert des Aufruhrs — Die kommunistische Technik der Weltrevolution; München 1956
112. Rechtsradikalismus im Nachkriegsdeutschland, Studien über die „Sozialistische Reichspartei" (SRP); Schriften des Instituts für Politische Wissenschaft Bd. 9; Berlin und Frankfurt/Main 1957
113. Reger, Erik: Vom künftigen Deutschland — Aufsätze zur Zeitgeschichte; Berlin 1947
114. Reichardt, Fritz: Andreas Hermes; Neuwied/Rh. 1953
115. Richert, Ernst: Agitation und Propaganda; Schriften des Instituts für Politische Wissenschaft Bd. 10; Berlin und Frankfurt/Main 1958
116. Richert, Ernst: Entwicklungsphasen der Sowjetzone; in: SBZ-Archiv 12/1955, S. 179 ff.
117. Richert, Ernst: Aus der Praxis totalitärer Lenkung — Die politische Entwicklung im Kreis Schmalkalden 1945—1949; in: Faktoren der Machtbildung. Wissenschaftliche Studien zur Politik; Schriften des Instituts für Politische Wissenschaft Bd. 2; Berlin 1952, S. 162 ff.
118. Rothfels, Hans: Gesellschaftsordnung und Koexistenz; in: Vjh. Z. 4/1956, S. 333—345
119. Rothfels, Hans: Geschichtliche Betrachtungen zum Problem der Wiedervereinigung; in: Vjh. Z. 4/1958, S. 327—339
120. Rothfels, Hans: Die deutsche Opposition gegen Hitler; 2. Aufl. Frankfurt/Main 1958
121. SBZ von A bis Z; hsg. vom Bundesministerium für Gesamtdeutsche Fragen; Bonn 1956 (3. erw. Aufl.)
122. SBZ von 1945 bis 1954; hsg. vom Bundesministerium für Gesamtdeutsche Fragen; Bonn 1956
123. Schäfer, Emil: Von Potsdam bis Bonn; Lahr 1950
124. Schiffer, Eugen: Ein Leben für den Liberalismus; Berlin 1951
125. Scholz, Arno/Walter G. Oschilewski (Hsg.): Turmwächter der Demokratie — Ein Lebensbild von Kurt Schumacher, 3 Bde.; Berlin 1953
126. Schultes, Karl: Der Aufbau der Länderverfassungen in der sowjetischen Besatzungszone; Dietz Verlag Berlin 1948
127. Sell, Friedrich C.: Die Tragödie des deutschen Liberalismus; Stuttgart 1953
128. Sethe, Paul: Zwischen Bonn und Moskau; Frankfurt/Main 1956

129. Seton-Watson, Hugh: Von Lenin bis Malenkow — Bolschewistische Strategie; München 1955
130. Seton-Watson, Hugh: Die osteuropische Revolution; München 1956
131. Siegler, Heinrich: Wiedervereinigung und Sicherheit Deutschlands — Eine dokumentarische Diskussionsgrundlage; 3. erw. Aufl. Bonn — Wien — Zürich 1958
132. Smith, Bedell: General Eisenhowers sechs große Entscheidungen (Europa 1944/45); Bern 1956
133. Sowjetische Auffassungen zur Deutschlandfrage 1945—1954; 2. erg. Aufl. hsg. vom Bundesministerium für Gesamtdeutsche Fragen; Bonn o. J.
134. Sozialistische Bildungshefte; Verlag Einheit Berlin
1. Jg. Nr. 1, 18. Juni 1946: Das Wesen der SED
Nr. 2, 9. Juli 1946: Die antifaschistisch-demokratische Republik
Nr. 4, 6. August 1946: Die Gemeindewahlen
Nr. 7, 17. September 1946: Die SED und die anderen Parteien
Nr. 12, 10. Dezember 1946: SED und Gewerkschaften
2. Jg. Nr. 1, 7. Januar 1947: Der Verfassungsentwurf der SED
Sondernummer, 22. Juli 1947: Die Münchener Konferenz
Nr. 15, 19. August 1947: Das Wesen der Blockpolitik
135. Spaltung und Wiedervereinigung Deutschlands, I. Teil: 1945—1948; hsg. von Karl Bittel; Berlin 1958
136. Stalin, Josef W.: Über den großen vaterländischen Krieg der Sowjetunion; Dietz Verlag 1952
137. Stammer, Otto: Sozialstruktur und System der Werthaltungen der Sowjetischen Besatzungszone Deutschlands; in: Schmollers Jb. 76. Jg. 1956, 1. Hbd., S. 55—105
138. Steiniger, Alfons: Das Blocksystem; Berlin 1949
139. Stern, Carola: Die SED — Ein Handbuch; Köln 1954
140. Stern, Carola: Porträt einer bolschewistischen Partei — Entwicklung, Funktion und Situation der SED; Köln 1957
141. Stern, Carola: Die „Blockpolitik" der SED; in: SBZ-Archiv 15/1955, S. 226 ff.
142. Sternberger, Dolf: Lebende Verfassung; Parteien — Fraktionen — Regierungen Bd. I; Meisenheim/Glan 1956
143. Stettinius, Edward R.: Roosevelt and the Russians; New York 1949
144. Stillich, Oscar: Die politischen Parteien in Deutschland, Bd. 2, Der Liberalismus; Leipzig 1911
145. Stolper, Gustav: Die deutsche Wirklichkeit; Hamburg 1949
146. Thilenius, Richard: Die Teilung Deutschlands; Hamburg 1957
147. Thomson, Stewart: The Bialek Affair; London 1955
148. Tönnies, Norbert: Der Staat aus dem Nichts; Stuttgart 1954
149. Tüngel, Richard/Hans Rudolf Berndorff: Auf dem Bauche sollst du kriechen . . . — Deutschland unter den Besatzungsmächten; Hamburg 1958
150. Ulbricht, Walter: Strategie und Taktik der SED; in: Einheit 5/1946, S. 265 ff.
151. Ulbricht, Walter: Zur Geschichte der neuesten Zeit, Bd. I, 1. Hbd.; Berlin 1955
152. Ulbricht, Walter: Die Entwicklung des deutschen volksdemokratischen Staates 1945—1958; Berlin 1958
153. Ulbricht, Walter: Zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung — Aus Reden und Aufsätzen Bd. II 1933—1946, Bd. III 1946—1950; Dietz Verlag Berlin 1953
154. Virally, Michel: Die internationale Verwaltung Deutschlands; Baden-Baden 1948
155. Vogel, Walter: Westdeutschland 1945—1950, Der Aufbau von Verfassungs- und Verwaltungseinrichtungen über den Ländern der drei westlichen Besatzungszonen, Teil I. Schriften des Bundesarchivs 2; Koblenz 1956 (als Manuskript gedruckt)
156. Volle, Hermann: Die Moskauer Außenministerkonferenz der vier Großmächte; in: Europa Archiv 2. Jg./1947 S. 671—740
157. Vortragsdispositionen — Material für politische Schulungstage, hsg. vom Zentralkomitee der Kommunistischen Partei Deutschlands; Berlin o. J. (1945)
Nr. 2 Der Klassencharakter des Faschismus und die Probleme der Einheits- und Volksfront
Nr. 4 Der Weg des Wiederaufbaus Deutschlands
158. Wagner, Wolfgang: Besatzungszonen und Spaltung Deutschlands in: Außenpolitik 5. Jg./1954, S. 496 ff.

159. Wagner, Wolfgang: Die Spaltung Deutschlands war anders; in: Die politische Meinung; 23/1958, S. 13 ff.
160. Warburg, James P.: Deutschland — Brücke oder Schlachtfeld; Stuttgart 1949
161. Weidmüller, Helmut: Die Berliner Gesellschaft während der Weimarer Republik; Diss. Berlin 1956 (masch.-schriftl.)
162. Weißbuch über die „Demokratische Bodenreform" — Dokumente und Berichte; hsg. von der Arbeitsgemeinschaft Deutscher Landwirte und Bauern; Hannover 1955
163. Wendt, Emil: Die Entwicklung der Lehrerbildung in der Sowjetischen Besatzungszone seit 1945; hsg. vom Bundesministerium für Gesamtdeutsche Fragen; Bonn 1957
164. Weymar, Paul: Konrad Adenauer; München 1955
165. Wieck, Hans Georg: Die Entstehung der CDU und die Wiedergründung des Zentrums im Jahre 1945; Beiträge zur Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien, Bd. 2; Düsseldorf 1953
166. Wieck, Hans-Georg: Christliche und Freie Demokraten in Hessen, Rheinland-Pfalz, Baden und Württemberg 1945/46; Beiträge zur Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien, Bd. 10; Düsseldorf 1958
167. Wildenmann, Rudolf: Partei und Fraktion; Meisenheim am Glan 1954
168. „Wo der Kreml diktiert." Der Niedergang der LDP in der Sowjetzone; Schriftenreihe der FDP, Heft 5; hsg. vom Hilfsdienst Ost der FDP, Bundesgeschäftsstelle; Bonn 1951
169. Zehn Jahre für die Freiheit — Berliner Volksvertretung 1946—1956; hsg. vom Büro des Abgeordnetenhauses; Berlin o. J. (1956)
170. Zehn Jahre Liberal-Demokratische Partei der Sowjetzone; in: Ost-Dienst der Freien Demokratischen Partei 5/1955, S. 5—11
171. Zink, Harold: American Military Government in Germany; New York 1947

IV. Personenregister

Adenauer, Konrad 45 f.
Arendt, Hannah 14
Becher, Johannes R. 23
Becker, Hermann 38
Berija 19
Blücher, Franz 135, 144, 147, 153
Byrnes, James F. 32
Castellan, G. 17
Churchill, Winston 32
Clay, Lucius D. 31 f.
Cornides, Wilhelm 18
Dahrendorf, Gustav 85
Damerow 59, 107, 155
Dehler, Hans 146
Delius, Carl 39, 42, 59
Dieckmann, Johannes 38, 117, 152
Dohr 144
Dovifat, Emil 79
Ebert, Friedrich (jr.) 85
Eden, Anthony 16
Ediger, Franz 74 f., 115, 142
Ehard, Hans 130, 132
Eich, Wilhelm 42
Euler, August Martin 142 f., 146 f., 151
Falk, Wilhelm 142
Fertsch 141
Friedensburg, Ferdinand 101
Friedrich 130
Gaertner, Alphons 38, 41, 59, 103, 152
Goerdeler, Karl 46
Gradl, Josef 91
Grotewohl, Otto 117, 127, 134
Grundey 42
Hamann, Karl 59
Harriman, Averell 18
Harzmann 39, 42
Hauptmann, Gerhart 23
Hausberg, Fritz 37, 42
Haussmann, Wolfgang 51 f.
Hermes, Andreas 22, 40
Hermes 143 f.
Heuß, Theodor 46 f., 51 f., 141, 146 f., 151 ff.
Hopkins, Harry 18
Hofer, Karl 23
Hörnle 24
Huch, Ricarda 23
Hustaedt 39
Hübener, Karl 101, 107, 130 f., 133 f.
Kaiser, Jakob 33, 35, 49, 79, 91, 127 ff., 134 f., 139, 154
Kastner, Hermann 38, 41 f., 59, 68, 106, 155
Kellermann, Bernhard 23
Koch, Waldemar 5, 35 ff., 40, 140
Kunze 106
Külz, Helmut 5, 106, 109, 111
Külz, Wilhelm 5, 35 ff., 45 ff., 56, 59, 63, 65, 68, 70, 73 f., 76 ff., 80 f., 89, 91, 96, 113, 117, 126 ff., 131 ff., 138 ff., 147, 149 ff.
Landgrebe 144
Langer 146
Lehr 46
Lemmer, Ernst 34 f., 49, 105, 128 f., 134 f.
Leonhard, Wolfgang 14, 16
Leuschel, Walter 39
Lieutenant, Arthur 5, 36, 39, 42, 59, 65, 128, 140 ff., 146, 152, 154 f.
Linnert 144
Luther, Hans 46
Maier, Reinhold 141, 145
Markewitz 42, 142
Marx, Hermann 121
Marx, Hermann 46
Mayer, Ernst 141 ff., 145 ff., 151
Menke-Glückert 41
Meyer, Albert Willy 59
Mikojan, Anastas 22
Molotow, Wjatscheslaw 19, 31, 128
Moog, Leonhard 38, 42, 59, 106, 133, 152, 155
Natonek, Wolfgang 120 f.
Naumann, Friedrich 57
Nuschke, Otto 35
Ollenhauer, Erich 129
Pickert, Albrecht 39
Pieck, Hermann 134
Rautenstrauch 144
Reiff, Hans 59, 142

Roosevelt, Franklin D. 12, 17 f.
Schäfer, Hermann 135
Scheiding 59
Schiffer, Eugen 36, 42, 59, 77, 91, 101, 127 f., 134
Schirmer-Pröscher 42
Schöpke, Anton 74, 76, 142, 149
Schreiber, Walter 35, 40
Schumacher, Kurt 30, 45, 127 ff., 131
Schwennicke, Carl-Hubert 77, 142, 149 ff., 154
Semjonow 19, 52 f., 135
Shdanow 19
Shukow 23
Sintenis, Renée 23
Sokolowski 19, 53, 131, 134, 154 f.
Spranger, Eduard 23
Stalin, Josef 12, 16 ff.
v. Stolzenberg 59, 73
Strasser, Georg 106
Stresemann 46
Stritte, August 37
Tulpanow 19, 52 f., 135
Uhle, Reinhard 41, 59
Ulbricht, Walter 20, 85 f., 100
Wegener, Paul 23
Wieck, Hans Georg 33

Inhalt

Vorbemerkung 5
Einleitung 7

I. Deutschland zwischen den Siegermächten 1945/46

1. Zu Deutschlands innerer Lage 1945 14
2. Sowjetische Besatzungspolitik 16
   a) Deutschland in der strategischen Gesamtkonzeption 16
   b) Besatzungspolitische Maßnahmen 19
   c) Zum Problem kommunistischer „Machtergreifung“ 26
3. Besatzungspolitik und Deutschlandverhandlungen 1945/46 30

II. Gründung und Formierung der LDP

1. Situationsbedingte Möglichkeiten 33
2. Die Bildung des Zonenverbandes 36

III. Wilhelm Külz

1. Biographische Skizze 45
2. Politische Konzeption 49

IV. Der Parteiverband

1. Mitgliedschaft 55
   a) Von der Honoratioren- zur Mitgliederpartei 55
   b) Politische Herkunft und Alter 58
   c) Sozialstruktur 62
2. Organisation 65
3. Programmatik 68
   a) „Ist Liberalismus noch zeitgemäß?“ 69
   b) Kulturpolitik 71
   c) Wirtschafts- und Sozialpolitik 72
   d) Staatspolitik 76
   e) Abgrenzung gegen CDU und SED 78

V. Liberal-demokratische Parteiarbeit

1. Die Einheitsfront 83
   a) Voraussetzungen und Konstituierung 83
   b) Ideologische Rechtfertigung 89
   c) Arbeit im Block 90
2. Gemeinde- und Landtagswahlen 94
   a) Wahlkampf 94
   b) Wahlergebnisse 97

3. Parlamentarische Tätigkeit 101
a) Verfassungsberatungen 102
b) Landtagsarbeit 106
c) Gemeinde- und Kreistagsarbeit 111
4. Das Verhältnis zu den Massenorganisationen 113
a) FDGB 113
b) DFD und FDJ 116
5. Jugend- und Hochschulgruppen 118

VI. Bemühungen um die deutsche Einheit

1. Deutschland zwischen den Siegermächten 1947/48 123
2. Die Problematik einer nationalen Repräsentation 124
a) Die Initiativen der SBZ 125
b) Die Münchener Ministerpräsidenten-Konferenz 130
c) Der Volkskongreß 134
3. Die Demokratische Partei Deutschlands 138
a) Der Führungsanspruch der LDP 138
b) Unterstützung westlicher Landesverbände 140
c) Der Koordinierungsausschuß 143

VII. Das Scheitern der LDP

1. Die Opposition des Landesverbandes Berlin 149
2. Der Bruch mit dem Westen 151
3. Schlußbetrachtung 154

Anhang

I. Chronologie 1945—1948 157
II. Dokumente 159
1. Programmentwurf von W. Koch 159
2. Gründungsaufruf, 1. Fassung 159
3. Vorbesprechung zum „Block“ 161
4. „Stuttgart oder Berlin?“ 162
5. Zur späteren Gleichschaltung der LDP 164
III. Quellen 167
IV. Personenregister 175